

König, Frank; Stärck, Alexander; Zierold, Diana; Kremeti, Eleni; Brenn, Markus; Winter, Sebastian
Regionale Kooperation und Erträge der Programmförderung im Bundesprogramm "Demokratie leben!". Ergebnisse aus acht Regionalanalysen

München : Deutsches Jugendinstitut e.V. 2025, 144 S.



Quellenangabe/ Reference:

König, Frank; Stärck, Alexander; Zierold, Diana; Kremeti, Eleni; Brenn, Markus; Winter, Sebastian:
Regionale Kooperation und Erträge der Programmförderung im Bundesprogramm "Demokratie leben!".
Ergebnisse aus acht Regionalanalysen. München : Deutsches Jugendinstitut e.V. 2025, 144 S. - URN:
urn:nbn:de:0111-pedocs-330069 - DOI: 10.25656/01:33006; 10.36189/DJI202511

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-330069>

<https://doi.org/10.25656/01:33006>

in Kooperation mit / in cooperation with:



**Deutsches
Jugendinstitut**

<https://www.dji.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

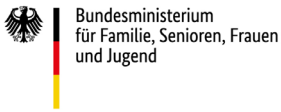
Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**



Schwerpunktbericht

Autor:innengruppe

Regionale Kooperation und Erträge der Programmförderung im Bundes- programm „Demokratie leben!“

Ergebnisse aus acht Regionalanalysen

Das Deutsche Jugendinstitut e.V. (DJI) ist eines der größten sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitute Europas. Seit fast 60 Jahren erforscht es die Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und Familien, berät Bund, Länder und Gemeinden und liefert wichtige Impulse für die Fachpraxis.

Aktuell sind an den beiden Standorten München und Halle (Saale) etwa 470 Beschäftigte tätig, darunter rund 280 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

Finanziert wird das DJI überwiegend aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und den Bundesländern. Weitere Zuwendungen erhält es im Rahmen von Projektförderungen u. a. vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), der Europäischen Kommission, Stiftungen und anderen Institutionen der Wissenschaftsförderung.

Das ISS e.V. wurde im Jahr 1974 vom Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt e.V. (AWO) gegründet und ist seit 1991 als rechtlich selbständiger gemeinnütziger Verein organisiert. Der Hauptsitz liegt in Frankfurt (Main). In Berlin unterhält das ISS ein Projektbüro.

Aktuell sind an den beiden Standorten Frankfurt (Main) und Berlin über 60 Beschäftigte tätig, darunter rund 32 wissenschaftliche Mitarbeitende.

Das ISS e.V. beobachtet, analysiert, begleitet und gestaltet Entwicklungsprozesse der Sozialen Arbeit und erbringt wissenschaftliche Dienstleistungen für öffentliche Einrichtungen, Wohlfahrtsverbände und private Träger. Das Institut erhält durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) Projektförderung.

Dieses Themenpapier ist im Rahmen der Programmevaluation des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ (2020–2024) in Kooperation des Teams der Gesamtevaluation am Deutschen Jugendinstitut e.V. (DJI) und der Wissenschaftlichen Begleitung (wB) des Handlungsbereiches Kommune am Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (ISS e.V.) verfasst worden.

Autor:innengruppe:

Team der Gesamtevaluation

Frank König
Alexander Stärck
Diana Zierold

Team der wB des Handlungsbereichs Kommune

Eleni Kremeti
Markus Brenn
Sebastian Winter

unter Mitarbeit von Pauline Stockmann, Gabriele Kämpfe und Susanne Timling

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt das veröffentlichende Institut die Verantwortung.

Impressum

© **Deutsches Jugendinstitut e.V.**
Außenstelle Halle
Frankeplatz 1, Haus 12/13
06110 Halle

© **Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V.**
Zeilweg 42
60439 Frankfurt am Main

Ansprechpartner:
Dr. Frank Greuel
Telefon +49 345 68178-29
E-Mail greuel@dji.de

Ansprechpartner:
Dr. Sebastian Winter
Telefon +49 69 957 892 45
E-Mail: sebastian.winter@iss-ffm.de

Veröffentlichung: Februar 2025
DOI: 10.36189/DJI202511

Inhalt

Kurzzusammenfassung	5
1 Einleitung	8
2 Theoretisch-methodische Einführung	11
2.1 Fragestellung	11
2.2 Auswahl der Regionen	11
2.3 Methodische Operationalisierung der Erhebungen	14
2.4 Auswertung des Materials	15
3 Quantitativer Überblick zur Zusammenarbeit von Programm- akteur:innen auf kommunaler/regionaler Ebene	17
3.1 Methodischer Hintergrund	17
3.2 Kooperationsbeziehungen	18
3.3 Erträge der Zusammenarbeit	20
3.4 Gründe für fehlende Zusammenarbeit	22
3.5 Verbesserungspotenziale	23
4 Einzelportraits	25
4.1 Portrait der Region Konradstadt	29
4.1.1 Strukturdaten und Rahmenbedingungen	29
4.1.2 Zentrale Akteur:innen und Strukturen der Kooperation	30
4.1.3 Regionale Merkmale und Erträge der Kooperation	36
4.2 Portrait der Region Luisenstadt	37
4.2.1 Strukturdaten und Rahmenbedingungen	37
4.2.2 Zentrale Akteur:innen und Strukturen der Kooperation	38
4.2.3 Regionale Merkmale und Erträge der Kooperation	43
4.3 Portrait der Region Olastadt	46
4.3.1 Strukturdaten und Rahmenbedingungen	46
4.3.2 Zentrale Akteur:innen und Strukturen der Kooperation	47
4.3.3 Regionale Merkmale und Erträge der Kooperation	52
4.4 Portrait der Region Hagenfeld	55
4.4.1 Strukturdaten und Rahmenbedingungen	55
4.4.2 Zentrale Akteur:innen und Strukturen der Kooperation	57
4.4.3 Regionale Merkmale und Erträge der Kooperation	59
4.5 Portrait der Region Annegretstadt	65
4.5.1 Strukturdaten und Rahmenbedingungen	65
4.5.2 Zentrale Akteur:innen und Strukturen der Kooperation	67
4.5.3 Regionale Merkmale und Erträge der Kooperationen	72
4.6 Portrait der Region Marakreis	74
4.6.1 Strukturdaten und Rahmenbedingungen	74

4.6.2	Zentrale Akteur:innen und Strukturen der Kooperation	76
4.6.3	Regionale Merkmale und Erträge der Kooperation	81
4.7	Portrait der Region Bettinastadt	83
4.7.1	Strukturdaten und Rahmenbedingungen	83
4.7.2	Zentrale Akteur:innen und Strukturen der Kooperation	86
4.7.3	Regionale Merkmale und Erträge der Kooperation	91
4.8	Portrait der Region Jakobskreis	93
4.8.1	Strukturdaten und Rahmenbedingungen	93
4.8.2	Zentrale Akteur:innen und Strukturen der Kooperation	95
4.8.3	Regionale Merkmale und Erträge der Kooperation	100
5	Vergleichende Perspektiven	103
5.1	Einflussfaktoren auf die Zusammenarbeit vor Ort	103
5.2	Erträge der Programmförderung	109
5.2.1	Positive Aspekte	110
5.2.2	Unerwünschte Folgen und Risiken der Programmförderung	112
6	Zusammenfassung und Fazit	115
7	Empfehlungen aus den Regionalanalysen	120
8	Literatur	123
9	Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	124
10	Abkürzungsverzeichnis	126
11	Anhang	127

Kurzzusammenfassung

Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ („DL!“) fördert bundesweit und auf allen staatlichen Ebenen die Arbeit vor allem zivilgesellschaftlicher Organisationen in den drei Themenfeldern Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und Extremismusprävention. Auf der Bundesebene übernehmen Kompetenznetzwerke die Aufgabe Wissen und Können in den genannten Themenfeldern zu verbreiten und die Fachpraxis weiter zu qualifizieren, auf der Ebene der Bundesländer unterstützen Beratungsangebote zum einen Einzelpersonen sowie Personengruppen die von demokratie- und menschenfeindlicher Gewalt sowie von Diskriminierung betroffen sind und zum anderen Menschen, die sich durch vor allem rechtsextreme und rechtspopulistische Akteur:innen herausgefordert sehen. Außerdem fördert das Programm dort Angebote, die Ausstiegs- und Distanzierungsprozesse von Menschen mit politisch extremen Einstellungen unterstützen und die landesweite Koordinierung der Arbeit zu den Themen des Bundesprogramms durch Landes-Demokratiezentren (LDZ). In den Kommunen fördert „DL!“ ebenfalls die Koordinierung der kommunalen Arbeit für Demokratie und gegen Extremismus in den Partnerschaften für Demokratie (PfD). Darüber hinaus unterstützt das Bundesprogramm vielfältige Bemühungen von Trägern, neue Praxismodelle zu entwickeln und zu erproben sowie das daraus erwachsene Wissen bzw. Know-how zu verbreiten.

Bisher liegen kaum Erkenntnisse darüber vor, inwieweit die Arbeit der Akteur:innen im Bundesprogramm ineinandergreift und die Akteur:innen innerhalb und außerhalb des Bundesprogramms auf der regionalen bzw. kommunalen Ebene – als dem lebensweltlich zentralen Ort zur Bearbeitung gesellschaftlich relevanter Themen und Probleme – zusammenarbeiten, welche Faktoren diese Kooperation beeinflussen und welche Erträge eine solche Zusammenarbeit bringt.

Um dazu vertiefte Erkenntnisse zu gewinnen, haben im Rahmen der Evaluation von „DL!“ die Teams der Gesamtevaluation am DJI in Halle (Saale) und der Wissenschaftlichen Begleitung (wB) des Handlungsbereichs Kommune am ISS Frankfurt am Main acht exemplarische Fallstudien auf regionaler bzw. kommunaler Ebene durchgeführt, diese Einzelfallstudien miteinander verglichen sowie mit quantitativen Befunden von der kommunalen Ebene aus den PfD kontrastiert.

Im Ergebnis der Analysen wurde deutlich, dass die im Programm tätigen Akteur:innen über alle Regionen hinweg dann dauerhafte Kooperationsbeziehungen miteinander eingehen, wenn sie kontinuierlich zu denselben Themen arbeiten (wollen) und am Austausch bzw. der Bündelung von Ressourcen interessiert sind. Temporäre Zusammenarbeit findet dagegen anlassorientiert statt, beispielsweise wenn Akteur:innen konkrete Unterstützung bei der Durchführung von Veranstaltungen suchen (Zugang zu Adressat:innen und Räumlichkeiten) oder akute Problemlagen nicht allein bewältigen können. In den letztgenannten Fällen kooperieren dann auch die im Programm geförderten Akteur:innen über mehrere Ebenen (v. a. Kommune und Land) sowie Handlungsbereiche hinweg (v. a. PfD und Beratungsangebote, teilweise auch Modellprojekte und LDZ). Sowohl die Regionalstudien als auch die Erhebungen der wB im Handlungsbereich Kommune in allen PfD zeigen, dass solche

Mehrebenen-Kooperationsbeziehungen in den betrachteten Regionen entsprechend der Problemlagen und Akteur:innen-Konstellationen vor Ort unterschiedlich stark ausgeprägt und institutionalisiert sind. Ein weiteres zentrales Ergebnis stellt die Erkenntnis dar, dass eine Förderung aus „DI!“ allein kein Kooperationsgrund darstellt, es sei denn Akteur:innen werden verpflichtet beispielsweise gemeinsame an Netzwerken teilzunehmen. Letzteres wirkt sich allerdings negativ auf die Mitwirkungsbereitschaft der betroffenen Akteur:innen und damit die Qualität der Zusammenarbeit in solchen Arrangements aus. Bestehen weder thematische Berührungspunkte noch gegenseitiger Unterstützungsbedarf, findet in der Regel keine Zusammenarbeit statt, auch wenn Programmakteur:innen in derselben Region tätig sind.

Die Qualität der Zusammenarbeit von Akteur:innen – unabhängig davon ob programmgefördert oder nicht – hängt von einer Reihe von Faktoren ab. Dazu gehören u. a. die jeweiligen regionalen Gegebenheiten in Hinblick auf die Chance, mithilfe einer Förderung aus dem Bundesprogramm vor Ort Veränderungs- und Weiterentwicklungsprozesse in den Themenfeldern von „DI!“ anzustoßen. So sorgt ein städtischer Kontext mit einem pluralen Akteur:innenspektrum zusammen mit dem finanziellen Engagement einer Kommune und dem Commitment der Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung sowohl auf der kommunalen als auch auf der Landesebene mit dafür, dass die Förderung aus dem Bundesprogramm die Wirksamkeit des regionalen Engagements zur Stärkung von Demokratie und für die Akzeptanz von Vielfalt verbessert.

Demgegenüber stehen die Akteur:innen in ländlich geprägten, infrastrukturell unzureichend erschlossenen Regionen oder flächenmäßig großen Landkreisen u. a. vor der Herausforderung mit den begrenzten Ressourcen aus dem Bundesprogramm nicht nur inhaltliche Arbeit zu leisten, sondern auch die Verinselung bzw. Fragmentierung zivilgesellschaftlicher Engagementstrukturen und Initiativen zu bewältigen. Ein Lösungsweg kann hierfür sein, Kooperationsstrukturen auf kleinräumigere Einheiten auszurichten, beispielsweise indem in einem Flächenkreis mehrere Partnerschaften für Demokratie (PfD) eingerichtet werden.

In anderen Regionen (insbesondere im ländlichen Raum in Ostdeutschland) ist wiederum das Akteur:innenspektrum aus historischen und demografischen Gründen für die Bearbeitung der dort jeweils adressierten Themen (z. B. Rassismus, Rechtsextremismus und Teilhabeförderung) begrenzt. Dort wird die Themenbearbeitung vor allem hauptberuflich und von wenigen Trägerorganisationen geleistet, sodass sich Kooperation hier entweder unter den Bedingungen von Konkurrenz vollzieht (Coopetition) oder aufgrund einer lokalen Monopolstellung von Trägern kaum trägerexterne Zusammenarbeit für die Arbeit im Programmkontext stattfindet.

Abgesehen von den sozialgeografischen und sozialstrukturellen Merkmalen der Regionen beeinflussen auch die Haltungen der handelnden Akteur:innen die Kooperationsqualität. So hat sich gezeigt, dass sich eine zivilgesellschaftszugeneigte Haltung aufseiten staatlicher Akteur:innen und eine verstehende, nichtantagonistische Positionierung der zivilgesellschaftlichen Akteur:innen gegenüber Politik und der Exekutive positiv auf die Zusammenarbeit beider Akteur:innengruppen auswirkt. Ähnliches gilt im Verhältnis zwischen beruflich und ehrenamtlich tätigen Akteur:innen der Zivilgesellschaft. Gemeinsame Grundlage von Zusammenarbeit zu den

Themen von „Dl!“ ist in jedem Fall eine geteilte demokratische Grundhaltung, zu der sich in festen Kooperationsstrukturen (Netzwerke, Bündnisse u. Ä.) alle beteiligten Akteur:innen idealerweise auch formal bekennen. Das kann zudem antidemokratischen Positionierungen entgegenwirken.

Einen wichtigen Ertrag der Kooperation auf regionaler Ebene stellt – wenig überraschend – der Austausch materieller und immaterieller Ressourcen dar. Bei der Durchführung von Veranstaltungen lassen sich z. B. Finanzen bündeln und Infrastruktur, wie Räume und Arbeitsmaterial, gemeinsam nutzen oder Zugänge zu Adressat:innen herstellen. Außerdem werden Informationen ausgetauscht und Legitimation oder Reputation für die Bearbeitung von Themen vor Ort vermittelt.

Der Hauptnutzen von Kooperation über die föderalen Ebenen sowie die verschiedenen Handlungsbereiche von „Dl!“ hinweg besteht in der Qualifizierung und weiteren Professionalisierung von Akteur:innen, sodass sich deren Handlungsfähigkeit bei der Bewältigung regionaler Problemlagen verbessert. Außerdem bauen solche Kooperationsarrangements Brücken zwischen Akteur:innen verschiedener Regionen und verbessern den Austausch zu überregionalen Fragen und Themen.

Effekte auf die regionale Themen- bzw. Problembearbeitung erzeugt das Bundesprogramm im Kontext von Kooperationsbeziehungen dadurch, dass es

- eine bereits stattfindende Themen-/Problembearbeitung vor Ort verstärkt,
- die gegenseitige Unterstützung von Akteur:innen bei der Problembewältigung v. a. über Mehrebenen-Kooperation anregt und befördert,
- in bestehende regionale Kooperationsbeziehungen eingebundene Akteur:innen für die Befassung mit den Themen des Bundesprogramms sensibilisiert sowie
- punktuell und temporär hilft, Leerstellen in der regionalen Akteur:innenlandschaft auszugleichen.

Insgesamt erzielt die Programmförderung aus „Dl!“ auf regionaler Ebene ihre Wirkungen weniger über die direkte Zusammenarbeit verschiedener regionaler Programmakteur:innen, sondern vielmehr darüber, dass es die Kooperation in der Zivilgesellschaft sowie zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteur:innen insgesamt anregt und unterstützt. Die Programmakteur:innen der Landes- und Bundesebene fungieren hierbei als Unterstützungsstruktur, die auf regionaler Ebene im Bedarfsfall aktiv wird.

Die Analysen in den Regionen haben gezeigt, dass es die Effekte der Bundesprogrammförderung vor Ort verstärkt, wenn sich die Arbeit der geförderten Akteur:innen auf eine funktionierende Basisinfrastruktur von sozialen und Bildungseinrichtungen stützt. Die Förderung aus dem Bundesprogramm kann das Fehlen einer solchen lokalen Infrastruktur nur teilweise und temporär kompensieren. Abgesehen davon, dass das offiziell nicht Aufgabe von „Dl!“ ist, war und ist diese Kompensationsfunktion in strukturschwachen Gebieten allerdings bedeutsam, um Prozesse im Sinne des Bundesprogramms überhaupt anzustoßen.

1 Einleitung

Team der Gesamtevaluation

Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ („DL!“) des BMFSFJ fördert vor allem die Arbeit zivilgesellschaftlicher Akteur:innen (aber auch der Exekutive von Ländern und Kommunen) dabei, mit vielfältigen Ansätzen bundesweit und auf allen staatlichen Ebenen Demokratie zu fördern, Vielfalt zu gestalten und Extremismus vorzubeugen. Betrachtet man „DL!“ als Ganzes ist es von folgenden Merkmalen geprägt:

- Es ist ein *Mehrebenenprogramm*. Es fördert zum einen Maßnahmen auf der Bundes-, Landes- und kommunalen Ebene. Zum anderen adressiert es Fachkräfte und ehrenamtlich Engagierte verschiedener gesellschaftlicher Funktionssysteme (u. a. Soziale Arbeit, Strafvollzug, Bildungssystem), die wiederum mit verschiedensten Zielgruppen arbeiten (u. a. Kinder und Jugendliche, Eltern, Fachkräfte).
- Es ist *synthetisch*. Die drei Kernziele (Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung, Extremismusprävention), die jeweils für sich stehen und eigene Programme konstituieren könnten, hat das BMFSFJ unter einem Programmdach zusammengefasst. Dessen verbindendes Leitmotiv ist die Förderung von Demokratie. Querliegend zur inhaltlichen Ausrichtung sind Programmbereiche als Handlungsbereiche (Kommune, Land, Bund, Modellprojekte) eingerichtet und diesen verschiedenen Funktionen zugewiesen (vgl. Jütz u.a. 2023).
- Es ist *multimodal*. Bei der Verwirklichung der Programmziele steht nicht ein bestimmter Arbeitsansatz im Zentrum, sondern das Programm fördert sowohl individuenzentrierte Maßnahmen der Bildung, Erziehung, Beratung sowie des Empowerments als auch strukturorientierte Maßnahmen zur Organisations- und anderweitiger Strukturentwicklung sowie zur Vernetzung von Akteur:innen.
- Es ist *adaptiv*. Aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen versucht das Programm aufzugreifen, indem es sie in jeweils neue/geänderte Fördertatbestände überführt und sich entsprechend anpasst (z. B. kommunales Konfliktmanagement, Antifeminismus).

In der bisherigen Evaluation des Bundesprogramms als Ganzes und seiner Vorläuferprogramme sind die Evaluator:innen im Sinne einer axiomatischen Setzung davon ausgegangen, dass es sich bei dem jeweiligen Bundesprogramm tatsächlich um ein Programm im sozialwissenschaftlichen Sinn, das heißt um bewusst aufeinander bezogene Maßnahmenbündel, handelt und nicht bloß um eine dachförmige Förderkulisse für mehrere Programme.

Sofern diese Setzung zutrifft, müsste sich in der Evaluation des Gesamtprogramms zeigen lassen, dass die in den einzelnen Handlungsbereichen geförderten Akteur:innen bereichsübergreifend zusammenarbeiten und aufeinander abgestimmt handeln. Bisherige Erhebungen sowohl der wissenschaftlichen Begleitungen (wB) als auch des Teams der Gesamtevaluation haben einige Belege dafür geliefert, dass zumindest eine Zusammenarbeit verschiedener Akteur:innengruppen über Handlungsbereichsgrenzen hinweg stattfindet (so zwischen Modellprojekten (MP) und Kompetenznetzwerken/-zentren (KompNW) oder zwischen Partnerschaften für

Demokratie (PfD) und Landes-Demokratiezentren (LDZ) oder Beratungsstellen der Mobilen Beratung (MB) und Betroffenenberatung(BB)). Weitgehend unterbelichtet blieb bisher, wie sich solche Zusammenarbeit von programmgeförderten Akteur:innen auf kommunaler Ebene konkret gestaltet, welche Faktoren die Kooperation beeinflussen und welche Erträge eine solche Zusammenarbeit bringt.

Um dazu vertiefte Erkenntnisse zu gewinnen und konkret zu erfahren, inwieweit die aus „DII“ geförderten Akteur:innen mit kommunalem Bezug aufeinander abgestimmt handeln, sich Synergieeffekte zeigen oder auch Dyssynergien ergeben, haben sich die Teams der Gesamtevaluation und der wissenschaftlichen Begleitung des Handlungsbereichs (HB) Kommune entschieden, zu den aufgeworfenen Fragen neben quantitativen Erhebungen auch gemeinschaftlich exemplarische Fallstudien auf regionaler bzw. kommunaler Ebene durchzuführen.

Die Entscheidung, eine Untersuchung auf einer regionalen (kommunalen) Ebene zu realisieren, fußt auf folgender Annahme: Gesellschaftliche Probleme bzw. Themen existieren nicht abstrakt, sondern nehmen in der Regel ihre konkrete Gestalt im Alltag von Menschen in ihren lokalen Lebensräumen an. Das Programm wird nicht zuletzt aus Subsidiaritätsgründen in wesentlichen Teilen auf der regionalen bzw. kommunalen Ebene und mit unmittelbarem Bezug zu ihr umgesetzt. Akteur:innen der PfD, MP sowie die Beratungsangebote im Handlungsbereich Land (Mobile Beratung (MB), Betroffenenberatung (BB), Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit (ADA)) setzen in ihrem Handeln an konkreten, vor Ort vorzufindenden Themen und Problemlagen an.

Die Betrachtung regionaler Kontexte¹ reiht sich ein in ähnliche qualitative Studien, die in jüngster Zeit lokale Bedingungen für politische Phänomene (wie das Erstarken von Rechtsextremismus) und Prozesse wie Peripherisierung² in den Mittelpunkt ihrer Analysen stellen (vgl. Mullis/Miggelbrink 2022) und die Projekt-Website „Im Gespräch mit Bautzen“³). Regionen und Orte stehen in solchen Studien und Projekten nicht einfach nur „für sich“, sondern sind immer auch als Bezugspunkte zu verstehen, die vielschichtige Diskurse, Phänomene oder gesellschaftliche Entwicklungen wie im Brennglas sichtbar werden lassen. Denn Räume erzählen in Anlehnung an (Massey 2005) immer auch simultane Geschichten und „lokale Arenen sind [...] nicht im engeren Sinne lokal, sondern Orte der Verdichtung von Gesellschaft und Herrschaftsverhältnissen mit all ihren Widersprüchen. Sie existieren immer nur als Produkt von und Ort der Produktion auch anderer gesellschaftlicher Abstraktionsebenen“ (Mullis/Miggelbrink 2022, S. 10).

Wie bereits erwähnt, ist dieses Themenpapier aus einer Kooperation des Teams der Gesamtevaluation und der wissenschaftlichen Begleitung des HB Kommune, in de-

1 Ebenfalls bedeutsame Arbeit leisten für ihre „Ebenen“ und in ihren Raumbezügen die Akteur:innen der Bundesebene (KompNW) sowie der Landesebene (LDZ). Deren Fokus liegt jedoch nicht auf der kommunalen bzw. regionalen Ebene.

2 Damit sind Bewegungen gemeint, die räumliche Peripherien durch Prozesse der Abhängigkeit, Abkopplung, Abwanderung und Stigmatisierung hervorbringen und bestehen lassen (vgl. Kühn/Weck 2013, S. 24).

3 Siehe: <https://im-gespraech-mit-bautzen.de/> (14.01.2025).

ren Fokus die kommunale Ebene steht und die über entsprechende Expertise verfügt, entstanden. Im Rahmen der Darstellung des methodischen Vorgehens (Kapitel 2) wird näher auf diese Zusammenarbeit sowie auf Fragestellungen, Erhebungs- und Auswertungsschritte der Studie eingegangen. Einen ersten, breiten Einblick in regionale Kooperationsbeziehungen innerhalb des Bundesprogramms „DI!“ ermöglicht Kapitel 3, in dem ausgewählte Befunde zur Kooperation aus dem Monitoring der Partnerschaften für Demokratie vorgestellt werden. Das Kernstück dieses Themenpapiers bilden in Kapitel 4 Einzelportraits zu acht Regionen im Bundesgebiet. Die einzelnen Regionalanalysen zeichnen einerseits themenorientierte Kooperationsbeziehungen speziell zwischen programmgeförderten Akteur:innen sowie andererseits zwischen Akteur:innen der kommunalen Ebene allgemein nach und stellen deren Rahmenbedingungen und Erträge dar. Anschließend werden in Kapitel 5 die Ergebnisse zu den Rahmenbedingungen und Einflussfaktoren der regionalen Kooperationen sowie zu deren Erträgen vergleichend analysiert. Das Papier schließt mit einem Fazit in Kapitel 6 sowie den Empfehlungen aus den Regionalanalysen in Kapitel 7.

2 Theoretisch-methodische Einführung

Team der Gesamtevaluation

2.1 Fragestellung

Mit den Regionalanalysen soll folgende übergreifende Fragestellung beantwortet werden:

Was leistet das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ („DL!“) – im Sinne der Gesamtheit der in einer Region durch „DL!“ geförderten Träger auf regionaler Ebene – in den jeweiligen Regionen mit Hinblick auf ein bestimmtes Problem bzw. Thema im Leitzielbereich des Bundesprogramms (Prävention von Rechtsextremismus und Rassismus, Förderung der Akzeptanz kultureller und geschlechtlicher Vielfalt, Förderung demokratischer Kultur und Strukturen)?

Problemlagen und Kernziele

Zur Beantwortung dieser Frage ist es notwendig, sowohl einen Blick auf generelle Problemlagen als auch auf die Kernziele des Bundesprogramms zu werfen. Folgende Fragen dienen dazu, die übergreifende Frage zu spezifizieren:

- Mit wem und wie wirken die im Bundesprogramm geförderten Akteur:innen untereinander und – darüber hinaus – mit nicht-geförderten Akteur:innen zusammen, um Problemlagen vor Ort zu verändern bzw. Themen aus dem Bundesprogramm zu bearbeiten?
- Welche Veränderungsimpulse gehen von den zusammenwirkenden Akteur:innen aus und welche Erträge erzielen sie im Rahmen ihrer Kooperation?
- Was sind Faktoren, die solchen Veränderungsimpulsen Resonanz vor Ort verleihen oder sie bremsen?
- Welche (unerwünschten) Effekte auf die Problem- bzw. Themenbearbeitung entstehen aus fehlender oder misslingender Zusammenarbeit⁴?

2.2 Auswahl der Regionen

Um inhaltlich ergiebige und für einen Vergleich interessante Regionen auszuwählen, wurden verschiedene Kriterien angelegt: Eine Grundbedingung, um die Leistung des Bundesprogramms als Ganzes zu überprüfen, ist das Vorhandensein einer bestimmten Anzahl an „DL!“-Akteur:innen in der Region. Festgelegt wurde hier, dass

4 Unter Zusammenarbeit verstehen wir in Anlehnung an van Santen/Seckinger (2005) einen Prozess, in dem sich Akteure untereinander abstimmen, um gemeinsame oder geteilte Ziele zu erreichen und dafür gemeinsam Handlungsabläufe optimieren und/ oder besondere Fähigkeiten oder Ressourcen (Informationen, Wissen, Zugang zu Zielgruppen etc.) austauschen und/ oder bündeln.

Akteur:innen aus mindestens zwei Handlungsbereichen (HB) des Bundesprogramms (Kommune, Land, Bund, Modellprojekte) in einer Region aktiv sein müssen. Bezugsgröße für eine Region ist NUTS 3 (Kreise und kreisfreie Städte), die am ehesten die „First-line-Praktiker“-Struktur im Bundesprogramm abbildet.

Des Weiteren waren die Problemlagen und Themen entscheidend, die in der jeweiligen Region eine Rolle spielen und die durch das Bundesprogramm bearbeitet werden. Um hier die thematische Bandbreite des Bundesprogramms adäquat abzubilden, sichtete das Untersuchungsteam in der Gesamtevaluation (GE) im Jahr 2020 zunächst die Antragskonzepte insbesondere der Modellprojektvorhaben und nahm eine erste Vorauswahl potentieller Regionen vor. Für diese erste Sondierung war der Kontrast zwischen „DI!“-Strukturen und „Problemaufkommen“ hinsichtlich der „Extremismus-Phänomene“ einerseits und „DI!“-Strukturen (insbesondere MP) zu „Demokratieförderung“ andererseits leitend, d. h. es wurde der „Most-different-Cases-Ansatz“ gewählt. Außerdem flossen hier bereits statistische Daten zu den Regionen (politische/wirtschaftliche Situation, Sozial- und Engagementstruktur) als Faktoren zur Bewertung des Kontexts mit ein, in dem diese verortet sind. Mit der ersten Auswahl ging das Team der GE in Gespräche mit einzelnen Wissenschaftlichen Begleitungen, die bei der weiteren Auswahl unterstützten und beispielsweise empirisch unterlegte Einschätzungen dazu gaben, ob eine angedachte Region als „Hotspot“ einer bestimmten Phänomenausprägung gesehen werden kann.⁵

Neben der Varianz an Themen und Problemlagen wurde darauf geachtet, Regionen anhand der Kategorien „Lage in Ost- oder Westdeutschland“ sowie „städtische oder ländliche Region“ zu unterscheiden und verschiedene Varianten dieser Charakteristiken abzudecken. Solche Kontrastierungen sind in der sozialwissenschaftlichen Forschung zum einen verbreitet (vgl. z. B. Deppisch 2022, S. 116). Zum anderen unterscheiden sich städtische und ländliche sowie ost- und westdeutsche Regionen sowie die verschiedenen Bundesländer für sich in aus unserer Sicht relevanten Einflussfaktoren auf das Akteur:innenhandeln vor Ort, wie Ressourcenausstattung, Infrastruktur sowie zivilgesellschaftliche Engagementstrukturen, was berücksichtigt werden sollte. Für die Bildung eines Regionen-Samples schien ein „Ost-West“-/„Stadt-Land“-Vergleich daher gewinnbringend. In der Auswertung der Erhebungen wird allerdings darauf geachtet, diese Auswahl mit den tatsächlichen Situationen vor Ort ins Verhältnis zu setzen, um nicht etwa stereotype Vorstellungen über den „braunen Osten“ zu reifizieren. Denn bei den genannten groben Kategorien besteht die Gefahr, dass „[...] kleinräumige Widersprüche und Komplexitäten außer Acht gelassen werden“ (Mullis/Miggelbrink 2022, S. 9).

Anfang bis Mitte des Jahres 2021 führte die GE in acht ausgewählten Regionen Vorgespräche durch. In leitfadengestützten Kurzinterviews mit (über Online-Recherche ermittelten) Akteur:innen, denen aufgrund ihrer Funktion zugesprochen wurde, einen fundierten Überblick über die Problem- und Akteur:innenlage in den jeweiligen Regionen zu besitzen, wurde erfragt, inwieweit das identifizierte/zuge-

5 Je nach regionaler „Strahlkraft“ der einzelnen „DI!“-Strukturen fielen diese Gespräche unterschiedlich intensiv aus. So stand beispielsweise recht früh fest, dass MP aus dem Themenfeld Strafvollzug aufgrund ihrer besonderen Rolle und geringen regionalen Verankerung für die Regionalanalysen keine Rolle spielen.

wiesene Thema (z. B. Rechtsextremismus) aus Sicht der Befragten ein vor Ort tatsächlich relevantes Thema sei. Es wurden meist zwei Stimmen gehört: Eine Verwaltungsperspektive und ein bis zwei interviewte Personen aus der Zivilgesellschaft (z. B. Vertreter:innen von Bündnissen). Die Vorgespräche dienten außerdem dazu, ausgehend von den Interviewten per Schneeballverfahren weitere Akteur:innen zu erfragen, die in den Regionen relevant sind und für die Hauptuntersuchung in Frage kommen. Eine Folge der Vorgespräche war, dass eine Region aus dem Sample gestrichen wurde, da vorhersehbar war, dass es dort nicht möglich sein würde, geeignete Akteur:innen für Interviews in hinreichender Anzahl zu finden. In einer weiteren Region führte das Team der GE neben den Vorgesprächen weitere Interviews mit Projektvertreter:innen zweier Modellprojekte. Dabei zeigte sich, dass entgegen der ursprünglichen Annahme, vor Ort keine Zusammenarbeit weder untereinander noch mit weiteren aus dem Bundesprogramm geförderten Akteur:innen stattfand. Daher wurde diese Region ebenfalls aus den Regionalanalysen ausgeschlossen.

Die wissenschaftliche Begleitung (wB) im Handlungsbereich (HB) Kommune führt bereits seit zehn Jahren Untersuchungen in den Partnerschaften für Demokratie (PfD) durch, die auf einer Triangulation der Perspektiven von internen, also an der PfD-Arbeit verantwortlichen beteiligten Akteur:innen und externen, unbeteiligten Expert:innen aus Zivilgesellschaft, Politik und gegebenenfalls auch Strafverfolgung basieren. Da sich in Gesprächen zwischen den beiden Teams herausstellte, dass das ISS e.V. diesen Ansatz weiterverfolgt und die PfD auch in der GE Untersuchung eine wichtige Rolle spielen sollten, entschieden sich die Beteiligten dazu, im Sinne der Nutzung von Synergien die beiden geplanten Studien zu vereinen.

Die Regionenauswahl der GE wurde dadurch um zwei Regionen erweitert, in denen die wB des HB Kommune die Erhebungen durchführte. Für die Auswahl der Regionen und die Umsetzung der Regionalanalysen ist dieses Team in ähnlicher Weise vorgegangen wie das Team der GE:

Auf der Grundlage der Konzeptabsprache zwischen beiden Untersuchungsteams (GE und wB Kommune) traf das Team der wB des HB Kommune eine Fallauswahl für die aus ihrer Sicht in Frage kommende Regionen. Dabei konnte sie auch auf die Daten ihres prozessbegleitenden Monitorings der PfD aus 2022 zurückgreifen. Bei dem Monitoring handelt es sich um eine jährlich stattfindende quantitative Befragung der Mitarbeitenden der Koordinierungs- und Fachstellen (KuF) der PfD. Ausschlaggebend für die Aufnahme in das Untersuchungssample der Regionalanalysen waren insbesondere die Angaben der Koordinator:innen zur thematischen Schwerpunktsetzung der Partnerschaften sowie zu regionalen Problemlagen. Nach kurzen Telefonaten mit Partnerschaftskoordinator:innen der ausgewählten Regionen und Recherchen zu deren jeweiligen Akteur:innenlandschaft wurden zwei Regionen (Luisenstadt und Konradstadt) bestimmt. In der finalen Auswahl hat das Team der wB im HB Kommune insbesondere auf Heterogenität in der Beschaffenheit der lokalen Netzwerke geachtet. Es legte außerdem ein Augenmerk darauf, welche Bundesprogrammakteur:innen vor Ort angesiedelt sind, welche Akteur:innen im Feld der „Demokratieförderung“ mit welcher Schwerpunktsetzung regional vertreten sind sowie welche weiteren Förderprogramme (z. B. auf Landesebene) zu ähnlichen Themen in den Regionen jeweils umgesetzt werden.

Als Interviewpartner:innen wählte das Team der wB daraufhin für jede Region sechs Akteur:innen aus. Neben eigenen Recherchen berücksichtigte es für die Auswahl der Interviewpartner:innen auch das erste Interview, welches jeweils mit der:dem Koordinator:in der PFD geführt wurde. Im Rahmen dieses Interviews erfragte das Team der wB, welche Akteur:innen für die Region relevante Interviewpartner:innen wären, um die Akteur:innenlandschaft zu umreißen und Kooperationsbeziehungen in der Region adäquat untersuchen zu können. Im Anschluss erstellte das Team der wB im HB Kommune eine finale Liste der gewünschten Interviewpartner:innen.

2.3 Methodische Operationalisierung der Erhebungen

Der methodische Schwerpunkt der Regionalanalysen liegt auf Einzel- und Fokusgruppeninterviews mit aus „DII“ geförderten und nicht geförderten Akteur:innen aus Politik, Zivilgesellschaft, Verwaltung und Wirtschaft. Die beteiligten Untersuchungsteams entwickelten gemeinsam zwei Leitfäden: einen für Interviews mit den von „DII“ geförderten Maßnahmenträgern beziehungsweise Projektumsetzenden und einen zweiten für Interviews mit nicht geförderten, (semi-)externen Akteur:innen, die das Bundesprogramm zumindest teilweise kennen. Das Heranziehen programminterner und -externer Perspektiven erlaubt es, Erträge der Programmförderung nicht allein auf Basis von Selbstbeschreibungen geförderter Akteur:innen zu identifizieren. Mit Blick auf die Fragestellung der Studie ermöglicht die Perspektivenausweitung auch, Kooperationsbeziehungen oder Konkurrenzen von Akteur:innen über das Programm hinaus im untersuchten kommunalen Kontext am Ort sozialen Handelns zu identifizieren. Die analytische Zusammenführung beider Perspektiven erlaubt es, die Leistungspotentiale des Bundesprogramms im Kontext kommunaler Infrastrukturen auf aus unserer Sicht empirisch belastbarer Grundlage zu bewerten.

Um die oben genannte Forschungsfrage zu beantworten, beinhalteten die Leitfäden Fragen nach bearbeitetem Thema, nach Kooperationsbeziehungen, nach Formen/Erträgen/Hürden von Zusammenarbeit sowie nach Berührungspunkten, Einschätzungen und Wünschen an das Bundesprogramm. Da der Fokus der Gespräche auf der Vernetzung und der Zusammenarbeit von Akteur:innen sowie deren Kontext lag, entschied sich das Untersuchungsteam der GE dazu, soweit möglich⁶, in die Interviews das inhaltlich dazu passende Verfahren der Sozialen Netzwerkanalyse (SNA) zu integrieren. Die SNA geht davon aus, dass soziales, also auf Andere bezogenes Handeln erklärbar und verständlich wird, wenn Relationen zwischen Akteur:innen in den Blick genommen und die Formierungen dieser Relationen in Mustern festgehalten werden (vgl. Granovetter 1985, Holzer 2010). Ein soziales Netzwerk wird dann gebildet von einer bestimmten Konstellation von Akteur:innen und Relationen/Beziehungen zwischen diesen Akteur:innen (vgl. auch Fuhse 2016). Die GE forderte die Befragten in den Interviews dazu auf, zwei verschiedene Netzwerkkarten zu befüllen: Zum einen eine egozentrierte, bei der danach gefragt wurde, welche anderen Akteur:innen aus Sicht der interviewten Person/des Trägers im

6 An dieser Stelle muss daran erinnert werden, dass ein erheblicher Teil der Untersuchung unter den Bedingungen der Corona-Pandemie und ihrer Bekämpfung (Abstandsregeln usw.) durchgeführt wurde. Das schränkte punktuell die Interviewmöglichkeiten deutlich ein.

Sinne einer Kooperation wichtig sind und zum anderen eine Karte mit einem „Gesamtblick“, für die danach gefragt wurde, welche Akteur:innen für die Bearbeitung der Themen in der Region zentral sind. Die durch die Interviewten gelegten Muster wurden zum Anlass für Nachfragen genommen, mit denen nach der jeweiligen Form der Kooperation bzw. nach einer Erläuterung der Bedeutung der Themenbearbeitung gefragt wurde.⁷

Die Interviewphase startete Ende 2021 und endete Anfang des Jahres 2023. Insgesamt wurden 62 Interviews entweder in Präsenz oder digital geführt (GE: 50 Interviews in sieben Regionen, wB des HB Kommune: 12 Interviews in zwei Regionen). Gesprochen wurde mit unterschiedlichsten Akteur:innen, die entweder direkt durch „DII“ gefördert wurden (PfD, Beratungsangebote, LDZ, MP, KompNW) oder als (Semi-)Externe eine gewisse Berührung zum Bundesprogramm haben (z. B. Mitglieder des Begleitausschusses oder Mitarbeiter:innen von durch PfD geförderten Projekten) oder als „Externe“ lediglich mit den Themen des Bundesprogramms betraut sind (z. B. weitere zivilgesellschaftliche, politische oder Verwaltungsakteur:innen, Bildungs- und Sozialhilfeträger, Lokal-/Journalist:innen).

In manchen der untersuchten Regionen und in unterschiedlicher Intensität führte die GE zur weiteren Anreicherung des Datenmaterials Sozialraumbegehungen durch und hielt fotografisch Eindrücke fest, die Hinweise auf eine thematisch relevante Problembearbeitung in der Region liefern (beispielsweise Plakate oder Sticker im Stadtbild). Die Methode der Sozialraumbegehung wurde dort in einem Verständnis nach Heitmeyer genutzt, um „Belege für [...] Probleme ‚vor Ort‘, in Städten und Gemeinden aufzuzeigen“ (Heitmeyer 2013, S. 9). Die Ergebnisse der Sozialraumbegehungen finden an passenden Stellen in den Portraits Berücksichtigung.

2.4 Auswertung des Materials

Die Interviews wurden transkribiert, anonymisiert, codiert und inhaltsanalytisch nach Mayring (Mayring/Frenzl 2019) ausgewertet. Ergänzend dazu hat das Team der GE angelehnt an die dokumentarische Methode (vgl. Bohnsack/Nentwig-Gesemann/Nohl 2013) in den von ihr geführten Interviews in Auswertungsrunden außerdem Schlüsselstellen bestimmt, die gemeinsam reflektierend interpretiert wurden. Die erstellten Netzwerkkarten hat das Team der GE, soweit es die Ressourcen zugelassen haben, angelehnt an die qualitative strukturelle Analyse (vgl. Herz/Peters/Truschkat 2015) in die Interpretationen integriert.

Neben diesen qualitativen Auswertungsebenen wurden (wie schon in der Auswahl der Regionen) insbesondere für die Darstellung der Regionen in den Portraits regionalstatistische Daten einbezogen. So wurden die Interpretationen angereichert durch Kontextfaktoren aus kommunalen Statistiken (politische Situation, Sozialstruktur, Engagementstruktur, Verschuldung, Arbeitslosigkeit, Jugendhilfee-

⁷ Netzwerkkarten sind in den jeweiligen Portraits in Kapitel 4 enthalten.

tats u. a.). Außerdem flossen Daten aus dem Monitoring der Pfd der wB HB Kommune in dieses Themenpapier ein, die der Einordnung und Kontrastierung der qualitativ gewonnenen Befunde dienen (vgl. Kapitel 3).

Insgesamt sind die Auswertungen zu den einzelnen Regionen damit vorwiegend qualitativ-rekonstruktiv vorgenommen worden. Durch den Einbezug des Monitorings der wB des HB Kommune besitzt die Untersuchung allerdings teilweise auch Mixed-Methods-Anteile.

3 Quantitativer Überblick zur Zusammenarbeit von Programm-akteur:innen auf kommunaler/regionaler Ebene

Team der wissenschaftlichen Begleitung des Handlungsbereichs Kommune

Bevor im Hauptteil des vorliegenden Themenpapiers die untersuchten Kooperationsbeziehungen in ausgewählten Regionen vertiefend dargestellt werden, soll in diesem Kapitel ein allgemeiner Blick auf Kooperationsbeziehungen zwischen den Partnerschaften für Demokratie (PfD) und anderen Akteur:innen des Bundesprogramms sowie Akteur:innen aus Landesprogrammen gelegt werden. Grundlage der Darstellungen sind die Angaben der Mitarbeitenden der Koordinierungs- und Fachstellen der PfD aus dem prozessbegleitenden Monitoring der Partnerschaften des Jahres 2022.

Das Kapitel beginnt mit einem kurzen Überblick über den methodischen Hintergrund der Datenerhebung. Im Anschluss wird berichtet, mit welchen Programmakteur:innen die PfD zusammenarbeiten. Auf die Bereiche der Kooperation sowie besondere Erträge und Gründe für nicht erfolgte Kooperation wird im Laufe des Kapitels ebenfalls eingegangen. Das Kapitel schließt mit den zentralen Verbesserungspotenzialen, welche laut den Befragten seitens des Bundesprogramms für die Etablierung von Kooperationen bestehen.

3.1 Methodischer Hintergrund

Im Zuge der wissenschaftlichen Begleitung (wB) und Evaluation des Handlungsbereiches (HB) Kommune im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ („DL!“) befragt das ISS e.V. jährlich die Vertreter:innen der KuF der PfD im Rahmen einer quantitativen Vollerhebung zu den Rahmenbedingungen und der Ausgestaltung ihrer Arbeit. Im Jahr 2022 wurden den Vertreter:innen der Koordinierungs- und Fachstelle (KuF) u. a. eine Reihe von Fragen zu den Kooperationsbeziehungen ihrer PfD mit anderen Akteur:innen des Bundesprogramms sowie mit Akteur:innen, die durch andere Programme im jeweiligen Bundesland der Partnerschaften gefördert werden, gestellt. Dabei lag der Fokus nicht nur auf der Frage, mit wem und in welchen Bereichen kooperiert werde, sondern auch auf den Erträgen und möglichen Gründen (nicht) bestehender Zusammenarbeit.

Zum Zeitpunkt der Vollerhebung im Juli/August 2022 wurden in deutschen Kommunen insgesamt 339 Partnerschaften gefördert.⁸ Dabei befanden sich 211 dieser

8 Im Rahmen der Befragung wurden nach Absprache aus einer PfD nur Daten zur strukturellen Umsetzung der Partnerschaft erfasst. Aus diesem Grund haben insgesamt 338 Koordinator:innen Angaben zu den Kooperationsbeziehungen in ihrer Partnerschaft vorgenommen.

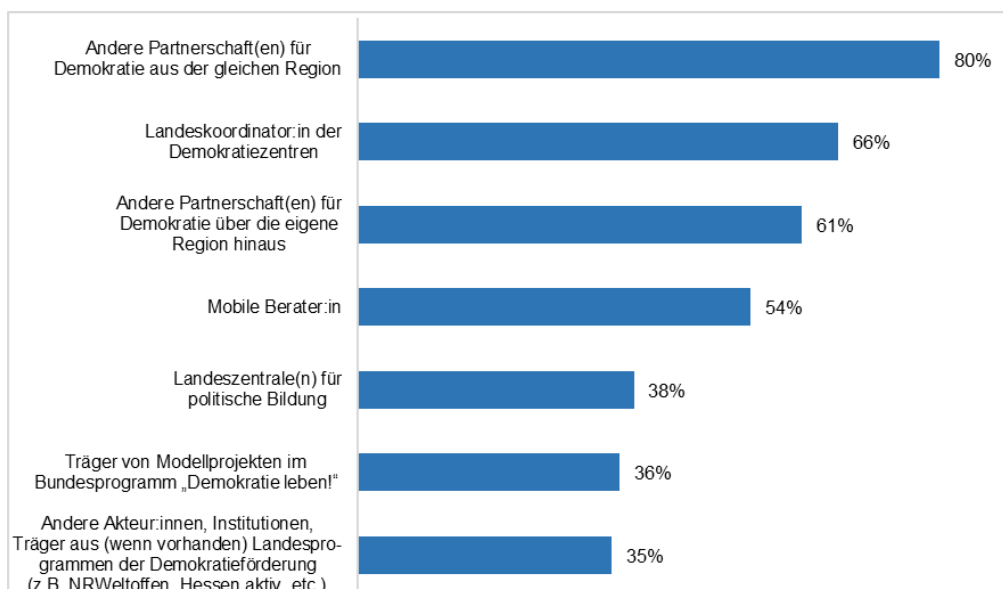
Partnerschaften in Förderregionen in den alten Bundesländern (Städtische Ansiedlung: 129; Ländliche Ansiedlung: 82), 107 in Förderregionen in den neuen Bundesländern (Städtische Ansiedlung: 46; Ländliche Ansiedlung: 61) und 21 im Land Berlin.

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Befragung im Hinblick auf die Kooperationsbeziehungen der PfD mit anderen Akteur:innen dargestellt.

3.2 Kooperationsbeziehungen

Nach Angaben der Koordinator:innen waren bis zum Erhebungsjahr 2022 Akteur:innen aus anderen PfD aus derselben Region die am häufigsten genannten Kooperationspartner:innen. Aus 80% (270 von 338) der Partnerschaften wurde berichtet, dass seit Beginn der aktuellen Förderperiode von „DI!“ im Jahr 2020 bereits mit anderen Partnerschaften aus derselben Region kooperiert worden sei bzw. vereinbart wurde, dies im Laufe des Jahres 2022 noch zu tun. An zweiter Stelle stehen Landeskoordinator:innen der Demokratiezentren (66%, 223 von 338) sowie Partnerschaften, die nicht in der eigenen Region angesiedelt sind (61%, 206 von 338).

Abb. 3.1: Akteur:innen bzw. Organisationen, mit denen seit dem Jahr 2020 bereits zusammengearbeitet wurde oder eine Zusammenarbeit bis Ende des Jahres 2022 geplant war

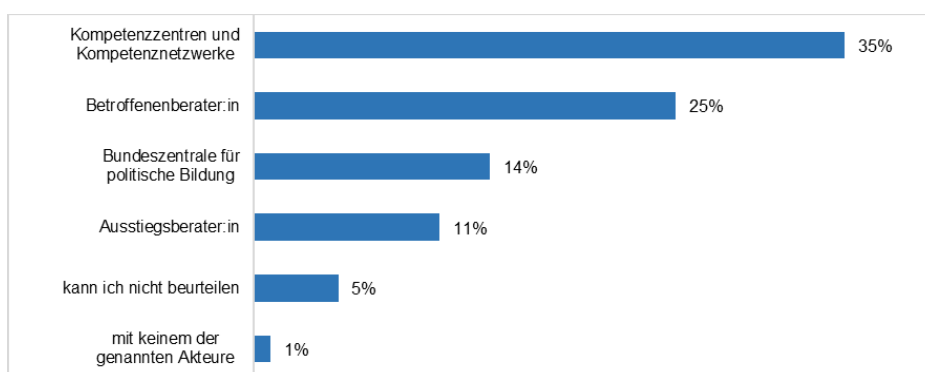


Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (n = 338). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Mit keinem der genannten Akteure“.

Jeweils etwas mehr als ein Drittel der Befragten gaben an, mit den Landeszentralen für politische Bildung (38%, 130 von 338), den Trägern von MP (36%, 120 von 338), Kompetenzzentren/Kompetenznetzwerken (35%, 119

von 338) oder anderen Akteur:innen aus Landesprogrammen im Bereich Demokratieförderung (35%, 117 von 338) bereits kooperiert zu haben bzw. dies im Laufe des Erhebungsjahres zu planen. Am seltensten wurden Kooperationsbeziehungen zur Ausstiegsberatung (11%, 37 von 338) sowie zur Bundeszentrale für politische Bildung (14%, 48 von 338) zurückgemeldet.⁹

Abb. 3.2: Akteur:innen bzw. Organisationen, mit denen seit 2020 bereits zusammengearbeitet wurde oder eine Zusammenarbeit bis Ende 2022 geplant war



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (n = 338). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Mit keinem der genannten Akteure“.

Auf Ebene der Gebietskörperschaften zeigt sich, dass die Koordinator:innen der in Berlin sowie in Landkreisen der neuen Bundesländer angesiedelten PfD von Kooperationen mit vielen Akteur:innen des Bundesprogramms überdurchschnittlich¹⁰ häufig berichten.¹¹ Im Vergleich berichten die Koordinator:innen aus Partnerschaften, die in Städten der alten Bundesländer angesiedelt sind, verglichen mit Partnerschaften in anderen Regionen über alle abgefragten Kooperationspartner:innen, am seltensten von Kooperationsbeziehungen.¹² Im weiteren Verlauf dieses Kapitels werden Gründe für nicht erfolgte Kooperation näher beleuchtet.

Bei den PfD, die in Städten der neuen Bundesländer angesiedelt sind, wird ein heterogeneres Bild deutlich als bei Partnerschaften in städtischer Ansiedlung in den alten Bundesländern. Während mit anderen Partnerschaften aus derselben Region (87%, 40 von 46 vgl. gesamt: 80%, 270 von 338), Betroffenenberater:innen (33%, 15 von 46 vgl. gesamt: 25%, 84 von 338) und Landeszentralen für politische Bildung (46%, 21 von 46 vgl. gesamt: 38%, 130 von 338) überdurchschnittlich häufig zusammengearbeitet wird, findet eine Zusammenarbeit mit Partnerschaften, die nicht in derselben Region angesiedelt sind (54%, 25 von 46 vgl. gesamt: 61%,

⁹ vgl. Abb. 3.1 und Abb. 3.2.

¹⁰ Im Rahmen der Darstellung in diesem Kapitel werden Abweichungen vom Durchschnitt wie folgt definiert: Abweichungen auf Ebene der Gebietskörperschaften werden ab einer Differenz von +/- 5-Prozentpunkten im Vergleich zum prozentualen Anteil der Gesamtnennungen eines Items als über-/unterdurchschnittlich bewertet.

¹¹ vgl. Tab. D 1 im Anhang.

¹² vgl. Tab. D 1 im Anhang.

206 von 338), der Ausstiegsberatung (4%, 2 von 46 vgl. gesamt: 11%, 37 von 338) sowie der Bundeszentrale für politische Bildung (9%, 4 von 46 vgl. gesamt: 14%, 48 von 338) unterdurchschnittlich häufig statt.¹³

Der differenzierte Blick in die Ausgestaltung der bestehenden Zusammenarbeit zeigt, dass über alle Akteursgruppen hinweg insbesondere die inhaltliche Bearbeitung gemeinsamer Themen, die Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen, Projekte und Maßnahmen sowie die kollegiale bzw. fachliche Beratung Kooperationsanlässe darstellen.¹⁴

Nach Angaben der Befragten werden bei den Pfd in Landkreisen der neuen Bundesländer diese Bereiche insbesondere gemeinsam mit anderen Partnerschaften aus derselben Region (inhaltliche Themen: 79%, 38 von 48; Veranstaltungen, Projekte und Maßnahmen: 71%, 34 von 48; kollegiale/fachliche Beratung: 85%, 41 von 48) oder aus anderen Regionen (inhaltliche Themen: 61%, 25 von 41; Veranstaltungen, Projekte und Maßnahmen: 44%, 18 von 41; kollegiale/fachliche Beratung: 78%, 32 von 41) sowie mit den Kompetenzzentren/-netzwerken (inhaltliche Themen: 58%, 15 von 26; Veranstaltungen, Projekte und Maßnahmen: 42%, 11 von 26) bearbeitet. Ähnliches berichten die Mitarbeitenden der Koordinations- und Fachstelle (KuF) der in Berlin angesiedelten Partnerschaften. Bei in Landkreisen der alten Bundesländer angesiedelten Pfd liegt ein Fokus der Zusammenarbeit mit anderen Akteur:innen des Bundesprogramms sowie mit aus Landesprogrammen geförderten Akteur:innen in der Bearbeitung organisatorischer und administrativer Fragen (Partnerschaften selbe Region: 71%, von 65; LDZ: 49%, 25 von 51; KompNW: 33%, 9 von 27; andere Akteur:innen: 44%, von 27) sowie in der Analyse lokaler Bedarfe und Problemlagen (Partnerschaften selbe Region: 65%, 42 von 65; Partnerschaften anderer Regionen: 46%, 25 von 54; Träger von MP: 43%, 10 von 23). Die gemeinsame inhaltliche Bearbeitung von Themen findet im Gesamtkontext bestehender/geplanter Kooperationen eher unterdurchschnittlich häufig statt (LDZ: 27%, 14 von 51; Träger von MP: 43%, 10 von 23; KompNW: 30%, 8 von 27; andere Akteur:innen: 37%, 10 von 27).¹⁵

3.3 Erträge der Zusammenarbeit

Die am häufigsten genannten Erträge der Zusammenarbeit mit anderen Akteur:innen des Bundesprogramms sowie mit Akteur:innen aus Landesprogrammen liegen laut den Befragten in der Verbesserung der fachlichen Kompetenz in den betreffenden Themengebieten (88%, 275 von 311) sowie der durch die Zusammenarbeit besseren Einsicht in die Problemlagen und Bedarfe vor Ort (82%, 254 von 311). Zusätzlich hierzu wird die Erweiterung des eigenen Netzwerks ebenfalls als zentraler Ertrag benannt (87%, 272 von 311).¹⁶ Vor allem von den Befragten aus den Pfd der Landkreise wird die Verbesserung der fachlichen Kompetenz als Ertrag der Zusammenarbeit bewertet (alte Bundesländer: 95%, 70 von 74; neue Bundesländer:

¹³ vgl. Tab. D 1 im Anhang.

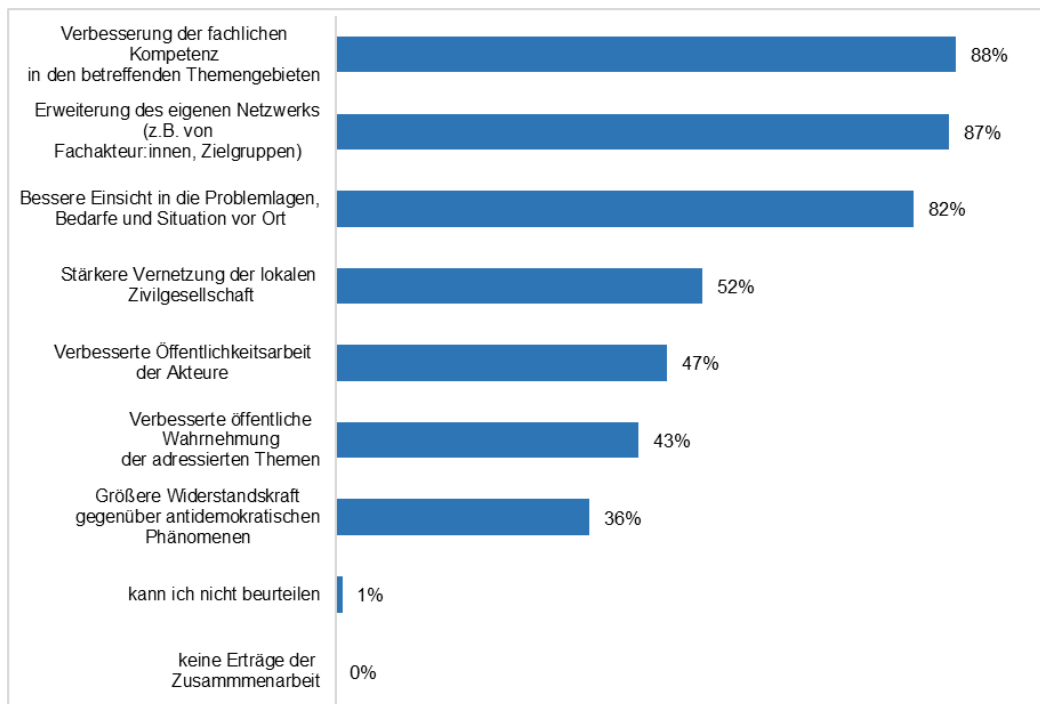
¹⁴ vgl. Tab. D 9 im Anhang.

¹⁵ vgl. Tab. D 10 bis Tab. D 15 im Anhang.

¹⁶ vgl. Tab. D 16 im Anhang.

96%; 55 von 57).¹⁷ Vergleichsweise seltener führt die Zusammenarbeit unter den Akteur:innen des Bundesprogramms nach Angabe der Befragten dazu, dass eine verbesserte Öffentlichkeitsarbeit der Akteur:innen (47%, 145 von 311) oder auch eine Verbesserung der öffentlichen Wahrnehmung der adressierten Themenbereiche (43%, 133 von 311) erzielt werden können.¹⁸

Abb. 3.3: Erträge der Zusammenarbeit mit anderen Programmakteur:innen



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022, die mit anderen Partnerschaften für Demokratie, Landes-Demokratiezentren, Trägern von Modellprojekten, Kompetenzzentren/-netzwerken und/oder Akteur:innen aus Landesprogrammen kooperiert haben/Kooperationen planen (n = 311). Mehrfachnennungen sind möglich oder „keine Erträge der Zusammenarbeit“ bzw. „kann ich nicht beurteilen“.

Unterschiede zwischen Partnerschaften für Demokratie in Abhängigkeit ihrer gebietskörperschaftlichen Ansiedlung zeigen sich insbesondere dahingehend, ob eine größere Widerstandskraft gegenüber antidemokratischen Phänomenen als Ertrag von Kooperation angesehen wird.

Während Koordinator:innen aus Pfd in städtischer Ansiedlung hierin unterdurchschnittlich häufig einen Ertrag sehen (Westkommune: 27%, 31 von 114 vgl. gesamt: 36%, 111 von 311; Ostkommune: 22%, 10 von 45 vgl. gesamt: 36%, 111 von 311), melden hier Koordinator:innen aus Pfd, die in Landkreisen oder im Land Berlin angesiedelt sind, überdurchschnittlich häufig Erträge zurück (Westlandkreis: 47%, 35 von 74; Ostlandkreis: 44%, 25 von 57; Berlin: 48%, 10 von 21).¹⁹

¹⁷ ebd.

¹⁸ ebd.

¹⁹ vgl. Tab. D 16 im Anhang.

3.4 Gründe für fehlende Zusammenarbeit

Auf die Abfrage der Gründe, weshalb Kooperationsbeziehungen zu den jeweiligen Akteur:innen nicht zustande kommen, gaben die Befragten am häufigsten an, dass sie die Gründe nicht beurteilen können.²⁰ Auffällig sind hier insbesondere die hohen Anteile in Bezug auf die Zusammenarbeit mit den LDZ (50%, 55 von 110), Akteur:innen aus Landesprogrammen (40%, 87 von 216) den KompNW (39%, 84 von 214) sowie anderen Pfd aus derselben Region (38%, 24 von 63).

Sofern die Befragten konkrete Gründe angeben konnten, zeigt sich beispielsweise, dass mit Pfd aus derselben Region Kooperationen häufig nicht zustande kommen, weil in der Region der eigenen Partnerschaft keine anderen Partnerschaften angesiedelt sind (16%, 10 von 63).²¹ Ein weiterer häufig berichteter Grund für nicht erfolgte Kooperation sei der als zu hoch bewertete Aufwand für eine Zusammenarbeit (11%, 7 von 63).²² Letzteres ist auch der am häufigsten genannte Grund, weshalb eine Kooperation mit Pfd aus anderen Regionen nicht stattfindet (25%, 32 von 127).²³ Insbesondere Befragte aus Pfd in Landkreisen der neuen Bundesländer geben dies als Grund für fehlende Kooperationen an (50%, 9 von 18).²⁴ Die fehlende lokale Ansiedlung oder Erreichbarkeit der betreffenden Akteur:innen ist beispielsweise auch hinsichtlich der Träger von Modellprojekten (MP) (18%, 38 von 213) sowie den Kompetenznetzwerken und –zentren (KompNW) (13%, 28 von 214) jeweils einer der häufigsten Gründe für eine nicht realisierbare Kooperation. Ähnlich häufig wird angegeben, dass betreffende Akteur:innen nicht bekannt seien und deshalb keine Zusammenarbeit stattfände.²⁵ Es zeigt sich wiederholt, dass Koordinator:innen aus Pfd in den neuen Bundesländern überdurchschnittlich häufig berichten, dass unterschiedliche Akteur:innen vor Ort nicht angesiedelt beziehungsweise erreichbar oder nicht bekannt seien.²⁶

Insgesamt verweisen die Ergebnisse der Befragung zu den Kooperationsbeziehungen darauf, dass die Verbreitung von Programmstrukturen in den Förderregionen der Partnerschaften, die in den neuen Bundesländern²⁷ angesiedelt sind, unterschiedlich ausgestaltet ist. Zum einen wird von einem Teil der Koordinator:innen dieser Partnerschaften, insbesondere in Landkreisen, überdurchschnittlich häufig von Kooperationsbeziehungen zu anderen Programmakteur:innen berichtet. Zum anderen berichtet ein anderer Teil der Koordinator:innen sowohl aus Pfd in Landkreisen als auch in Kommunen, überdurchschnittlich häufig, dass andere Programmakteur:innen vor Ort nicht angesiedelt oder nicht erreichbar seien.²⁸

20 vgl. Tab. D 2 im Anhang.

21 vgl. Tab. D 2 im Anhang.

22 vgl. Tab. D 2 im Anhang.

23 vgl. Tab. D 2 im Anhang.

24 vgl. Tab. D 4 im Anhang.

25 vgl. Tab. D 6 bis Tab. D 7 im Anhang.

26 vgl. Tab. D 2 bis Tab. D 8 im Anhang.

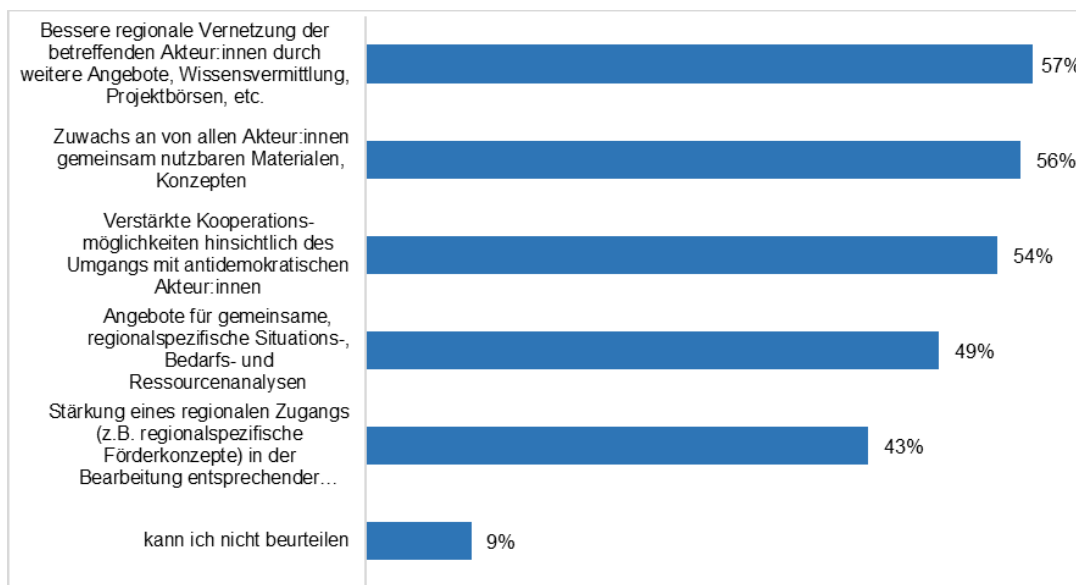
27 Berlin ausgenommen.

28 vgl. Tab. D 2 bis Tab. D 8 im Anhang.

3.5 Verbesserungspotenziale

Abschließend für dieses Kapitel werden Verbesserungspotenziale dargestellt, welche die Befragten hinsichtlich der regionalen Vernetzung beim Bundesprogramm benennen. Abb. 3.4 verdeutlicht, dass die Koordinator:innen durchaus Potenziale in unterschiedlichen Bereichen wahrnehmen. Am häufigsten werden Verbesserungspotenziale in der regionalen Vernetzung durch ein erweitertes Angebotsspektrum gesehen (57%, 193 von 338). Der Bereich, in dem die wenigsten Befragten Verbesserungspotenziale zurückmelden, ist die Stärkung des regionalen Zugangs (z. B. regionalspezifische Förderkonzepte) in der Bearbeitung von Themen²⁹ (43%, 147 von 338).³⁰

Abb. 3.4: Größte Verbesserungspotenziale hinsichtlich der regionalen Vernetzung der Akteur:innen des Bundesprogramms



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (n = 338). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich nicht beurteilen“.

Auch hier zeigen sich regionale Unterschiede. Aus den PfD im Land Berlin wird überdurchschnittlich häufig angegeben, dass Potenziale in Angeboten für gemeinsame, regionalspezifische Situations-, Bedarfs- und Ressourcenanalysen gesehen werden (57%, 12 von 21 vgl. gesamt: 49%, 165 von 338). Partnerschaften für Demokratie in ländlichen Regionen berichten hingegen überdurchschnittlich häufig von Potenzialen bei der Stärkung von Kooperationsmöglichkeiten im Umgang mit antidemokratischen Akteur:innen (neue Bundesländer: 64%, 39 von 61 vgl. gesamt: 54%, 184 von 338; alte Bundesländer: 58%, 47 von 81 vgl. gesamt: 54%, 184 von

²⁹ Themen beziehen sich in dem Zusammenhang auf die inhaltlichen Bedarfs- und Problemlagen, welche innerhalb der Handlungsfelder des Bundesprogramms (Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und Extremismusprävention) lokal jeweils adressiert ist.

³⁰ vgl. Tab. D 17im Anhang.

338). Darüber hinaus geben Koordinator:innen aus Partnerschaften in Städten Ostdeutschlands überdurchschnittlich häufig an, dass der regionale Zugang in der Bearbeitung von Themen gestärkt werden sollte (48%, 22 von 46 vgl. gesamt: 43%, 147 von 338).³¹

Zusammenfassend zeigt sich, dass die Zusammenarbeit mit anderen Akteur:innen nach Angaben der Befragten Erträge im Hinblick auf eine Verbesserung der fachlichen Kompetenz, die Erweiterung des eigenen Netzwerkes oder eine verbesserte Einsicht in lokale Problemlagen erbringt. Gleichzeitig berichten die Koordinator:innen aber auch von unterschiedlichen Gründen, welche die Etablierung einer Zusammenarbeit mit anderen Akteur:innen des Bundesprogramms oder von Landesprogrammen erschweren und weisen auf unterschiedliche Verbesserungspotenziale hinsichtlich der regionalen Vernetzung seitens des Bundesprogramms hin. In allen Bereichen werden nicht nur Unterschiede zwischen Partnerschaften, die in Förderregionen in Westdeutschland und Ostdeutschland angesiedelt sind, sondern auch in Abhängigkeit davon, ob die Förderregionen von Partnerschaften Kommunen oder Landkreise umfassen, deutlich. So zeigt sich beispielsweise, dass Pfd in Berlin sowie in Landkreisen der neuen Bundesländer im Vergleich zu anderen Pfd mit besonders vielen Akteur:innen kooperieren. Gleichzeitig berichten Befragte aus Pfd in Ostdeutschland auf die Frage nach den Gründen nicht erfolgter Kooperation mit unterschiedlichen Akteur:innen aber wiederholt überdurchschnittlich häufig, Akteur:innen seien vor Ort nicht angesiedelt/erreichbar oder nicht bekannt. Auch in den Kooperationsanlässen zeigen sich regionale Unterschiede. Während beispielsweise die inhaltliche Bearbeitung gemeinsamer Themen in Pfd der neuen Bundesländer und Berlin wiederholt einen der häufigsten Kooperationsanlässe darstellt, arbeiten Pfd in Westdeutschland seltener in inhaltlichen Themen mit anderen Akteur:innen des Bundesprogramms zusammen. In Bezug auf Erträge der Kooperation berichten insbesondere Koordinator:innen aus Pfd in Landkreisen und im Land Berlin überdurchschnittlich häufig von einer größeren Widerstandskraft gegenüber antidemokratischen Phänomenen durch Zusammenarbeit.

Unterschiede zeigen sich auch in den Regionen, die für die vertiefte Betrachtung der in ihnen bestehenden Kooperationsbeziehungen für dieses Themenpapier ausgewählt worden sind. Im Anschluss an das vorliegende Kapitel werden diese Regionen in den für dieses Themenpapier zugrundeliegenden Forschungsfragen relevanten Aspekten zunächst Überblickshaft und anschließend vertiefend vorgestellt. Hierauf aufbauend werden auf Grundlage der Gegenüberstellung der regionalen Einzelporträts die zentralen Einflussfaktoren auf das Gelingen von Kooperation sowie die zentralen Erträge kooperativer Zusammenarbeit eruiert.

31 vgl. Tab. D 17 im Anhang.

4 Einzelporraits

Team der Gesamtevaluation und der wissenschaftlichen Begleitung des Handlungsbereichs Kommune

Bevor die Portraits der einzelnen Regionen anhand der Erhebungsdaten dargestellt werden, soll anhand des Sozioökonomischen Disparitätenberichts 2023 „Ungleiches Deutschland“ der Friedrich-Ebert-Stiftung (vgl. Gohla/Hennicke 2023) ein Überblick über die ausgewählten Regionen gegeben werden. Diese erst kürzlich erschienene Studie liefert sozioökonomische Rahmeninformationen zu den Regionen und ordnet diese entlang der in der Studie entwickelten Indikatoren in Bezug auf räumliche Entwicklungen sozioökonomischer Disparitäten und Zukunftspotenziale sowie Transformationsherausforderungen ein.³²

In der Abb. 4.5 sind die untersuchten Regionen anhand der Indikatoren überblicksartig dargestellt.

³² Einordnend sei darauf hingewiesen, dass die Zuordnung anhand der Grafiken im Themenpapier erfolgte und teilweise sehr grob ausfällt, da nur große Städte und Landkreise ausgewiesen werden. Mittelgroße und kleinere Städte werden nicht gesondert angezeigt, sondern werden dem jeweiligen Landkreis zugeordnet. Einige unserer Regionen zählen zu den mittelgroßen und kleinen Städten.

Abb. 4.5: Einordnung der Regionen anhand des Sozioökonomischen Disparitätenberichts 2023

	Raumtypen sozioökonomischer Disparitäten	Wohlstand	geerbtes und geschenktes Vermögen ^{1/2}	Resilienz ³ und Zukunftsfähigkeit
Konradstadt	Deutschlands solide Mitte	unterdurch- schnittlich	1	Räume mit besonderen strukturellen Heraus- forderungen
Luisenstadt	dynam. Städte mit erhöhter Exklusionsgefahr ⁴	leicht überdurchschnittlich	4	räumliche Innovationspole
Olastadt	Deutschlands solide Mitte	durchschnittlich	3	Regionen mit partiellen Anpassungshemm- nissen
Jakobkreis	Deutschlands solide Mitte	durchschnittlich	3	Regionen mit partiellen Anpassungshemm- nissen
Marakreis	strukturschwache Räume mit Aufholerfolgen	unterdurch- schnittlich	1	Räume mit besonderen strukturellen Heraus- forderungen
Hagenfeld	dynam. Städte mit erhöhter Exklusionsgefahr	leicht überdurchschnittlich	5	räumliche Innovationspole
Annegretstadt	altindustriell geprägte Städte mit strukturellen Herausforderungen	leicht unterdurchschnittlich	4	räumliche Innovationspole
Bettinastadt	Wohlhabendes (Um-)Land	überdurch- schnittlich	5	resiliente ländliche Räume

Quelle: Gohla/Hennicke 2023

Legende:

1: 1=10.000; 2=20.000; 3=40.000; 4=80.000; 5=120.000

2: Neben der Darstellung des Wohlstandes ist das geerbte und geschenkte Vermögen ein weiterer Faktor mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit von Regionen (siehe (Gohla/Hennicke 2023, S. 15) sowie Heider u.a. 2023, S. 17). Dabei spielen nicht nur der individuelle Vorteil durch Sicherheit und Generierung zusätzlichen Einkommens durch Zinsen u. Ä. sowie ein damit oftmals einhergehendes höheres kulturelles Kapital eine Rolle, auch Regionen bzw. die Zivilgesellschaft in Regionen profitiert von einem höherem Vererbungs-/Verschenkungsatz. Gerade Nachlässe, die zur Unterstützung ehrenamtlichen Engagements und für soziale Zwecke eingesetzt werden, können Kommunen in diesen Aufgaben wesentlich unterstützen

3: Die Autor:innen des wissenschaftlichen Hintergrundberichtes „Ungleiches Deutschland“ verweisen zum Begriff der Resilienz auf die raumwissenschaftlichen und strukturpolitischen Debatten (Heider u.a. 2023, S. 5), in denen Resilienz die Krisenfestigkeit und Transformationsfähigkeit von Regionen beschreibt.

4: Zur Exklusionsgefahr führen die Autor:innen des wissenschaftlichen Hintergrundberichtes aus, dass in räumlicher Hinsicht in v. a. wirtschaftlich erfolgreichen Städten überlastete Wohnungsmärkte zu stärkeren Segregationseffekten führen, da sich neben niedrigen Einkommensgruppen inzwischen auch erhebliche Teile der Mittelschicht ein Leben in diesen Städten (inzwischen inkl. der Einzugsbereiche) nicht (mehr) leisten können. Die Autor:innen verweisen noch auf einen zweiten Aspekt einer Exklusionsgefahr: Durch den Anstieg der Zuwanderung auch im ländlichen Raum und in ostdeutschen Großstädten werden diese Gebiete „im andauernden Strukturwandel [...] vor große Integrationsherausforderungen [gestellt]. Wenn sozioökonomisch schwächer gestellte Migrant:innen auf überlastete soziale Infrastrukturen und klamme kommunale Haushalte treffen, steigt die Armuts- und Exklusionsgefahr“ (Heider u.a. 2023, S. 4-5).

Für die einzelnen Regionen wird nachfolgend kurz zusammengefasst, was dies jeweils bedeutet.³³

Konradstadt

Die Region zählt zu den strukturschwachen Räumen mit geringer Verschuldung, geringen kommunalen Sachinvestitionen und unterdurchschnittlichem Wohlstand/Einkommen, aber (noch) vergleichsweise geringer Altersarmut. Hier finden sich kaum lukrative Beschäftigungsmöglichkeiten und die Region kämpft mit einer schwierigen demografischen Situation und großen strukturellen Herausforderungen. Gleichzeitig zeigt sich aber auch eine gute Entwicklung bezüglich der Gehälter und ein vorankommender Ausbau der Infrastruktur. In der Region sind große Anstrengungen notwendig zur Bewältigung zukünftiger Transformationsherausforderungen.

Luisenstadt

Die Region zählt zu den wohlhabenden Kommunen mit guten und krisensicheren Zukunftsaussichten und Attraktivität für (ausländische) Wissensberufler:innen. Sie verfügt über eine sehr gute Infrastruktur, aber Wohnungsnot und ein hohes Armutsrisiko, d. h. immer weniger Menschen können sich Leben in der Stadt leisten. Das birgt eine hohe Exklusionsgefahr.

Olastadt und Jakobkreis

Die beiden Regionen gehören zu Deutschlands solider Mitte, d. h. hier finden sich mittlere Einkommen und Wohlstand. Insgesamt zeichnet Regionen in diesem Cluster aus, dass sie sehr heterogen sind – bei den wirtschaftlichen Strukturen, Berufsklassen u. Ä. Der Anteil hochqualifizierter Beschäftigter ist unterdurchschnittlich, wodurch der Anschluss an dynamische Städte verloren werden kann. Es besteht ein geringeres Armutsrisiko und eine Investitionsschwäche der Kommunen. Ebenso zeichnet sich eine höhere Zuwanderung ab.

Marakreis

Die Region gehört zu den strukturschwachen Räumen mit geringer Verschuldung, geringen kommunalen Sachinvestitionen, unterdurchschnittlichem Wohlstand/Einkommen und kaum lukrativen Beschäftigungsmöglichkeiten. Derzeit ist (noch) eine geringere Altersarmut zu beobachten. Sie befindet sich in einer schwierigen demografischen Situation, zeigt aber auch eine gute Entwicklung hinsichtlich der Gehälter und dem Ausbau der Infrastruktur. Insgesamt muss die Region große Anstrengungen zur Bewältigung zukünftiger Transformationsherausforderungen unternehmen.

Hagenfeld

Die Region gehört zu den dynamischen, krisensicheren Städten mit erhöhter Exklusionsgefahr. Es gibt sehr gute Verdienstmöglichkeiten für Hochqualifizierte, zukunftsfähige Arbeitsmärkte, gute infrastrukturelle Versorgung und Erreichbarkeit zentraler Einrichtungen. Hagenfeld lässt sich als wohlhabende Kommune mit guten

³³ Zur genaueren Information, was sich hinter den einzelnen Indikatoren verbirgt, siehe: Gohla/Hennicke 2023.

Zukunftsaussichten und Attraktivität für (ausländische) Wissensberufler:innen bezeichnen, die aber auch über ein hohes Armutsrisiko, Polarisierung und Exklusionsgefahr verfügt. Es gibt eine Wohnungsnot und immer weniger Menschen können sich ein Leben dort leisten, was auch durch die niedrigsten Wanderungsgewinne aller Regionen unterstrichen wird.

Annegretstadt

Die Region gehört zu den altindustriell geprägten Städten mit strukturellen Herausforderungen. Annegretstadt ist eine Kommune mit mittleren Einkommen und höherem Vermögen, starken Armutsrisiken, hohen sozialen Problemlagen, einer hohen Schuldenlast, aber auch guter Infrastruktur. Sie besitzt eine hohe Attraktivität für Wissensberufe und Unternehmen(-sgründungen) und wird als krisensicher und insgesamt mit deutlichen infrastrukturellen Vorteilen eingestuft. Dennoch wird auf einen Negativkreislauf sich überlagernder sozioökonomischer Herausforderungen hingewiesen, die für die Region problematisch werden können.

Bettinastadt

Die Region gehört zum wohlhabenden (Um-)Land. Die Kommune zählt zu den erweiterten Metropolregionen mit hohem Wohlstand, geringen Schulden, geringer Armutsbelastung, sehr guter Infrastruktur, hoher Attraktivität für Hochqualifizierte und hohen Investitionen. Ihre Innovationspotenziale liegen eher im Mittelfeld, auch aufgrund einer unterdurchschnittlichen wirtschaftlichen Diversität. Dennoch wird der Region eine gute Zukunftsprognose ausgestellt.

Die vorangegangenen Ausführungen machen deutlich, dass die Auswahl der Regionen ein breites Spektrum abbilden. Die Einordnung der Regionen nach sozioökonomischen Faktoren sowie Zukunftspotenzialen und Transformationsherausforderungen ist wichtig für die Einordnung und den Vergleich der ausgewählten Regionen, da diese Merkmale das Handeln der Akteur:innen vor Ort in den Themenfeldern des Bundesprogramms, Vielfaltgestaltung, Extremismusprävention sowie Demokratieförderung, beeinflussen (können).

Die nun folgenden Einzelportraits legen den Fokus auf die Beschreibung der jeweiligen Akteur:innenlandschaft sowie die Kooperationsbeziehungen, die sowohl durch das und mit dem Bundesprogramm „DI!“ entstanden sind als auch bereits vor diesem bestanden und aufgebaut wurden.

Die Angaben in den Texten stammen aus den Interviews, Materialien, die Interviewpartner:innen zur Verfügung stellten sowie verschiedenen Homepages von Akteur:innen der Region. Aufgrund der Anonymisierung werden diese nicht aufgeführt. Daten aus anderen Quellen werden gesondert aufgeführt. Wie in Abschnitt 2.3 ausgeführt, setzte das Team der GE nicht in allen Interviews Netzwerkkarten ein. Deshalb sind nicht in allen nachfolgenden Portraits Netzwerkkarten integriert und abgebildet.

4.1 Portrait der Region Konradstadt

4.1.1 Strukturdaten und Rahmenbedingungen

Bei der im Folgenden dargestellten Region handelt es sich um eine ostdeutsche Großstadt. Nach Angaben des zuständigen statistischen Landesamts hat die Stadt, Stand 2021, eine Bevölkerung von rund 250.000 Einwohner:innen und einen nicht-deutschen Bevölkerungsanteil von unter zehn Prozent. Bei der Bundestagswahl 2021 erhielt die SPD den größten Stimmenanteil, während die AfD die zweit- und die CDU die drittmeisten Stimmen für sich gewinnen konnten.

Konradstadt weist eine etablierte Akteur:innenlandschaft auf, die sich den Handlungsfeldern der Vielfaltgestaltung und Demokratieförderung zuordnet und sich als Antwort auf die lokale rechtsextreme Szene und die Verbreitung rechtspopulistischer Einstellungen in der Bevölkerung versteht. In der aktuellen Förderperiode werden in Konradstadt im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ („DL!“) zwei MP, ein kommunaler Innovationsfonds sowie eine Partnerschaft für Demokratie (PfD) gefördert. Die PfD beziehungsweise der Lokale Aktionsplan des Vorgängerprogramms ist in der Region seit dem Jahr 2011 aktiv. In der Region Konradstadt ist auch die Mobile Beratung (MB) und Betroffenenberatung (BB) mit ihrem Angebot aktiv. Neben den Strukturen des Bundesprogramms werden in Konradstadt auch von Seiten der Kommune sowie des Landes, beispielsweise im Rahmen eines Lokalen Aktionsplans³⁴ und eines Landespräventionsrats³⁵, finanzielle Mittel für Projekte im Bereich Demokratieförderung und Kriminalitätsbekämpfung bereitgestellt.

Problemlagen/zentrale Themen

In der Region besteht ein hoher Problemdruck in den Phänomenbereichen Rechtsextremismus und -populismus. Es gibt eine ausgeprägte lokal verankerte rechtsextreme Szene und regelmäßig kommt es zu Vorfällen rechter und rechtsextremer Gewalt und Aufmärschen sowie Protestaktionen rechter und rechtsextremer Akteur:innen. In der Bevölkerung sind rechtspopulistische Einstellungen nach Angaben der Interviewten weit verbreitet.

Interviewpartner:innen

Für die Regionalanalysen wurden sechs Akteur:innen interviewt. Die drei Interviewpartner:innen aus dem Bundesprogramm geförderter Projekte umfassen die KuF der PfD, eine:inen Mitarbeiter:in des mobilen Beratungsteams und eine:inen Mitarbeiter:in eines MP im Handlungsfeld Vielfaltgestaltung. Darüber hinaus wurde auch mit einer Person aus der kommunalen Geschäftsstelle für Prävention, Bürgerbeteiligung und Demokratieförderung gesprochen, welche im Rahmen ihrer Funktion auch die Zuständigkeit über das Federführende Amt der PfD innehat. Hinzu-

34 Im Rahmen des Lokalen Aktionsplans werden von der Kommune zusätzlich zum Bundesprogramm finanzielle Mittel für Projektförderung zur Verfügung gestellt.

35 Die Mittel aus dem Landespräventionsrat werden zur Aufstockung der Initiativfonds im Rahmen des Bundesprogramms eingesetzt.

kommen zwei weitere Interviewpartner:innen, die nicht unmittelbar aus dem Bundesprogramm gefördert werden. Dies waren je eine Person eines zivilgesellschaftlichen Bündnisses aus dem Bereich Politik sowie aus dem Bereich Kultur.

4.1.2 Zentrale Akteur:innen und Strukturen der Kooperation

Die Zivilgesellschaft vor Ort im Überblick

Vor dem Hintergrund einer jahrzehntelangen Historie rechtsextremer Strukturen in der Region sowie einer – wie die interviewten Akteur:innen beschreiben – spürbaren Politikverdrossenheit innerhalb der lokalen Bevölkerung haben sich in der Stadt trotzdem anerkannte Strukturen zivilgesellschaftlichen Engagements etabliert. Zu diesen Strukturen gehören lokale Träger, Förderprojekte und engagierte Bündnisse, die durch das Bundesprogramm gefördert werden. Im Unterschied zu früher sei es nach Ansicht der Interviewten jedoch heute der Fall, dass sich in der Bevölkerung eine Ermüdung gegenüber dem Problemdruck im Bereich Rechtsextremismus eingestellt hätte und eine Aktivierung nur noch eingeschränkt möglich sei. Dies beschränke den Ausbau zivilgesellschaftlichen Engagements.

An dieser Stelle soll zunächst auf die aus den Interviews gewonnenen Erkenntnisse zu hinderlichen und anschließend zu förderlichen Faktoren, die das zivilgesellschaftliche Setting des regionalen Engagements gegen Rechtsextremismus rahmen, eingegangen werden.

Hindernisse zivilgesellschaftlichen Engagements: Gewöhnungseffekte und ‚Shrinking Spaces‘

Den Aussagen der Interviewpartner:innen zufolge lässt sich in Konradstadt innerhalb der Bevölkerung aber auch bei zivilgesellschaftlichen Akteur:innen eine Gewöhnung an rechtspopulistische Ideologien und eine Verharmlosung rechtsextremer Aktionen beobachten. Als weiteres Problem kommt hinzu, dass – einem bundesweit zu beobachtenden Trend folgend – Personen, die sich gegen Rechtsextremismus und -populismus einsetzen, auch in Konradstadt in der Gefahr stehen, Opfer von Einschüchterungsversuchen zu werden.³⁶ Diese reichen laut den Interviewpartner:innen von Einschränkungen der Arbeit durch Anfragen rechter Parteien bis hin zu Gewaltandrohungen. Vor dem Hintergrund einer in weiten Teilen politikverdrossenen lokalen Bevölkerung sowie einer laut einiger Interviewten überforderten Verwaltung führe dies bei Akteur:innen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren oder engagieren wollen, zu Frust und in einigen Fällen auch zu Zurückhaltung beim Engagement.

Professionalisierte und vernetzte Akteur:innenlandschaft im Engagement gegen Rechts

Wenngleich das zivilgesellschaftliche Setting einige Hürden für prodemokratisch engagierte Akteur:innen aufweist, hat sich in der Stadt eine Akteur:innenlandschaft ausgeprägt, die sich der rechtsextremen Szene entgegenstellt. Es existiert eine Reihe von Netzwerktreffen, bei denen sich demokratische Fachakteur:innen und Bürger:innen zu Entwicklungen in der rechtsextremen Szene, zu Vorfällen und zu

³⁶ vgl. ISS e.V. 2019.

angemessenen Reaktionsstrategien und Handlungsansätzen austauschen. Besonders laut der Interviewpartnerin/des Interviewpartners aus der Verwaltung haben das Bundesprogramm sowie seine Vorgängerprogramme wesentlich dazu beigetragen, in der Stadt wehrhafte und stabile zivilgesellschaftliche Strukturen aufzubauen, die es ohne diese Förderungen in ihrer derzeitigen Größe und Professionalität nicht geben könne. Dergestalt aufgestellt sei es möglich, Formate zu entwickeln und anzubieten, die dazu geeignet seien, die in den Interviews als politisch ermüdet beschriebene Gesellschaft anzusprechen. Zudem gelänge es aus dieser Struktur heraus auch, zu Großprotesten rechter Akteur:innen oder bei Vorfällen rechtsextremer Gewalt zuverlässig einen gemeinsamen Widerstand durch zahlreiche Bürger:innen, Bündnisse, demokratiefördernde Fachakteur:innen und Kommunalpolitiker:innen zu formieren. Weniger öffentlichkeitsrelevante Aktionen der rechten Szenen erfahren jedoch wenig Gegenwind.

Strukturen der Kooperation im Bundesprogramm

Im Folgenden werden die geführten Interviews in Bezug auf die Frage nach Kooperationsstrukturen jeweils zusammenfassend vorgestellt. Einleitend werden jeweils die Ziele der Akteur:innen beziehungsweise der Organisationen und Initiativen, die diese vertreten, sowie deren Arbeitspraxis vorgestellt. Hiernach werden die Kooperationsstrukturen mit bundesprogramminternen sowie -externen Akteur:innen näher beleuchtet. Dabei wird auf die Form der Kooperation sowie die Stärken und Schwächen der Zusammenarbeit eingegangen. In einigen Interviews wurden auch Einschätzungen, Kritikpunkte und Bedarfe in Bezug auf Kooperationen und das Bundesprogramm geäußert, die in den Zusammenfassungen wiedergegeben sind.

Koordinierungs- und Fachstelle der Partnerschaft für Demokratie

Die Pfd legt ihren Handlungsschwerpunkt auf die Prävention von Rechtsextremismus und kooperiert hierbei sowohl mit programminternen als auch -externen Partner:innen. Erscheinungsformen des Rechtsextremismus in der Stadt werde von Seiten demokratisch engagierter Akteur:innen begegnet und es gäbe dazu einen regen Austausch, der auch regelmäßig in gemeinsamen Aktionen münde. Veranstaltungen wie Workshops oder Ausstellungen werden gemeinsam durchgeführt und gegenseitig innerhalb des eigenen Netzwerks beworben. Neben dieser anlassbezogenen Kooperation organisiert die:der Koordinator:in zudem regelmäßig Vernetzungstreffen, an denen Vertreter:innen aus den Bereichen Gewerkschaft, Kirche, Vereinswesen, Ehrenamt, Kommunalpolitik und Verwaltung teilnehmen. Die etablierte Reichweite und zeitliche Kontinuität, die sich in der Vernetzung inzwischen eingestellt habe, lässt sich auf die wiederholte Förderung der engagierten Träger durch den Bund zurückführen. Auch Strukturelemente der Förderung, wie etwa die jährlichen Demokratiekonferenzen, würden Erfolge zeigen: Während an der Demokratiekonferenz zunächst nahezu ausschließlich zivilgesellschaftliche Akteur:innen teilnahmen, konnten mittlerweile auch Personen aus der Kommunalpolitik, der Verwaltung sowie weitere zentrale Behörden, wie zum Beispiel der Polizei, für eine Beteiligung gewonnen werden.

Programmexterne Kooperationen würden insbesondere mit Vereinen, die sich gegen Rechtsextremismus und Rassismus engagieren, existieren sowie mit kulturellen und politischen Bündnissen. Die:der Interviewte berichtet aber ebenso von einer

guten Zusammenarbeit mit der Verwaltung sowie mit der:dem Oberbürgermeister:in, welche:welcher gut über die Arbeit der PfD informiert sei und nach Aussage des:der Interviewpartners:in eine „schützende Hand“ über die PfD halte. Auch zu der:dem Pressesprecher:in der Stadt sowie zu den Beauftragten für Migration, Kinder und Gleichstellung bestünden gute Verbindungen.

Nach Aussage der interviewten Person gebe es programmintern eine regelmäßige Zusammenarbeit mit den ansässigen MP, wie auch zu der BB und der MB. Deren Vertreter:innen nehmen an den Vernetzungstreffen teil und informieren regelmäßig über aktuelle Entwicklungen. Austausch erfolge zudem mit der Koordinierungs- und Fachstelle (KuF) anderer Partnerschaften. Insbesondere die regelmäßig stattfindenden Zoom-Meetings, die die wissenschaftliche Begleitung am ISS organisiert, und die modularen Weiterbildungen am Standort Schleife seien Orte der Vernetzung mit anderen KuF.

Mobile Beratung

Ziel der Arbeit der Mobilen Beratung (MB) ist es, die demokratische Zivilgesellschaft zu stärken sowie rechte bzw. rechtsextreme Akteur:innen und Strukturen zurückzudrängen. In der Regel werde die MB bei akuten Problemlagen oder Vorfällen von demokratisch Engagierten angefordert, deutlich seltener kämen Anfragen zu präventiven Angeboten in Form von Workshops und Fortbildungen. Für Kooperationen mit einzelnen Akteur:innen sei nicht relevant, ob diese durch „DL“ gefördert würden.

Die MB ist in die PfD-Netzwerke eingebunden, verortet sich aber im Gegensatz zu den dort engagierten Akteur:innen eher als unterstützende statt als kooperierende Organisation. Zudem sei das Spektrum der Beratungsnehmenden auch weiter zu fassen; nicht selten würden Einzelpersonen oder Vertreter:innen von zivilgesellschaftlichen Initiativen beraten, welche sich gerade in einer Gründungsphase befinden. Laut der:dem Interviewten liegt der regionale Fokus der MB zudem nicht im städtischen, sondern vielmehr im ländlichen Raum. In den angrenzenden peripheren und strukturschwachen Räumen sei eine völlig andere Ausgangslage vorzufinden als in der hier beschriebenen Stadt, in der sich in den vergangenen Jahren aus Sicht der MB eine aktive und professionalisierte Akteur:innenlandschaft ausgebildet habe. Trotz ihrer hauptsächlich auf den ländlichen Raum ausgerichteten Tätigkeit, ist die MB fest in die Netzwerkstrukturen programminterner und -externer Akteur:innen innerhalb der Stadt eingebunden. Dort berät sie, unterstützt bei der inhaltlichen Vorbereitung von Treffen, teilt Einschätzungen und nimmt am Austausch über die Entwicklungen rechter Strukturen teil.

Über die genannten Akteur:innen hinaus ist vor allem das Landes-Demokratiezentrum (LDZ) ein zentraler programminterner Kooperationspartner. Die MB nimmt über eine Vertretung an Treffen des LDZ teil und profitiert dabei insbesondere vom Kontakt und Austausch mit anderen Beratungsträgern. Gut funktioniere auch die Vermittlung von Beratungsanfragen über das LDZ. Damit fungiere die MB auch als Schnittstelle zwischen kommunaler und Landesebene.

Mitarbeiter:in des Modellprojekts

Das MP im Handlungsfeld Vielfaltgestaltung verfolgt das Ziel, Netzwerke zu bilden und Bürger:innen sowie Akteur:innen aus unterschiedlichen Bereichen, wie Kultur, Wissenschaft und Verwaltung, über kulturelle Formate wie Aufführungen und Ausstellungen und informierende Maßnahmen wie Workshops sowie wissenschaftliche Inputs zusammenzubringen. Was dabei nach Einschätzung der:des Interviewten sehr vielen engagierten Menschen vor Ort nütze und diese stärke, seien von dem MP initiierte Analysen zu regionalen rechtsextremen Strukturen, die in Zusammenarbeit mit Akteur:innen aus der Wissenschaft erarbeitet würden. Laut dem:der Interviewten gebe es in der Stadt auch weitere Akteur:innen, die wie das MP einen Fokus auf Vernetzung setzten. Das MP hebe sich von diesen durch die Ausrichtung der Vernetzung auf Kulturschaffende und Wissenschaftler:innen ab. Durch die Zusammenarbeit mit den anderen kommunalen Netzwerken, wie der Pfd und der Verwaltungsfachstelle für Demokratieförderung, ließen sich erweiterte Synergien erreichen und könne eine wechselseitige Unterstützung und Absprache erfolgen. Das eigene Netzwerk, aber auch das der anderen, erweitere sich hiermit in relevanter Weise.

Bundesprogrammextern kooperiert das MP u. a. mit Personen aus der Wissenschaft. Dadurch, dass sich Engagierte auf akademische Studien berufen können, gewinne deren Anliegen an Gewicht und Seriosität. Dementsprechend würde sich die:der Interviewte eine noch intensivere und regelmäßige lokale Zusammenarbeit mit Wissenschaftler:innen wünschen, was sich jedoch als schwer umsetzbar erweise. Akademisch Tätige ließen sich nur selten für Präsenztermine, mitunter jedoch für digitale Formate gewinnen. In Bezug auf die Kooperation mit bundesprogramminterne Akteur:innen würden die Mitarbeitenden des MP insbesondere von dem Wissens- und Erfahrungsaustausch mit anderen MP profitieren.

Vertreter:innen des Kulturbündnisses

Das Kulturbündnis wurde von Kulturschaffenden und Clubbetreibenden der Stadt als ein Aktionsbündnis gegen ein Erstarken des Rechtsextremismus und für den Einsatz für Vielfalt in der Stadtregion gegründet. Während der Pandemie habe sich dann sein inhaltlicher Fokus verschoben. Seitdem fungiere das Bündnis in Form eines Vereins auch als Interessenvertretung der Kulturschaffenden und jungen Menschen gegenüber der Stadtverwaltung und Politik. Nach Angabe der:des Interviewten werden durch das Bündnis neben der Beteiligung an politischen Aktionen, der Durchführung von Projekten im Bereich Demokratieförderung und Inklusion sowie der Veranstaltung von Festen im Zeichen von Vielfalt auch Probleme im Bereich der sogenannten „Nachtwirtschaft“, insbesondere die Existenz rechtsextremer Securities, angegangen.

Bundesprogrammexterne Kooperationspartner:innen seien neben wirtschaftlichen Akteur:innen aus der Club-, Kultur- und Konzertlandschaft Jugendvereine, Studierendenorganisationen, Sportvereine, Vertreter:innen aus der Politik und dem Kriminalpräventionsrat der Stadt. Zusammenarbeit erfolge auch regelmäßig mit der Verwaltung. Entgegen den Erfahrungen anderer Bündnisse, z. B. Jugendgruppen

oder politisch fokussierter Bündnisse, beurteilt der:die Interviewte den eigenen Einfluss auf die Verwaltung durch das Bündnis als hoch. Das läge seiner:ihrer Meinung nach daran, dass das Kulturbündnis politisch gemäßigt auftrete und als Interessensvertretung einer Kulturszene auch einen Wirtschaftssektor der Stadt vertrete.

Eine Zusammenarbeit zwischen Kulturbündnis und Akteur:innen des Bundesprogramms finde über die Umsetzung von PfD-Projekten statt. Auch Träger von MP seien in dem Kulturbündnis vertreten, zudem gebe es einen Austausch mit weiteren Programmakteur:innen wie der MB über unterschiedliche Netzwerktreffen.

Vertreter:innen des politischen Aktionsbündnisses

Das politische Aktionsbündnis hat sich während des verstärkten Zuzugs von Geflüchteten in den Jahren 2015/2016 gegründet, um dem Erstarken rechtsextremer Parteien und der Ausbreitung menschenfeindlicher Ideologien mit Informationsmaßnahmen und Protestaktionen entgegenzuwirken. Das Bündnis setzt sich proaktiv für die Stärkung der Teilhabe von Migrant:innen im Bundesprogramm ein, denn die bürokratischen Hürden seien derzeit z. B. für eine eigenständige Vereinsgründung oder Beantragung einer Projektförderung vielfach zu hoch.³⁷ Es fehlten generell auf Migrant:innen zugeschnittene Beteiligungsangebote. Dementsprechend engagiere sich das Bündnis nicht nur bei Protestaktionen gegen rechte Akteur:innen, sondern insbesondere für die Erhöhung der Sichtbarkeit von migrantischen aber auch weiteren marginalisierten Gruppen. So würden u. a. Infostände, Kunstprojekte wie Fotoausstellungen oder interkulturelle Veranstaltungen durchgeführt, die Begegnungsräume für eine Vielzahl von Gruppen schaffen.

Bundesprogrammexterne Kooperationspartner:innen seien weitere Selbstorganisationen von Rassismus bzw. weiterer Diskriminierungen Betroffener, wie etwa Initiativen, die sich für sexuelle Vielfalt einsetzen. Auch zu religiösen Verbänden wie zur muslimischen und zur jüdischen Gemeinschaft der Stadt gebe es kontinuierlichen Austausch und Kooperationen.

Die Zusammenarbeit mit der Verwaltung, z. B. bei der Organisation von öffentlichen Veranstaltungen, sei ressortabhängig unterschiedlich gut ausgeprägt. Mit der Fachstelle für Prävention, Beteiligung und Demokratieförderung und der Versammlungsbehörde würde beispielsweise reibungslos zusammengearbeitet. Unverständnis äußert der:der Interviewte jedoch angesichts der aus seiner:ihrer Sicht zu großen Handlungsspielräume, die die Kommunalverwaltung rechten Akteur:innen, z. B. bei der Wahl von Demonstrationsrouten, einräume.

Das Bündnis profitiere von den durch das Bundesprogramm bereitgestellten Strukturelementen insbesondere bei den Netzwerktreffen. Dies sei der zentrale Ort des Austausches und vor allem auch der Absprache zum gemeinsamen strategischen Vorgehen, z. B. bei Demonstrationen rechtsextremer Akteur:innen. Des Weiteren würden sowohl im Rahmen der PfD als auch in Zusammenarbeit mit MP Projekte umgesetzt werden. Aus Sicht der:des Interviewten sei „DI!“ unter den Engagierten

³⁷ Siehe hinsichtlich solcher Hürden auch: Stiftung Mitarbeit 2020.

und Aktiven bekannt und als wichtiges Programm eingestuft, eine breite Öffentlichkeitswirksamkeit würde jedoch nicht erreicht.

Federführendes Amt der Pfd und Kommunale Fachstelle Prävention, Bürgerbeteiligung und Demokratieförderung

Die interviewte Person besetzt zum einen das Federführende Amt der Pfd in Konradstadt und ist zudem als Mitarbeiter:in der Fachstelle für Prävention, Demokratieförderung und Bürgerbeteiligung mit der Organisation eines regelmäßigen Netzwerktreffens zur Prävention gegen Rechtsextremismus betraut, koordiniert einen kommunal geförderten lokalen Aktionsplan zur Demokratieförderung und fungiert als Ansprechpartner:in für das Engagement zivilgesellschaftlicher Akteur:innen im Handlungsfeld.

Im Rahmen des regelmäßigen Netzwerktreffens arbeite die Mitarbeiter:in der Fachstelle mit der BB, der MB, der KuF der Pfd und den Trägern der MP zusammen. Zudem seien auch weitere verwaltungsseitige Funktionsbereiche sowie die Polizei involviert. Die Netzwerktreffen dienten der Beobachtung der Entwicklungen rechtsextremer Strukturen und Milieus sowie der Planung von präventiven und reaktiven Maßnahmen.

In Konradstadt existiert neben der Pfd auch ein kommunal geförderter Lokaler Aktionsplan, der ähnliche Ziele verfolgt. Im Unterschied zur Partnerschaft, werden über den Aktionsplan jedoch kleinere bürgerschaftliche Initiativen über Mikrofonds in einem vereinfachten administrativen Verfahren gefördert. Aus Sicht der:des Interviewten ergänzen sich der Lokale Aktionsplan und die Pfd, da diese bei der Förderung größerer Projekte, die von Multiplikator:innen und Fachakteur:innen umgesetzt werden, ansetzen kann. Die Pfd hätte zudem den Vorteil, dass sie durch die Ansiedlung bei einem freien Träger flexibler reagieren könne als es die vorgegebenen Prozesse in der Verwaltung erlauben würden.

Die:der Interviewte äußert jedoch Kritik an der operativen Umsetzung des Bundesprogramms. Er:Sie moniert den Verwaltungsaufwand für Kommunen und auch Träger und empfindet diesen als Ausdruck eines geringen Vertrauens gegenüber den Kommunen. Sie:Er bemängelt auch die programmspezifische Öffentlichkeitsarbeit von Seiten des Bundes als unzureichend. Seiner:Ihrer Meinung nach könnte eine offensivere Bewerbung die Akteur:innen vor Ort wesentlich entlasten, sie vor Anfeindungen schützen und ihnen einen größeren Vertrauensvorschuss auf kommunaler Ebene verschaffen.

Kooperationen mit dem LDZ bewertet die:der Interviewte als schwierig. Sie:Er kritisiert insbesondere, dass das LDZ und das verantwortliche Landesministerium, auf die Probleme der demokratischen Akteur:innen der Stadt bei der alltäglichen Arbeit gegen rechte Erscheinungsformen und auch auf Bedrohungslagen, denen die Engagierten ausgesetzt seien, nicht angemessen reagieren würden. Nach Einschätzung der:des Interviewten sei das für das LDZ zuständige Ministerium dafür in seiner derzeitigen Ausrichtung zu weit weg von der kommunalen Praxis. Ihres:Seines Erachtens zögen die Praktiker:innen auf der kommunalen Ebene zudem wenig konkreten eigenen Nutzen aus einer Beteiligung an den Veranstaltungen des LDZ.

4.1.3 Regionale Merkmale und Erträge der Kooperation

Im Folgenden werden die Besonderheiten der regionalen Kooperationsstrukturen, die sich aus einer vergleichenden Gesamtanalyse der Interviews ergeben, vorgestellt.

Erträge der Kooperation

Zentrale Vernetzung und fachliche Stärkung der Engagementstrukturen durch das Bundesprogramm

Aus den Aussagen der interviewten Expert:innen lässt sich ableiten, dass durch das Bundesprogramm die Infrastruktur und das Netzwerk von Akteur:innen, die sich in der untersuchten Stadt gegen Rechtsextremismus engagieren, wesentlich beeinflusst werden. Die durch das Bundesprogramm geförderten Akteur:innen sind entweder als Netzwerker:innen wichtige Knotenpunkte in der regionalen Zusammenarbeit oder nehmen ihrerseits als Expert:innen an den unterschiedlichen lokalen gemeinsamen Arbeitstreffen teil. Über das MP werden Netzwerktreffen sowie kulturelle oder informierende Formate organisiert, die strukturelle Anknüpfungspunkte für Beteiligung und Austausch darstellen. Auch die durch die PfD aufgebauten Netzwerke stellten wichtige Vernetzungspunkte dar. Nach Meinung der bundesprogrammexternen Interviewpartner:innen würde insbesondere durch die Förderung der MB und der MP eine Expertise lokal verfügbar, die gewinnbringend sei und ansonsten nicht vorhanden wäre.

Hohe Relevanz des Bundesprogramms für Expert:innen und Fachkräfte, aber eingeschränkter Bekanntheitsgrad in der Bevölkerung

Aus Sicht der bundesprogrammexternen Akteur:innen wird konstatiert, dass es mittels des Bundesprogramms gelungen sei, die Engagementstrukturen in Konradstadt zu stärken und relevante Netzwerke aufzubauen. In der Akteur:innenlandschaft des Engagements gegen Rechtsextremismus sei das Bundesprogramm durchaus bekannt.

Fehl-/Erstellen in Kooperationsbeziehungen

Ein eingeschränkter Bekanntheitsgrad in der Bevölkerung

In den realen Kooperationsgefügen spiele die Frage, ob ein Projekt programmgefördert sei, keine Rolle. Dies sei für die Beteiligten vor Ort auch nicht immer zuordenbar. In der breiten Öffentlichkeit der Stadt wird das Bundesprogramm nach Meinung der Expert:innen als eher unbekannt eingestuft.

Hürden in der Förderung und Beteiligung migrantischer Communities

Mehrere Interviewpartner:innen betonen, dass migrantische Communities in der lokalen Akteur:innenlandschaft fehlen. Laut dem:der Interviewpartner:in der MB würde dies auch in den geförderten Strukturen vor Ort sichtbar werden. Gründe hierfür werden in dem hohen Verwaltungsaufwand sowie in sprachlichen Hürden bei der Antragsstellung vermutet, welche es Migrant:innenselbstorganisationen (MSO) in besonderem Maße erschweren, Anträge, insbesondere für größere Projektvorhaben, zu stellen. Des Weiteren würden Vertreter:innen migrantischer Communities auch innerhalb bestehender Vernetzungsstrukturen fehlen. Es wird ein Bedarf an einer zielgerichteten Ansprache marginalisierter Gruppen zur Beteiligung an

bestehenden Strukturen gesehen sowie an niedrigschwelligen Unterstützungsangeboten migrantischer Communities beim Aufbau von Selbstorganisation.

Ausweitung des Handlungsradius von Akteur:innen auf die angrenzende ländliche und strukturschwache Region

Wiederholt wurde in den Interviews auf die Disparitäten in der infrastrukturellen Ausstattung mit Trägern und Maßnahmen zwischen Stadt und ländlicher Peripherie hingewiesen. Während sich in Konradstadt rechtsextremismuspräventive und vielfaltfördernde Strukturen etabliert hätten, wird ein hoher Bedarf an stützenden Strukturen für den angrenzenden ländlichen Raum gesehen. Hier würden demokratisch engagierte Akteur:innen – in der Ausprägung und Vielfalt wie sie in der Stadt anzutreffen sind – weitgehend fehlen. Neben der MB, die im ländlichen Umfeld von Konradstadt fokussiert aktiv ist, gebe es daher auch seitens des MP Bestrebungen, den eigenen Handlungsradius auf das ländliche Umfeld auszuweiten. Dem seien allerdings Grenzen gesetzt, da Bürger:innen in den ländlichen Räumen dieses Engagement als städtische und links-liberale Belehrung ablehnen würden. Es bedürfe eigenständiger und angepasster Handlungsansätze.

4.2 Portrait der Region Luisenstadt

4.2.1 Strukturdaten und Rahmenbedingungen

Luisenstadt ist eine westdeutsche Großstadt. Nach Angaben des kommunalen Amtes für Statistik und Wahlen hatte sie Ende 2021 über 600.000 Einwohner:innen. Mehr als 60 Prozent davon hatten einen Migrationshintergrund bzw. war als Ausländer:innen registriert. Bei den letzten Kommunalwahlen wurde die CDU stärkste Kraft und stellt dementsprechend den:die amtierende Bürgermeister:in. Grüne, SPD und FDP sind die zweit- bis viertstärksten politischen Fraktionen im Stadtrat. Die Linke sowie die AfD blieben unter fünf Prozent der Stimmen.

Luisenstadt weist ausgeprägte prodemokratisch engagierte zivilgesellschaftliche Strukturen auf. In der Stadt findet sich zudem eine Konzentration landes- und bundesweit aktiver Organisationen, die zu Themenbereichen arbeiten, die auch Fokus-themen des Bundesprogramms „DL!“ sind. Eine ganze Reihe von durch das Bundesprogramm finanzierten Organisationen sind hier angesiedelt. Neben einer Pfd haben insgesamt drei MP, ein Begleitprojekt³⁸ sowie zwei Träger eines KompNW ihren Sitz in Luisenstadt. Auch das LDZ des Landes befindet sich hier. Die MB ist mit ihrem Angebot im Regierungsbezirk der Stadt aktiv.

Daneben existieren in Luisenstadt auch durch Landesprogramme geförderte Projekte, insbesondere zur Prävention von Rechtsextremismus und islamistischem Extremismus sowie zur Ausstiegsarbeit. Diese Strukturen ergänzen die unabhängig von

38 Auf die inhaltlichen Schwerpunkte des Begleitprojekts wird aus Gründen der Anonymisierung nicht näher eingegangen.

staatlicher Demokratieförderung entstandenen zivilgesellschaftlichen Initiativen, Bündnisse und Netzwerke.

Problemlagen/zentrale Themen

Nach Angabe der interviewten Akteur:innen aus Luisenstadt sei die Stadtgesellschaft zwar nicht frei von demokratie- und vielfaltablehnenden Einstellungen, allerdings lägen keine virulenten Problem- oder Bedrohungslagen vor. Die wichtigsten Schwerpunkte der Arbeit prodemokratischer kommunaler sowie zivilgesellschaftlicher Akteur:innen bilden die Themenfelder Vielfaltgestaltung und Anti-Rassismus.

Interviewpartner:innen

Insgesamt wurden Vertreter:innen fünf lokal ansässiger bzw. für den Lokalraum zuständiger Akteur:innen interviewt, die im Rahmen des Bundesprogramms gefördert werden. Als Akteur:innen mit lokalem Handlungsradius wurden Vertreter:innen der PfD sowie eines der MP befragt. Die Arbeitsschwerpunkte der Partnerschaft liegen im Bereich Demokratieförderung und Vielfaltgestaltung. Das interviewte MP arbeitet im Handlungsfeld der Prävention von religiös begründetem Extremismus. Weitere Interviewpartner:innen mit überregionalem Handlungsradius waren Vertreter:innen des LDZ, der zuständigen MB sowie des Trägers eines KompNW.³⁹ Zusätzlich wurde eine:in Vertreter:in einer im Bereich Antisemitismus-Prävention bundesweit arbeitenden Organisation interviewt, die keine Mittel aus dem Bundesprogramm erhält. Das Interviewmaterial ermöglicht sowohl einen Einblick in die programmseitigen lokalen Kooperationsstrukturen, als auch zwischen Akteur:innen, die durch das Bundesprogramm gefördert werden und solchen, die eine anderweitige Förderung erhalten. Durch die unterschiedlichen Handlungsradien der Interviewten kann auch ein Blick auf Vernetzung zwischen lokaler und Landes- sowie Bundesebene erfolgen.

4.2.2 Zentrale Akteur:innen und Strukturen der Kooperation

Die Zivilgesellschaft vor Ort im Überblick

In Luisenstadt existiert eine prodemokratisch aktive Akteur:innenlandschaft, die unterschiedliche Phänomenbereiche adressiert, regional sowie überregional arbeitet und mit Vertreter:innen der Kommune im Rahmen unterschiedlicher Netzwerke und Gremien kooperiert.

Lokale Vernetzung findet in Luisenstadt insbesondere zu den Themen Vielfaltgestaltung und Anti-Rassismus-Arbeit statt. Im Handlungsfeld Vielfaltgestaltung sind in der Stadt mehrere gemeinnützige Kulturvereine und MSO einer Vielzahl unterschiedlicher Nationalitäten sowie konfessionelle Gemeinden aktiv. Im Handlungsfeld Anti-Rassismus engagieren sich u. a. Akteur:innen aus Hochschulgruppen, autonomen Zentren, Fußballfanggruppen, Flüchtlingsinitiativen, MSO und feministischen sowie queeren Vereinen. Hinzu kommen Engagierte aus politischen Parteien sowie deren Jugendorganisationen, konfessionellen Trägern und dem Kulturbereich.

³⁹ Auf die inhaltlichen Schwerpunkte des Kompetenznetzwerkes wird aus Gründen der Anonymisierung nicht näher eingegangen.

reich. Aus der Mitte dieser Akteur:innen haben sich zwei relevante Netzwerkstrukturen herausgebildet: ein breites zivilgesellschaftliches antifaschistisches Bündnis sowie ein Zusammenschluss gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, in dem auch kommunale Vertreter:innen mitarbeiten.

Auf kommunaler Seite arbeiten beispielsweise ein Integrationszentrum und das Zentrum für Schulpsychologie ebenfalls in den genannten programmrelevanten Themenfeldern. Die Mitarbeitenden sind wichtige Kooperationspartner:innen für die Zivilgesellschaft.

Eine Besonderheit Luisenstadts ist zudem die Ansiedlung einer Vielzahl von Landes- und vereinzelt auch Bundesverbänden gewerkschaftlicher, wohlfahrtsstaatlicher und zivilgesellschaftlicher Organisationen sowie landesweiter Fachstellen zu unterschiedlichen Schwerpunktthemen in den Bereichen Demokratieförderung und Vielfaltgestaltung.

Strukturen der Kooperation im Bundesprogramm

Im Folgenden wird das skizzierte komplexe Gefüge der prodemokratisch engagierten Zivilgesellschaft von Luisenstadt im Hinblick auf ihre Netzwerke und Kooperationen ausgehend von den interviewten Akteur:innen ausschnittsweise dargestellt. Zunächst werden Kooperationsbeziehungen zwischen den durch das Bundesprogramm geförderten Akteur:innen beleuchtet und im Anschluss die Zusammenarbeit mit und zwischen Akteur:innen, die nicht durch das Bundesprogramm gefördert werden, betrachtet. In einigen Interviews wurden auch Bedarfe in Bezug auf Kooperationen und das Bundesprogramm geäußert, die nachfolgend ebenfalls wiedergegeben sind. Weitere Bedarfe finden sich im hierauf folgenden Kapitelabschnitt.

Koordinierungs- und Fachstelle der Partnerschaft für Demokratie

Die Pfd der Förderregion Luisenstadt weist wenig Kooperationsbeziehungen zu den anderen lokal aktiven durch „DI!“ geförderten Akteur:innen auf. Eine Ausnahme bildet das ansässige Begleitprojekt, welches auf der Homepage der Pfd beworben wurde, und mit dem Materialaustausch geplant sei. Fehlende Kooperationen zu anderen Programmakteur:innen ergeben sich, so der:die interviewte Koordinator:in, vor allem dadurch, dass deren Arbeitsschwerpunkte nicht im Bereich der Pfd-Schwerpunkte (kommunale Demokratieförderung und Vielfaltgestaltung) lägen. Zudem seien Kooperationen auch deshalb nicht zustande gekommen, weil die Finanzierung geplanter Projekte zum Zeitpunkt der Antragsstellung beim Begleitausschuss der Partnerschaft bereits gesichert war. Allerdings bestehe Kontakt zu Pfd angrenzender Regionen, die Koordinator:innen würden sich regelmäßig über administrativ-organisatorische Fragen austauschen. Es sei auch geplant, die Kooperation mit Programmakteur:innen mit überregionalem Handlungsradius, wie beispielsweise den KompNW, auszubauen.

Um Kooperationen zwischen Programmakteur:innen zu erleichtern, werden sich programmseitig mehr Informationen zu vorhandenen Akteur:innen des Bundesprogramms und deren Arbeit gewünscht.

Landes-Demokratiezentren

Die:der interviewte Vertreter:in des LDZ sehe aufgrund der Heterogenität der PfD eine Schwierigkeit, diese überregional für die inhaltliche Zusammenarbeit zu vernetzen. Die Kooperation zwischen den im Land ansässigen Akteur:innen der MB, BB und ADA sei aufgrund deren inhaltlicher Nähe zueinander sowie bereits bestehender Vernetzungsstrukturen deutlich einfacher zu bewerkstelligen. Sie stünden in regelmäßigen Austausch zueinander und kooperierten u. a. bezüglich Wissensvermittlung und Öffentlichkeitsarbeit miteinander. Gemeinsam wurden Fachveranstaltungen, Workshops und öffentliche Stellungnahmen vorbereitet und durchgeführt. Auch auf Einzelfallebene fände nicht nur Verweisberatung, sondern auch die Bearbeitung von Fällen, bei denen sich die Zuständigkeitsbereiche der drei Akteur:innen überschneiden, statt. Das LDZ begleite diese Zusammenarbeit in Form von regelmäßig stattfindenden Austauschtreffen. Neben seiner vorrangig administrativ-organisatorischen Rolle für diesen Austausch habe es zudem eine vermittelnde Rolle zwischen diesen Akteur:innen des Bundesprogramms und den Landesministerien.

Kompetenznetzwerke

Der:die Interviewte des Trägers des lokal ansässigen KompNW beschreibt seine Kooperationen mit anderen Akteur:innen des Bundesprogramms ebenfalls eher auf der überregionalen Ebene. Partner seien dabei insbesondere die anderen Träger des KompNW sowie die zugeordneten MP. Neben regelmäßigen administrativ-organisatorischen Austauschtreffen würden von den Trägern gemeinsame Veranstaltungen organisiert. Mit den MP fänden u. a. gemeinsame Netzwerktagungen oder „Lunchmeetings“ zum gegenseitigen Austausch statt. Darüber hinaus würde aus dem Kompetenznetzwerk heraus auch mit anderen KompNW oder LDZ an inhaltlichen Schnittstellen kooperiert. Kooperationen zu anderen lokalen Akteur:innen des Bundesprogramms bestünden auf Grund unterschiedlicher inhaltlicher Schwerpunktsetzungen nicht.

Kooperationen zwischen von dem Bundesprogramm geförderten und von diesem nicht geförderten Akteur:innen

Koordinierungs- und Fachstelle der Partnerschaft für Demokratie

Bezüglich nicht durch das Bundesprogramm geförderter Akteur:innen (BgA) sind die zentralen Kooperationspartner:innen der PfD städtische Institutionen, wie beispielsweise Büchereien oder das kommunale Jugendamt und schulische Einrichtungen sowie migrantische Selbstorganisationen. Der BgA setzt sich überwiegend aus Vertreter:innen von Organisationen mit lokalen Handlungsradius zusammen, wie beispielsweise des Jugendrings, einer Gedenkstätte für Opfer des Nationalsozialismus und Selbstorganisationen von Muslim:innen sowie Sinti:zze und Rom:nja. Mit den Akteur:innen des BgA werde auch außerhalb des Begleitausschusses in Form gemeinsamer Veranstaltungen kooperiert. Die Zusammensetzung des BgA spiegelt die inhaltliche Schwerpunktsetzung der Partnerschaft wider und eröffnet damit auch Zugänge zu relevanten Zielgruppen. Im Hinblick auf Projektförderung liege der Fokus auf der Förderung kleiner Projektvorhaben, die lokal nur wenig andere

Fördermöglichkeiten nutzen könnten. Dabei würde versucht werden, Antragssteller:innen bei der Einreichung von Anträgen zu unterstützen und bestehende Hürden bei der Antragsstellung abzubauen.

Die:der Koordinator:in betont, dass die Pfd aufgrund begrenzter zeitlicher und fachlicher Ressourcen auf Kooperationen zu anderen Akteur:innen angewiesen sei. Zum einen wären viele Veranstaltungen und Projekte aufgrund des ihm:ihr zur Verfügung stehenden Stellenvolumens ohne die Zusammenarbeit mit anderen Akteur:innen nicht umsetzbar. In den zu geringen zeitlichen Ressourcen für Netzwerk- und Kooperationsarbeit wird das größte Hindernis für den Ausbau von Kooperationen gesehen. Zum anderen sei nicht für jedes geplante Projekt die fachliche Expertise innerhalb der Pfd vorhanden, um dieses ohne entsprechende Expert:innen vertiefend im Rahmen von Veranstaltungen behandeln zu können.

Modelprojekte

Neben der Pfd hat auch das MP, dessen Vertreter:in interviewt wurde, einen lokal-räumlichen Handlungsradius. Das Jugendamt sowie das Zentrum für Schulpsychologie seien zentrale Kooperationspartner. Mit beiden Stellen bestehe regelmäßiger Austausch und Zusammenarbeit in Form gemeinsamer Projekte, beispielsweise Workshops an Schulen. Weitere wichtige Kooperationspartner sind Glaubensgemeinschaften. Regelmäßig werden gemeinsam Vorträge, Workshops und Seminare abgehalten. Über die Zusammenarbeit mit den Akteur:innen gelinge es, neue Zugangsmöglichkeiten zur adressierten Zielgruppe zu eröffnen. Das MP sei zudem Mitglied im kriminalpräventiven Rat der Stadt, in dem unterschiedliche Behörden und zivilgesellschaftliche Akteur:innen zusammenkommen, um Handlungsmöglichkeiten der Kriminalprävention zu erarbeiten.

Die Identifikation relevanter Kooperationspartner:innen könne nach Aussage des:der Interviewten erleichtert werden, wenn seitens der Akteur:innen des Bundesprogramms insbesondere auf der Landesebene mehr Möglichkeiten zum Austausch und Vernetzung, nicht nur zwischen Akteur:innen des Bundesprogramms, sondern auch zu landesfinanzierten Projekten, angeboten werden würden.

Mobile Beratung

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus ist mit ihrem Angebot innerhalb des Regierungsbezirks von Luisenstadt aktiv. Zusammenarbeit findet nach Aussagen des:der Interviewten mit unterschiedlichen kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen statt. So unterstützen die Mitarbeitenden der MB mit ihrer Expertise, beispielsweise die Kommune beim Aufbau eines Antidiskriminierungsbüros oder den in der Stadt angesiedelten Träger der landesweiten BB bei der Neustrukturierung eines Beratungsnetzwerks. Darüber hinaus bestehe ein regelmäßiger Austausch mit der Forschungsstelle Rechtsextremismus der Fachhochschule in Luisenstadt.

Seitens des Bundesprogramms wird sich ein regelmäßigerer und transparenterer Informationsfluss zu aktuellen Entwicklungen innerhalb des Programms gewünscht,

da Informationen zu entwicklungsrelevanten Veränderungen für die eigene Arbeit teilweise unvollständig oder spät bei der MB ankämen.

Landes-Demokratiezentren

Aufgrund der Zuständigkeit für unterschiedliche durch Bundes- und Landesmittel geförderte Projekte sowie der Koordination unterschiedlicher landesweiter Netzwerke im Themenfeld Rechtsextremismus und Rassismus nimmt das LDZ eine zentrale Rolle für die Vernetzung unterschiedlicher Akteur:innen in dem Themenfeld im Bundesland ein. Dieses Netzwerk erstreckt sich nicht nur über die geförderten Projekte, sondern über die jeweiligen Auftrags- und Zuwendungsgeber auch in die Landesregierung hinein. Diese Position befähige die Vertreter:innen des LDZ, eine vermittelnde Rolle einzunehmen und das Handlungsfeld Rechtsextremismus und Rassismus auf Landesebene in seiner Gesamtheit im Blick zu behalten. Dieser Gesamtblick ermögliche es, Doppelstrukturen entgegenzuwirken und bestehende Leerstellen im Themenfeld zu identifizieren.

Kompetenznetzwerk

Seitens des Trägers des KompNW sei in der Zusammenarbeit mit anderen Akteur:innen das Ziel in erster Linie die Entwicklung gemeinsamer Konzepte zur zielgruppengerichteten Demokratieförderung. Zum Zeitpunkt des Interviews bestanden seitens des Trägers aktuell aktive Kooperationsbeziehungen vorrangig zu Akteur:innen, die nicht lokal angesiedelt sind. Als Grund hierfür wurde angegeben, dass der Träger in der Vergangenheit häufig mit lokalansässigen Akteur:innen zusammengearbeitet habe und sich gerade deshalb dafür entschieden wurde, den aktuellen Fokus beim Aufbau neuer Kooperationen verstärkt auf Akteur:innen zu legen, die nicht im Lokalraum angesiedelt sind.

Auch seitens des KompNW werden sich mehr organisierte Möglichkeiten des Austausches und der Vernetzung entlang unterschiedlicher Themenbereiche gewünscht.

Antisemitismus-Prävention

Auch der:die interviewte Akteur:in aus der Beratung gegen Antisemitismus ist Mitglied im kriminalpräventiven Rat der Stadt. Weitere Schnittpunkte zu vom Bundesprogramm geförderten Akteur:innen zeigen sich vor allem auf überregionaler Ebene. Sowohl zur MB als auch der BB bestünden kooperative Beziehungen, welche in ihrer Form vom inhaltlichen Austausch bis zu Co-Beratungen in Einzelfällen reichen. Zum Zeitpunkt des Interviews bestanden auch zum LDZ Arbeitsbeziehungen durch die gemeinsame Finanzierung eines landesweiten Projekts. Als engste Kooperationspartner werden von der interviewten Person Akteur:innen genannt, die im Bereich Antisemitismus ebenfalls einen überregionalen Handlungsradius besitzen. Bedingt durch den bundesweiten Fokus in der Arbeit des Akteurs würden auf den Lokalraum fokussierte Kooperationsbeziehungen eher in den Hintergrund treten.

4.2.3 Regionale Merkmale und Erträge der Kooperation

Die aus Sicht der Interviewten zentralen Erträge, die durch die Kooperationen in der Region entstehen, sowie die zentralen Hürden, welche die Etablierung von Kooperationsbeziehungen erschweren, werden im Folgenden näher beleuchtet. Zunächst werden administrativ-organisatorische Aspekte aufgeführt, anschließend fachpraktische.

Erträge der Kooperation

Kooperationsbeziehungen ermöglichen eine bessere Zielgruppenerreichung, Zugänge zu Akteursnetzwerken und Öffentlichkeitsarbeit

Die Erschließung neuer Zugangsmöglichkeiten zu den jeweils adressierten Zielgruppen bilde einen Ertrag der Kooperation mit Akteur:innen, die im Rahmen ihrer eigenen Arbeit entweder dieselben Zielgruppen adressieren oder Zugänge zu Räumen haben, in denen Mitglieder der adressierten Zielgruppe vorzufinden sind (z. B. Schulen oder Glaubensgemeinschaften). In solchen Fällen werde darüber hinaus auch Öffentlichkeit und Bekanntheit des eigenen Angebotes gegenüber der Zielgruppe geschaffen. Kooperationen können überdies Zugänge zu etablierten Netzwerken kooperierender Akteur:innen verschaffen, sofern die Kooperationspartner:innen selbst Mitglied in solchen Netzwerken sind und/oder über entsprechende Kontakte innerhalb der Akteur:innenlandschaft verfügen. Hierüber gewinne die eigene Arbeit ebenfalls an Bekanntheit gegenüber einer breiteren Öffentlichkeit.

Geteilte Ressourcen ermöglichen die Umsetzung von Maßnahmen

Der Zugang zu finanziellen sowie personellen und räumlichen Ressourcen sei auf administrativ-organisatorischer Ebene ein weiterer zentraler Ertrag. Die gemeinsame Organisation und Durchführung von Veranstaltungen binde weniger eigene Ressourcen und mache dadurch deren Umsetzung oftmals erst möglich. Dies gelte auch für den Zugang zu räumlichen und finanziellen Ressourcen der Kooperationspartner:innen. Auf Seiten der Akteur:innen, die nicht von „DI!“ gefördert werden, seien es in den meisten Fällen die durch das Programm bereitgestellten finanziellen Ressourcen, die eine Zusammenarbeit und Kooperation mit Akteur:innen des Bundesprogramms in besonderem Maße attraktiv machen. Ein weiterer Ertrag läge in der Abstimmung von Angeboten und Veranstaltungen, wodurch Doppelstrukturen in der Projektlandschaft vermieden und bisher nicht adressierte Bedarfe als Leerstelle identifiziert werden könnten.

Erfahrungsaustausch und Kompetenztransfer erhöhen die Handlungssicherheit und erweitern die Handlungsmöglichkeiten

Erträge auf fachpraktischer Ebene würden insbesondere im Erfahrungsaustausch und Kompetenztransfer durch die Zusammenarbeit bei der Erarbeitung und Durchführung von gemeinsamen Projekten liegen. Dem dienen auch Kooperationen mit dem expliziten Ziel der Kompetenzweitergabe durch Workshops oder Seminare. Der kollegiale Erfahrungsaustausch erhöhe die Handlungssicherheit der beteiligten Akteur:innen für aktuelle sowie künftige Projektvorhaben. Verweisstrukturen und gemeinsame Fallberatung innerhalb der Beratungsstrukturen ermöglichen es Betroffenen und Angehörigen von einem vielfältigeren und zielgerichteten Angebotsspektrum zu profitieren.

Fehl-/Leerstellen in den Kooperationsbeziehungen

Begrenzte Ressourcen und befristete Förderungen erschweren Kooperationen

Administrativ-organisatorische Hürden für die Etablierung von Kooperationsbeziehungen werden u. a. in Bezug auf eingeschränkte Ressourcen berichtet. Begrenzte zeitliche und personelle Ressourcen erlaubten es den Mitarbeitenden teilweise nicht, aktiv neue Kooperationen aufzubauen. Nicht nur die praktische Umsetzung gemeinsamer Projektvorhaben, sondern auch das Etablieren einer gemeinsamen Arbeitsbeziehung erfordere den Einsatz von Kapazitäten, die aufgrund der Vielzahl administrativ-organisatorischer sowie fachlich-operativer Aufgaben oftmals nicht vorhanden seien. Einige der interviewten Personen brachten den Ressourcenmangel auch mit der Förderstruktur in Verbindung. Die einjährige Bewilligung von Projekten bedinge aufgrund mangelnder Planungssicherheit bei Beschäftigten wiederholt Personalfluktuationen, weil sich diese beruflich umorientieren. Da die persönliche Beziehung zwischen Kooperationspartner:innen aber einen zentralen Bestandteil der Zusammenarbeit darstelle und Kooperationsnetzwerke sich häufig stärker an Personen als an institutionellen Akteur:innen aufspannen, fielen mit dem Weggang von Einzelpersonen Kooperationsbeziehungen weg. Programmexterne Akteur:innen wiederum würden teilweise befürchten, dass Kooperationsbeziehungen mit dem Auslaufen der Förderperiode enden und der notwendige Ressourcenaufwand für die Etablierung von Kooperationsstrukturen in keinem günstigen Verhältnis zur antizipierten Kurzlebigkeit der Zusammenarbeit stehe. Diese Bedenken seien besonders bei lokal langjährig etablierten Netzwerken vorzufinden, deren Akteur:innen bereits seit Jahrzehnten zivilgesellschaftlich aktiv sind. Die Förderung von Projekten des Bundesprogramms für die Dauer von fünf Jahren wird von diesen Akteur:innen als nicht langfristig genug bewertet.

Unwissen über die komplexe Akteur:innenlandschaft und fehlende Austauschformate erschweren Kooperationen

Eine Hürde, die im Rahmen der geführten Interviews von dem:der Akteur:in aus dem Bereich Beratung bei Antisemitismus genannt wurde, ist die fehlende Gesamtübersicht der engagierten zivilgesellschaftlichen und kommunalen Akteur:innen in Luisenstadt. Durch die Vielzahl vorhandener Akteur:innen und Projekte sei nicht immer ersichtlich, zu welchen Akteur:innen inhaltliche Überschneidungen bestünden und wer sich als potenzielle:r Kooperationspartner:in anbieten würde. Ähnliches wird aus dem MP und dem KompNW berichtet. Es fehle zudem an Austauschmöglichkeiten zwischen bundes- sowie landesfinanzierten und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen entlang unterschiedlicher Handlungsbereiche. Organisierte Netzwerktreffen oder Austauschplattformen würden die Identifikation potenzieller Kooperationspartner:innen und die Etablierung von Kooperationen erleichtern.

Misstrauen gegenüber staatlicher Förderung erschwert Kooperation

Von einzelnen Interviewten wird ein Misstrauen seitens potentieller Kooperationspartner:innen gegenüber Akteur:innen vermutet, bei denen eine Bindung an staatliche Institutionen wahrgenommen werde. Dieses Misstrauen wird in Bezug auf Akteur:innen berichtet, die Teil muslimischer Communities sind. Nach Einschätzung der Interviewten entstehe das Misstrauen aufgrund als diskriminierend wahrgenommener gesellschaftlicher Diskurse zum Islam und gegenüber Muslim:innen. Die Ansprache der Akteur:innen durch Akteur:innen des Bundesprogramms werde

dann als Ausdruck eines Generalverdachts wahrgenommen, undemokratisch zu sein und deshalb Unterstützung von „professioneller Seite“ zu benötigen. Aus diesem Grund zögerten manche Akteur:innen beim Eingehen von Kooperationen mit Akteur:innen des Bundesprogramms.

Fehlende Ansprache muslimischer Communities

Neben den Vorbehalten einiger muslimischer Akteur:innen mit Akteur:innen des Bundesprogramms zusammenzuarbeiten, wird aus dem MP berichtet, dass Akteur:innen aus der muslimischen Community selbst selten Fördermöglichkeiten für eigene Projektvorhaben nutzen oder als Träger von Projekten im Rahmen des Bundesprogramms agieren würden. Es werde ein Bedarf an gezielten Ansprachen muslimischer Akteur:innen gesehen, sodass diese über verfügbare Fördermöglichkeiten informiert werden und über das Stellen eigener Förderanträge Teil der Strukturen des Bundesprogramms werden können.

Bei fehlender inhaltlicher Überschneidung erfolgen keine Kooperationen

Mangelnde inhaltliche Überschneidungen sind auf der fachpraktischen Ebene der am häufigsten genannte Grund für eine Nicht-Zusammenarbeit. Insbesondere die Interviewten aus „DI!“-geförderten Organisationen geben an, dass eine fehlende Kooperation mit anderen durch das Bundesprogramm geförderten Akteur:innen durch ihre unterschiedlichen Arbeitsschwerpunkte bedingt sei. Die:der Vertreter:in des Landes-Demokratiezentrums sieht, wie erwähnt, beispielsweise die Heterogenität der Arbeitsschwerpunkte der Partnerschaften für Demokratie als Grund, weshalb deren überregionale Vernetzung schwierig sei.

Bekanntheitsgrad und Stellenwert des Bundesprogramms

Der Bekanntheit des Bundesprogramms und der von ihm geförderten Projekte auf lokaler Ebene wird von den Interviewten insgesamt als eher niedrig eingestuft. Die Gründe hierfür werden zum einen in der breit aufgestellten und aktiven Zivilgesellschaft vermutet, die auch außerhalb der Strukturen des Bundesprogramms funktioniert, sowie in den Arbeitsschwerpunkten und Zielen der Pfd, die gezielt auf die Förderung kleiner, stark im Lokalraum verankerter Projekte setzt, die im Vergleich zu den größeren, langjährig etablierten Akteur:innen der lokalen Zivilgesellschaft eine geringere Bekanntheit besitzen.

Eine Ausnahme hinsichtlich der Bekanntheit programmgeförderter Projekte stellen die Beratungsstrukturen dar. Diese seien allgemein bekannt und als Ansprechpartner:innen etabliert. Mehrere Interviewte merkten an, dass die Sichtbarkeit des Bundesprogramms in anderen ihnen bekannten Regionen deutlich höher sei als in Luisenstadt. Auch auf Landes- und Bundesebene konstatieren die Interviewten dem Bundesprogramm eine größere Bekanntheit. Es wird wiederholt angemerkt, dass hier die Assoziation mit „DI!“ sowohl gegenüber den Zielgruppen als auch gegenüber potenziellen Kooperationspartner:innen als „Türöffner“ fungiere und einen Kompetenz- und Vertrauensvorschuss bedinge.

Im Zusammenhang mit der Frage, welchen Stellenwert das Bundesprogramm innerhalb bestehender Strukturen im Bereich Demokratieförderung bundesweit einnimmt, schreiben unterschiedliche Interviewte diesem sowohl auf kommunaler als auch auf überregionaler Ebene einen hohen Stellenwert zu. Es wird beispielhaft von

Kommunen berichtet, in denen die Umsetzung mehrerer Demokratieförderprojekte ohne die Förderung durch das Bundesprogramm nicht möglich gewesen wäre. Ein:e Interviewpartner:in hebt hervor, dass ihrer:seiner Einschätzung nach insbesondere kleine Kommunen vom Programm profitieren würden. Positiv wird auch die Offenheit des Bundesprogramms für unterschiedliche Themen hervorgehoben, wodurch lokalen Bedarfen gezielt begegnet werden könne. Auf überregionaler Ebene werden von dem:der Vertreter:in des LDZ die Dachverbände der Beratungsstrukturen hervorgehoben, welche ohne die Förderung durch das Bundesprogramm nicht entstanden wären. Durch die neu entstandene Struktur der Dachverbände könne sich innerhalb der Beratungsstrukturen u. a. Aspekten der Qualitätsentwicklung verstärkter gewidmet werden.

4.3 Portrait der Region Olstadt

4.3.1 Strukturdaten und Rahmenbedingungen

Die hier beleuchtete westdeutsche städtische Region Olstadt ist zwischen 100 und 200 km² groß und zählt als kleinere Großstadt. Sowohl bei den letzten Landtags- als auch bei den Stadtratswahlen der Universitätsstadt waren die Parteien mit dem größten Stimmanteil Grüne, gefolgt von SPD und CDU. Die AfD erreichte bei der Landtagswahl lediglich in Bezug auf die Zweitstimmen einen erwähnenswerten mittleren einstelligen Wert. Bei den Stadtratswahlen erlangte keine rechtspopulistische Partei einen nennenswerten Stimmenanteil. Über 30% der Bewohner:innen weisen einen Migrationshintergrund auf.

Über „Dl!“ wird vor Ort seit 2019 eine PfD, ein MP im Themenfeld Vielfaltgestaltung sowie ein Kompetenznetzwerk gefördert.

Problemlagen/zentrale Themen

Die Region wurde zunächst ausgewählt, da angenommen worden ist, dass in ihr alle drei „Extremismus“-Phänomenbereiche präsent sind. Im Verlauf der Erhebung zeigte sich jedoch, dass der Phänomenbereich „Linksextremismus“ (LeX) ebenso wie Islamistischer Extremismus (Islex) auf regionaler Ebene nahezu unbedeutend ist, da die beiden Themen in den Interviews kaum auftauchen und auch Rechtsextremismus sowie Extremismusprävention generell nur untergeordnet relevant gemacht werden. Dafür hat das zentrale Programmthema Vielfaltgestaltung vor Ort ein großes Gewicht. Unterstützungsbedarfe ergaben sich hinsichtlich dieses Themas nicht allein, aber auch aus dem Zuzug vieler Rom:nja in den 1990 Jahren. Außerdem spielt Demokratieförderung vor allem im Rahmen der Jugendpartizipationsförderung eine tragende Rolle in Olstadt. Antiziganismus wurde in der Region zeitweise virulent und wird als Thema u. a. von Vereinen bearbeitet.

Interviewpartner:innen

Die Interviewpartner:innen wurden hauptsächlich ausgehend von der Netzwerkstruktur der lokalen Partnerschaft für Demokratie ausgewählt. Daher liegt ein besonderer Fokus auf dem Begleitausschuss und der Koordinierungs- und Fachstelle. Daneben wurde das einzige in Olstadt vertretene MP sowie ein Träger in

Gruppengesprächen interviewt, der ein Landesmodellvorhaben im Bundesprogramm umsetzte. Das in der Kommune ansässige KompNW wurde kontaktiert, von einem Interview aber aufgrund mangelndem regionalen Bezug abgesehen (s. u.).

Im Einzelnen wurden im PfD-Kontext fünf Interviews geführt, davon drei mit BgA-Mitgliedern. Konkret wurde ein zivilgesellschaftliches BgA-Mitglied befragt, das dort einen Arbeitskreis vertritt, welcher in der Region viele Träger der Kinder- und Jugendhilfe zusammenbringt. Außerdem ein weiteres zivilgesellschaftliches BgA-Mitglied, das auch im Themenfeld Jugendpartizipation und Antragsberatung aktiv ist, sowie ein BgA-Mitglied aus der Verwaltung. Ein Gespräch fand mit einer ehemals verantwortlichen Person der KuF statt und ein weiteres mit einer Person aus der Zivilgesellschaft, die in der Jugendbeteiligung engagiert ist und zum Interviewzeitpunkt seit zwei Jahren die Umsetzung der PfD unterstützt. Außerdem wurde mit zwei Mitarbeiter:innen eines aktuellen MP im Themenfeld Vielfaltgestaltung gesprochen sowie mit zwei Personen aus einem ehemaligen Landesmodellvorhaben zur Radikalisierungsprävention. Der Träger dieses Projekts wird heute nicht mehr von „Dl!“ gefördert und bringt damit eine (semi-)externe Perspektive ein.

4.3.2 Zentrale Akteur:innen und Strukturen der Kooperation

Die Zivilgesellschaft vor Ort im Überblick

In der Region sind zahlreiche zivilgesellschaftliche Akteur:innen aktiv. Viele von ihnen definieren sich als politisch sehr engagiert, arbeiten oft zu Aspekten der Vielfaltgestaltung und sind selten im Rahmen von Vereinen institutionalisiert. Eine Vereinsstruktur weisen dagegen MSO auf, die ebenfalls zahlreich in Olstadt tätig sind. Die Initiativen und Gruppen schließen sich anlassbezogen zu Bündnissen zusammen, etwa, um sich extrem rechten Demonstrationen entgegenzustellen und sind mitunter in bundesweiten Zusammenhängen vernetzt (z. B. für die Organisation von einem Straßenfest und Vernetzungstreffen mit bundesweiter Anbindung zum 8. April, dem Internationalen Tag der Roma). In regionalen Bündnissen ist auch die Studierendenschaft der Stadt aktiv und die Universität selbst eine wichtige Akteurin.

Der Träger des MP entspricht diesen Strukturen, da er eher klein ist und sich explizit als politisch versteht. Er arbeitet in einem städtisch getragenen MSO-Netzwerk mit, ist Mitglied in einem Bündnis zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus, agiert punktuell mit der Universität zusammen und ist generell sehr engagiert, was die Vernetzung im Feld der Antidiskriminierungs-/Empowermentarbeit angeht.

In einem festen, kommunal finanzierten Arbeitskreis haben sich außerdem Jugendzentren und Kinderhäuser zusammengeschlossen, um beispielsweise gemeinsame Angebote für Fachkräfte zu organisieren. Hier sind sowohl städtische als auch zivilgesellschaftlich getragene Einrichtungen vertreten und die regelmäßige Arbeit wird von den Beteiligten als sehr positiv bewertet. Der Arbeitskreis wiederum ist im Begleitausschuss (BgA) der PfD über ein bis zwei Personen aus der Zivilgesellschaft vertreten.

Der Trägerverein der KuF ist ein bedeutsamer Jugendhilfeträger in Olastadt, der abgesehen von der KuF-Ansiedlung kaum explizit politische Projekte umsetzt. Das Federführende Amt ist beim Jugendamt angesiedelt.

Dementsprechend setzt der BgA seinen Schwerpunkt auf die Zielgruppe Jugend. Ebenfalls engagiert in der Förderung von Jugendbeteiligung ist der Stadtjugendring. Dort können aufgrund einer Initiative und Förderung der KuF Mikroprojekte beantragt werden, was im Sinne der kommunalen Jugendbeteiligung auch von den BgA-Strukturen begrüßt wird. Unabhängig von „DI!“ und offenbar ohne personelle Überschneidungen unter den beteiligten Jugendlichen besteht außerdem in der Region ein Jugendparlament.

Strukturen der Kooperation im Bundesprogramm

Begleitausschuss als Vernetzungsinstanz

Der BgA wird von den interviewten Mitgliedern einerseits als gute lokale Vernetzungsmöglichkeit (von Zivilgesellschaft und Kommune) wahrgenommen, andererseits als Gremium, das mehr zeitliche Ressourcen benötige, um seine Ziele zu erreichen. Bemängelt wird außerdem von einer interviewten Person aus der Zivilgesellschaft, dass Vernetzungsaktivitäten, insbesondere für zivilgesellschaftliche Vertreter:innen, ehrenamtlich stattfinden müssen. Im BgA fanden längere Diskussionsprozesse mit dem Ziel statt, zivilgesellschaftliche Akteur:innen, die „nicht aus dem Bildungsbürgertum“ stammen, stärker in dieses Gremium einzubeziehen. Im Zuge dieses Reflexionsprozesses und der Wahrnehmung von generellen Hürden bezüglich eines „Diversity Mainstreamings“ kam es auch zu einer Debatte darüber, ob BgA-Mitglieder als einzelne Träger oder als Verbände von Interessensvertretungen in diesem Gremium sitzen sollten. Der Prozess des Einbezugs „vielfältiger“ Aspekte im BgA ist noch nicht zu Ende. Vertreter:innen der kommunalen Verwaltung werden dort teilweise als „Bremser“ wahrgenommen. Dennoch wird der BgA insgesamt – gerade von den zivilgesellschaftlichen Mitgliedern und im Vergleich zu anderen Regionen – als positives Gremium bewertet, in dem Stadtverwaltung und Zivilgesellschaft an einem Strang ziehen, und das auch Bezugspunkte zu weiteren Strukturen wie dem erwähnten Stadtjugendring aufweist. Vonseiten der Verwaltung erfolgt ebenfalls eine positive Bewertung dieses Gremiums.

Koordinierungs- und Fachstelle und Federführendes Amt

Die Arbeit der KuF wird insbesondere aus der Zivilgesellschaft mit Blick auf das Verhältnis Staat/Verwaltung und Zivilgesellschaft als ambivalent bewertet. Die Zusammenarbeit BgA – KuF – Federführendes Amt wird insgesamt (sowohl von Zivilgesellschaft als auch von ehemaliger KuF) als gut und konstruktiv eingeschätzt. Allerdings wird auch vonseiten zivilgesellschaftlicher BgA-Mitglieder Kritik laut, etwa daran, dass bestimmte Themen durch die Verwaltung bzw. kommunal Verantwortliche nur zaghaft umgesetzt wurden. Die Zusammenarbeit mit der KuF sei (aus „externer“ zivilgesellschaftlicher Sicht) für kleine Initiativen hilfreich, da der erwähnte Fonds für Mikroprojekte eine niedrigschwellige Form der Unterstützung ermögliche. Allerdings gebe es auch Einschränkungen der Pfd durch die Verwaltung: So sei es im Rahmen einer von der Pfd organisierten Demokratiekonferenz zu Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit zwischen Politik und Zivilgesellschaft

gekommen (wofür vor allem das Federführende Amt kritisiert wird, das die Veranstaltung mitorganisiert hat): Für ein zivilgesellschaftlich moderiertes Podium mit Wahlkampfkandidat:innen seien Fragen vorab von kommunaler Seite als zu kritisch eingestuft und zurückgehalten worden, was als intransparentes Verfahren angesehen wurde.

Innerhalb des Bundesprogramms bestehen mehr oder weniger intensive Verbindungen zwischen KuF und LDZ sowie zwischen KuF und anderen Pfd.

Weitere Programmstrukturen

Der Träger des MP ist Mitglied im BgA und mit dem ehemaligen Landesmodellvorhaben so intensiv vernetzt, dass die beiden Träger in der Vergangenheit eine gemeinsame Veranstaltung organisiert haben. Auch mit weiteren lokalen Vereinen und Bündnissen arbeitet das MP anlassbezogen zusammen. Mit dem regional angesiedelten, thematisch nicht verwandten KompNW besteht keine Zusammenarbeit. Zu dem thematisch nahestehendsten KompNW, das seinen Sitz in einer anderen Region hat, ist ebenfalls nur ein geringer Bezug vorhanden, da das MP lediglich zu Beginn der Förderperiode an einer entsprechenden Vernetzungsveranstaltung teilnahm. Eine etwas größere Verbindung besteht zu einem im weiteren Sinne thematisch verwandten KompNW, mit dem es einen als wertschätzend wahrgenommenen Austausch gegeben habe.

Die Vertreter:innen des ehemaligen Landesmodellvorhabens beschreiben die regionale Anbindung des Projekts und des Trägers als gelungen, da viele Verbindungen in die Zivilgesellschaft im Projektkontext bestanden hätten, die punktuell genutzt wurden und für das Vorankommen wesentlich waren. Sie kritisieren aber den Austausch mit dem Landes-Demokratiezentrum, das lediglich auf eine Landesperspektive abziele und regionale Verwurzelungen und Vernetzungen als nicht so bedeutend erachtet habe.

Die:der interviewte Vertreter:in des KompNW mit Sitz in der Region sagt über das KompNW, dass dieses keine regionalen Bezüge aufweist, sondern aufgrund seiner Zuständigkeit auf Bundesebene dort aktiv ist, wo das entsprechende Thema bedeutend ist⁴⁰. Diese Beurteilung bestätigte sich in den Interviews, da von den Interviewten keine Verbindungen zu diesem KompNW relevant gemacht wurden.

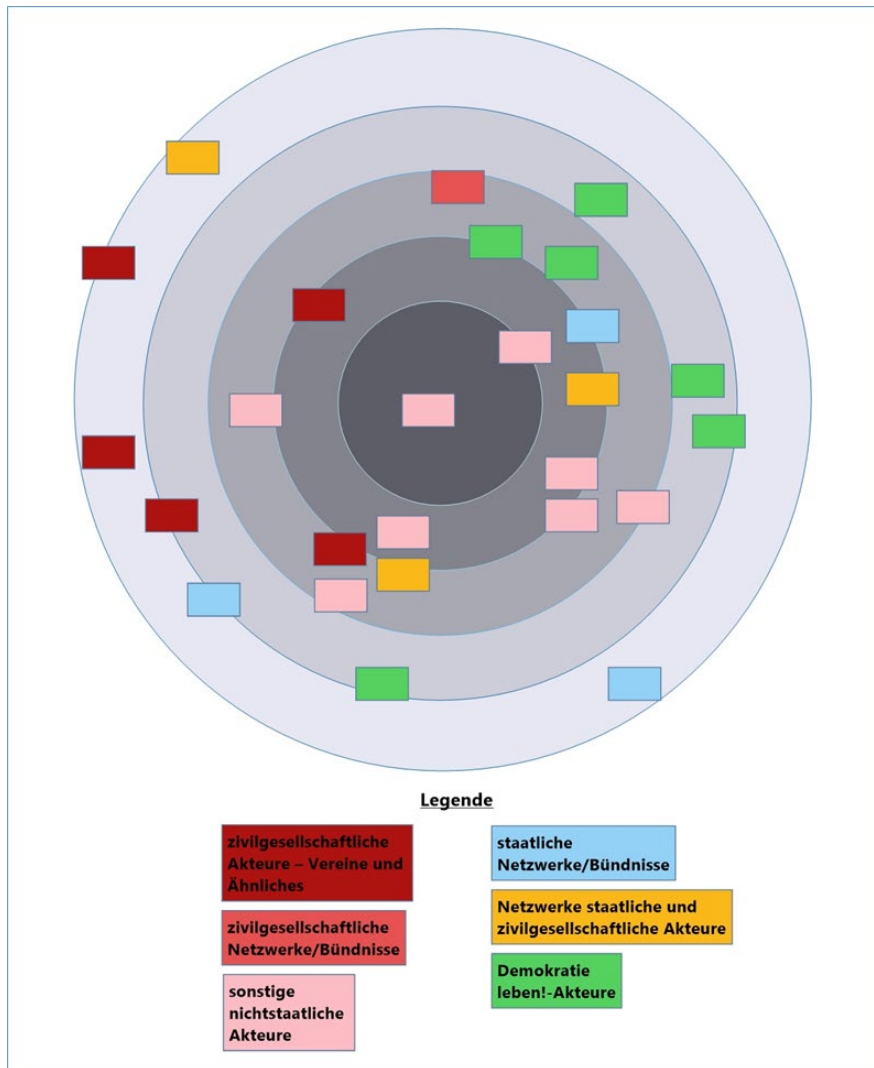
Zur Illustration der Kooperationsbeziehungen dienen zwei Netzwerkkarten⁴¹ (Abb. 4.6 und Abb. 4.7). Diese weisen unterschiedliche Perspektiven auf – zum einen der

40 Diese Information stammt aus einem Telefonat der Gesamtevaluation mit dem Träger des KompNW. Auf ein tiefergehendes Interview wurde aufgrund dieser Einschätzung verzichtet.

41 Für die Portraits im Themenpapier nutzen wir die in den Interviews erstellten Netzwerkkarten. Meist sind dies jene des „Gesamtblicks“, die eine Einschätzung der zentralen Akteur:innen für die Region zu den Themen des Bundesprogramms geben (vgl. Abschnitt 2.3). Die von der wissenschaftlichen Begleitung des Handlungsbereichs Kommune erstellten Portraits der Regionen Konradstadt und Luisenstadt verzichteten aus praktischen Gründen auf den Einsatz von Netzwerkkarten. Für die Darstellung wurden für die Regionen jeweils ein bis zwei Netzwerkkarten aufbereitet bzw. genutzt, die Angaben aller Interviewpartner:innen gut zusammenführen. Dabei bezog sich die jeweilige Netzwerkkarte immer auf die Themen- oder Problemlage, die die Interviewten für ihre Region beschrieben haben.

„Gesamtblick“ auf die Region aus Sicht eines heute (semi-)externen Projektträgers, zum anderen der „egozentrierte“ Blick aus Sicht eines Jugendhilfeträgers, der im BgA sitzt. Beide verdeutlichen die Breite und Vielfalt der Zivilgesellschaft vor Ort und die Eingebundenheit von Akteur:innen aus dem Bundesprogramm.

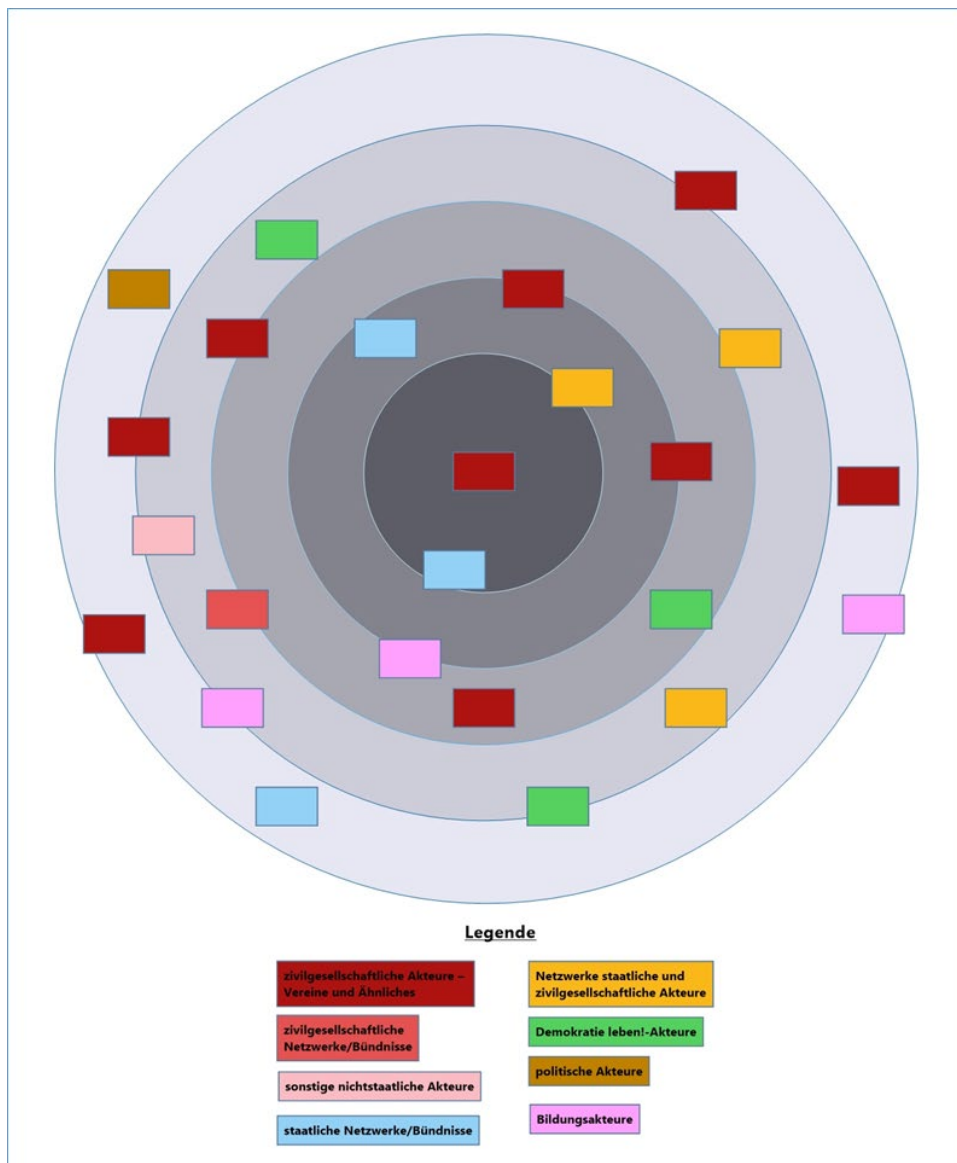
Abb. 4.6: Karte der wichtigsten Akteur:innen aus Sicht eines Jugendhilfeträgers im BgA (egozentriert)⁴²



Quelle: Eigene Darstellung der GE

⁴² In dieser sowie in den nachfolgenden Netzwerkkarten sind die „Akteur:innengruppen“ sowohl aus Anonymisierungsgründen als auch zur Vereinfachung und Übersichtlichkeit durch unterschiedliche Farben gekennzeichnet (siehe Kartenlegende). Je näher Akteur:innen in der Mitte liegen, desto wichtiger sind sie aus Sicht der Interviewten für ihren Träger oder für die Region in der Bearbeitung der Themen Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und/ oder Extremismusprävention. Die Kreise dienten zur besseren Orientierung für die Befragten und zur Übersichtlichkeit der Positionierung der Akteur:innen auf der Karte.

Abb. 4.7: Karte der wichtigsten Akteur:innen in Olstadt im Bereich der genannten Themen/Problemlagen aus Sicht eines (semi)-externen Projektträgers (Gesamtblick)



Quelle: Eigene Darstellung der GE

4.3.3 Regionale Merkmale und Erträge der Kooperation

Das Verhältnis zwischen Verwaltung, Stadtpolitik und Zivilgesellschaft ist für die regionalen Kooperationsstrukturen inner- und außerhalb des Bundesprogramms zentral, weshalb es im folgenden Teil mit seinen positiven wie negativen Aspekten dargestellt wird. Erträge und Hürden, die sich durch die regionale Umsetzung des Bundesprogramms „DI!“ ergeben, werden dabei sowohl in Bezug auf die regionalen Akteur:innen des Bundesprogramms, als auch auf die darüber hinausgehenden Akteur:innen der Zivilgesellschaft und kommunalen Verwaltung benannt.

Erträge der Kooperation

Vernetzungsstrukturen mit positiven Effekten

Die Vernetzung von kommunalen und zivilgesellschaftlichen Strukturen wird insbesondere im Kontext des oben erwähnten städtisch finanzierten Arbeitskreises stark positiv bewertet. Stadt und zivilgesellschaftliche Träger von Kinder- und Jugendarbeit schaffen es dort, wie es eine zivilgesellschaftlich engagierte Person beschreibt, in einem durchweg kollegialen Verhältnis zusammenzuarbeiten. Ein Ertrag dieses Zusammenschlusses sei ein gemeinsam ausgearbeitetes Rahmenkonzept, das dafür Sorge, dass etwa Veranstaltungen in gemeinsamer Verantwortung sowohl von Stadt/Verwaltung als auch zivilgesellschaftlicher Einrichtungen organisiert werden. Diese Zusammenarbeit wird mitunter aus den Reihen der Zivilgesellschaft im Vergleich zu anderen Kommunen als positives Alleinstellungsmerkmal der Region betrachtet. Auch Strukturen wie dem Jugendparlament wird ein großer institutioneller Rückhalt zugeschrieben, der auch in dessen Rechten in kommunalen Entscheidungsprozessen zum Ausdruck kommt.

Als ebenfalls hilfreiches und tragfähiges Gremium in Olastadt wird der BgA bewertet. Die interviewten Mitglieder begrüßen besonders, dass Entscheidungen des BgA nicht nachträglich von der Administration der Stadt infrage gestellt werden. Auch wenn es im Zuge der Debatte um eine Diversifizierung im BgA mitunter zwischen Stadt und Zivilgesellschaft „knirscht“ (s. o.), kann es als Ertrag angesehen werden, dass solche Diskussionsprozesse überhaupt stattfinden können. Aus dieser Runde heraus komme es außerdem immer wieder auch zu anlassbezogenen Kooperationen und bilateralem Austausch einzelner Mitglieder.

Vertreter:innen städtischer Strukturen scheinen auch an anderen Stellen auf die Zivilgesellschaft zuzugehen: So berichtet die interviewte Person des MP-Trägers davon, dass im Zuge der Entwicklung einer Ausstellung zum Holocaust-Gedenken eine Zusammenarbeit mit einer/einem von der Stadt beauftragten Historiker:in stattfand und die Ausstellung im Rathaus gezeigt werden konnte, was auch vonseiten der interviewten Person aus der Verwaltung im Interview erwähnt wird.

Insgesamt kann konstatiert werden, dass die verschiedenen Strukturen der Vernetzung zwischen Stadt und der divers aufgestellten Zivilgesellschaft für einen produktiven „kurzen Draht“ und ein hohes Maß an Verbindlichkeit in der Handlungskoordination für die Arbeit im Themenfeld sorgen.

„Demokratie leben!“-interne Kooperation: Nützlich, aber nicht um der Kooperation willen

Die im Bundesprogramm geförderten Akteur:innen sind Teil der beschriebenen Netze an Kooperationen. Diejenigen Akteur:innen mit stärkerem oder direktem Bezug zu „DL!“ sehen allein aus dem Sachverhalt der gemeinsamen Förderung allerdings keine Notwendigkeit zur Kooperation. Aufgrund der Größe des Bundesprogramms ist es manchen beim Aufbau und der Pflege von Kooperationen gar nicht direkt bewusst, ob ihr Gegenüber ebenfalls zum „internen“ Kreis der Akteur:innen gehört. Ein Nutzen wird in Kooperation gesehen, die einem gemeinsamen Ziel dient, nicht in Kooperation aufgrund der Zugehörigkeit zum gleichen Fördertopf (vgl. hierzu auch Jütz u.a. 2023, Kap. Kooperation) – wenngleich der Mehrwert eines inhaltlichen Austauschs innerhalb des Bundesprogramms durchaus gesehen wird, etwa in der Kontaktpflege zwischen MP und dessen Koordination durch KompNW.

Fehl-/Leerstellen in den Kooperationsbeziehungen

Unterschiedliche Akteurs-/ Handlungslogiken und Lebenswelten erschweren Kooperation

In Interviews mit zivilgesellschaftlichen Akteur:innen zeigte sich immer wieder, dass die Zusammenarbeit mit der Stadt als funktional sowie als notwendig und bedeutend für die eigene Arbeit angesehen wird, dass aber auch kommunikative Hürden bestehen, die auf unterschiedliche Logiken, Erfahrungshintergründe und Lebenswelten verweisen. So berichtet beispielsweise eine interviewte Person, dass auf kommunaler Seite zwar fachliches Know-How bestünde, aber zu lange kein Kontakt zur Praxis mit jungen Menschen bestanden habe, um aktuelle Trends, etwa im Feld der Digitalisierung, zu verstehen und beispielsweise für die Planung von Veranstaltungen fruchtbar zu machen. Akteur:innen aus der Zivilgesellschaft könnten dagegen schnell eine an Zielgruppen angepasste Praxis entwickeln, die kommunalerseits gar nicht im gleichen Tempo nachvollzogen werden könne. Ein:e andere:r Akteur:in aus der Zivilgesellschaft erwähnt ähnliche Erschwernisse in der Zusammenarbeit und bemängelt, dass kommunale Verwaltung per se nicht gut pädagogische Bedarfe abschätzen könne, da sie trotz inhaltlichen Wissens zu stark von Verwaltungshandeln geprägt ist, was als strukturelle, generelle Hürde wahrgenommen wird.

In diesem Kontext sind auch weitere Hürden zu sehen: So wird beklagt, dass die Antragsstellung im Aktionsfond einen zu hohen Detaillierungs- und Festlegungsgrad verlange. Insbesondere die Anforderung einer sehr detaillierten Kostenplanung sei abschreckend für kleine Initiativen aus dem ehrenamtlichen Bereich, die sich daher mitunter von der Pfd abgewandt hätten und sich weniger aufwendige Fördertöpfe gesucht haben.

Mitunter führen diese unterschiedlichen Logiken auch dazu, dass Grenzen der Kooperation sichtbar werden. So wird etwa in einem Interview darüber berichtet, dass sich Vertreter:innen der Kommunen bei politisch aufgeladenen Aktionen der Zivilgesellschaft zurückhalten, auch wenn eigentlich eine gute Zusammenarbeit herrscht. Dies führte in einem konkreten Fall dazu, dass zivilgesellschaftliche Akteur:innen alleine mit einer politischen Stellungnahme an die Öffentlichkeit traten.

Wahrnehmungsweisen sind geprägt von gesellschaftlichen Verhältnissen

Interessanterweise äußerten mehrere der befragten zivilgesellschaftlichen Akteur:innen die Vermutung einer Ungleichbehandlung von Trägern. Während eine interviewte Person davon spricht, dass möglicherweise kritisch gesehene Träger bei ihrer Mittelverwendung durch den BgA genauer als andere beäugt würden, kommt es einer anderen Person so vor, als ob Projektanträge von MSO stärker geprüft würden als jene von nicht-migrantischen Organisationen. Mehr oder weniger deutlich wird in manchen Interviews – trotz der insgesamt positiven Bewertung der Kooperation – eine Kritik an einem Paternalismus oder einer Ungleichbehandlung formuliert, die sich eher unspezifisch mal an Stadt/Verwaltung generell, dann an den Programmgeber richtet. Auch werden ausgehend von kleinen zivilgesellschaftlichen Initiativen andere, größere, zivilgesellschaftliche Träger kritisiert und so beschrieben, dass eine gelingende Zusammenarbeit hier von einzelnen Personen abhängt, die offen sein könnten, aber mitunter auch Diskriminierung reproduzieren würden.

Die dargestellten mitunter abstrakten Aussagen können nicht objektiviert werden. Sie sind aber ein Zeichen dafür, dass die Arbeit in kooperativen Zusammenhängen von gesellschaftlich ungleichen Verhältnissen geprägt ist (z. B. Differenzlinien Zivilgesellschaft/Staat und „Migrant/Nicht-Migrant“), deren Wirken sich in der alltäglichen Kooperation niederschlägt (und sei es in Form von wirkmächtigen Unterstellungen) und daher von allen Beteiligten, speziell aber von den gesellschaftlich „Höherstehenden“, reflektiert werden sollte.

Gelegenheitsnetz als Gelingensbedingung

Insgesamt zeigt sich in der untersuchten Region, dass eine Gelingensbedingung für eine erfolgreiche Kooperation ein stabiles Gelegenheitsnetz ist, bei dem Beziehungen je nach anstehender Aufgabe aktiviert werden können. So müssen in der vielfältigen Zivilgesellschaft nicht alle Akteur:innen dauerhaft miteinander vernetzt sein, profitieren aber davon, von anderen zu wissen und kommen dadurch schnell in Kontakt und zu Netzwerken, die ihnen bei ihren Aufgaben von Vorteil sind und etwa zum Zweck der Verweisberatung oder Dissemination von Ergebnissen genutzt werden. Begünstigend hierfür sind ausreichend Ressourcen für die Netzwerkpflge, ein geteiltes Interesse von Verwaltung/Stadtpolitik und Zivilgesellschaft an gemeinsamen Inhalten sowie die Absehbarkeit von Nutzen für die Kooperierenden. All dies ist in der betrachteten Region größtenteils gegeben.

Anerkennung von Grenzen

Trotz dieser überwiegend positiven Aspekte gibt es auch Punkte, die eine Kooperation auf Augenhöhe und damit auch die Zielerreichung im Bundesprogramm erschweren und teilweise verhindern. Im erwähnten Fall der letztlich rein von zivilgesellschaftlicher Seite verfassten Stellungnahme treten die Folgen unterschiedlicher Handlungslogiken offen zutage. Während für zivilgesellschaftliche Akteur:innen politische Statements „einfach“ möglich sind und mitunter erwartet werden, ist es für kommunale Vertreter:innen schwieriger zu entscheiden, inwiefern etwa die Unter-

zeichnung von politischen Aufrufen legitim ist. Dies verweist auf sozusagen „natürliche“ Grenzen in der Kooperation, die für eine gelingende Zusammenarbeit von allen Seiten anerkannt und reflektiert werden sollten.

Für die gemeinsame Vertrauensbildung – auch im Kontext der erwähnten Wahrnehmungen/Unterstellungen einer Ungleichbehandlung mancher zivilgesellschaftlicher Akteur:innen – sind Maßnahmen anzuraten wie die (weitere) Arbeit an der Herstellung von Repräsentanz marginalisierter/unterrepräsentierter Gruppen in Entscheidungsgremien.

4.4 Portrait der Region Hagenfeld

4.4.1 Strukturdaten und Rahmenbedingungen

Die Kreisregion Hagenfeld liegt im Nordwesten Deutschlands und hat rund 150.000 Einwohner:innen.⁴³ Hinsichtlich Siedlungsstruktur, Bevölkerungsdichte und Sozialstruktur ist die Region heterogen. Einige Teilgebiete sind als Fördergebiete integrierter Stadtentwicklung ausgewiesen. Dort ballen sich nicht nur soziale Problemlagen⁴⁴, sondern befinden sich auch größere Wohnungslosen- und Flüchtlingsunterkünfte.

Ein Viertel der Bevölkerung sind Ausländer:innen (gemäß Statistik), deren Anteil liegt über dem Durchschnitt des Bundeslandes (ca. ein Fünftel). Der Bevölkerungsanteil von Personen mit Migrationshintergrund beträgt 50 Prozent, bei den unter 18-Jährigen im Durchschnitt zwei Drittel und im Zentrum der Region 80 Prozent.

Der Blick auf die politische Landkarte weist die SPD in der Region als stärkste Kraft aus. Es folgen die Grünen und die CDU. Der Anteil von AfD-Wähler:innen lag unter zehn Prozent, jedoch über dem Landesdurchschnitt. Demgegenüber lag der Anteil der Grünen-Wähler:innen unter dem Landesdurchschnitt.

Das Bundesprogramm „DI!“ ist in der Region zum Zeitpunkt der Interviews mit zwei Pfd vertreten. Punktuell sind die aus dem Bundesprogramm mit finanzierten Angebote der Mobilen Beratung und der Betroffenenberatung vor Ort tätig. Für die Arbeit in der Region ist außerdem das Landes(beratungs)netzwerk gegen Rechtsextremismus relevant, welches von einer aus „DI!“ mit finanzierten Koordinierungsstelle betreut wird. Das Land verfügt, wie alle Bundesländer, über ein Landes-Demokratiezentrum.

Darüber hinaus sind im Bundesland und in räumlicher Nähe zur betrachteten Region auch mehrere Träger von Modellprojekten in den drei zentralen Handlungsfeldern des Bundesprogramms ansässig.

43 Quellen: Statistiken des zuständigen statistischen Landesamtes sowie der Wahlbehörde.

44 So bezieht beispielsweise ein Viertel der unter 15-Jährigen in der Region Leistungen der Mindestsicherung.

Problemlagen/zentrale Themen

Im Sinne einer „positiven“ Zielsetzung ist vor dem Hintergrund der Leitziele bzw. -themen des Bundesprogramms die Gestaltung von Vielfalt⁴⁵ das zentrale Thema in der Region bzw. auf kommunaler Ebene. Das entspricht der oben kurz beschriebenen Situation vor Ort und kann zugleich als Reaktion auf die notwendige Unterbringung von Flüchtlingen und den demografischen Wandel⁴⁶ gedeutet werden. Der Gestaltung von Vielfalt sind vor Ort die Prävention von GMF sowie von Rechts- und islamistischem Extremismus als „Abwehr“- bzw. Präventionsziele beigeordnet. Aus dem Interviewmaterial wird deutlich, dass es über die Jahre eine Fokusverschiebung in der Themenbearbeitung gegeben hat: von der Flüchtlingshilfe als zunächst kurzfristig angelegter Nothilfe, hin zu Gestaltung von Vielfalt als langfristige Aufgabe.

Für die verschiedenen überregional bzw. auf der Landes-Ebene tätigen Interviewpartner:innen sind, entsprechend ihrer Aufgaben, Verschwörungserzählungen mit Bezug zu extremen Rechten⁴⁷, Gestaltung von Vielfalt, rassistische Gewalt und Diskriminierung (v. a. Islam-/Muslimfeindlichkeit, Antiziganismus, anti-schwarzer und anti-asiatischer Rassismus, Rechtsextremismus⁴⁸, Islamismus sowie Antisemitismus die jeweils prioritär bearbeiteten Themen.

Schnittmengen zwischen kommunaler und Landesebene existieren insbesondere im Handlungsfeld „Gestaltung von Vielfalt“ bzw. „Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft“. In Bezug auf Letzteres treten aus Landesperspektive zudem Konfliktlinien zwischen beispielsweise muslimisch geprägten und jüdischen Communities zutage, die ihrerseits jeweils von spezifischen Rassismen betroffen sind.

Interviewpartner:innen

An den Erhebungen zu dieser Untersuchung haben auf der kommunalen Ebene (HB Kommune) eine Mitarbeiterin des Federführenden Amtes der Pfd Hagenfeld und die Inhaberin der KuF dieser Pfd teilgenommen. Auf der Landesebene (HB Land) fanden Interviews mit je einem:einer Mitarbeiter:in der Koordinierungsstelle des Beratungsnetzwerks⁴⁹, der Betroffenenberatung sowie des Angebots der Mobilen Beratung statt. Außerdem wurden zwei Mitarbeitende des Landesministeriums befragt, in dem das Landes-Demokratiezentrum (LDZ) angesiedelt ist, eine Person davon selbst Mitarbeiter:in im LDZ. Aus dem Handlungsbereich der Modellprojekte und damit von der Bundesebene wurden Interviews mit Vertreter:innen

45 Ausdifferenziert heißt das: Bearbeitung von interkulturellen Konflikten, Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft, interkulturelle Öffnung kommunaler Angebote und der Verwaltung.

46 Eine interviewte Person berichtet, dass Senior:innen aufgrund von Vorbehalten gegenüber Zugewanderten und einem durch Zugewanderte geprägten Innenstadt-Bild äußern, dass sie nicht mehr in die Innenstadt gehen könnten.

47 Die:der Interviewpartner:in der Mobilen Beratung schätzt hierzu ein, dass der Verfassungsschutz des Landes – entgegen der eigenen Relevanzsetzung – Verschwörungsnarrative verharmlose.

48 Die:der befragte Vertreter:in der Betroffenenberatung moniert, dass das Phänomen Rechtsextremismus in allen gesellschaftlichen Teilbereichen unterschätzt würde. Demgegenüber gibt es sowohl in der Organisationsstruktur der Landes-Ministerialverwaltung als auch in Gestalt von Landes-Programmen und -initiativen Hinweise, dass das Phänomen von den staatlichen und politischen Akteur:innen ernst genommen wird.

49 Die Koordinierung ist bei demselben Träger angesiedelt, wie die KuF der betrachteten Pfd.

von drei im Bundesland umgesetzten MP aus den Themenfeldern Hass im Netz, Homosexuellen-/Trans*feindlichkeit und Einwanderungsgesellschaft geführt.

4.4.2 Zentrale Akteur:innen und Strukturen der Kooperation

Die Zivilgesellschaft vor Ort im Überblick

Aus dem ausgewerteten Interviewmaterial geht hervor, dass die Region als Ganzes über einiges soziales Kapital in Form von zivilgesellschaftlichem Engagement sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen und Netzwerken verfügt.⁵⁰

In den über das Bundesprogramm adressierten Themenfeldern Vielfaltgestaltung und Demokratieförderung in der untersuchten Region sind mehrere zivilgesellschaftliche Organisationen bzw. Institutionen tätig:⁵¹

Die KuF der Pfd ist bei einem landesweit tätigen Träger mit Erfahrung und Expertise u. a. in den Bereichen der Sozialraum- bzw. Quartiersentwicklung, der Förderung (Unterstützung/Koordinierung) von Bürgerbeteiligung und Vernetzung auf kommunaler und Landesebene angesiedelt. Die interviewte Person ist u. a. als langjährige KuF-Koordinierende mit Maßnahmen der Demokratiewerk in der Einwanderungsgesellschaft, v. a. der Beteiligungsförderung, der Stadtteilarbeit sowie mit „Dl!“ und seinen Vorläufern bestens vertraut. Sie versteht sich als Sachwalterin der Anliegen der Zivilgesellschaft gegenüber der kommunalen Verwaltung und im Begleitausschuss der Pfd sowie als Vermittlungsinstanz zwischen Letzterer und Kommunalverwaltung/-politik. Die Auswahl als KuF-Koordinierende erfolgte aufbauend auf einem langjährigen Vertrauensverhältnis mit Mitarbeitenden der Verwaltung in der Kommune, die die Pfd eingerichtet hat.

Für die Bearbeitung des Themas Vielfaltgestaltung im Kontext von „Dl!“ war bislang außerdem eine Reihe weiterer Akteur:innen bzw. Instanzen bedeutsam. Dazu gehören migrantische Organisationen (Russlanddeutsche, muslimische Vereinigung), der Integrationsrat, Vereine der Stadtteil-, Kinder- und Jugend- sowie Kulturarbeit, Willkommensinitiativen, Engagement-Netzwerke⁵², zivilgesellschaftlich getragene Angebote der Frauenberatung und Elternarbeit, ein Engagement-Projekt in Form einer gGmbH, die sich in der Flüchtlingshilfe und Stadt(teil)entwicklung engagiert hat (Stand Mitte 2023: inzwischen aufgelöst), das Quartiersmanagement der Stadt(teil)entwicklung und der Begleitausschuss der Pfd.

Außerdem sind Akteur:innen der kommunalen Exekutive für die Themenbearbeitung wichtig. Zu nennen ist hier v. a. das Federführende Amt der Pfd in der Kommunalverwaltung. Es ist im Bereich Stadtplanung angesiedelt.

50 Für einen kurzen Überblick zum Konzept des „Sozialkapitals“ vgl. Kern 2004.

51 Mit der folgenden Aufzählung ist kein Anspruch auf Vollständigkeit verbunden. Die Nennung der Akteur:innen, die nicht direkt aus „Demokratie leben!“ gefördert werden, erfolgt auf Basis von in der Regel sich deckenden Relevanzzuweisungen durch die interviewten Personen und von Nennungen in Dokumenten, die für die Untersuchung herangezogen wurden.

52 Zum Zeitpunkt der Interviews waren, u. a. bedingt durch die Corona-Bekämpfung, von ehemals etwa 25 Netzwerk-Mitgliedern fünf weiterhin aktiv.

Strukturen der Kooperation im Bundesprogramm

Die überregional bzw. landesweit tätigen Angebote der spezialisierten Beratung (MBT, Betroffenenberatung, Antidiskriminierungsberatung) sowie Ausstiegsarbeit werden im ausgewerteten Material als Strukturen/Angebote sichtbar, die überregional bedeutsame und ihrem Angebot entsprechende Themen des Bundesprogramms bearbeiten (siehe bearbeitete Themen). Sie haben dabei nur punktuell bzw. problembezogen Bezug zur kommunalen Ebene.

Im staatlichen LDZ ist die Koordinierung der über „DI!“ geförderten Landesberatungsstrukturen und die ministerielle (fachliche und administrative) Verantwortung für die Entwicklung und Umsetzung der einschlägigen Landes-Programme bzw. -strategien in der Bekämpfung und Prävention von politischem Extremismus sowie für das Handlungsfeld der Demokratieförderung angesiedelt. Für die Governance im Handlungsfeld Vielfaltgestaltung auf Landesebene ist außerdem ein weiteres Referat zuständig. Es befasst sich im Wesentlichen mit Migrations- und Integrationsfragen.

Daneben ist bei einem zivilgesellschaftlichen Träger die Koordinierung des Landesnetzwerkes für die Beratungsarbeit und der Prävention von Rechtsextremismus angesiedelt.

Allen Akteur:innen ist gemein, dass sie auf der Landesebene angesiedelt sind und auf die Frage nach Kooperationspartner:innen vor allem Akteur:innen dieser Ebene benennen. Akteur:innen der Bundes- und kommunalen Ebene, die im Bundesprogramm gefördert werden, spielen für sie punktuell, das heißt anlass- oder themenbezogen, eine Rolle.

Das über das Bundesprogramm aktuell geförderte Bundes-Modellprojekt eines zivilgesellschaftlichen Trägers, der in der untersuchten Region ansässig und auch tätig ist, spielt aufgrund seiner spezifischen Ausrichtung bzw. seines Auftrages („bundeszentrale“ Innovationsproduktion) für die Arbeit im untersuchten kommunalen Raum keine besondere Rolle.⁵³ Als Kooperationspartner wird das Projekt in den anderen im Rahmen der Studie geführten Interviews nur am Rand erwähnt.

Für andere im Bundesland aus „DI!“ geförderte MP gab es im ausgewerteten Material keine Hinweise darauf, dass sie in nennenswerter Weise unmittelbar in Kooperationsarrangements in der Region eingebunden sind.⁵⁴

Darüber hinaus zeigt sich im Material, dass es in fachlichen Fragen einen Austausch zwischen den bundesgeförderten MP in den Bereichen Extremismusprävention sowie Vielfaltgestaltung einerseits und Landesministerium andererseits vor allem dann gibt, wenn es um die Weiterentwicklung der betreffenden Landesstrategien geht. Auch wenn das die Arbeit in den Kommunen nicht unmittelbar beeinflusst, wirken

53 Berührungspunkte zum kommunalen Akteur:innennetzwerk im Themenbereich bestehen über die regionale Freiwilligenagentur und über konfessionelle Einrichtungen in der Region, mit denen das MP vor Ort zusammenarbeitet.

54 Das schließt nicht aus, dass sie im Einzelfall mit Akteur:innen in der Region bilateral und punktuell zusammenarbeiten, z. B. bei der Umsetzung von Schulprojekttagen, oder über Dritte und in Landesnetzwerken miteinander in Beziehung stehen.

sich die Ergebnisse dieser Zusammenarbeit auf Landesebene dennoch Rahmen setzend (in Form von Strategien) auf den kommunalen Raum aus.

4.4.3 Regionale Merkmale und Erträge der Kooperation

Kooperation der kommunalen Programmakteur:innen

Den institutionellen Rahmen für die Kooperationen in der Region im behandelten Themenbereich bildet das kommunale Leitbild zur Vielfaltgestaltung. Eine Schlüsselfunktion in der Umsetzung des Leitbildes dazu kommt den beiden Pfd in der Region zu. Letztere wurden in der 1. Förderphase von „DII“ geschaffen.

Das Federführende Amt der Kommune und die KuF betreuen beide Pfd gemeinschaftlich. Beide Akteur:innen stimmen sich regelmäßig über inhaltliche und organisatorische Fragen ab. Das Kooperationsklima wird von der zivilgesellschaftlichen KuF als gleichberechtigt beschrieben.⁵⁵ Angesichts des Kooperationsrahmens eines Zuwendungsverhältnisses deutet das auf gegenseitiges Vertrauen und Akzeptanz hin. Die Zusammenarbeit reicht vom Austausch über die Situation „vor Ort“ bis hin zur Arbeitsteilung in Verwaltungsangelegenheiten des Bundesprogramms.⁵⁶

KuF und Federführendes Amt führen zur gemeinschaftlichen Handlungskoordination Jahresplanungsgespräche durch. Diese werden durch monatlich stattfindende Arbeitstreffen ergänzt. Die Kooperation und Abstimmung für die Angelegenheiten der Pfd zwischen KuF und Verwaltung wird durch ein gemeinsames in Anspruch genommenes Coaching unterstützt. An diesem nehmen neben den Vertreter:innen der KuF und des Federführenden Amtes weitere Mitarbeiter:innen der Verwaltung teil.

Im Rahmen der Umsetzung des Leitbildes zur Vielfaltgestaltung versuchen die vernetzenden Akteur:innen nach eigenen Angaben zunächst, bereits bestehende Netzwerke und Gremien für das Anliegen zu gewinnen. Das hat Vor- und Nachteile. Einerseits können so Parallelstrukturen vermieden und die Akteur:innen stärker nachhaltigkeitsorientiert arbeiten. Andererseits müssen die Anliegen der Pfd anschlussfähig sowohl an die Themen als auch an die Handlungslogiken und -ressourcen der bestehenden Strukturen bzw. zu gewinnenden Akteur:innen sein. Das ist (auch) in der untersuchten Region nicht selbstverständlich.⁵⁷

Die Verzahnung bestehender Strukturen und Strategien werden von der Inhaberin der KuF und der Befragten im Federführenden Amt als ressourcenaufwändige Pro-

55 Das unterscheidet das Verhältnis des KuF-Trägers mit dem für das LDZ zuständigen Ministerium auf Landesebene, welches von der davon betroffenen Interviewpartnerin als eher hierarchisch beschrieben wird.

56 Beispielsweise erledigt der Träger der KuF wichtige Dokumentationsaufgaben für die Abrechnung der Pfd-Förderung gegenüber dem BAFzA. Das entlastet die kommunale Stelle. Im Gegenzug ist der Träger bei der Verwendungsnachweisführung gegenüber der Kommune entlastet.

57 Illustriert wird das am Beispiel des bis dato misslungenen Versuchs, das Thema „Vielfaltgestaltung“ in der Senior:innenarbeit zu verankern. Im Gegensatz dazu ist es gelungen, ein Themen-Netzwerk unter Einbindung von Schulverwaltung, Lehrkräften, Eltern und weiteren Akteur:innen der Zivilgesellschaft zur Bearbeitung rassistischer Vorfälle an einer Schule zu etablieren.

zesse beschrieben, die weder selbstläufig noch „nebenher“ zu erledigen sind. Dennoch bemühen sich auch beide Personen, möglichst oft mit den relevanten Akteur:innen (Basisarbeiter:innen) in der Zivilgesellschaft in Kontakt zu kommen. Dies wird für den betrachteten kommunalen Raum als etwas Besonderes geschildert. Zusammen mit Informationen aus der sozialraumbezogenen Arbeit der KuF als „Ohr der Kommune“ erhält die Verwaltung so regelmäßig die nötigen Informationen, um ihr Handeln zu evaluieren und es gegebenenfalls an geänderte Bedarfe anzupassen.⁵⁸

Vom Selbstverständnis her sieht sich die KuF als eine an Empowerment orientierte Ermöglichungs- oder Beschleunigungsinstanz für kommunale Netzwerkarbeit. Das ist mit der Sichtweise des Federführenden Amtes auf die Koordinierendenrolle kompatibel. Praktisch bedeutet das, dass sich die KuF nach einer Phase intensiver Beziehungsanbahnung und Vernetzungsarbeit nach und nach aus sich verfestigenden Kooperationsarrangements zurückzieht und den zivilgesellschaftlichen Akteur:innen die Verantwortung überträgt, die jeweiligen Anliegen/Themen zu bearbeiten. Dadurch werden für die KuF kontinuierlich Ressourcen frei, um mit neuen Akteur:innen für/in neuen Themenfeldern neue Netzwerkverbindungen zu knüpfen. Zugleich wird in der Region deutlich, dass es gelegentlich erforderlich ist, dass die KuF für Netzwerke die Funktion einer „Backup-Struktur“ übernimmt. Dabei geht es u. a. darum, anlassbezogen (z. B. zur Internationalen Woche gegen Rassismus) verebbendes oder ruhendes Engagement wiederzubeleben. Allerdings ist diesbezüglich mit Blick auf die Zukunft ungeklärt, wer nach einer (programmfinanzierten) Initialphase das Management etablierter Kooperationsbeziehungen übernimmt und wie ein Übergang etwa von der KuF zu einer Art „Regel-Begleit- bzw. Koordinierungsstruktur“ aussehen kann.

Bei ihrer Arbeit stützt sich die KuF nach eigener Aussage innerhalb der Region auf eine Reihe beständiger Kooperationspartner:innen. Die Qualität der Zusammenarbeit mit ihnen variiert. Folgt man den Schilderungen der Interviewpartnerin scheinen Trägerkonkurrenz aber auch ein rein ehrenamtlicher Charakter von Strukturen die Kooperation zu bremsen⁵⁹, die konkrete Arbeit an gemeinsamen Vorhaben stärkt dagegen die Kooperationsqualität.

Kooperation mit überregionalen bzw. Landes-Angeboten

Für die Interviewpartner:innen der kommunalen Ebene sind die überregional arbeitenden Angebote der MB, BB, ADA und das LDZ Unterstützungsressourcen, die sie bei Bedarf abrufen können. Im Bedarfsfall sehen sich die kommunalen Interviewpartner:innen als Vermittler:innen zwischen nachfragenden lokalen Akteur:innen und den Spezialangeboten. Letztere sind dann keine Kooperationspartner im engeren Sinn, sondern Instanzen, an die verwiesen wird.

58 Bezogen auf muslimisch geprägte Milieus existieren im Interviewmaterial allerdings Anhaltspunkte, dass sich Letztere von Akteur:innen der Exekutive nicht immer angemessen („auf Augenhöhe“) angesprochen sehen.

59 Als Beispiel wird im Interview die schwierige Zusammenarbeit mit dem ausschließlich ehrenamtlich arbeitenden Integrationsrat angeführt, der politisch stark unterstützt wird, für die „Professionellen“ jedoch aufgrund seines Eigensinns eher Sand im Getriebe einer „effizienten“ Themenbearbeitung bedeutet.

Der mit dem Thema „Vielfaltgestaltung“ assoziierte Problemdruck kann aus Sicht der interviewten Akteur:innen im kommunalen Raum in der Regel angemessen bearbeitet werden. Die befragte Person des Federführenden Amtes berichtet, dass sie kommunale Stellen und Einrichtungen bei auftretenden Problemen, wie diskriminierende Äußerungen o. Ä., immer wieder daran erinnern muss, dass in den jeweiligen Regelsystemen (z. B. der Schulen), inzwischen ausreichende Unterstützungsangebote existieren. Beratungsangebote der Landesebene werden daher kaum nachgefragt.

Zugleich beschreibt eine der Interviewpartner:innen die Kommunikation insbesondere mit der Mobilen Beratung als „sperrig“. Vor allem der Zugang zum Angebot wird als hochschwellig und „verwaltungsmäßig“ erfahren.⁶⁰ Zudem wirkten die Angebote der MB und BB⁶¹ speziell in der Region „gefühlte weit weg“ bzw. sozialraumfern. Auch deshalb scheint sich die Nachfrage nach dem Beratungsangebot bisher in Grenzen zu halten.

Dennoch beschreibt die interviewte Person, dass sie versucht, eine Vermittlerrolle zwischen dem Angebot der MB und der kommunalen Verwaltung zu übernehmen. Inhaltlich geht es hierbei vor allem um eine Sensibilisierung für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus im Sozialraum.

Als nachteilig für diesen Sensibilisierungsprozess hat sich erwiesen, dass in der Region bis zum Zeitpunkt des Interviews kein geeigneter Modus zu existieren schien, in dem die involvierten Akteur:innen die geschilderten Kommunikationsschwierigkeiten aufgegriffen und bearbeitet hätten.

Für die überregionalen Beratungsangebote lässt sich im Kern festhalten, dass sie in der untersuchten Region als Teil einer gewachsenen Beratungs-Infrastruktur für punktuelle Unterstützungsfunktion auf Anfrage zur Verfügung stehen. Im Alltagsgeschäft sind sie in der untersuchten Region wenig präsent.⁶²

Landes-Demokratiezentrum⁶³

Eine Koordinierung von kommunalen Strukturen, deren Aktivitäten durch „DL!“ unterstützt werden, hier der Pfd, findet von der Ebene des Bundeslandes aus zum

60 Was die Erstkommunikation mit Ratsuchenden angeht, wirken neben Sicherheitserwägungen seitens des MB-Trägers möglicherweise auch Routinen nach, die sich unter Corona-Bedingungen etabliert haben und dort funktional gewesen sind. Diese Aspekte weiter auszuführen, würde jedoch den Rahmen dieses Portraits sprengen.

61 Kontakte zur Betroffenenberatung erwähnen die Interviewpartnerin der kommunalen Ebene nicht. Und auch die Vertreterin der BB gibt an, dass sie zu Strukturen der kommunalen Ebene nur vermittelt über das Beratungsnetzwerk in Beziehung steht. Dasselbe gilt für die Angebote der Ausstiegsarbeit im Bundesland.

62 Demgegenüber sind Träger Mobiler Beratung in anderen Regionen kontinuierlicher in kommunale Angelegenheiten involviert, nämlich dann, wenn die Regionen in besonderer Weise von einschlägigen Phänomenen betroffen sind, die durch MB bearbeitet werden, und zudem eine geteilte Problemsicht der Akteure vor Ort vorliegt.

63 Zu den Aufgaben der LDZ und ihren Strukturen siehe: wB-Berichte „DL!“ 1.0, Beschreibung im „allgemeinem Teil“ zu den Portraits und LDZ-Portraits.

Zeitpunkt der Interviews im Wesentlichen indirekt über Netzwerke statt, in denen die Akteur:innen gemeinsam vertreten sind. Anfängliche Bestrebungen zu einer umfassenderen Koordinierung in der ersten Förderphase des Bundesprogramms wurden in der zweiten Phase nicht fortgesetzt. Allerdings bekunden die Interviewpartner:innen im zuständigen Landesministerium, dass sie gerade versuchen würden mit den Akteur:innen der PfD „eine stärkere Kooperation aufzubauen und die Vernetzung zu stärken“, weil sie „deren Perspektive stark und spannend finden“ (RS4_6, 141-143).

Die Interviewpartner:innen auf kommunaler Ebene nehmen zum Zeitpunkt der Interviews auch keine solchen Bestrebungen wahr. Aus ihrer Sicht ist das unproblematisch. Stattdessen scheinen sich die PfD-Verantwortlichen anlassbezogen selbst zu koordinieren und Ressourcen zu bündeln. Das betrifft sowohl die Mitarbeitenden des Federführenden Amtes als auch der KuF. Die kommunalen Interviewpartner:innen berichteten beispielsweise von gemeinsamen Aktionen während der letzten Bundestagswahl. Darüber hinaus profitieren die PfD im Bundesland voneinander, indem die KuF-Träger jeweils mehrere PfD koordinieren und die dabei gemachten Erfahrungen bzw. das Know-how PfD-übergreifend genutzt werden können, sei es als Blaupausen oder im Wege des Erfahrungslernens.

Nichtsdestotrotz gehen die kommunalen Interviewpartner:innen davon aus, dass das LDZ die PfD-Arbeit schätzt. Zudem würde es bei Bedarf Unterstützung leisten.

Modellprojekte/Kompetenz-Netzwerke (Bundesebene)

Das thematisch einschlägige MP im Handlungsfeld Vielfaltgestaltung eines in der Region ansässigen Trägers spielt als Kooperationspartner für die interviewten kommunalen Akteur:innen keine Rolle. Das ist insofern bemerkenswert, als das MP die Region als einen von drei Erprobungsräumen benennt. Zugleich wird im Interview mit dem MP deutlich, dass – im Einklang mit seinem Charakter als Bundes-MP – ein enger regionaler Fokus nicht angelegt ist und sich das Projekt in Richtung Landesebene orientiert. Es wird dennoch lokal handlungswirksam, da es die von ihm unterstützten konfessionellen Strukturen vor Ort ermutigt, an der Umsetzung der PfD bzw. des Vielfalt-Leitbildes mitzuwirken (beispielsweise über Anträge für Kleinprojekte).

Ein MP des Trägers der ADA ist den kommunalen Interviewpartnerinnen ebenfalls bekannt. Berührungspunkte ergeben sich über Treffen im Beratungsnetzwerk der Landesebene. Unmittelbare Relevanz für die Arbeit im kommunalen Raum hat das MP nicht.

Erträge der Kooperation

In der betrachteten Region zeigt sich, dass kommunale Politikgestaltung in Handlungsfeldern, die das gesellschaftliche Zusammenleben betreffen (hier Vielfaltgestaltung), nicht ohne bürgerschaftliches bzw. zivilgesellschaftliches Engagement auskommt.

Das Zusammenarbeiten von Zivilgesellschaft und Verwaltung schafft den Rahmen, um freiwilliges Engagement im Themenfeld (z. B. in Willkommensinitiativen, Solidaritäts-Netzwerken u. Ä.) anzuregen, direkt zu unterstützen und Unterstützung durch Dritte (Politik, Verwaltung, Wirtschaft) zu gewinnen. Das geschieht im Wesentlichen, indem die kooperierenden Akteur:innen entsprechend ihrer Handlungsspielräume und Zugänge materielle und immaterielle Ressourcen (Legitimation, Anerkennung, Finanzen) vermitteln, jeweils Verbindungen zwischen den für die Themenbearbeitung relevanten Akteur:innen herstellen und sie vernetzen. Gelingt Letzteres, ermöglichte es diesen Akteur:innen ebenfalls, Ressourcen (Wissen, Know-how, Finanzen, Infrastruktur) zu bündeln. Das kann die räumliche Reichweite, die Effektivität und die Qualität des Handelns erhöhen.

Aus den Interviews wird ersichtlich, dass neben der Eröffnung von Zielgruppenzugängen sowohl administrative als auch zivilgesellschaftliche Interessensvermittlung, Agendasetting, und die Bearbeitung von gegenseitigen Vorurteilen im Verhältnis Exekutive und Bürger:innen wichtige Kooperationserträge sind. Gerade die Kooperation von exekutiven und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen kann dazu beitragen, Akteur:innen für eine Mitarbeit im Themenfeld zu gewinnen, zu denen die Verwaltung selbst kaum Zugang hat (z. B. zu staats-skeptischen muslimischen Akteur:innen/Instanzen) oder denen gegenüber in der Verwaltung Vorbehalte existieren (z. B. Akteur:innen aus dem radikal linken Spektrum). Zugleich erhalten zivilgesellschaftliche Akteur:innen mit ihren Anliegen einen Zugang zur Verwaltung, beispielsweise um deren interkulturelle Öffnung zu unterstützen.

Eine Voraussetzung für gelingende Zusammenarbeit unter diesen Bedingungen ist, dass die (kommunalen) Kooperationspartner:innen in der Lage sind, die Anliegen der jeweils „anderen“ Seite für die Akteur:innen im eigenen Funktionssystem zu übersetzen. Zudem müssen sie in ihren Systemen über hinreichendes Vertrauen bzw. Glaubwürdigkeit verfügen, um zwischen gegebenenfalls diametral verlaufenden exekutiven und zivilgesellschaftlichen Perspektiven vermitteln zu können und eine gewisse Konflikt- und Kritikfähigkeit besitzen.

In diesem Zusammenhang kann auch der Aufbau von Vertrauen und der Abbau von Vorurteilen gegenüber Akteur:innen innerhalb von Kooperationsbeziehungen zu den wichtigen Kooperationserträgen gezählt werden.

Der Mehrwert der Kooperationsbeziehungen zu Akteur:innen auf der Landes- und Bundesebene besteht darin, dass sie zum einen am Erfahrungs- und Informationsaustausch zu überregional bedeutsamen Entwicklungen und Themen teilhaben. Zum anderen können die kommunalen Akteur:innen bei Bedarf mehr oder weniger unkompliziert auf die Unterstützungsangebote und das spezialisierte Know-how der Angebote auf der Landes- und Bundesebene zugreifen. Zugleich erhalten die Landes-Akteur:innen mit ihren Anliegen einen Zugang zu kommunalen Akteur:innen

(der Basis- bzw. Breitenarbeit) und können ihr Handeln stärker an den Bedarfen vor Ort ausrichten.

Unerwünschte Resultate entstehen in Kooperationsarrangements unter Beteiligung von Politik, Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen vor allem dann, wenn Akteur:innen Konflikte untereinander in Kooperationsbeziehungen reproduzieren oder sie Kooperationsschwierigkeiten nicht thematisieren und bearbeiten. Das kann dazu führen, dass sich Personen oder Gruppen aus Kooperationsarrangements zurückziehen und damit Ressourcen zur Problem- oder Themenbearbeitung verloren gehen. Darüber hinaus können Kommunikations- und damit Machtgefälle zwischen Akteur:innen solche Effekte erzeugen.

In der Gesamtschau der Kooperationserträge in der betrachteten Region ist zu sehen, dass das Bundesprogramm vor allem wichtig ist, um über Kooperationsstrukturen die Verwirklichung von Ideen in seinen Themenfeldern anzustoßen und initial abzusichern. So berichtet eine Interviewpartnerin, dass über die PfD-Kooperationsstrukturen Akteur:innen für Projekte eine Verwirklichungschance erhalten, die allein auf die üblichen kommunalen Fördertöpfe und Entscheidungsgremien gestützt, keine Finanzierung für eine Erprobung ihrer Ideen finden würden. Zudem könne eine solche Unterstützung den genannten Projekten eine Ausgangsbasis dafür schaffen, nach erfolgreicher Erprobung weitere Unterstützung über die kommunalen „Regel“-Strukturen zu erhalten.

Was die Bedeutung und den Ertrag der Koordination von Kooperationsstrukturen angeht, schätzen die Interviewpartner:innen der kommunalen Ebene ein, dass lokale Projekte mit Experimentiercharakter, ehrenamtlich getragene Maßnahmen von Initiativen ohne Rechtsform und rein ehrenamtlich getragene lokale Netzwerke teilweise in der Existenz gefährdet wären, wenn ihnen die kontinuierliche Begleitung und Koordination auf lokaler Ebene fehlen würde.

Fehl-/Leerstellen in den Kooperationen

Zu Fragen nach fehlenden bzw. unterrepräsentierten Akteur:innen in den Kooperationsarrangements im Themenfeld gibt es keine übereinstimmenden Nennungen. Stattdessen spiegeln sich hier die Agenda der interviewten Personen als Rollenträger:innen in ihren Organisationen wider. Insoweit lassen sich für die Region keine per se „objektiven“ Leerstellen benennen.

Eine zivilgesellschaftliche Interviewpartnerin gibt an, dass Menschen mit Behinderung noch nicht angemessen bei der Planung und Durchführung von Beteiligungsmaßnahmen und als Adressat:innen in der Vielfaltgestaltung berücksichtigt werden. Aus Sicht der interviewten Person hat dazu auch der starke Fokus in der eigenen Arbeit auf andere Zielgruppen, hier Geflüchtete, beigetragen.⁶⁴

64 Dieser Befund kann als ein (weiteres) Indiz gelesen werden, dass spezifische inhaltliche Fokussierungen in der Programmplanung hinsichtlich Themen und möglichen Zielgruppen zugleich blinde Flecken erzeugen.

Wie oben dargestellt, stellen für die im Federführenden Amt befragte Person insbesondere Senior:innen angesichts der demografischen Entwicklungen in der Kommune einen Personenkreis dar, der bisher noch nicht im gewünschten Maß in die Umsetzung von Maßnahmen der Gestaltung von Vielfalt einbezogen ist.

4.5 Portrait der Region Annegretstadt

4.5.1 Strukturdaten und Rahmenbedingungen

Annegretstadt ist eine Großstadt im Westen Deutschlands mit einer durchwachsenden Sozialstrukturlage. Die Arbeitslosenquote liegt bei knapp 12 Prozent, jede:r sechste Einwohner:in bezieht Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes und knapp 40 Prozent der dort lebenden Menschen haben einen Migrationshintergrund (darunter Ausländeranteil: 18%)⁶⁵. Sowohl bei den Kommunalwahlen als auch den Bundes- und Landtagswahlen ging jeweils die SPD als stärkste Kraft hervor. CDU und Bündnis 90/Die Grünen lagen etwa gleich auf dahinter. Die Linke, die FDP und die AfD erzielten Ergebnisse um fünf Prozent. Bei den Kommunalwahlen konnten auch (extrem) rechte Parteien über mehrere Wahlperioden Sitze im Parlament erringen.

Durch einen verabschiedeten Aktionsplan und den Beschluss des Kommunalparlaments stehen Gelder für Projekte und Personal (angesiedelt in einer Koordinierungsstelle beim Oberbürgermeister) zur Bearbeitung und Unterstützung demokratiefördernder und (rechts)extremismuspräventiver Maßnahmen zur Verfügung. Weitere Personen des öffentlichen Lebens aus den Bereichen der Polizei, Justiz, Wirtschaft u. Ä. stehen öffentlich zu diesen Themen und unterstützen Politik und Verwaltung in der strategischen Arbeit und bei den Maßnahmen.

Problemlagen/zentrale Themen

In den Interviews wird Rechtsextremismus als das zu bearbeitende Hauptthema artikuliert. Viele Jahre war es vor allem die ehrenamtliche Zivilgesellschaft, die sich den zunehmenden Aktivitäten der rechtsextremen Szene entgensetzte und auf das Problem hinwies, ehe städtische Akteure aus Verwaltung und Politik⁶⁶ sich des Themas annahmen und Maßnahmen ergriffen. Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus hat – so die Interviewten – wieder an Bedeutung gewonnen durch Demonstrationen der Querdenkerszene und ähnlich gelagerter Szenen, die stark durch bekannte rechtsextremistische Akteur:innen durchsetzt und teilweise auch angeführt waren. Eine zunehmende Bedeutung wird auch den Themen der Vielfaltgestaltung und Demokratieförderung zugeschrieben.

Bei der Sozialraumbegehung, die (auch) anhand von Hinweisen aus den Interviews gezielt in einem Bereich der Stadt durchgeführt wurde, fanden sich sowohl Belege

65 Die Daten sind den Statistikportalen von Annegretstadt und der Arbeitsagentur entnommen.

66 Ausgenommen sind dabei ein (Fach-)Arbeitskreis und ein Fan-Projekt, in denen schon vor ca. 30 Jahren über die zunehmenden Gewalt- und rechtsextremen Taten und Aktivitäten gesprochen wurde und in denen später auch Vertreter:innen des Kommunalparlaments und einzelner Fachämter (Jugend- und Sportverwaltung) integriert waren.

für den Versuch einer Raumnahme durch rechte extremistische Gruppierungen (Abb. 4.8) als auch einer Zivilgesellschaft, die sich für Vielfalt, Demokratie und Toleranz einsetzt (Abb. 4.9). Sichtbar wurde dabei auch, dass die beiden Gruppen über die öffentlichen Symboliken aufeinander reagieren, indem Aufkleber teilweise überklebt oder entfernt werden oder wie im Beispiel der Bänke direkt dort „Gegen-Bemerkungen“ angebracht werden (Abb. 4.10).

Abb. 4.8: Aufkleber rechtsextremistischer Gruppierungen im Stadtbild von Annegretstadt



Quelle: Foto privat von der GE

Abb. 4.9: Aktion der toleranzunterstützenden Zivilgesellschaft



Quelle: Foto privat von der GE

Abb. 4.10: Reaktion auf (der) Aktion der toleranzunterstützenden Zivilgesellschaft



Quelle: Foto privat von der GE

Interviewpartner:innen

In sechs Interviews nahmen insgesamt zehn Personen teil. Neben den Mitarbeitenden der PfD – der KuF sowie des Federführenden Amtes – und des MP im Handlungsfeld Extremismusprävention stellten sich weitere lokale Akteur:innen unseren Fragen, die zu den Themen des Bundesprogramms beruflich oder ehrenamtlich aktiv und im Begleitausschuss vertreten sind. Dazu gehören Mitarbeitende einer Fach- und Netzwerkstelle für die Themen Rechtsextremismusprävention und Demokratieförderung, eines städtischen Büros für Demokratieförderung und interkulturelle Kompetenz sowie ehrenamtliche Mitglieder eines Arbeitskreises, der seit vielen Jahren aktiv gegen Rechtsextremismus ist sowie ein Journalist.

4.5.2 Zentrale Akteur:innen und Strukturen der Kooperation

In Annegretstadt gibt es eine Vielzahl von Arbeitskreisen, Initiativen/Bündnissen sowie Vereinen, Fach- und Netzwerkestellen u. a. zu den im Bundesprogramm bearbeiteten Themen. Diese sind rein ehrenamtliche Zusammenschlüsse, Initiativen verschiedener Organisationen, hauptamtlicher Fachkräfte oder von Entscheidungsträger:innen. Je nach Zusammensetzung haben sie unterschiedliche Ausrichtungen und Zielsetzungen.

Die Zivilgesellschaft vor Ort im Überblick

Es gibt mehrere Bündnisse und Runde Tische, die oftmals stadtteilbezogen agieren, aber auch stadtweit aktivierbar sind. Die Beschäftigung mit dem Thema Rechtsextremismus lag lange Zeit allein in der Hand der Akteur:innen aus der Zivilgesellschaft. Es bildeten sich mehrere Bündnisse, insbesondere in den von Akteur:innen aus der rechtsextremen Szene für sich beanspruchten Stadtgebiete. Andere Stadtteile zogen mit eigenen Netzwerken/Runden Tischen nach, so dass inzwischen die meisten Stadtteile Annegretstadts über (mindestens) ein Gremium verfügen, das

sich örtlich bezogen mit den Themen des Bundesprogramms auseinandersetzt. Diese Menge der Vernetzungsstrukturen trägt einerseits dazu bei, dass viele Themen (sozialraumbezogen und passgenau) bearbeitet werden können, andererseits bleiben Konkurrenzen und Parallelstrukturen nicht aus. Das führt beispielsweise bei Trägern und Initiativen, die in der gesamten Stadt aktiv sind, dazu, dass sie entweder sehr viel Arbeitsaufwand haben, wenn sie alle Netzwerke/Gremien/Bündnisse usw. bedienen, die zu ihren Themen arbeiten, oder dazu, dass sie sich auf einige wenige konzentrieren müssen. In den Interviews wird darüber hinaus deutlich, dass es auch innerhalb der Bündnisse und Gremien Differenzen zwischen einzelnen Akteur:innen gibt – beispielsweise zu Deutungen, Aktivitätsformen u. Ä. Hinzu kommt, dass sowohl von der kommunalen Verwaltung (insbesondere durch die Koordinierungsstelle) als auch der Pfd eigene Vernetzungsgremien und -strukturen aufgebaut wurden (siehe folgenden Abschnitt). Es wird aber auch von einem Bündnis berichtet, dass dessen Mitglieder als Vertreter:innen von Organisationen sich als Multiplikator:innen verstehen und das Wissen aus dem Bündnis in ihre eigenen Organisationen rückspiegeln und weitergeben.

Annegretstadt ist darüber hinaus geprägt von einer breiten Vereinslandschaft sowie verschiedenen Trägern der Sozialen Arbeit und politischen Bildung, bei denen die Themen der Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und (Rechts-)Extremismusprävention mehr oder weniger intensiv Teil der Arbeit und des Angebotes sind.

Kommunale Strukturen und Aktivitäten zu den Themen des Bundesprogramms

In der kommunalen Verwaltung gibt es inzwischen eigene Strukturen und Personen zur Bearbeitung der Themen. Neben der bereits erwähnten Koordinierungsstelle (angebunden beim Oberbürgermeister/der Oberbürgermeisterin) mit mehreren Mitarbeiter:innen gibt es ein Gremium des Oberbürgermeisters, in dem sich Leitungskräfte aus dem Sicherheitsbereich, der Wirtschaft und Organisationen treffen. Dieses Gremium ist nicht geöffnet für die Zivilgesellschaft als Teilnehmende, allerdings dürfen zivilgesellschaftliche Akteur:innen dort auf Einladung ihre Projekte vorstellen.

Die vorhandenen zivilgesellschaftlichen Strukturen und Aktivitäten werden von den kommunalen Verwaltungsakteur:innen aufgegriffen und genutzt. Dabei zeigen sich auch Konkurrenzen bzw. Unstimmigkeiten zwischen den einzelnen Akteur:innen, insbesondere bei Fragen hinsichtlich des Umgangs mit Demonstrationen u. Ä.

Die Vertreter:innen der Verwaltung (und auch der Pfd) sind nicht in allen Bündnissen und Gremien involviert. Die Netzwerke, an denen sie nicht beteiligt sind, werden von den Interviewpartner:innen als Gremien auf Augenhöhe bezeichnet, in denen ein „vertrauensvoller Austausch“ herrsche. Dies scheint in den Bündnissen/Gremien, in denen Verwaltungsvertreter:innen involviert sind oder die von ihnen maßgeblich initiiert und geleitet werden, nicht immer der Fall zu sein.

Strukturen der Kooperation im Bundesprogramm

In Annegretstadt sind eine PfD, ein Modellprojekt und eine Betroffenenberatungsstelle angesiedelt. Die KuF der Partnerschaft ist zwar bei einem freien Träger angebunden, aber die Koordinatorin hat ihr Büro in der Stadtverwaltung und der Trägerverein ist in der Öffentlichkeitsarbeit der PfD nur schwer zu finden. In den Interviews wird auch benannt, dass die Koordinierungs- und Fachstelle eher als Stelle der Stadtverwaltung angesehen wird.

„Wir nehmen sie ja immer als Stadt wahr, aber das stimmt ja gar nicht.“

(RS5_6, 1310–1311)

Das Federführende Amt ist bei der städtischen Koordinierungsstelle und somit direkt beim Oberbürgermeister verortet. Somit gibt es eine enge Verbindung zwischen der Arbeit der PfD und den entsprechenden Verwaltungsstellen in Annegretstadt. Der BgA wird von den Interviewten als ein gutes Austauschgremium beschrieben, in dem Informationen übereinander sowie zu anstehenden bzw. geplanten Aktionen der Mitglieder miteinander geteilt werden, aber auch Auswertungen von Veranstaltungen und Demonstrationen stattfinden. Aufgrund einer breiten und vielfältigen Besetzung des BgA⁶⁷ werden die Treffen als produktiv und offen bezeichnet. Dass dies inzwischen so beschrieben wird, ist einem Entwicklungsprozess im Umgang miteinander zuzuschreiben, da in einigen Interviews auch beschrieben wird, dass es anfangs Schwierigkeiten zwischen den Mitgliedern gab, insbesondere zu der Frage, wie mit Rechtsextremisten umgegangen werden soll.

„Es hat ein bisschen gedauert bis so die einzelnen Akteur:innen begriffen haben, dass das keine untereinander Konkurrenzveranstaltung ist, also wer ist der bessere Antifaschist, um das mal so zu sagen, sondern, [...] dass es unterschiedliche Perspektiven auf dieses Feld gibt und dass die auch so gelassen werden und man da nicht mehr [...] so miteinander konkurrieren muss oder sich ständig beweisen muss, wer nun der Bessere ist oder die Bessere.“

(RS5_5, 528–536)

Das MP wird in der Stadt zwar wahrgenommen, spielt aber aufgrund der spezifischen Thematik in Richtung der Ausstiegsberatung keine aktive Rolle vor Ort. Ähnlich ist der Stellenwert der Betroffenenberatungsstelle. Beide werden von den anderen Akteur:innen als spezielle Fachstellen gesehen, auf die aber hingewiesen wird, sollten die eigenen Zielgruppen entsprechende Beratungen benötigen. Zwischen dem MP und der Betroffenenberatungsstelle gibt es einen Austausch aufgrund der gleichen Trägerschaft. Auch von Verbindungen zwischen KompNW und dem MP wird im Interview hingewiesen – in der Form, dass das MP Veranstaltungen eines KompNW besucht.

Kooperationen zwischen den Akteur:innen „DI!“ und Akteur:innen außerhalb

Die Kooperationen zwischen Akteur:innen des Bundesprogramms und Personen, Trägern, Projekten, Initiativen u. Ä., die nicht über „DI!“ gefördert werden, sind in der Regel themenbezogen, das heißt Inhalte sind das verbindende Element. So be-

⁶⁷ Die Besetzung wird in den Interviews beschrieben als: von antifaschistischen Akteur:innen bis zur Polizei und Justiz.

richtet beispielsweise die:der Mitarbeiter:in des MP von einem Multi-Agency-Netzwerk unter Mitwirkung des Projektes, in dem Recherche-Aufgaben geteilt, gemeinsame Veranstaltungen organisiert und Publikationen geschrieben werden. Die Zusammenarbeit im Netzwerk wird insgesamt als vertrauensvoll beschrieben.

Das MP pflegt darüber hinaus zu einigen Organisationen und Verwaltungsmitarbeitenden Kontakt über die eigenen Bildungsangebote, die teilweise gemeinsam an Schulen angeboten werden bzw. die so konzipiert sind, dass sich die verschiedenen Akteur:innen bei Bedarf gegenseitig vertreten können. Neben den Bildungsangeboten findet auch ein Austausch zu Neuigkeiten, z. B. Entwicklungen der rechten Szene, statt.

In der Region gibt es eine Beobachtungs- und Austauschgruppe zur rechten Szene, in der die Akteure des Bundesprogramms involviert sind und ihr eigenes Wissen und ihre Erfahrungen einbringen, aber auch von den Erkenntnissen der Akteur:innen außerhalb des Bundesprogramms profitieren.

Auch die Pfd (KuF sowie Federführendes Amt) bzw. deren Kooperationspartner:innen berichtet von einem regelmäßigen Austausch mit Akteur:innen im Themengebiet, z. B. auf Stadtteilebene mit den Quartiersmanagements. Dies wird von Stadtteilakteur:innen aus dem Bereich der Sozialen Arbeit bestätigt.

„Dann haben wir eine regelmäßige Zusammenarbeit mit der ‚Partnerschaft für Demokratie‘. Da haben wir in der Vergangenheit auch schon gemeinsam Veranstaltungen organisiert. [...] Und dadurch, dass die Partnerschaft für Demokratie hier ja auch eng angesiedelt ist an dem Verwaltungsdienst, gibt es auch da immer einen regelmäßigen Austausch. Also das machen wir auch einmal pro Monat, dass wir uns da austauschen. Das ist sehr, sehr regelmäßig auch, weil wir einfach sehr eng in Netzwerken miteinander verbunden sind, aber auch thematisch.“

(RS5_2, 156–166)

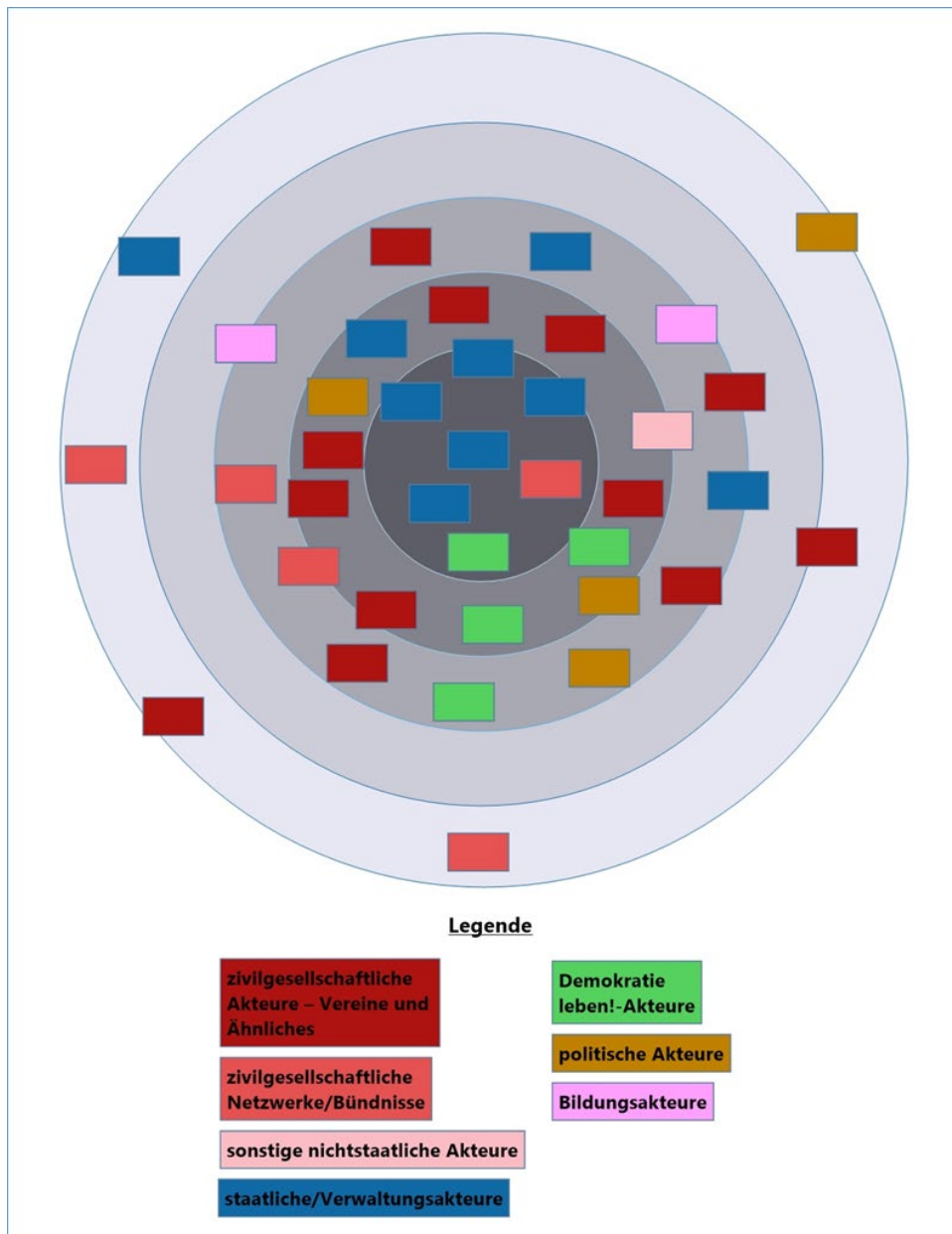
Über den breit aufgestellten Begleitausschuss findet darüber hinaus ein regelmäßiger (Informations-)Austausch in die vertretenen Institutionen, Vereine und Initiativen hinein, aber auch aus ihnen heraus in die Partnerschaft (Koordinierungs- und Fachstelle sowie Federführendes Amt) statt.

Für die Region Annegretstadt zeigt sich in den Interviews erstellten Netzwerkkarten deutlich, welchen zentralen Stellenwert die Verwaltungsakteure einnehmen. Durch eine eigene Koordinierungsstelle zu den Themen des Bundesprogramms in der Verwaltung, deren Trennung zu der Mitarbeitenden in der Pfd (KuF) und des Federführenden Amtes kaum spürbar ist, werden wie bereits erwähnt die Akteur:innen in den Partnerschaften oftmals als Verwaltungsakteure wahrgenommen. Was sich in der Netzwerkkarte ebenso gut sehen lässt, ist die Vielzahl an zivilgesellschaftlichen Akteuren und Netzwerken, die sich in Annegretstadt engagieren.⁶⁸ Im Vergleich mit

68 Die Aussagen in den Interviews, dass die städtischen Akteur:innen (sowohl in Verwaltung/ Verwaltungsspitze als auch der Kommunalpolitik) stark verzögert auf die Problemlagen in der Stadt reagiert haben, legt die Überlegung nahe, dass die hier abgebildete Zentralität der Akteur:innen sich in den letzten Jahren stark verändert hat.

Netzwerkkarten der Regionen, die den ländlichen Raum abbilden, ist dies ein Merkmal urbaner Regionen.

Abb. 4.11: Karte der wichtigsten Akteur:innen in Annegretstadt im Bereich der benannten zentralen Themen/Problemlagen



Quelle: Eigene Darstellung der GE

4.5.3 Regionale Merkmale und Erträge der Kooperationen

Die vorangegangenen Abschnitte zeigen, dass es bereits eine Vielzahl von Kooperationsstrukturen in Annegretstadt gibt. In den Interviews wurde dabei deutlich, dass dies oftmals eine „Kooperation über Köpfe“ ist – der Austausch funktioniert über persönliche Kontakte, d. h. über Personen, die sich aus anderen Kontexten bereits kennen.

Parallel sind, wie bereits erwähnt, die Themen ein verbindendes Element. Es finden sich verschiedene themenbezogene Kooperationsbeziehungen und Netzwerke innerhalb Annegretstadts sowie auch überregional, die sich mit den Themen des Bundesprogramms beschäftigen. Manche bestehen schon seit vielen Jahren, während sich andere mit der und durch die Förderung über das Bundesprogramm entwickelt haben. Die Kooperationen und Netzwerke unterscheiden sich wesentlich danach, wer sie initiiert hat bzw. wer in ihnen vertreten ist sowie nach der Ausrichtung. Das Gremium des Oberbürgermeisters beispielsweise dient dazu Strategien für die Stadt zu entwickeln und (Haupt-)Themen zu setzen. Die Arbeitsweise wird als effizient und zielorientiert beschrieben. Netzwerke und Kooperationen, in denen überwiegend Fachkräfte vertreten sind, dienen in erster Linie dazu, sich über Inhalte auszutauschen, Wissen weiterzugeben und Arbeitsweisen zu besprechen. Ehrenamtliche Bündnisse sehen ihre Aufgabe dagegen vor allem darin, Zeichen zu setzen und weitere Bevölkerungsteile zu animieren, sich ebenfalls zu engagieren.

Erträge der Kooperation

In Annegretstadt lässt sich gut zeigen, dass es für die Umsetzung von Demokratieförderung und (Rechts-)Extremismusprävention von großem Vorteil ist, wenn sich Oberbürgermeister, große Teile des Stadtrates und weitere wichtige Personen der Stadt als Unterstützer:innen dieser Arbeit positionieren. Eine zusätzliche finanzielle Förderung für Projekte sowie für Personal, dass sich aus der Verwaltung heraus diesen Themen widmet, kann die öffentliche Sensibilisierung und Debatte fördern und weitere Akteur:innen animieren, sich für diese Themen einzusetzen. Die Mitarbeitenden der städtischen Koordinierungsstelle sind durch einschlägige Ausbildungen und/oder Fort- und Weiterbildungen sowie ein großes Interesse an den Themen Rechtsextremismusprävention und Demokratieförderung gut aufgestellt, um Impulse zu setzen, die anstehenden Aufgaben fundiert zu bearbeiten und neue Themen aufzugreifen.

Als förderlich sowohl für die Zusammenarbeit als auch die Weitergabe von Informationen u. Ä. erweist es sich, wenn MP wie in Annegretstadt trotz ihrer speziellen Ausrichtung gezielt Akteur:innen der Regelstrukturen (inklusive Verwaltung) als Adressat:innen ihrer Veranstaltungen ansprechen und ihr Angebot daran ausrichten. In Annegretstadt konnte sich dadurch eine gute Vernetzung zwischen dem MP und städtischen Strukturen herausbilden.

Durch die Vielzahl an Netzwerken, Gremien u. Ä. erhöht sich die Chance für interessierte Bürger:innen, ein passendes „Angebot“ für ein mögliches Engagement oder Ansprechpartner:innen bei Fragen, Ideen oder Problemlagen zu finden – sofern die Inhalte, Arbeitsweisen und Erreichbarkeiten klar und übersichtlich kom-

muniziert werden. Darüber hinaus birgt ein breites Angebot die Möglichkeit, flexibel, bedarfsgerecht und v. a. über ehrenamtliche/zivilgesellschaftliche Strukturen niedrigschwellig auf (neue) Situationen und Herausforderungen reagieren zu können.

Die Themen, die im Bundesprogramm bearbeitet werden, sind auch im Curriculum der Ausbildung in der Verwaltung verankert. Dadurch findet eine Sensibilisierung für die Themen innerhalb der Verwaltung statt, die sogar dazu führt, dass mitunter Auszubildende mit rechtsextremen Einstellungen vor die Wahl gestellt werden, einen Ausstiegsprozess zu beginnen oder ihre Ausbildung zu beenden. Es lohnt sich sicher, diesen Aspekt noch einmal vertieft zu betrachten mit Blick auf Nachhaltigkeit des Ausstiegsprozesses, sichtbar wird an diesem Punkt aber, dass es eine Vorgehensweise innerhalb der Verwaltung gibt, wie damit umgegangen wird, wenn antidemokratischen Einstellungen bei Auszubildenden festgestellt werden.

Fehl-/Leerstellen in den Kooperationsbeziehungen

Hinderlich für die Zusammenarbeit vor Ort sind oftmals die Konkurrenzen bzw. das Für-sich-Agieren einzelner Träger, wenn mehrere Träger Angebote zu gleichen Themen unterbreiten. Dazu wird von den Interviewpartner:innen teilweise berichtet, dass größere Träger eher ihre Maßnahmen allein durchführen – es gibt zwar einen Austausch zur Lage vor Ort und zu anstehenden Aktionen, aber nur selten entstehen daraus gemeinsame Aktivitäten/Angebote.

In den Gesprächen mit ehrenamtlich Aktiven in Annegretstadt klingt an, dass eine zu große Dominanz der städtischen (insbesondere Verwaltungs-)Akteure auch zu einer Demotivation in der ehrenamtlichen Zivilgesellschaft führen kann – dann, wenn die (vorangegangenen und aktuellen) Leistungen der Ehrenamtlichen sich nicht in den Gremien/Netzwerken der Stadtvertreter:innen widerspiegeln oder gar die Themen von der Stadt oder der Pfd ohne Mitwirkung der bisherigen Aktiven übernommen bzw. neu gesetzt werden:

„Und eigentlich hat die Stadt das mehr oder weniger sich unter den Nagel gerissen.“
(RS5_1, 174)

Dabei entsteht bei den Ehrenamtlichen mitunter das Gefühl, dass die städtischen Akteur:innen im Versuch, das zivilgesellschaftliche Engagement verwaltungskonform zu managen, die Eigenständigkeit der Zivilgesellschaft einschränken. Im Interview mit der städtischen Koordinierungsstelle und der KuF der Partnerschaften klingt an, dass sie ihre Aufgabe beispielsweise auch darin sehen, Einfluss auf die Zusammensetzung neu gegründeter Gremien zu nehmen.

Auch in den Erzählungen anderer Interviewpartner:innen wird vom Einfluss auf Zusammensetzungen sowie darüber berichtet, dass neue Netzwerke unter Mitwirkung oder gar Initiative der städtischen Koordinierungsstelle gegründet werden. Auch das kann dazu führen, dass die ehrenamtlich Aktiven sich eher in einer Top-

down-Hierarchie sehen und dadurch zurückziehen. Dieses Top-down Gefühl zwischen Verwaltung (inklusive der Partnerschaftsstrukturen⁶⁹) zeigt sich auch in der Konstituierung und Umsetzung der PfD:

„Und in der Ursprungsversion war es halt so, dass wir als Stadt sozusagen auch die Leitlinien vorgegeben haben, auch das ist ein Unterschied zu den anderen Partnerschaften für Demokratie. Das heißt also, wir als Stadt haben durch den Lokalen Aktionsplan quasi vorgegeben, wie wir den Rechtsextremismus in dieser Stadt und den Rechtspopulismus bekämpfen wollen. In der Ausgestaltung, im Detail diskutieren wir das natürlich mit Zivilgesellschaft und so. Aber im Vorfeld dann auch bei uns im Team.“

(RS5_3, 178–184)

In Annegretstadt findet sich einerseits eine aktive Zivilgesellschaft, die sich durch ein hohes ehrenamtliches Engagement auszeichnet. An die dadurch aufgebauten Strukturen können die Akteur:innen des Bundesprogramms „DI!“ organisatorisch und thematisch gut anknüpfen. Durch eine zusätzliche hohe Eigenmotivation der Mitarbeitenden der PfD sowie des Modellprojektes kann das Kernthema der Rechtsextremismusprävention durch aktuelle Entwicklungen und neue Themenlagen angereichert werden. Allerdings lassen sich in Annegretstadt auch Entwicklungen beobachten, die die bisher aktive Zivilgesellschaft nach und nach an den Rand drängen und aus partizipativen Prozessen auf Augenhöhe zunehmend eine Dominanz der Verwaltungsakteur:innen inklusive der Mitarbeitenden der Partnerschaft für Demokratie herstellen, die bei den ehrenamtlich Aktiven eher das Gefühl einer Top-down-Beteiligung entstehen lassen. Begünstigt wird dieser Eindruck bei den Ehrenamtlichen auch dadurch, dass neue Gremien exklusiv gestaltet werden (siehe Gremium der:des Oberbürgermeister:in) oder die Mitarbeitenden der Koordinierungsstelle/PfD stärkeren Einfluss auf die Zusammensetzung nehmen.

4.6 Portrait der Region Marakreis

4.6.1 Strukturdaten und Rahmenbedingungen

Die betrachtete Region ist Teil eines großen Landkreises in den neuen Bundesländern. Der Hauptwirtschaftsfaktor liegt im Bereich des Tourismus und damit zusammenhängenden Wirtschaftsbereichen. Die Arbeitslosenquote für den Gesamtlandkreis liegt bei ca. acht Prozent⁷⁰ und der Ausländeranteil bei ca. fünf Prozent. Bei den letzten Kommunalwahlen lagen die Parteien weitestgehend eng beieinander – stärkste Kraft war dabei die CDU, gefolgt von der SPD, den Linken, der AfD, der FDP, Bündnis 90/Die Grünen und einer Unternehmer:inneninitiative⁷¹ (Reihenfolge nach Stimmenanteil). Bei Bundes- und Landtagswahlen schnitt meist die SPD gut ab gefolgt von AfD und CDU.

Der Marakreis ist eine ländlich geprägte Region mit einem – insbesondere auch für touristische Verhältnisse – schlecht ausgebauten ÖPNV, so dass insbesondere junge

⁶⁹ Koordinierungs- und Fachstelle sowie federführendes Amt.

⁷⁰ Die Daten sind den Statistikportalen der Arbeitsagentur und der Region entnommen.

⁷¹ Die Unternehmer:inneninitiative ist nur auf kommunaler Ebene zu Wahlen angetreten.

und ältere Menschen der Peripherie Schwierigkeiten haben, Veranstaltungen am Abend zu besuchen, wenn sie in den Kleinstädten der Region stattfinden.

Die Bereiche der Sozialen Arbeit und der politischen Bildung werden überwiegend durch zwei große, überregional tätige und angesiedelte Träger abgedeckt. Als eher nachgeordnete Akteure im Bereich zivilgesellschaftlichen Engagements sind zwei Bildungsträger (neben den Schulen, die lediglich über engagierte Einzelpersonen in Erscheinung treten), die Kirchen, ein Museums- und Geschichtsverein, eine Wohnungsgesellschaft (inklusive Begegnungszentrum), eine Geflüchteteninitiative und Jugendklubs zu nennen. In den Interviews wurde die Landeszentrale für politische Bildung als weiterer regional bedeutsamer Träger benannt.

Nicht alle Modellprojekte haben ein Büro oder einen Ort im Marakreis, sondern agieren aus weiter entfernten Großstädten in den Marakreis hinein und sind i.d.R. nur für Aktionen im Rahmen der Umsetzung des MP vor Ort.

Problemlagen/zentrale Themen

Die Themen Demokratieförderung (inklusive Umweltschutz), Extremismusprävention (über die Themen Verschwörungen/Fake-News) und Rassismus werden vor Ort als die zu bearbeitenden genannt. Ein besonderes Augenmerk wird darüber hinaus auf die Jugendbeteiligung gelegt, die von einigen Interviewpartner:innen als wichtiges Element der Demokratieförderung bezeichnet wird. Ein schon bestehendes Jugendgremium wurde vor einigen Jahren aufgrund mangelnder Beteiligung wieder aufgelöst und soll nun neu aktiviert werden. Als problematisch wird dabei auch der schlechte ÖPNV benannt. Einige Befragte benennen darüber hinaus diskriminierungssensible Ansätze, Medienbildung/-kompetenz und Empowerment für Leute mit Rassismus-Erfahrungen als Aspekte, die stärker bearbeitet werden müssten. In der Region spielt auch die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit im Rahmen der politischen Bildung über alle Generationen hinweg eine wichtige Rolle.

In den Interviews wurde ein Widerspruch sichtbar – einerseits wird nicht von Problematiken vor Ort berichtet und wenn doch, so werden diese auf bestimmte Gebiete (z. B. ein Neubauviertel) oder an bestimmte Personengruppen gekoppelt und somit stark eingegrenzt. Andererseits wird von sogenannten Querdenkerdemonstrationen berichtet, die sehr stark von rechtsextremistisch Aktiven im Marakreis dominiert werden.⁷²

Die Sozialraumbegehung im Marakreis ergab kaum Hinweise auf antidemokratische oder demokratie- und vielfaltfördernde Aktivitäten im öffentlichen Raum. Lediglich ein paar bereits größtenteils entfernte Aufkleber gegen Linkspopulisten waren zu sehen (Abb. 4.12).

⁷² Erzählt wird von bekannten rechtsextremistischen Redner:innen sowie Liedermachern, die als Hauptpersonen während der Demonstrationen auftreten.

Abb. 4.12: Aufkleber im öffentlichen Raum



Quelle: Foto privat von der GE

Interviewpartner:innen

Im Marakreis wurden acht Interviews mit insgesamt zwölf Personen geführt. Aus dem Bundesprogramm „DI!“ waren die Mitarbeitenden der Pfd – der KuF sowie des Federführenden Amtes – und zweier MP im Handlungsfeld Vielfaltgestaltung sowie Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe Gesprächspartner:innen. Weitere Befragte kamen aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Bildung, einem Nachbarschaftstreff sowie eines Projekts, das sich im Bereich der Demokratieförderung bewegt und aus einer anderen Förderquelle finanziert wird. Einige davon sind auch Mitglieder im BgA der örtlichen Pfd und treten teilweise in Doppelfunktionen auf – beispielsweise als Kommunalpolitiker:in und Vertreter:in der Wirtschaft oder eines Beirates.

Eines der Interviews wurde in einer knapp 100 km entfernten Großstadt geführt, in der die Mitarbeitenden eines MP ihr Büro haben.

4.6.2 Zentrale Akteur:innen und Strukturen der Kooperation

Die Zivilgesellschaft vor Ort im Überblick

Im Marakreis gibt es zwei große Träger, die den Bereich der politischen Bildung und der Sozialen Arbeit abdecken. Diese Träger sind zwar überregional angesiedelt, aber vor Ort mit Büros präsent und bekannt. Innerhalb der beiden Träger gibt es Arbeitskreise und Fachgruppen, in denen die Mitarbeitenden aus der Region aktiv sind und die auch die Themen aus dem Bundesprogramm bedienen. Aus den Trägern heraus gibt es kaum Vernetzungen in die weitere Zivilgesellschaft hinein, wenn es nicht um direkte Projektumsetzungen geht. Auch zwischen den Trägern findet im regionalen Raum kaum ein Austausch statt. Kooperationsbeziehungen werden von den Interviewpartner:innen aus den beiden Trägern demzufolge auch als interne oder überregionale Kooperationen, d. h. zu Träger, die außerhalb des Marakreises aktiv sind, beschrieben. Einzig zu Mitarbeitenden der Kommunalverwaltung werden regelmäßige Zusammenarbeiten gepflegt. So findet sich in der Region auch kein

Netzwerk verschiedener Akteur:innen außerhalb des BgA oder gar ehrenamtliches (zivilgesellschaftliches) Engagement zu den Themen des Bundesprogramms oder aktuell politischen/gesellschaftlichen Themen.⁷³ Veranstaltungen und Aktionen werden von der professionellen Zivilgesellschaft durchgeführt, die als Experten gesehen werden, die die Probleme vor Ort lösen werden.

Zu der professionellen Zivilgesellschaft zählt u. a. auch ein außerschulischer Bildungsträger, der Veranstaltungen und Weiterbildungen im Bereich der Politischen Bildung und diese dann gelegentlich in Zusammenarbeit mit weiteren Trägern vor Ort anbietet. Die Zusammenarbeit mit den Schulen wird als schwierig beschrieben, da sie über engagierte Lehrer:innen nicht hinausgeht.

Insgesamt wirkt die (ehrenamtliche) Zivilgesellschaft sehr passiv bzw. taucht als Akteur nicht auf und schätzt die eigene Rolle als geringfügig ein.

Strukturen der Kooperationen im Bundesprogramm

Der Marakreis verfügt über eine PfD und drei MP in den Handlungsfeldern Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und Prävention sowie Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe und eine Fachstelle zur Prävention von religiös begründetem Extremismus. Sowohl die KuF der PfD als auch die MP und die Fachstelle sind bei den zwei bereits erwähnten Trägern angesiedelt. Das LDZ wird in der Region als Partner wahrgenommen, insbesondere als Unterstützer für Anträge im Bundesprogramm „DI!“ und zur Vernetzung mit anderen Trägern.

„Da haben die [das Landes-Demokratiezentrum, eig. Anm.] uns geholfen, erstens so ein bisschen inhaltlich, die haben uns aber auch geholfen, andere zu finden, die in dem Bereich tätig sind, die wir ansprechen können. [...] Einfach um zu wissen, wer ist da tätig? Da sind die immer ansprechbar und helfen dann auch ganz, ganz viel; und das ist sozusagen die Arbeitsebene. [...] Und natürlich [...] auch als Referent:innen. Also mal aus der Arbeit zu berichten oder halt so, ne, Präventionsarbeit zu machen.“

(RS6_1, 1251–1258)

Darüber hinaus wird das LDZ von den Mitarbeitenden der verschiedenen Handlungsbereiche des Bundesprogramms als Verweisinstanz und als Informationsgeber gesehen. So werden beispielsweise deren Fortbildungsangebote von den MP genutzt und als gewinnbringend betrachtet.

Zwischen der PfD und den MP hingegen scheint es wenig Berührungspunkte zu geben, die über einen trägerinternen Austausch zu allgemeinen Themen (auch des Bundesprogramms) scheinbar nicht hinausgehen. Die MP sind nicht im BgA vertreten.⁷⁴

⁷³ Ausgenommen davon sind die Querdenker-Demonstrationen o.Ä., die von der ehrenamtlichen Zivilgesellschaft organisiert werden.

⁷⁴ Selbst die beiden großen Träger, bei denen die MP sowie die KuF der PfD angesiedelt sind und die weitere soziale und politische Bildungsprojekte im Marakreis anbieten, sind nicht Teil des BgA.

Kooperationen zwischen den Akteur:innen „DI!“ und Akteur:innen außerhalb

Die Koordinierungs- und Fachstelle der Partnerschaft ist zwar als externe Koordinierungs- und Fachstelle installiert, hat ihren Sitz aber in den Räumen der Kommunalverwaltung. Ähnlich wie bei Annegretstadt wird dadurch die Partnerschaft für Demokratie als Ganzes als kommunaler (Verwaltungs-)Akteur wahrgenommen. Gestärkt wird dieser Eindruck auch davon, dass Mitarbeitende des Federführenden Amtes sich stark in die inhaltliche Arbeit sowie die Kooperationspartner:innenansprache der Pfd einbringen und somit die strukturell angelegte Arbeitsteilung zwischen zivilgesellschaftlicher Koordinierungs- und Fachstelle und verwaltungsgebundenem Federführenden Amt nicht sicht- und wahrnehmbar ist.

Aus der Zivilgesellschaft heraus wird die Pfd als Schnittstelle der Kontaktherstellung zu anderen Trägern und als Entlastung für Projektträger (Bürokratie, Finanzierung) gesehen – bis hin dazu, dass Projektanträge „inhaltlich passend“ gemacht werden.⁷⁵ Die Beratung und Hilfestellung wird als sehr unterstützend wahrgenommen. Durch die Förderung über die Pfd können im Marakreis geplante Projekte größer aufgezogen werden und erhalten mehr mediale Aufmerksamkeit. Das kann laut Aussagen von Interviewpartner:innen dann zu weiteren Kooperationen führen.

„Unsere Ausstellung hat dazu geführt, dass jetzt sich eine Schule – das hat jetzt nichts mit dem eigentlichen Projekt zu tun – in ihrem Wahlpflichtunterricht damit beschäftigt, aus unserem Rundgang noch ein Actionbound zu machen. Das ist so deren Wahlpflichtkurs. Das ist eine Nachbereitung, die wir so ein bisschen mitbetreuen und mitbeobachten, und, ja, das ist schon cool.“

(RS6_1, 272–278)

Auf der anderen Seite berichten die Gesprächspartner:innen aber auch, dass sie die Kooperation mit den Mitarbeitenden der Pfd nicht auf Augenhöhe empfinden. Dazu zählt auch, dass der Fachinformations-Austausch als in eine Richtung gehend wahrgenommen wird, d. h. dass aus der Partnerschaft heraus Fachinformationen weitergegeben werden, aber kein wirklicher Austausch dahingehend stattfindet, dass auch die Akteur:innen außerhalb der Partnerschaft ihre Ideen und ihr Wissen außerhalb des BgA in die Partnerschaft tragen können. Ähnlich sieht es auch bei der finanziellen Förderung aus. Diese wird laut Aussagen der Mitarbeitenden der Pfd nicht ausgeschöpft. Und sie äußerten sich im Interview dahingehend, dass sie zwar die Informationen zur Förderung in die Zivilgesellschaft geben, diese aber dann nicht auf die Partnerschaftsmitarbeitenden zugehen.

Die Modellprojekte geben v. a. Schulen als (potenzielle) Kooperationspartner an, verweisen aber darauf, dass es schwierig ist, mit ihren Themen in den Schulen Anklang zu finden, wenn nicht engagierte Lehrer:innen sich der Themen annehmen. Da zwei der MP nicht unmittelbar im Marakreis ihren Sitz bzw. Räumlichkeiten haben, werden Veranstaltungen gemeinsam mit ortsansässigen Einrichtungen (z. B.

⁷⁵ So werden die Träger beispielsweise so beraten, dass eher allgemeine Projekte an die Themen des Bundesprogramms angepasst werden. Diese Projekte sind wichtig für die Leute vor Ort, passen aber auf den ersten Blick nicht immer in die Förderrichtlinien.

dem außerschulischen Bildungsträger) durchgeführt und deren Räume genutzt. Daraus entstehen oftmals auch darüberhinausgehende Kooperationen, die beide Seiten als nutzbringend einschätzen.

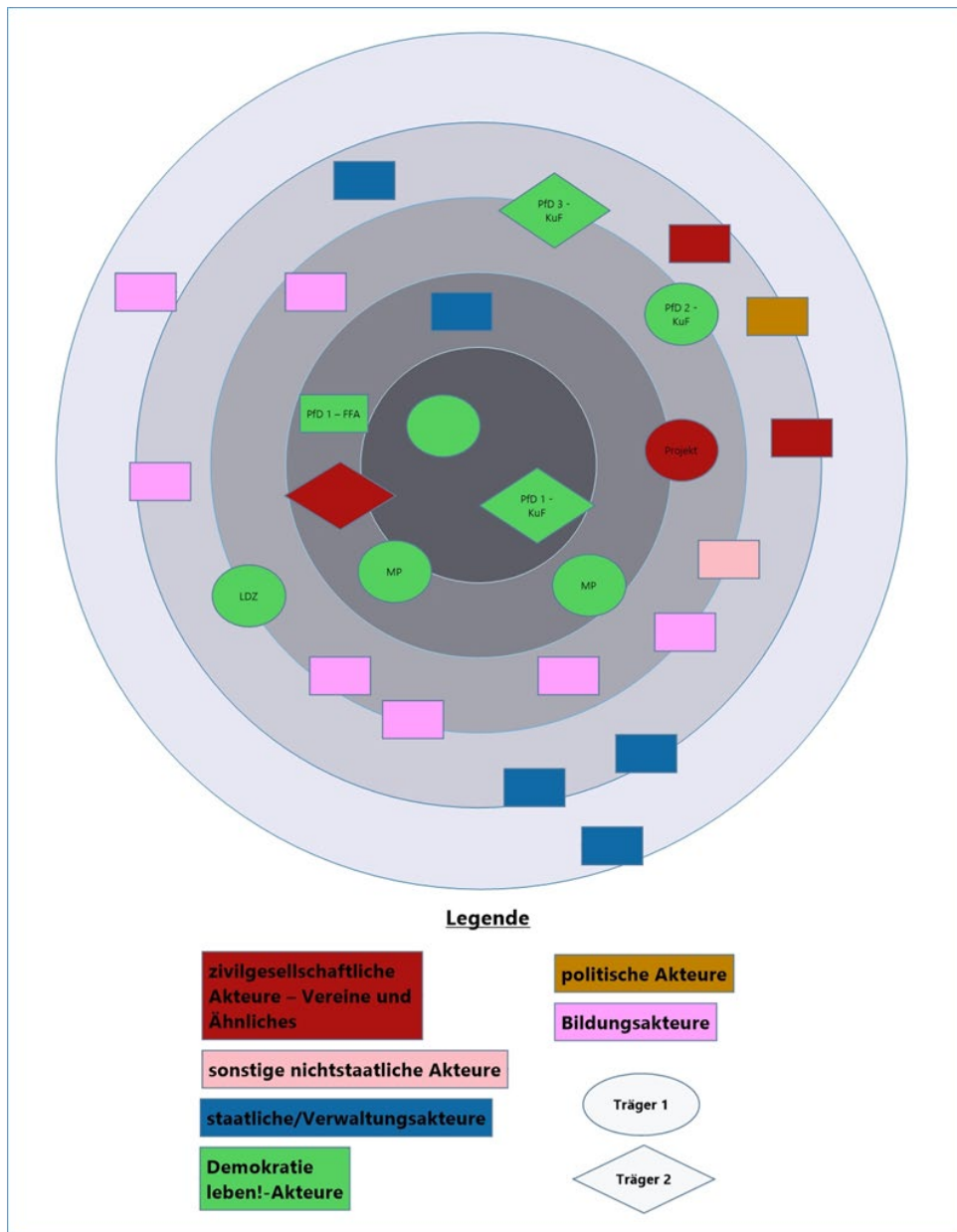
Dennoch gibt es eine geringe Anbindung oder Einbindung der MP in die regionalen Strukturen oder Angebote, so dass sie wie Satelliten wirken, die auch an anderen Orten durchgeführt werden könnten.

Die beiden großen Träger der MP werden als in sich geschlossen wahrgenommen und in den Interviews wird eingeschätzt, dass es Rivalitäten unter den Akteur:innen gibt, die teilweise aus früheren Zeiten stammen. Darüber hinaus zeigt sich eine Konkurrenz im ländlichen Raum nicht nur um die Fördermittel, sondern auch um Teilnehmende an Projekten. Die scheinbar wenigen erreichbaren und interessierten Jugendlichen und jungen Menschen werden stark umworben.

„Na, ich glaube, generell ist es halt irgendwie das Problem, das Bundesland ist zwar sehr groß, aber die Akteur:innen-Dichte ist sehr klein. Und vom Gefühl her gibt's halt immer wieder so Rivalitäten [...]. Und da würde ich mir einfach insgesamt mehr wünschen, dass so dieses Denken ‚Wir nehmen uns gegenseitig irgendwie auch Teilnehmende weg‘, dass das bisschen zurückgeht. Also von allen Seiten.“

(RS6_2, 437–445)

Abb. 4.13: Karte der wichtigsten Akteur:innen im Marakreis im Bereich der benannten zentralen Themen/Problemlagen



Quelle: Eigene Darstellung der GE

Die Netzwerkkarte der wichtigsten Akteur:innen im Marakreis (Abb. 4.13) verdeutlicht sowohl den zentralen Stellenwert der Akteure des Bundesprogramms als auch die dominante Rolle der beiden Träger vor Ort⁷⁶. Fehlende Netzwerke/Bündnisse und zivilgesellschaftliche Akteur:innen⁷⁷ jenseits der beiden Träger markieren hier-

⁷⁶ Im Gegensatz zu den anderen Netzwerkkarten entschieden wir uns deshalb in dieser Karte dafür, zur Veranschaulichung die beiden Träger extra sichtbar zu machen.

⁷⁷ Die beiden zivilgesellschaftlichen Akteure jenseits der beiden Träger sind allgemein die Kirche sowie ein Begegnungszentrum.

bei einen wesentlichen Unterschied zwischen den in diesem Themenpapier untersuchten einerseits ländlich-strukturschwachen und andererseits urbanen Regionen mit gut entwickelten zivilgesellschaftlichen Strukturen. Zugleich verbindet sich mit der speziellen Träger-Konstellation im Marakreis die Frage, inwieweit die beiden Träger tatsächlich allein deshalb so dominant wirken, weil sie das Fehlen zivilgesellschaftlicher Engagementstrukturen kompensieren oder auch, weil die wenigen vor Ort existierenden zivilgesellschaftlichen Akteur:innen ihnen (und anderen „Professionellen“) die Arbeit zu den Themen des Bundesprogramms de facto überlassen bzw. an sie „delegieren“. Im Gegensatz zu anderen Regionen scheinen z. B. mehrere Bildungsakteure (Schulen, Berufsbildungszentren und außerschulische Bildungsträger) für die Arbeit im Bereich der Demokratieförderung eine überdurchschnittlich große Bedeutung zu besitzen. Insbesondere ein außerschulischer Bildungsträger arbeitet immer wieder mit den Mitarbeitenden der Partnerschaft bzw. über sie vermittelt mit anderen Projekten der beiden Träger zusammen.

4.6.3 Regionale Merkmale und Erträge der Kooperation

Die Besonderheiten des ländlichen Raumes hinsichtlich Kooperationen und Kooperationsmöglichkeiten werden im Marakreis gut sichtbar – eine geringere Dichte an Personen, eine eher schlechter ausgebaute Infrastruktur (insbesondere im Bereich des ÖPNV) und damit einhergehend andere Problemlagen im ländlichen Raum.

Erträge der Kooperation

Im Marakreis wird gut sichtbar, dass die Förderung durch das Bundesprogramm „DII“ zu neuen Kooperationen vor Ort führen kann. Durch die Finanzmittel, die das Bundesprogramm zur Verfügung stellt und die Unterstützung der KuF sowie des Federführenden Amtes (insbesondere bei Antragstellung und Abrechnung), entstehen mitunter Projekte, die gemeinsam mit anderen Trägern/Partnern durchgeführt werden, die sonst eher nicht direkt zusammenarbeiten bzw. sich vernetzen.

Durch die Präsenz der großen Träger in der Sozialen Arbeit und Politischen Bildung sind auch deren MP sichtbarer für andere Träger und werden als wichtige Projekte gesehen, die Themen der Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und Extremismusprävention bedienen.

Fehl-/Leerstellen in den Kooperationsbeziehungen

Eine der größten Hürden für Kooperationen und Adressiertenerreichung im Marakreis sind die langen Wege, die durch den aus Sicht der Interviewten schlecht ausgebauten ÖPNV für Einige zusätzlich problematisch sind. Um die wenigen erreichbaren Adressierten entsteht dann ein Ringen durch die Anbietenden von Angeboten.

Im ländlichen Raum des Marakreises gibt es im Vergleich zu von uns befragten städtischen Regionen weniger aktive Akteure zur Thematik des Bundesprogramms. Das begünstigt hier die Konzentration auf die wenigen Anbieter. Die unter dem vorhergehenden Absatz („Erträge der Kooperation“) bereits aufgezählte Präsenz

der beiden großen Träger führt auch dazu, dass sich andere Träger eher zurückziehen oder sich die Arbeit zu den Projekten des Bundesprogramms nicht zutrauen. Für den Aufbau weiterer Kooperationsbeziehungen stellte es sich vor Ort auch als hinderlich dar, dass es innerhalb der großen Träger bereits verschiedene Arbeitsgruppen und Netzwerke gibt, über die sich die Mitarbeitenden Informationen holen und intensiv in Austausch treten können. Dadurch bedarf es nicht immer einer Vernetzung mit anderen örtlichen Akteuren. Die beiden Träger nehmen sich zwar untereinander wahr, aber in den Interviews waren kaum Schnittmengen zu erkennen. Erschwerend kommt hinzu, dass ein Teil der Projekte, die über „DI!“ gefördert werden, ihren Sitz nicht im Marakreis haben und dadurch in der alltäglichen Arbeit wenig Berührungspunkte mit Anderen vor Ort haben.

Die Haltung der Mitarbeitenden der Pfd, insbesondere des Federführenden Amtes, dass die Zivilgesellschaft von sich aus aktiv werden muss, um die angebotenen Mittel des Bundesprogramms auszuschöpfen, ist im Marakreis (im Vergleich mit anderen Regionen) nicht optimal, um neue Akteure zu gewinnen. Über die Demokratiekonferenzen und die Vorstellung des Bundesprogramms inklusive der Fördermöglichkeiten durch die Pfd erhalten zwar die Bürger:innen, Vereine, Organisationen u. Ä. die nötigen Informationen, aber es fehlt bei den Angesprochenen oftmals der nächste Schritt der Beantragung eigener Projekte. Einer der Gründe dafür, der bereits anklang, könnte sein, dass die Projektmitarbeitenden der Träger bereits als Expert:innen im Feld wahrgenommen werden, mit denen ehrenamtlich Tätige gefühlt nicht mithalten können oder auf die sich verlassen wird, die Arbeit zu machen.

Im Marakreis findet eine Vielzahl an Angeboten durch „DI!“ statt. Das führt aber nicht automatisch auch dazu, dass diese Akteure vor Ort gut vernetzt sind oder gar zusammenarbeiten. Es ist eher eine Geschlossenheit innerhalb der großen Träger zu beobachten und durch die gute interne Infrastruktur an Informationsaustausch bei thematischen Überschneidungen auch kein erweiterter Bedarf an Austausch außerhalb. Ein dennoch in den Interviews herausgearbeiteter Grund für eine Zusammenarbeit mit Akteuren außerhalb des eigenen Trägers ist die Nutzung von Räumlichkeiten, wenn diese den (Modell-)Projekten vor Ort für (größere) Veranstaltungen nicht zur Verfügung stehen. Dann entstehen aus dieser zunächst pragmatischen Zusammenarbeit auch langfristige Vernetzungsstrukturen oder gemeinsame Projekte.

Das Beispiel Marakreis zeigt auf, dass gerade für ländliche Regionen MP mit ihren Themensetzungen und auch die Partnerschaft wichtig sind, da sonst wahrscheinlich kaum diesbezügliche Angebote vorhanden wären. In einer Region, die vorrangig vom Tourismus lebt, werden dabei scheinbar Probleme ungern offen angesprochen. In der kurzen Phase der Interviewdurchführungen vor Ort konnten wir entgegen der Nicht-Problemschilderungen der Gesprächspartner:innen in Gesprächen und Beobachtungen außerhalb der Interviews bei Sozialraumbegehungen mehrere anti-

demokratische Äußerungen (rechtspopulistische Kritik an der Regierung sowie Verschwörungserzählungen aus dem rechtspopulistischen Spektrum u. Ä.) zur Kenntnis nehmen.⁷⁸

4.7 Portrait der Region Bettinastadt

4.7.1 Strukturdaten und Rahmenbedingungen

Bettinastadt ist eine Großstadt im Südwesten Deutschlands.

Aus den letzten Kommunalwahlen ging Bündnis 90/Die Grünen als stärkste Kraft hervor, dicht gefolgt von der SPD und der CDU. Die AfD erreichte knapp unter 10 Prozent der Wählerstimmen und Freie Wähler, FDP und Die Linke sind auch im Stadtparlament vertreten.

Der Anteil an Einwohner:innen mit Migrationshintergrund beträgt 47,8 Prozent (27,9 Prozent mit ausländischer und 19,8 Prozent mit deutscher Staatsangehörigkeit). Dieser Anteil liegt damit deutlich über dem Durchschnitt im Bundesland. Die Arbeitslosenquote beträgt 6,6 Prozent (mit einem hohen Anteil an Arbeitslosen im SGB II- Bereich) und liegt auch über dem durchschnittlichen Wert des Bundeslandes. Die Mindestsicherungsquote liegt für die Gesamtstadt bei 10,6 Prozent bei einer sehr ungleichen Verteilung über die Stadtteile, d. h. es gibt viele Stadtteile mit einem Wert unter zwei Prozent und einige mit über 19 Prozent. Diese Ungleichverteilung zieht sich durch alle Statistiken zu Sozialdaten für Bettinastadt.⁷⁹

Bettinastadt nimmt schon seit vielen Jahren Förderungen über einschlägige Bundesprogramme in Anspruch. So gab es bereits eine Förderung über Xenos und seit der Programmperiode „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ gibt es einen Lokalen Aktionsplan/eine PfD.⁸⁰ Die Stadt verfügt darüber hinaus über eigene Strukturen, die sich mit den Themen des Bundesprogramms beschäftigen, so z. B. den Fachbereich Demokratie und Strategie mit einem Bereich Diversity und Integration sowie eine dort angesiedelte Koordinierungsstelle des „Bettinastädter Bündnis für Vielfalt“. Die „Bettinastädter Erklärung für Vielfalt“ wurde bereits von über 350 Institutionen, Vereinen, Organisationen u. Ä. unterschrieben und gilt als eine Art Leitfaden für die Umgangsweise und Ziele der Unterschreibenden und für die Stadt, da sie als Initiator dieser Erklärung fungierte. Die Erklärung ist andererseits auch ein Mittel, die Vernetzung voranzubringen, so die Aussagen der Initiator:innen der Erklärung.

78 Die Interviewende kam während der Sozialraumbegehung auch mit ortsansässigen Personen ins Gespräch. Dabei kamen in den drei dabei geführten Gesprächen u. a. Äußerungen, wie „Die Regierung sind alle Verbrecher und gehören bestraft für das, was sie dem Deutschen Volk antun.“ und „Die Ausländer machen hier alles kaputt, kommen bloß hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“ usw.

79 Alle statistischen Angaben sind der Homepage der Stadt entnommen.

80 Die jetzigen Partnerschaften für Demokratie hießen vormals Lokale Aktionspläne, waren aber von den grundsätzlichen Strukturen und Inhalten identisch.

Die Stadt stellt Gelder zur Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechtsradikalismus, Muslimfeindlichkeit, Antisemitismus und Antiziganismus zur Verfügung.⁸¹

Problemlagen/zentrale Themen

Die Befragten sind sich einig, dass Vielfaltgestaltung als zentrales Thema in der Stadt angesehen werden muss. Dies liegt v. a. am schon seit vielen Jahren hohen Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund. Dennoch wird der Vielfaltsbegriff in Bettinastadt sehr weit gefasst – neben Vielfalt im Zusammenhang mit Migration spielt auch die Einbindung aller Menschen in das städtische und kulturelle Leben eine wichtige Rolle. Das spiegelt sich auch in der von vielen Akteur:innen getragenen „Bettinastädter Erklärung für Vielfalt“ wider. Demokratieförderung und (Rechts-)Extremismusprävention werden im Zusammenhang mit Vielfaltgestaltung als zwar nachgeordnete, aber wichtige Themen eingestuft. Speziell wurden dabei in den Interviews (Jugend-)Beteiligung, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Islamophobie, (struktureller) Rassismus und Antisemitismus benannt.

Interviewpartner:innen

In Bettinastadt konnten wir neun Interviews mit dreizehn Personen führen. Seitens der von „DI!“ geförderten Akteure nahmen die KuF und das Federführende Amt der Pfd sowie ein Mitarbeiter des MP im Handlungsbereich Extremismusprävention teil. Die Mitarbeitenden der Pfd sind mit Stellenanteilen in der städtischen Bündniskoordinierungsstelle des Bettinastädter Bündnisses für ein Zusammenleben in Vielfalt involviert. Weitere Interviewpartner:innen waren der Direktor einer Realschule, Mitarbeitende eines sozial-kulturellen Vereins, einer interkulturellen Begegnungsstätte, des Stadtjugendrings, einer außerschulischen Bildungseinrichtung, eines Antidiskriminierungsbüros sowie Mitglieder des Jugendbeirates der Stadt und des Stadtrates.

In Bettinastadt zeigten sich während der Sozialraumbegehungen viele Hinweise auf Themen wie „Vielfaltförderung“ und „Gewaltbekämpfung“, wie die folgenden Bilder (Abb. 4.14, Abb. 4.15 und Abb. 4.16) beispielhaft zeigen.

81 Diese Gelder im niedrigen sechsstelligen Bereich sind per Stadtratsbeschluss festgelegt.

Abb. 4.14: Aktion im öffentlichen Raum zur Förderung von Toleranz und Vielfalt⁸²



Quelle: Foto privat von der GE

Abb. 4.15: Schild auf dem Gelände einer Schule



Quelle: Foto privat von der GE

82 Diese Bilder sind Teil einer Ausstellung, die auf einem zentralen Platz in Bettinastadt zum Zeitpunkt der Interviews gezeigt wurde. Neben den Fotos verschiedener Menschen wurde deren Lebensweg kurz beschrieben und Begleittexte zur Toleranz- und Vielfaltförderung angebracht. Die Ausstellung heißt: „Vom Kommen, Gehen und Bleiben“.

Abb. 4.16: Graffiti, das im Rahmen eines Schulprojekts entstand



Quelle: Foto privat von der GE

4.7.2 Zentrale Akteur:innen und Strukturen der Kooperation

Die Kooperationen, die sich in den Interviews vor Ort gezeigt haben, sind als eine Mischung aus bereits vor der Förderung bestehenden Zusammenarbeits-Strukturen, Personalüberschneidungen (v. a. im Ehrenamt bzw. verschiedenen Vorständen) sowie durch das Bundesprogramm geschaffene Strukturen zu sehen. Hervorzuheben sind dabei die sogenannten „Themenpartnerschaften“, für die eine gezielte Kooperation zwischen bisher nicht kooperierenden Akteuren Förderbedingung ist, sowie die „Aktionstage“, bei denen in einem Zeitraum von vier Wochen viele Aktionen stattfinden – organisiert von der Stadt und der Pfd.

Durch die „Bettinastädter Erklärung“ und das sich daraus generierende „Bettinastädter Bündnis“ sind sehr viele Akteur:innen miteinander verknüpft – in erster Linie dadurch, dass sie voneinander wissen und über die Koordinierungsstelle weitere Informationen bzw. Verweisberatungen erhalten können.

Die Zivilgesellschaft vor Ort im Überblick

In der Stadt sind schon seit vielen Jahren verschiedene zivilgesellschaftliche Akteure aktiv. Dies zeigt sich auch im Bettinastädter Bündnis, dem derzeit weit über 300 Institutionen, Unternehmen, Vereine, Arbeitsgruppen u. Ä. angehören. Es gibt über dieses Bündnis hinaus noch weitere Vereine und Netzwerke, die sich in der Vielfaltgestaltung engagieren. In den Interviews entsteht dennoch der Eindruck, dass diese untereinander weitestgehend gut bekannt sind. Das kann auch daran liegen, dass einige der Akteur:innen in mehreren Vereinen u. Ä. aktiv sind (im Vorstand, als Angestellte o.Ä.) und dann die Informationen jeweils weitergegeben werden. Viele der Initiativen aus der Zivilgesellschaft sind im künstlerischen Bereich angesiedelt.

Zwischen den zivilgesellschaftlichen Vereinen/Initiativen/Organisationen u. Ä. findet ein regelmäßiger Austausch statt, so beispielsweise in einem „Migrationsfo-

rum“ (ausgehend vom Migrationsbeirat). Auch eine scheinbar gut aufgebaute Verweisberatung (untereinander, aber auch durch kommunale Akteure) existiert und Akteure können sich dadurch gut auf ihre „Kernkompetenzen“ konzentrieren, es scheint weniger Konkurrenz zwischen den verschiedenen Akteuren zu geben.

„Und das muss man ja auch immer denken: Warum nehmen die Menschen sich die Zeit, die alle keine Zeit haben; und dann haben wir gemerkt bei der Themenpartnerschaft, das war gut, da haben wir auch so die Akteur:innen gesammelt und auf eine Homepage gestellt und so, dass man ein bisschen einen Überblick hat und sich auch schneller kontaktieren kann, so Verweisberatung, haben auch Qualifizierungen untereinander gemacht.“

(RS7_8, 254–259)

Strukturen der Kooperation im Bundesprogramm

In Bettinastadt gibt es ein MP im Handlungsfeld der Extremismusprävention, einen Beratungsknoten der Mobilen Beratung und eine PfD, deren Koordinierungs- und Fachstelle nicht bei einem externen Träger, sondern bei der Kommune angesiedelt ist. Die Stadt verfügt über einen Fachbereich, der sich dem Thema der Demokratieförderung widmet und bei dem sowohl die KuF als auch das Federführende Amt angesiedelt sind. In einer benachbarten Stadt hat ein Kompetenznetzwerk seinen Sitz.

Zwischen den verschiedenen Handlungsbereichen des Bundesprogramms „DI!“ zeichnen sich teilweise gute Kooperationsbeziehungen ab. Das MP beispielsweise ist insgesamt gut eingebunden in Aktivitäten der PfD (und der städtischen Akteur:innen, die im entsprechenden kommunalen Fachbereich tätig sind) – die Mitarbeitenden nehmen an Aktionen der Partnerschaft teil (z. B. an den „Aktionstagen“) und sind Mitglied im BgA. Das liegt einerseits daran, dass die durch das MP angebotene Beratung an den Bedarfen in der Stadt anknüpft und diese von keinem anderen Träger angeboten wird, aber auch daran, dass der Träger bzw. die Mitarbeitenden ein Interesse an einem Austausch mit allen relevanten Akteuren zeigen. Dass die Zusammenarbeit zwischen dem MP und den Mitarbeitenden der PfD sich auch auf inhaltlicher Ebene bewegt, zeigt sich darin, dass das MP in die Aktivitäten und Themen der Partnerschaft integriert ist und auf Anfragen aus der Partnerschaft immer wieder mit Aktionen und Ideen reagiert:

„Und als jetzt im letzten Jahr das Thema Antisemitismus so aufgeplopt ist, also ist MP Bettinastadt dann die Anlaufstelle, wo wir (die Mitarbeitenden der Partnerschaft, Anm. der Autor:innen) hingehen und sagen ‚Hier, was könnt Ihr machen?‘. Und die haben sofort eine Idee gehabt und was gemacht. Also das ist halt, finde ich dann eine gute Zusammenarbeit, wenn man nicht so abgegrenzt ‚Ihr macht das Projekt‘, sondern es wird mitgedacht, die entwickeln sich mit.“

(RS7_6, 679–684)

Somit wird das Modellprojekt dem Anspruch eines „lernenden Programms“ gerecht.

Auch zum LDZ gibt es einen engen Austausch, der v. a. darüber zustande kam, dass die:der Mitarbeitende des LDZ vor ihre:seiner dortigen Tätigkeit Weiterbildungen des MP wahrgenommen hat und anschließend auch beim Träger des MP angestellt war, ehe sie:er zum LDZ wechselte. Aus dieser persönlichen Verbindung entstanden

mehrere gemeinsame (Fort- und Weiterbildungs-)Projekte, die sowohl in Bettinastadt als auch außerhalb stattfinden. An Weiterbildungen des LDZ nimmt neben der:dem Mitarbeitenden des MP auch die:der Mitarbeitende der KuF der Pfd teil.

„Also das ist ein Berührungspunkt schon mal zum Landes-Demokratiezentrum. Ich mache seit letzten Jahr die Ausbildung [...] dort, weil ich einfach das Thema Extremismusprävention bzw. Rechtsextremismus ganz, ganz wichtig finde im Kontext nochmal der Aktualität durch die Corona-Leugner und die Querdenker-Bewegung, und hier einfach noch, ja, mir mehr Fachwissen auch draufschaffen möchte. [...] Also die Kolleginnen von MP Bettinastadt, die beiden Projektleitungen haben beide das auch gemacht. Die habe ich auch bei einer Veranstaltung in Annabel-Stadt getroffen. [...] Und das Tolle ist, die neue Leiterin der Fachstelle Prävention ist eine Bettinastädterin, die bei uns im Begleitausschuss sitzt, ja? Also es ist einfach eine gute Kopplung, da auch zu überlegen, dass man gemeinsam irgendwas auch veranstaltet hier. Also da ist ein enger Kontakt. Und seit auch etwas über einem Jahr bin ich involviert in so ein Metropolregion-Treffen zwischen den Akteuren, also nochmal Landes-Demokratiezentrum, Partnerschaften, aber auch Mobile Beratung im Themenfeld Rechtsextremismus.“

(RS7_6, 698–714)

Diese spricht insgesamt auch von einer guten Kooperation mit dem LDZ und beschreibt sie als Orte der Kompetenzentwicklung sowie des Austauschs und der Vernetzung für regionale/kommunale Akteur:innen. Darüber hinaus wird auf die stattfindende Verweisberatung, insbesondere zur Mobilen Beratung, hingewiesen.

Kooperationen zwischen den Akteur:innen „DI!“ und Akteur:innen außerhalb

In Bettinastadt sind die Akteure des Bundesprogramms – das Modellprojekt sowie die Pfd (Federführendes Amt, KuF sowie BgA) – gut in ein gesamtstädtisches Konzept (Bettinastädter Bündnis/Bettinastädter Erklärung) eingebunden.

Die Pfd (KuF und Federführendes Amt) wirkt stark in die Zivilgesellschaft hinein und wird als wichtiger Akteur von Zivilgesellschaft, aber auch Verwaltung, Politik, Wirtschaft u. Ä. wahrgenommen. Die Mitarbeitenden der Partnerschaft werden durch Beratungen, verschiedene Aktionen und Fördermöglichkeiten als Motor für Kooperationen gesehen. Dies mag zwar auch daran liegen, dass die KuF gleichzeitig auch die Bündnis-Koordinierungsstelle ist (bzw. es starke Personalüberschneidungen innerhalb des dafür zuständigen Amtes gibt), die von der Stadt finanziert ist. Aber die beiden „Förderinstrumente“ der Pfd: „Themenpartnerschaften“ und „Aktionsstage“ tragen stark zur Bildung von Vernetzung und Zusammenarbeiten bei.

„Im Zuge der Förderung wurde das ermöglicht, dass wir im Zuge dieser Thementage dann auch neue Akteure innerhalb der Stadt kennengelernt haben, die so von ihrer Arbeit erzählen, die Einblicke gegeben haben, die ich sonst so nicht kenne [...] da gibt's ne Möglichkeit zu kooperieren, da könnte man nen Vortrag organisieren [...]. Vielleicht können wir mal vor Ort zu euch kommen. Da guck ich mir das mal an und dann schaun wir mal, was daraus erwächst. So war diese Thementage und das hatt ich gar nicht so sehr aufm Schirm, auch ne Möglichkeit einfach auch andere Programmformate vielleicht zu generieren, Ideen dazu zumindest und auch neue Kontakte in der Stadt zu fördern.“

(RS7_7, 216–226)

Die Themenpartnerschaften führen zu Kooperationen zwischen mindestens zwei Partnern, die bisher noch keine gemeinsamen Projekte durchgeführt haben oder zusammengearbeitet haben und sind in der Regel auf zwei Jahre angelegt.

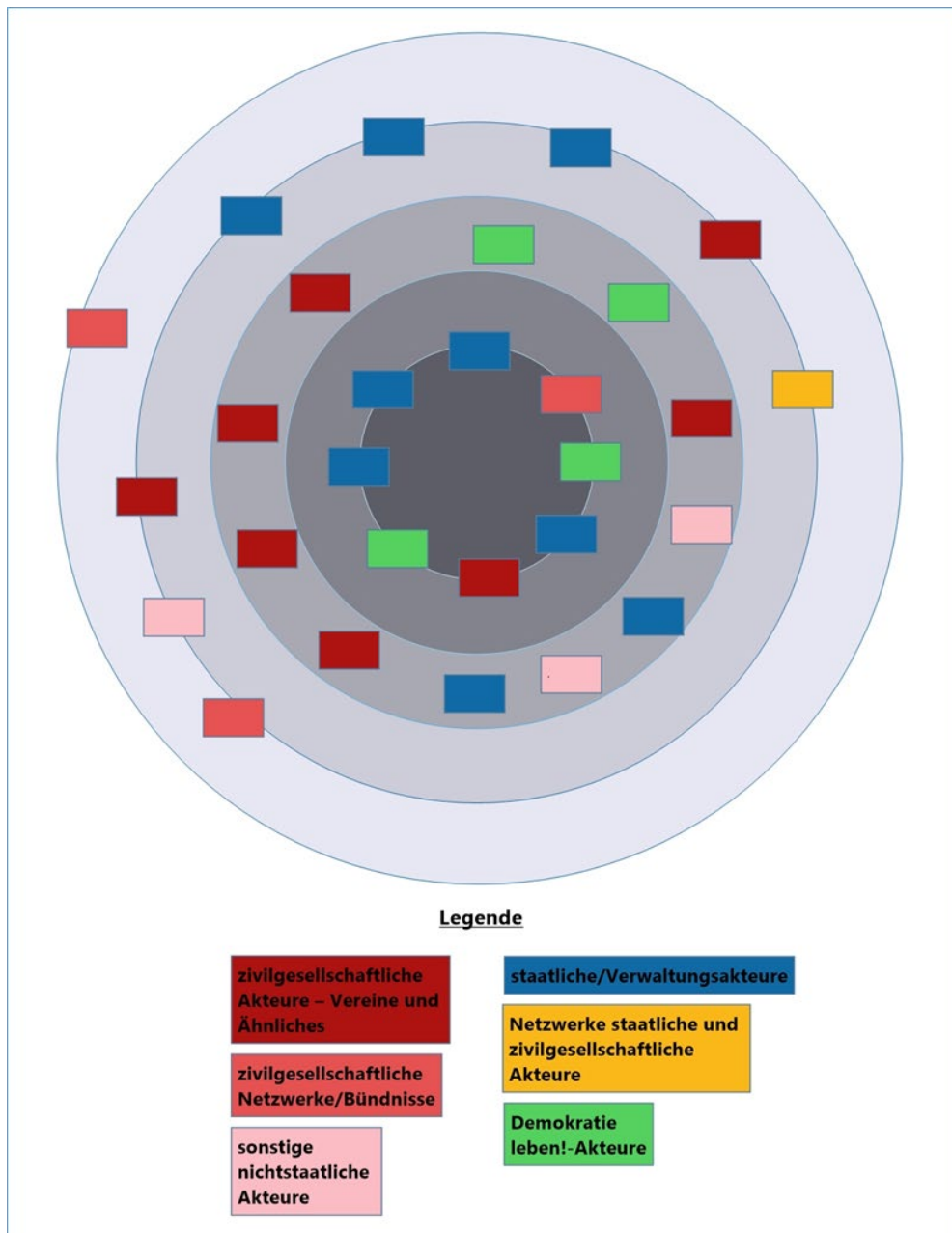
Sowohl das MP als auch die KuF der Partnerschaft haben enge Kontakte in die Regelstrukturen hinein, z. B. zu verschiedenen Jugendeinrichtungen, zur Schulsozialarbeit, zu Schulen, zum Stadtjugendring, zu einem Bildungsinstitut usw., erreichen somit die verschiedenen Adressat:innen und können ihre Themen weitergeben. Das MP bildet darüber hinaus Multiplikator:innen aus, die dann in (ihren) Moschee-Gemeinden Inhalte weitervermitteln und zu weiteren Kooperationen führen. Als einziger Anbieter im Bereich „religiös begründeter Extremismus“ ist das MP gern gesehener Kooperationspartner und findet dadurch gut in der Stadtgesellschaft statt.

Für viele Aktive aus der Zivilgesellschaft, aber auch Institutionen wie Schulen ist gerade die KuF in Kombination mit der städtischen Bündniskoordinierungsstelle ein wichtiger Ansprechpartner bzw. eine wichtige Anlaufstelle, um Kontakt zu anderen Aktiven herzustellen, passende Vernetzungen zu finden und sich dort zu engagieren, oder auch um aktionsfähig zu sein. Die Aktionsfähigkeit kann hergestellt werden durch das Weitergeben von Expertisen oder weitergehenden Angebotsmöglichkeiten, wie es z. B. für Schulen oftmals wichtig ist, da deren eigenes Handlungsspektrum eingeschränkt ist.

Durch die Finanzierung von Projekten über die Pfd, insbesondere durch die besondere Ausrichtung der Umsetzung in Bettinastadt, können in der Stadt Ideen umgesetzt werden, die zur Vielfaltgestaltung und Demokratieförderung beitragen und Akteure zusammenbringen, die ohne diesen Anstoß nur sehr unwahrscheinlich miteinander intensivere Kooperationsbeziehungen eingegangen wären.

In den von den Interviewten erstellten Netzwerkkarten finden sich meist und im Gegensatz zu den anderen Regionen keine Akteur:innen im Zentrum der Karte. Dies begründeten die Befragten u. a. damit, dass sie eine Vielzahl an Akteur:innen als wichtig erachten und diese auf Augenhöhe agieren (siehe Abb. 4.17). Bettinastadt verfügt ähnlich wie Annegretstadt über eine Vielzahl an zivilgesellschaftlichen Akteur:innen, Vereinen/Organisationen und Netzwerken, die neben den Verwaltungs- und staatlichen Akteur:innen sowie den Umsetzenden des Bundesprogramms für die Vielfaltförderung (als zentrales Thema für die Stadt) als wichtige Personen und Organisationen/Netzwerke angesehen werden.

Abb. 4.17: Karte der wichtigsten Akteur:innen in Bettinastadt im Bereich der benannten zentralen Themen/Problemlagen (Gesamtnetzwerk)



Quelle: Eigene Darstellung der GE

4.7.3 Regionale Merkmale und Erträge der Kooperation

In den Interviews wurde deutlich, dass von den Akteur:innen in Bettinastadt von Zusammenarbeit/Kooperation nur dann gesprochen wird, wenn tatsächlich ein reger Austausch und gemeinsame Aktionen stattfinden. Hier zeigt sich ein Unterschied zu eher ländlichen Regionen (wie beispielsweise den Marakreis oder den Jakobkreis), in denen weniger Akteur:innen aktiv die Themen des Bundesprogramms bearbeiten und bei denen in den Interviews eine eher weitgefassete Auslegung des Begriffes der Kooperation vorherrschte.⁸³ Eine Besonderheit ist, dass Kooperationen in der Region oftmals verschriftlicht sind, d. h. es gibt häufig Kooperationsverträge.

Erträge der Kooperation

Für eine Kooperation der Vereine/Institutionen/Initiativen usw. zeigt es sich als förderlich, dass die „Themenpartnerschaften“ jeweils nur gefördert werden, wenn mindestens zwei Partner:innen an einem Thema zusammenarbeiten, die bisher nicht kooperiert haben. Das führt dazu, dass sich Akteure kennenlernen und daraus auch für die Zukunft Kooperationen entstehen. Die Ergebnisse dieser „Themenpartnerschaften“ werden in der Stadt (Verwaltung und v. a. Politik) sehr ernst genommen, was z. B. daran sichtbar ist, dass viele der „Themenpartnerschaften“ ihre Ergebnisse in Gremien des Stadtrates vorstellen und die Handlungsempfehlungen dort auch aufgenommen werden.

„Und wenn dann noch die Behindertenbeauftragte dabei ist, dann kann die auch das wiederum in der Verwaltung vielleicht auch verbessern usw. [...] und jetzt eben als Ergebnis, als letzter Schritt, dass es auch noch [...] auf die politische Ebene gehoben wird, auch als Handlungsempfehlung festhalten. [...] Ja, wir haben einen konkreten Ansatz hier im ‚Bodenkultur‘ auch vorgestellt in dieser Arbeitsgruppe. Und wir wollen das Ganze begleiten und auch eben wieder an diese vielfältigen Gruppen über Sozialpartner rankommen und die einladen mit, also wichtig ist, dass halt verschiedene Menschen erreicht werden. [...] Und das Gute ist, wir haben das Konzept jetzt in dieser ‚Themenpartnerschaft‘ auch nochmal ausgearbeitet und jetzt Ende letzten Jahres eine Zusage von ‚Ginkgo-Institut‘ bekommen, dass wir dieses ‚Kulturtandem‘ in einer Modell- und Pilotphase mal ausprobieren.“

(RS7_2, 177–196)

Die über die „Themenpartnerschaften“ entstandenen Kooperationen haben auch anschließend teilweise noch Bestand, wie in den Interviews zu erfahren war. Darüber hinaus nutzten einige Akteure die Zeit auch, um Konzepte für Folgeprojekte zu erarbeiten – in derselben Konstellation, aber auch mit neuen Partner:innen. Hier wird mit dem Bundesprogramm zum Teil so gearbeitet, dass es als eine Art „Anschubfinanzierung“ fungiert und daraus weitergehende Ideen gesammelt werden, die dann auch an andere Geldgeber:innen transportiert werden.

Aus den Erzählungen der Interviewpartner:innen geht hervor, dass die Mitglieder in den Netzwerken auch als Multiplikator:innen fungieren. Das gilt auch für den BgA, deren Mitglieder sich in der Rolle sehen, Informationen aus ihren Institutio-

⁸³ In den benannten Regionen wurden auch schon eher schwache Beziehungen, wie gelegentliche Telefonate o. Ä., als Kooperationsbeziehungen ausgelegt.

nen, Vereinen, Bündnissen u. Ä. an den BgA zu geben und wiederum Informationen aus dem BgA und von deren Mitgliedern in ihre Organisationen, Bündnisse usw. zurückzugeben. Neben dem inhaltlichen findet im BgA ein Austausch darüber statt, welche Bedarfe die Adressat:innen haben, d. h. was von ihnen inhaltlich und strukturell benötigt wird, um darauf durch gezielte Angebote oder Ideen reagieren zu können.

Die Interviewpartner:innen berichten insgesamt von einer Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Akteuren und darüber, dass die Verantwortlichen für die Themen, die auch das Bundesprogramm berühren, aktiv in die Zivilgesellschaft wirken und entsprechend zusammenarbeiten.

„Aus meiner Sicht, ist da Bettinastadt ganz gut aufgestellt, was diese Belange angeht. Und die jeweiligen Beauftragten sind für mich in der Stadtgesellschaft so auch wahrnehmbar. Also beispielsweise der LSBTI-Beauftragte, ist bei Veranstaltungen der Community irgendwie präsent und ist da involviert. Und das würde ich so für alle Beauftragten so sehen, dass die auch in die Stadtgesellschaft rein wirken.“

(RS7_4, 608–614)

Dass die Verwaltung die Vielfaltgestaltung und Demokratieförderung als wichtige Themen ansehen, zeigt sich auch darin, dass es für Azubis der Verwaltung einen verpflichtenden Block in ihrer Ausbildung gibt, in dem zivilgesellschaftliche Akteure im Bereich der Demokratieförderung die Auszubildenden zu diesem Thema weiterbilden.

Sichtbar wird in Bettinastadt, dass durch die themenspezifischen Netzwerke (die dadurch oftmals eher exklusiv wirken) Kooperationen vereinfacht werden können, da hierüber gezielte Zugänge zu Adressat:innen bzw. potentiellen Kooperationspartner:innen geschaffen werden. Es sind oftmals die Beziehungen über die Netzwerke oder auch persönliche Bekanntschaften über Communities, gemeinsame Ausbildungen o.Ä., die dazu führen, mit anderen Organisationen, Vereinen usw. oder mit bisher unerreichten Adressat:innen in Kontakt zu kommen.

Fehl-/Leerstellen in den Kooperationsbeziehungen

Ein zu großes Netzwerk wie das Bettinastädter Bündnis kann dazu führen, dass nicht alle Wünsche und Erwartungshaltungen berücksichtigt werden können. In dem verständlichen Wunsch, möglichst viele Partner:innen einzubinden, nahmen die Initiator:innen nicht die Bedürfnisse aller wahr bzw. klärten nicht immer, wie die einzelnen Bündnismitglieder für eine stärkere Zusammenarbeit aktiviert werden können. Ein zu viel an Diversität bzw. zu vielen Beteiligten kann dann für ein gemeinsames Handeln auch hinderlich sein.⁸⁴ Zwischen den Interviews und einer ersten Vorstellung von Ergebnissen bei der Pfd in Bettinastadt entwickelten die Mitarbeitenden der Koordinierungsstelle der Pfd und der Bündniskoordinierungsstelle der Verwaltung eine Strategie zur weiteren Ausgestaltung des Bettinastädter Bündnisses.

84 Auch wenn es beim Bettinastädter Bündnis zunächst darum geht, dass sich verschiedene Akteure erst einmal zur Vielfaltgestaltung und Demokratieförderung bekennen.

Für die verschiedenen Akteur:innen in der Stadt ist nicht immer ersichtlich, welche Themen, Ideen und Vorgaben vom Bundesprogramm und welche aus der Verwaltung und Politik der Stadt heraus kommen. In den Interviews wurde dies angesprochen, verbunden mit dem Wunsch, besser ersichtlich zu machen, was die eigene Perspektive der städtischen Akteur:innen ist und was über „DI!“ an sie und die Zivilgesellschaft herangetragen wird.

„Aber tatsächlich jetzt direkten Zugang zu Demokratie leben haben wir nicht beziehungsweise mir ist auch nicht ganz klar, in welchem Maße jetzt diese bestimmte Perspektive auf Demokratiebildung von Demokratie leben kommt, weil ich da wenig direkte Berührung habe, auch die Materialien und Texte von Demokratie leben und die Perspektive nicht so gut kenne oder ist das eine bestimmte, diese Auslegung, von Demokratiewerkstatt speziell von der Stadt kommt.“

(RS7_7, 488–495)

Durch die Breite und Vielzahl der Unterstützung sowohl in Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung als auch Wirtschaft ist es wichtig, darauf zu achten, dass Organisationen, Vereine, Personen u. a., die nicht mit Allem übereinstimmen bzw. Kritik üben nicht überhört werden oder sich gar ausgeschlossen fühlen.

In Bettinastadt findet bereits eine gute Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteuren insbesondere im Bereich der Vielfaltgestaltung statt. Durch das Bundesprogramm „DI!“ erhalten die Aktiven in der Stadt zusätzliche Möglichkeiten sich mit den Themen auseinanderzusetzen und neue Ideen auszuprobieren und durch die „Themenpartnerschaften“ auch mal größer und langfristiger zu denken. Die finanziellen Mittel sowohl der Stadt als auch des Bundesprogramms ermöglichen dies. Die „Themenpartnerschaften“ und „Aktionstage“ führen durch ihre Öffentlichkeitswirksamkeit zu größerer Aufmerksamkeit sowohl für die Themen als auch für die Umsetzenden.

4.8 Portrait der Region Jakobskreis

4.8.1 Strukturdaten und Rahmenbedingungen

Der Jakobskreis ist ein großer Flächenlandkreis in der Mitte Deutschlands. Der Landkreis verzeichnet seit einigen Jahren einen Bevölkerungsverlust.

Die Arbeitslosenquote im Landkreis liegt bei 6,7 Prozent (zusammengesetzt aus SGB III 1,8 Prozent und SGB II 4,9 Prozent).⁸⁵ Dabei ist die Quote im Landkreis unterschiedlich verteilt – in der größten Stadt sowie weiteren Städten liegt sie höher als im ländlichen Raum. Der Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund liegt bei 18 Prozent, wovon 45 Prozent Ausländer:innen sind.⁸⁶

Die Wahlergebnisse der letzten Landtagswahlen zeigen die SPD vor der CDU, gefolgt von der AfD (im Schnitt etwas mehr als zehn Prozent) und Bündnis 90/Die Grünen. Im Kreistag verfügt die SPD über die meisten Sitze, gefolgt von CDU und

⁸⁵ Die Daten stammen von der Bundesagentur für Arbeit.

⁸⁶ Die Daten sind dem statistischen Bericht auf der Homepage des Landkreises entnommen.

Bündnis 90/Die Grünen. Mit nur wenigen Vertreter:innen sitzen FDP, Die Linke, Freie Wähler:innen, AfD und Die Partei ebenso im Kreistag.

Der Landrat und Vertreter:innen aus Politik und Verwaltung sind offen für die Themen, die auch im Bundesprogramm bearbeitet werden. Dies ist auch daran zu erkennen, dass es ein beim Landkreis angesiedeltes Fachforum gibt, das mit einer Mitarbeiterstelle untersetzt ist und sich mit den Themen Rechtsextremismus, aber auch Demokratieförderung auseinandersetzt. Über dieses Fachforum findet ein regelmäßiger Informationsaustausch der Gemeinden des Landkreises und Vertreter:innen der Kinder- und Jugendhilfe statt und die Sozialarbeiter:innen, die beim Landkreis angestellt sind, werden dabei unterstützt, Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und (Rechts-)Extremismusprävention in ihre Arbeit einzubinden. Im Jakobkreis sind insgesamt gut ausgebaute Kinder- und Jugendhilfestrukturen zu erkennen und die Anliegen der Kinder und Jugendlichen werden in Politik und Verwaltung eingebunden.

Bereits in der letzten Förderperiode gab es im Jakobkreis PfD und ein MP, das als Vorläufer des jetzigen MP gilt.

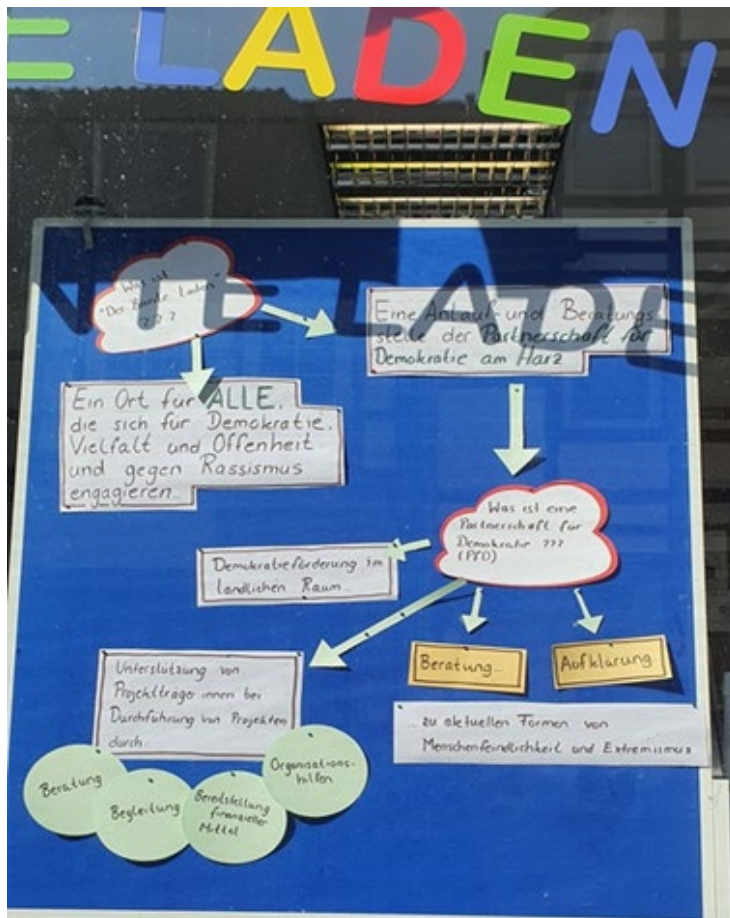
Vor weniger als 20 Jahren fusionierte der Jakobkreis aus ehemals zwei Landkreisen zu einem. In den Vorgesprächen und Interviews war noch deutlich die ursprüngliche Trennung der beiden ehemaligen Landkreise zu spüren.

Problemlagen/zentrale Themen

Von den Befragten wird Rechtsextremismusprävention als zentrales Thema benannt. Insbesondere die bereits länger verankerten rechten Aktivitäten und Strukturen im Landkreis werden von den Akteur:innen vor Ort als problematisch angesehen. Im Jakobkreis ist eine starke rechte Kameradschaftsstruktur verankert, die auch über die Landkreisgrenzen hinaus aktiv und gut vernetzt ist. Hinzu kommen aktuelle Bewegungen und Gruppen aus dem demokratiegefährdenden Bereich, wie beispielsweise die Querdenkerszene, die Identitäre Bewegung oder Reichsbürger:innen, die im Landkreis aktiv sind. Daran anknüpfend sind Demokratieförderung und Vielfaltgestaltung Themen, die im Landkreis bearbeitet werden. Dabei ist es den Aktiven insbesondere wichtig, verschiedene Aktionen und Veranstaltungen mit und für Jugendliche durchzuführen und Jugendpartizipation voranzubringen. In den Interviews wurde ebenso ein Bemühen sichtbar, eine jugendkulturelle Gegenbewegung zum Rechtsextremismus im Landkreis zu etablieren, über das MP, aber auch darüber hinaus.

Durch die Größe des Kreises konnten die Sozialraumbegehungen nur an den Orten durchgeführt werden, an denen die Interviews stattfanden. In einem Schaufenster eines Begegnungstreffs (und gleichzeitig auch Sitz einer KuF), das sich in der Einkaufsstraße eines kleinen Ortes befindet, können die Vorbeigehenden Informationen zur Arbeit der Partnerschaft für Demokratie (PfD) erhalten (Abb. 4.18). Andere öffentlich sichtbare Zeichen, die sich auf die vor Ort als relevant benannten Themen beziehen, waren sonst nur in der Kreisstadt zu finden, die aber nicht die Gegebenheiten des ländlichen Raumes widerspiegelt. Eine größer angelegte Sozialraumbegehung im ländlichen Raum war leider nicht möglich, würde aber sicher weitere Erkenntnisse nach sich ziehen.

Abb. 4.18: Schaufenster eines Begegnungstreffs und Büro einer KuF im Jakobkreis



Quelle: Foto privat von der GE

Interviewpartner:innen

Im Jakobkreis wurden in sechs Interviews sieben Personen befragt. Für das Bundesprogramm „DII“ standen zwei Mitarbeitende der KuF aus zwei Pfd sowie eine Mitarbeiter:in des MP für Gespräche zur Verfügung. Träger des Modellprojekts ist der Landkreis. Außerhalb des Bundesprogramms wurden Mitarbeitende aus verschiedenen Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit, der Verwaltung (gleichzeitig Federführendes Amt) sowie eines Vereins interviewt.

4.8.2 Zentrale Akteur:innen und Strukturen der Kooperation

Der große Flächenlandkreis sowie die Zusammenlegung zweier Landkreise zu einem stellen die Kooperationen vor Herausforderungen. Dennoch gelingt es einem Teil der Akteur:innen vor Ort über verschiedene Netzwerke miteinander in Kontakt zu kommen bzw. zu bleiben.

Die Zivilgesellschaft vor Ort im Überblick

Im Jakobkreis gibt es als Reaktion auf die jahrelangen Aktivitäten der rechten Kameradschaften ein Netz an Initiativen gegen Rechts und für Vielfalt in den einzelnen Gemeinden.⁸⁷ Diese Initiativen sind nicht dauerhaft aktiv, sondern reagieren in der Regel auf Aktivitäten der rechten Szene, d. h. sie werden immer dann aktiv, wenn Aufmärsche oder Veranstaltungen in der Gemeinde anstehen. Dennoch hat sich ein gemeindeübergreifender Verein gebildet, der sich aus inzwischen jährlichem Festivalgeschehen heraus gegründet hat. Auf diesen Festivals, die klar unter dem Motto der Rechtsextremismusprävention und Demokratieförderung laufen, stellen sich auch soziale Vereine und Projekte vor. Der Verein der Festivalorganisation hat es sich darüber hinaus zur Aufgabe gemacht ganzjährig soziale Projekte und Vereine zu unterstützen.

Neben den Initiativen verfügt der Landkreis über eine stark ausgeprägte Landschaft der Kinder- und Jugendhilfe, deren Mitarbeitenden sich teilweise der Themen Demokratieförderung und (Rechts-)Extremismusprävention annehmen und zivilgesellschaftliche Initiativen bei Aktionen sowie Antragstellungen und Finanzierungen unterstützen. Schon traditionell ist im Jakobkreis auch ein starkes Engagement in der Flüchtlingshilfe aus der Zivilgesellschaft heraus vorhanden.

Zur aktiven Zivilgesellschaft zählen die Interviewpartner:innen neben den genannten Akteur:innen auch die Kirchen, die Diakonie, Gewerkschaften, Bibliotheken und vereinzelte Politiker:innen. Eine breite Unterstützung in der Bevölkerung an Vielfaltsthemen zeigte sich beispielsweise bei einem von der Jugend organisierten CSD in einer Gemeinde des Landkreises. Diese Veranstaltung wurde auch von Gewerbetreibenden durch entsprechende Schaufenstergestaltungen u. Ä. begleitet.

Die Einbindung der Jugendlichen geschieht über ein Jugendforum, das eng mit der Kinder- und Jugendhilfe zusammenarbeitet. Neben einem intensiven Austausch ist die Zusammenarbeit geprägt von gemeinsamen Überlegungen, was für Kinder und Jugendliche getan werden kann. Aus dem Bereich der Kinder- und Jugendarbeit wird das Thema Jugendbeteiligung stark thematisiert, d. h. es gibt ein aktives Kümern um entsprechende Weiterbildungen mit Referent:innen zum Thema Partizipation.

Durch ein kommunales Präventionsmanagement, das landesweit Kommunen unterstützt, existiert im Landkreis mit dem Präventionsrat ein weiterer Baustein, über den sich Interessierte (insbesondere der Sozialen Arbeit) vernetzen und austauschen können. Zwar nimmt nur ein Teil der Gemeinden dieses Angebot in Anspruch, diese berichten aber über eine für sie fruchtbare Zusammenarbeit.

Auch die Vernetzung der Kinder- und Jugendhilfestrukturen im Landkreis funktioniert nur mit einzelnen Gemeinden, in der Regel bleibt diese auf kleinere Räume beschränkt. Dadurch gehen Informationen und Austauschmöglichkeiten verloren. Ein Kreisjugendring für den gesamten Jakobkreis ist nicht vorhanden, sondern mehrere Jugendringe, die in einzelnen Gemeinden aktiv sind. Zu beobachten war aber eine landkreisübergreifende Vernetzung und Zusammenarbeit insbesondere

⁸⁷ Der Jakobkreis setzt sich aus mehr als 30 Gemeinden zusammen.

der Kinder- und Jugendhilfe sowie des „Festival-Vereins“. Dabei war auffallend, dass auch hier die ehemalige Struktur der beiden Landkreise sichtbar ist, da in einem ehemaligen Landkreis die Vernetzung eher an die nördlich und südlich angrenzenden Gebiete und im anderen eher an die östlich angrenzenden Gebiete stattfindet.

Strukturen der Kooperation im Bundesprogramm

Im Landratsamt sind sowohl die beiden Federführenden Ämter als auch das MP in einer Verwaltungseinheit angesiedelt. Hinzu kommt, dass in diesem Fachbereich auch das Fachforum der (Rechts-)Extremismusprävention und Demokratieförderung koordiniert wird und die Beratung der Kommunen und Kinder- und Jugendarbeiter:innen stattfindet. Die Mitarbeitenden des MP sehen sich selbst als Teil der Verwaltung und berichten, dass sie von dieser Struktur profitieren.

Über den Zugang des Trägers kann das MP auf bereits vorhandene Kooperationspartner zurückgreifen und über die Kinder- und Jugendarbeit Adressat:innen besser erreichen. Auf der Suche nach Zugängen zu Adressat:innen sowie Regionen zur Umsetzung des MP sind die Mitarbeitenden des MP im Austausch mit den Pfd. Allerdings führen unterschiedliche Einschätzungen darüber, welche Regionen und Adressat:innen geeignet sind, auch dazu, dass die Zusammenarbeit beschränkt wird.

Die beiden KuF arbeiten weniger intensiv zusammen, als es die räumliche Nähe sowie die Verbindungen über die Federführenden Ämter vermuten lassen könnten. Ein Grund dafür liegt mit großer Wahrscheinlichkeit an der unterschiedlichen Ausrichtung beider Stellen. Während eine KuF bei einem Bildungsträger angesiedelt ist und in ihrer Arbeit stark bildungsorientiert geprägt ist, legt die andere KuF einen starken Fokus auf ein sozialarbeiterisches Vorgehen und das Schaffen von Begegnungsmöglichkeiten. Träger der zweiten KuF ist ein Jugendring. Entsprechend unterschiedlich sind auch die Kooperationspartner der beiden KuF sowie die Zusammensetzungen der BgA. Dadurch gibt es für die KuF auch die Möglichkeit, auf die speziellen Bedarfe vor Ort einzugehen.

„Spannend finde ich daran, dass sie unterschiedlich arbeiten, aber trotzdem, was auch wieder richtig ist, weil sie sich da immer sozusagen den Anforderungen ihrer sozusagen ihres Sozialraums stellen.“

(RS8_3, 507–510)

Es gibt zwei Personalüberschneidungen in den BgA. So sitzt z. B. der:die Mitarbeiter:in der KuF einer Partnerschaft im BgA der anderen Partnerschaft als Vertreter:in des Trägers. Trotz dieser Überschneidungen gibt es wenig Austausch zwischen den beiden BgA. Die KuF tauschen sich zwar zu Themen wie neue rechte Veranstaltungen und Verknüpfung innerhalb der Szene im Landkreis aus, aber es gibt darüber hinaus wenig gemeinsame Veranstaltungen und diese werden meist über den Fachbereich der Verwaltung angeregt.⁸⁸ In den Gesprächen mit den Vertreter:innen der Partnerschaften wurde eher von Zusammenarbeiten mit Pfd jenseits des Landkreises berichtet als über eine Zusammenarbeit im Landkreis.

Das LDZ wird von den Akteur:innen des Bundesprogramms auf regionaler Ebene insbesondere in seiner Vernetzungsrolle für die Pfd im Bundesland sowie durch die

⁸⁸ Über eine letzte gemeinsame Veranstaltung wurde im Jahr 2018 berichtet.

Fachkonferenzen wahrgenommen. Auch das Kompetenznetzwerk wird für den von ihm angebotenen Fachaustausch (insbesondere vom MP) geschätzt.

Kooperationen zwischen den Akteur:innen „DI!“ und Akteur:innen außerhalb

Über das „Fachforum Rechtsextremismus“ und eine Fachstelle zur Förderung von Toleranz (beides beim Landratsamt angesiedelt) finden gemeinsame Aktionen, regelmäßige Treffen und ein guter Austausch zwischen den verschiedenen Aktiven des Landkreises statt. Dabei wird das Fachforum nicht nur als Vernetzungsgremium, sondern auch als Möglichkeit beschrieben, Beratung zu erhalten und gemeinsame Veranstaltungen zu planen:

„Es gibt natürlich im Landkreis eine Vernetzung von Akteuren [...] über dieses Fachforum Rechtsextremismus, und da wird zusammengearbeitet, da werden ja auch gemeinsame Veranstaltungen geplant, und das ist auch eine Anlaufstelle für Beratung und für Hilfe. Wenn's vor Ort Probleme gibt, ne, mit antidemokratischen Tendenzen. Oder auch Thematiken wie Rassismus [...] das sind so ein bisschen die Themen. Oder Homophobie natürlich auch, was da auch dazugehört, ne?“

(RS8_5, 125–131)

Das MP ist zwar bei Vielen bekannt, wird aber kaum als Kooperationsakteur gesehen. Das heißt, es gibt kaum eine Zusammenarbeit mit dem MP durch Akteure außerhalb des Bundesprogramms.

Im Jakobkreis gab es bereits vor Start der Förderung durch „DI!“-Netzwerke, die sich mit den Themen der Demokratieförderung und (Rechts-)Extremismusprävention auseinandersetzten. Die Mitarbeitenden der Partnerschaften und des MP bringen sich in diese Netzwerke ein und können in diesen durch ihr Wissen, aber auch durch finanzielle Mittel aus dem Bundesprogramm einen Mehrwert schaffen. Die dadurch gewonnene (finanzielle) Sicherheit führt teilweise dazu, dass potentielle Kooperationspartner leichter angesprochen werden können – da beispielsweise durch die Beratung/Unterstützung und eine stehende Finanzierung sich kleinere Träger eher für Projekte begeistern lassen.

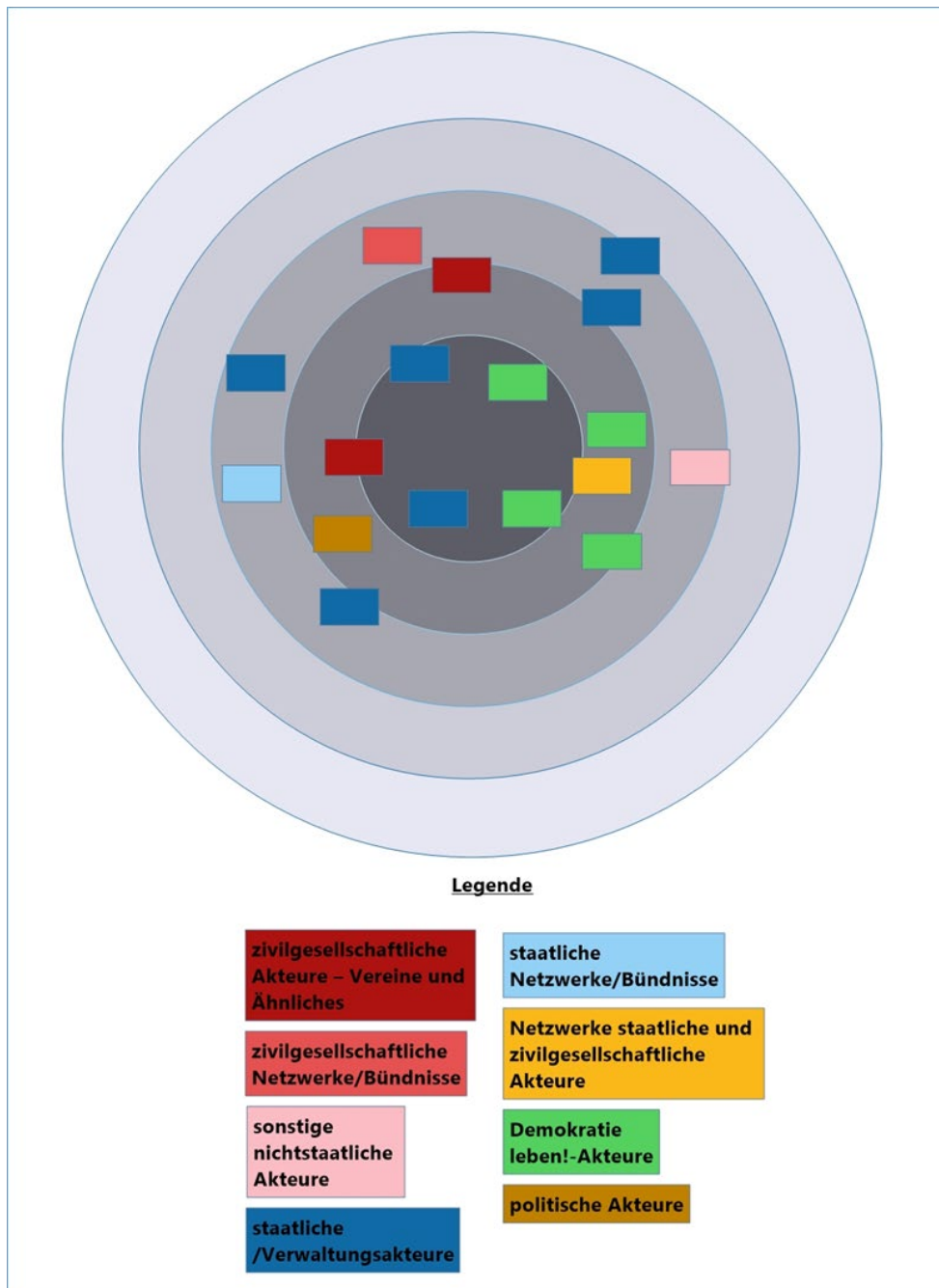
„Das ist natürlich eine gute Voraussetzung, wenn man damit zu potenziellen Partner [...], also zu Vereinen geht und sagt: wir haben die und die Idee, macht ihr mit? Und die Finanzierung steht, also wir wollen euch nicht anpumpen. Wir wollen nicht, dass ihr wegen Geld mitmacht, sondern wir wollen, dass ihr der Sache wegen mitmacht. Das ist so das Gute dabei.“

(RS8_2, 1144–1149)

Eine KuF der Partnerschaften hat vor allem dadurch an Bekanntheit gewonnen, dass sie bei Veranstaltungen der verschiedenen Initiativen „auf der Straße“ (unterstützend) präsent ist.

Auch im Jakobkreis zählen die Akteur:innen in den Handlungsbereichen des Bundesprogramms sowie die Verwaltungs- und staatlichen Akteur:innen zu den wahrgenommen wichtigen Wirkenden in der Region. Im Vergleich zum Marakreis nehmen die zivilgesellschaftlichen Akteur:innen eine zentralere Rolle ein und sind etwas zahlreicher vertreten.

Abb. 4.19: Karte der wichtigsten Akteur:innen im Jakobkreis im Bereich der benannten zentralen Themen/Problemlagen



Quelle: Eigene Darstellung der GE

4.8.3 Regionale Merkmale und Erträge der Kooperation

Aus der Besonderheit der Situation des Landkreises ergeben sich verschiedene hinderliche und förderliche Faktoren der Kooperation.

Erträge der Kooperation

Förderlich für das Zusammenwirken der vom Bundesprogramm geförderten Projekte/Strukturen und den bereits aktiven Trägern, Initiativen u. Ä. ist die Unterstützung von und Integration in bereits bestehende Netzwerke. Insbesondere dann, wenn sich Akteure des Bundesprogramms als Teil der (bestehenden) Netzwerke sehen und diese weder dominieren, noch neue Netzwerke aufbauen wollen, ist eine gute Grundlage vertrauensvoller Zusammenarbeit gelegt.

Sofern die Förderung über das Bundesprogramm – auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene – vor Ort wahrgenommen wird, entwickelt sich oft auch die Erkenntnis, dass die Themen bearbeitet werden müssen. Das hilft den bereits Aktiven auch wahrgenommen zu werden.

„Aber für uns ist es natürlich, gibt es auch ne gewisse Sicherheit zu sehen diese Themen Vielfalt, Rechtsextremismusprävention, das sind wichtige Themen, die auch förderungswürdig sind. Also das sind einfach Themen, wo's gewollt ist, dass wir zu arbeiten und das gibt uns auch ne gewisse Sicherheit für unsere Planungen und Arbeiten, also nicht nur das Finanzielle, sondern auch der Gedanke dahinter, dass das wirklich getragen wird von der Gesellschaft, vom Bund, vom Land wie auch immer, dass da jemand hintersteht und sagt: genau, das ist ein wichtiger Schwerpunkt der Arbeit und wir möchten auch, dass ihr dazu arbeitet.“

(RS8_2, 1160–1169)

Es gab im Jakobkreis bereits Initiativen, die sich gegen Rechts engagiert haben, aber eher reagierten als agierten. In die Zeit der Überlegungen proaktiver zu agieren, kam die Fördermöglichkeit über „DI!“ und gab den Rahmen dafür, d. h. es konnten z. B. Veranstaltungen durchgeführt werden und in diesen konnten praktische Informationen/Hilfestellungen ausgetauscht werden, u. a. wer wie unterstützen kann. Dies stellt für die Zivilgesellschaft eine sehr hilfreiche Unterstützung durch „DI!“ dar und fördert darüber hinaus den Austausch zwischen verschiedenen Akteur:innen.

„Also ich glaube, dieses bürgerliche Engagement [...] das hätte sich ohne die Unterstützung so nicht bilden können. [...] Und ich kann mich noch an eine nette Veranstaltung in der Volkshochschule in ‚Londor‘ erinnern [...]. Da hat man, teilweise geht es auch darum: Wie kommen wir an Räume ran, wo kriege ich eine Flipchart her, ich brauch nen Beamer.“

(RS8_3, 853–871)

Durch die enge Zusammenarbeit mit den Regelstrukturen, wie z. B. Schulen, Kirchen und die Kinder- und Jugendhilfe, können die Mitarbeitenden im Bundesprogramm Adressat:innen gut erreichen und die Themen und Angebote zielgerichtet unterbreiten.

Fehl-/Leerstellen in den Kooperationsbeziehungen

Die Größe des Landkreises mit vielen Gemeinden und einer großen räumlichen Ausdehnung sowie das Zusammenführen zweier Landkreise zu einem stellen für den Jakobkreis mit Blick auf Kooperationen die größte Hürde dar. Dabei spielt v. a. eine Rolle, dass wenige Träger und Akteur:innen in einem großen Gebiet eine Vielzahl an Personen erreichen wollen und Kooperationen aufgrund größerer Entfernungen als schwierig von denjenigen bezeichnet werden, die entsprechende Angebote im Landkreis unterbreiten. Mit Blick auf die Akteur:innen des Bundesprogramms zeigt sich durch die unterschiedliche Herangehensweise der KuF im Zusammenspiel mit der Aufteilung der Gebiete zu den jeweiligen Partnerschaften entlang der „alten“ Kreise, dass sich daraus wenig Kooperation ergibt.

Bei der eher wissensorientierten Ausrichtung der KuF der Pfd zeigt sich einerseits, dass ein gutes Wissen über rechte Strukturen vorherrscht, es andererseits aber v. a. um viel Gremienarbeit und Quantität der Kontakte geht. Diese Arbeitsweise zeigt Schnittmengen bzw. eine Anschlussfähigkeit zum MP. In den Interviews wurde dabei deutlich, dass der Informationsaustausch in Arbeitskreisen u. Ä. im Vordergrund steht und eine Zusammenarbeit im Sinne gemeinsamer Aktionen und gegenseitiger Unterstützung eher weniger eine Rolle spielt. Demgegenüber legt die andere KuF ihren Fokus auf die Art und Qualität der Zusammenarbeit mit den Akteur:innen der Zivilgesellschaft.

In den Gesprächen im Jakobkreis wurde von verschiedenen Seiten die Problematik des In-Vorkasse-Gehens bei Projektanträgen angesprochen. Das bedeutet, dass insbesondere ehrenamtliche Initiativen bzw. ehrenamtlich Aktive oftmals für Veranstaltungen bereits Materialien u. Ä. kaufen und dies dann aber erst nach Ablauf der Veranstaltung abrechnen (können). Dies führt vor Ort zu zwei von den Interviewten beobachteten Strategien: Das Projekt wird nicht durchgeführt oder jenseits des Bundesprogramms angeboten, sofern andere Träger einspringen. So erfährt beispielsweise die KuF oftmals erst aus der Zeitung von Projekten, die auch über „DI!“ hätten finanziert werden können. Auch die mangelnde Flexibilität bezüglich unvorhergesehener Kosten⁸⁹ stellt ehrenamtliche Akteur:innen oftmals vor Herausforderungen.

Ein weiterer Aspekt, der im Jakobkreis relevant ist, ist das Verhältnis von professionellem und ehrenamtlichem zivilgesellschaftlichen Engagement. Zu beobachten war eine gewisse Leistungserwartung der professionellen Zivilgesellschaft (insbesondere einer KuF und des MP) an die ehrenamtliche Zivilgesellschaft. Dies zeigt sich u. a. darin, dass erwartet wird, dass sich die Ehrenamtler:innen an die Professionellen wenden bzw. sich auch um Wissen (zu Strukturen, Handlungsmöglichkeiten, Fördermöglichkeiten usw.) bemühen und dass es „strenge“ Regeln für sowie hohe Erwartungen an die Mitglieder des BgA gibt – regelmäßige Teilnahme und überdurchschnittliches Engagement. Hinzu kommt, dass die KuF fordert, dass die

⁸⁹ Diese resultieren beispielsweise aus einer vorher nicht immer bestimmbarer Menge an Teilnehmenden oder treten aufgrund von Kostensteigerungen zwischen Antragstellung und Durchführung auf, die über die Förderung nicht abgedeckt werden. Eine nachträgliche Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten gestaltet sich für die Ehrenamtlichen schwierig.

Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteuren immer über sie laufen muss, d. h. dass die koordinierende Person stets involviert wird.

„Also der Vorteil des jetzigen Begleitausschusses ist es, dass eine enge Zusammenarbeit der Akteure, beziehungsweise derzeit mit uns stattfindet. Was auch dem geschuldet ist, dass wir bei dem Begleitausschuss [...] eine Regel eingeführt haben, das heißt, wer zweimal unentschuldigt fehlt, müsste eigentlich den Begleitausschuss verlassen; [...] Das hat sehr gut bis jetzt in der jetzigen Förderphase funktioniert, und hat auch zu wenig Abwesenheit innerhalb des Begleitausschusses geführt. Was wichtig ist, weil die Akteure ja mit uns die Netzwerke bauen sollen.“

(RS8_1, 523–540)

Das MP ist durch die Trägerschaft des Landratsamtes stark in diese Strukturen eingebunden. Das hat den Vorteil der bereits erwähnten guten Anbindungen an die Regelstrukturen, zieht aber auch nach sich, dass die im Interview benannten Kooperationspartner:innen überwiegend in den Verwaltungsstrukturen angesiedelt sind und Initiativen und ehrenamtliche Zivilgesellschaft keine Rolle in der direkten Zusammenarbeit zu spielen scheinen.

Der Jakobkreis hat durch seine gut ausgebauten Kinder- und Jugendhilfestrukturen guten Zugang zu einem Großteil der Kinder und Jugendlichen, auf den die beiden Pfd und das MP gut zurückgreifen können. Die Problematik der starken rechten Strukturen, insbesondere von Kameradschaften, wird über die Akteure des Bundesprogramms aufgegriffen, aber nur eine KuF pflegt engeren Kontakt zur aktiven ehrenamtlichen Zivilgesellschaft. Eine stärkere Zusammenarbeit der beiden KuF wäre perspektivisch sicher wünschenswert, bedarf aber einer klareren Zielstellung einer möglichen Zusammenarbeit.

5 Vergleichende Perspektiven

Team der Gesamtevaluation

In den einzelnen Portraits der Regionen wurde Zusammenarbeit im Kontext des Bundesprogramms sowie den vorhandenen Rahmenbedingungen an konkreten Beispielen verdeutlicht. Um die Ausgangsfragen zu beantworten, ist es nun notwendig, die Erkenntnisse aus den Portraits miteinander zu vergleichen. Dies geschieht in diesem Kapitel anhand der für diese Untersuchung zentralen Themen *Einflussfaktoren auf die Zusammenarbeit vor Ort* (Abschnitt 5.1) sowie *Erträge der Programmförderung* (Abschnitt 5.2).

5.1 Einflussfaktoren auf die Zusammenarbeit vor Ort

Die vergleichende Betrachtung der Einzelportraits hat folgende Punkte als zentrale Einflussfaktoren auf die Zusammenarbeit vor Ort ergeben:

- Eigenschaften der Regionen
 - Geografische Lage, wirtschaftliche Situation (u. a. Wohlstandsniveau) und regionale Resilienz
 - Beschaffenheit der Akteur:innenlandschaft (verfügbares Akteur:innenspektrum)
- Eigenschaften der kooperierenden Akteur:innen und der Kooperationsstrukturen selbst
 - Rolle, Haltung und adressierter Handlungsraum der Akteur:innen in Kooperationsbeziehungen und
 - Domänenkonsens, Kooperationsmanagement, Anreize sowie politische Führung

Je nach Ausprägung der Einzelfaktoren und ihrer konkreten Kombination in den einzelnen Regionen können die genannten Faktoren eine Zusammenarbeit vor Ort fördern oder auch behindern.

Zu den Einflussfaktoren im Einzelnen:

Geografische Lage, wirtschaftliche Situation und regionale Resilienz

Die Akteur:innen der untersuchten Regionen stoßen in ihrem jeweiligen Handlungsgebiet auf sozio-ökonomische Gegebenheiten, die ihr Handeln beeinflussen. Wie in Kapitel 4 vorgestellt, zeigen sich regional unterschiedliche Voraussetzungen, die stark mit der geografischen Lage, der wirtschaftlichen Situation und der allgemeinen Resilienz der Regionen korrespondieren. In Regionen, in denen ein überdurchschnittlicher Wohlstand, größere Innovationspotenziale und attraktive Beschäftigungsmöglichkeiten für Höherqualifizierte existieren, d. h., die Regionen über eine gute Ausstattung mit ökonomischem und kulturellen Kapital verfügen, finden sich

in unseren Untersuchungen vielfältige Kooperationsbeziehungen (soziales Kapital). Diese werden zudem als „auf Augenhöhe“ stattfindend beschrieben. In Regionen, deren Ausgangslage hinsichtlich der genannten Faktoren eher ungünstig ist (Mangel an ökonomischem und kulturellem Kapital), ist es für die Akteur:innen vor Ort ungleich schwerer, Kooperationen mit den verschiedenen zivilgesellschaftlichen Akteur:innengruppen zu realisieren. Das betrifft von den hier betrachteten Regionen vor allem die als „ländliche Räume“ bezeichneten. In diesen Regionen spielen Vereine und auch Angebote der Kinder- und Jugendhilfe als Brückeninstanzen eine wichtige Rolle dabei, ein möglichst breites Akteur:innenspektrum in die Bearbeitung der Themen des Bundesprogramms einzubeziehen.

In Räumen, die vor strukturellen Herausforderungen stehen oder sich in abgeschlossenen Transformationsprozessen befinden, haben Akteur:innen des Bundesprogramms oft Schwierigkeiten, Adressierte für ihre Anliegen zu gewinnen. Insbesondere im ländlichen Raum berichten die Akteur:innen des Bundesprogramms auch davon, dass es zum einen schwer ist, Vereine u. Ä. als Kooperationspartner zu gewinnen und zum anderen, dass es vor Ort zu wenige professionelle Akteur:innen im sozialen und/oder politischen Bildungsbereich gibt, die für Programmenthemen überhaupt ansprechbar sind.

Beschaffenheit der Akteur:innenlandschaft (verfügbares Akteur:innenspektrum)

In den untersuchten Regionen ist die Analyse der existierenden Akteur:innenlandschaft durch die jeweils betrachteten Themenschwerpunkte (Vielfaltgestaltung inklusive Prävention von Islam- und Muslimfeindlichkeit; Prävention von Rechtsextremismus) geleitet und umfasst jeweils nur einen Ausschnitt der jeweiligen Akteur:innenlandschaft. Insofern werden nachfolgend keine Aussagen zum Zustand „der“ Zivilgesellschaft vor Ort getroffen. Stattdessen fokussieren die Befunde auf die für die jeweils betrachteten Themen relevanten Akteur:innen.

Wie zu erwarten, hängen die Möglichkeiten zur Zusammenarbeit von aus dem Bundesprogramm geförderten und nicht geförderten Akteur:innen davon ab, welche Akteur:innen in den jeweiligen Regionen für eine Zusammenarbeit mobilisierbar sind. Hinsichtlich der Breite des jeweiligen regionalen Akteur:innenspektrums und damit der verfügbaren Kooperationspartner:innen in einem spezifischen Themenbereich zeigen sich vor dem Hintergrund der gerade skizzierten ungleichen regionalen Ausgangssituationen deutliche Unterschiede sowohl im Ost-West- als auch Stadt-Land-Vergleich.⁹⁰

Darüber hinaus beeinflusst auch das jeweils vor Ort bearbeitete Thema, welcher Akteur:innenkreis für eine Zusammenarbeit aufgeschlossen werden kann.

Das Engagement im Themenfeld **Vielfaltgestaltung** beispielsweise ist in Regionen mit einem hohen Anteil zugewanderter Menschen und ausdifferenzierter Zivilgesellschaft anschlussfähig für eine Vielzahl von zivilgesellschaftlichen Akteur:innen

⁹⁰ So ist für die Einbindung von MP in Kooperationsbeziehungen beispielsweise relevant, dass diese zunächst einmal überhaupt regional verankert sind. Kontakte und Kooperationen vor Ort werden dadurch erleichtert oder überhaupt erst ermöglicht, dass der Modellprojekttträger in der entsprechenden Region einen Standort besitzt.

vor Ort und wird von diesen wesentlich getragen. Solche Akteur:innenvielfalt ist gegenwärtig in der Regel in westdeutschen und (groß)städtischen Regionen (z. B. Olastadt, Hagenfeld und Bettinastadt) ausgeprägter als in ostdeutschen und ländlichen Regionen.

In den von uns betrachteten großstädtischen Regionen findet sich zudem eine Reihe qualifizierter Regelangebote, z. B. Fach- und Beratungsstellen oder Träger von Migrationsarbeit, die im Themenkreis des Bundesprogramms arbeiten. Diese Akteur:innen bilden zum einen ein zentrales Reservoir potenzieller Kooperationspartner:innen. Zum anderen kann ihre Formation als in sich geschlossene Selbsthilfe- beziehungsweise Selbstbefassungsstruktur den Feldzugang von und die Zusammenarbeit mit einschlägigen Akteur:innen des Bundesprogramms erschweren.

Die **Prävention von Rechtsextremismus** durch Aufklärungs- und anderweitige Bildungsmaßnahmen stützt sich in den untersuchten Regionen schon wegen der fachlichen Anforderungen an diese Arbeit primär auf staatliche und zivilgesellschaftliche Themenspezialist:innen sowie -netzwerke und weniger auf ehrenamtliches Engagement. Das grenzt den Kreis von Akteur:innen, die für eine Zusammenarbeit vor Ort angesprochen werden können, von vornherein ein. Anders gelagert ist die Situation in Regionen, in denen es sich zivilgesellschaftliche Kräfte zur Aufgabe gemacht haben, lokalen rechtsextremistischen Bestrebungen aktiv entgegenzutreten und die sich dabei auf eine breit aufgestellte mobilisierbare Zivilgesellschaft stützen können, wie beispielsweise in Annegretstadt.

In einer der betrachteten, ländlich geprägten Region Ostdeutschlands (Marakreis) macht sich zudem bemerkbar, dass es vor Ort kaum zivilgesellschaftliche Akteur:innen im Themenfeld gibt, die hier für eine Zusammenarbeit mit Programmakteur:innen infrage kämen. Hier sind es dann oligopolistische zivilgesellschaftliche Träger, die den Mangel an Akteur:innen auszugleichen versuchen. In solchen Fällen scheint die fehlende Pluralität in der Trägerlandschaft dazu zu führen, dass sich eine gewisse Monokultur an Betrachtungsperspektiven und Bearbeitungsansätzen für vor Ort behandelte Themen des Bundesprogramms herausbildet. Dennoch müssen sich solche Trägeroligopole nicht per se negativ auf die Themenbearbeitung vor Ort auswirken. Im betrachteten Kreis zeichnen sich die Träger beispielsweise durch Innovationskraft und Unternehmergeist aus, was das Bundesprogramm im untersuchten Fall u. a. durch die Finanzierung von MP unterstützt.

In den Analysen hat sich zudem gezeigt, dass es gerade für Innovationsimpulse und eine innovationsorientierte Zusammenarbeit von Programmakteur:innen vor Ort vorteilhaft ist, wenn die Region über spezifisches kulturelles und soziales Kapital verfügt, wie es z. B. eine Hochschule und die entsprechende Studierendenschaft, aber auch Kultureinrichtungen oder sozial engagierte Unternehmer:innen einbringen.

Neben den Merkmalen der Regionen beeinflussen die Eigenschaften sowohl der kooperierenden Akteur:innen als auch die der Kooperationsbeziehungen selbst die Art und die Erträge von Zusammenarbeit.

Rolle, Haltung und adressierter Handlungsraum der Akteur:innen in Kooperationsbeziehungen

Bei den Akteur:inneneigenschaften, die für die Kooperation bedeutsam sind, ist zunächst die **Rolle** zu nennen, aus der heraus die Akteur:innen handeln. Sie können hier als Vertreter:in vor allem von Politik und Verwaltung sowie ehrenamtlich oder beruflich tätiger Zivilgesellschaft, aber auch als Unternehmer:innen auftreten. Damit in Verbindung steht ihre Handlungsorientierung, die darauf gerichtet sein kann, eher gemeinschaftsbezogene Ziele zu erreichen oder eher Partikularinteressen zu verfolgen. Die einzelnen Handlungsrahmen werden ebenfalls von der ausgeübten Rolle bestimmt. Verwaltungsakteur:innen sind an bestimmte Prinzipien gebunden, wobei der Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung und hier vor allem der Gesetzesvorbehalt⁹¹, aber auch der Gleichbehandlungsgrundsatz und das Verhältnismäßigkeitsprinzip bedeutsam sind. Darüber hinaus verfügen sie in der Regel über eine spezielle Qualifizierung. Daraus erwächst ihnen ein gewisses Machtpotenzial, um Eigeninteressen durchzusetzen, aber auch bei der Ausdeutung von Themen. Letzteres gilt ebenfalls für die beruflich tätigen Akteur:innen in der Zivilgesellschaft. Dadurch sind sie potenziell in der Lage Kooperationsbeziehungen in ihrem Sinne zu beeinflussen, sofern sich dort keine Gegenkraft findet.

In der Praxis kann es zudem zu Kommunikations- und Kooperationsproblemen mit ehrenamtlich tätigen Akteur:innen führen, wenn es professionellen⁹² Akteur:innen nicht gelingt, sich auf Sprache und Perspektiven von Ehrenamtlichen einzustellen und einzulassen (Engagement-Kompetenz). Im Themenbereich der Vielfaltgestaltung ist außerdem bedeutsam, wie die Akteur:innen gesellschaftlich positioniert sind, d. h., inwieweit sie zu einer marginalisierten Gruppe gehören oder eine eher privilegierte Position innehaben und diese unterschiedlichen Positionierungen in Kooperationsprozessen und deren Anbahnung reflektieren (Rassismus- und Diskriminierungs- sowie Machtsensibilität). Im Portrait der Region Olastadt finden sich Hinweise auf einen entsprechenden Reflexionsprozess in kooperativen Zusammenhängen. Solche Prozesse sind wichtig, um Kooperationsbeziehungen nachhaltig zu gestalten.

Beides deutet darauf hin, dass die **Haltung der Akteur:innen** sowohl anderen Akteur:innen gegenüber (Zugewandtheit und Akzeptanz) als auch zum Wert von Zusammenarbeit selbst (Kooperationsorientierung) für die Zusammenarbeit vor Ort zentral ist. Dabei wird im Vergleich der Regionen deutlich, dass es für die Gestaltung der Zusammenarbeit möglicherweise weniger auf die Rolle der Kooperationspartner:innen ankommt, also inwieweit es sich beispielsweise um Akteur:innen in der Verwaltung oder der Zivilgesellschaft handelt. Vielmehr scheint für gelingende, aus Sicht der Beteiligten als positiv wahrgenommene Zusammenarbeit wichtig zu sein, dass sich alle Beteiligten in ihren Rollen anerkannt und wertgeschätzt fühlen und sie die Beziehungen zueinander als partnerschaftlich, mindestens kollegial empfinden. Im Verhältnis von Akteur:innen der Zivilgesellschaft und Exekutive

91 Das heißt, Verwaltungsakteur:innen dürfen nur auf der Basis einer gesetzlichen Ermächtigung handeln.

92 Professionell bedeutet hier, dass die Akteur:innen über eine entsprechende Ausbildung verfügen und in der Regel ihre Tätigkeit als Beruf ausüben.

lassen sich hierbei z. B. unterschiedliche Ausprägungen einer „zivilgesellschaftlichen Haltung“ aufseiten der Verwaltung und „staatskritischen/antagonistischen Haltung“ bei zivilgesellschaftlichen Akteur:innen beobachten, die je nach Merkmalsausprägung und -kombination die Zusammenarbeit erleichtert oder erschwert. Ob und wie schnell eine Zusammenarbeit im Einzelfall überhaupt zustande kommt, hängt darüber hinaus davon ab, inwieweit Akteur:innen eine entweder „zugehende“ oder „zuwartende“ Haltung haben und sich gegebenenfalls eher als Teil einer Komm- oder einer Geh-Struktur betrachten (siehe hierzu Bettinastadt (Abschnitt 4.7), Annegretstadt (Abschnitt 4.5) und teilweise auch Jakobkreis (Abschnitt 4.8)).

Nicht zuletzt spielt es für das Kooperationsvermögen der Akteur:innen vor Ort eine Rolle, welchen **Handlungsraum** sie adressieren. Das kann der lokale Sozialraum sein, ein Landkreis, ein Bundesland, das Bundesgebiet als Ganzes oder den digitalen Raum betreffen und beeinflusst dementsprechend, mit wem die Akteur:innen wie zusammenarbeiten. Decken sich die Handlungsräume und verfügen die Akteur:innen über entsprechende „Raum-Kompetenz“⁹³, fördert das auf der regionalen bzw. kommunalen Ebene eine Zusammenarbeit von Akteur:innen. Zugleich machen die Portraits, wie Hagenfeld (Abschnitt 4.4), aber auch deutlich, dass Akteur:innen, die nicht auf die regionale bzw. kommunale Ebene fixiert sind, schon aufgrund ihrer Ressourcenausstattung nur bedingt dauerhaft mit kommunalen bzw. regionalen Akteur:innen kooperieren können. Da sich der Handlungs- und Bezugsraum für die im Bundesprogramm geförderten Akteur:innen wesentlich aus dem Handlungsbereich ergibt, in dem sie jeweils gefördert werden, ist „DI!“ hier eine Einflussgröße auf das regionale Kooperationsverhalten der im Programm geförderten Akteur:innen. Diese programmgegebene Vorbestimmtheit des Handlungsraums von Programmakteur:innen ist bei der Formulierung von Kooperationserwartungen an diese Akteur:innen zu berücksichtigen. An eine Handlungsbereichsübergreifende Zusammenarbeit über die föderalen Ebenen hinweg sollten dementsprechend keine überzogenen Ansprüche gestellt werden.

Domänenkonsens, Kooperationsmanagement, Anreize und politische Führung

Zahlreiche Untersuchungen von Netzwerken und Kooperationsbeziehungen in unterschiedlichsten Bereichen – nicht zuletzt in „DI!“ und seinen Vorgängerprogrammen – zeigen, dass die Kooperationsqualität für nutzstiftende und dauerhafte Zusammenarbeit essenziell ist. Das ist in den betrachteten Regionen nicht anders. Ob und wie Akteur:innen zusammenarbeiten, hängt dabei neben den eben genannten Eigenschaften der Akteur:innen wesentlich davon ab, wie sie die jeweiligen Themen und deren Bearbeitung ausdeuten, zu denen sie kooperieren.

Aus der Erforschung sozialer Netzwerkbeziehungen ist bekannt⁹⁴, dass sich Kooperationsbeziehungen dadurch stabilisieren oder auch herausbilden, dass die beteilig-

93 „Raum-Kompetenz“ meint, dass die Akteur:innen nicht nur über inhaltliche Expertise für ein Thema verfügen, sondern auch in der Lage sind, die Eigenheiten der adressierten Räume zu berücksichtigen. Das kann ein stadtteilbezogener Sozialraum sein, der Digitale Raum, ein aus mehreren Gemeinden bestehender Landkreis usw.

94 siehe dazu u. a. Klärner u. a. 2020.

ten Akteur:innen ein gemeinsames Anliegen, d. h. Themen und Ziele bzw. „Visionen“ teilen. Das heißt auch für das Bundesprogramm, dass sowohl programmgeförderte als auch nicht geförderte Akteur:innen gemeinsame Themen identifizieren müssen, denen sie ähnliche Bedeutung zuschreiben und aus denen sie kongruente Handlungsaufträge ableiten (**Domänenkonsens**).

Weisen Akteur:innen Themen unterschiedliche Relevanz zu oder fehlen Andockstellen für Themen (etwa, weil sie für eine:n beteiligte:n Akteur:in völlig neu sind) kann das Kooperation (zunächst) be- oder verhindern. In einzelnen Regionen, wie Hagenfeld, hat sich gezeigt, dass Versuche, zivilgesellschaftliche Akteur:innen überreden zu wollen, ein für sie neues Thema als relevant und bearbeitungsbedürftig anzuerkennen, eher Abwehr hervorrufen, wenn deren Engagementressourcen bereits gebunden sind.

Andererseits zeigen einzelne Portraits auch, dass es über eine gezielte, an Kooperation gebundene Projektförderung (**Anreize**) gelingen kann, bestehende Kooperationsbeziehungen mit neuen Themen „aufzuladen“ und Akteur:innen für Themen neu oder verstärkt zu interessieren. Dies zeigt sich beispielsweise in den „Themenpartnerschaften“ der Region Bettinastadt.

In Regionen mit einem breiten Akteur:innenspektrum scheint es für die Herstellung und Bewahrung von Domänenkonsens darüber hinaus vorteilhaft zu sein, Kooperation zu kanalisieren und sie entlang sogenannter Themen- bzw. Issue-Netzwerke zu organisieren, die einen eher engen inhaltlichen Fokus besitzen.

Bei der Frage, wie gut sich einzelne Akteur:innen darauf einlassen können, einen Domänenkonsens herzustellen, spielen neben der Orientierung an Partikular- oder Gemeinschaftsinteressen auch Macht- und Positionierungsaspekte hinein. So hat sich in den untersuchten Regionen beispielsweise gezeigt, dass es die Anerkennung von Kooperationsgremien und Legitimation von Kooperationsergebnissen (z. B. Entscheidungen) steigert sowie die gemeinsame Bearbeitung von Themen voranbringt, wenn die **politische Führung** einer Kommune das aktiv unterstützt (siehe beispielsweise Bettinastadt). Eine demokratiebezogene unerwünschte Nebenwirkung dessen ist, dass diese Akteur:innen die Kommunikation in Kooperationsstrukturen insbesondere mit artikulationsschwächeren Akteur:innen dominieren können und dadurch bewusst oder unbewusst artikulationsschwächere Positionen unterdrücken (siehe z. B. Marakreis, Abschnitt 4.6).

Für gelingende Kooperation notwendig sind daher sowohl Verständigungsorientierung als auch Konfliktfähigkeit und ein demokratischer Grundkonsens. Das gilt speziell für Kooperationsarrangements unter Beteiligung verschiedener politischer Strömungen, wie dem Gremium des Begleitausschusses der Partnerschaft für Demokratie (PfD). Auftretende Macht-Asymmetrien und Konkurrenzbeziehungen müssen kooperativ bewältigt werden.

Hier werden dann gemeinsam vereinbarte Regeln für die Zusammenarbeit sowie **Kooperations- bzw. Netzwerkmanagement** durch koordinierende oder anderweitig unterstützende Akteur:innen bedeutsam. In den untersuchten Regionen übernehmen z. B. die Fachkräfte in den Koordinierungs- und Fachstellen (KuF), aber

auch Modellprojektträger oder programmgeförderte Beratungsangebote entsprechende Funktionen und moderieren Zusammenarbeit oder vermitteln⁹⁵ zwischen verschiedenen Akteur:innen (siehe beispielsweise Bettinastadt (Abschnitt 4.7) und Marakreis (Abschnitt 4.6)). Im Bedarfsfall spielen solche Akteur:innen vor Ort eine Schlüsselrolle, wenn es darum geht, Kooperationsarrangements zu begründen oder zu stabilisieren.

Die Analyse der Regionen hat überdies ergeben, dass Bündniserklärungen, Leitbilder o. Ä. auf Kooperationsbeziehungen stabilisierend wirken, indem diese Handeln legitimieren und den kooperierenden Akteur:innen eine gemeinsame Orientierungsgrundlage bieten.

Hinsichtlich der Faktoren, die Zusammenarbeit stabilisieren, ist zugleich zu bedenken, dass sie auch einen konservierenden Effekt haben und es dadurch erschweren können, neue Themen oder anderweitige Entwicklungen in bestehenden Kooperationsarrangements zu berücksichtigen beziehungsweise sich an solche anzupassen und sich weiterzuentwickeln. Gerade die Aufnahmefähigkeit für Neues (Themen und Akteur:innen) hat sich in der Netzwerkforschung als ein wichtiger Faktor herausgestellt, um Kooperationsarrangements dauerhaft zu erhalten. Auch dafür lieferten die Regionalanalysen Beispiele.

5.2 Erträge der Programmförderung

Die im vorherigen Abschnitt 5.1 beschriebenen Faktoren haben einen großen Einfluss auf die Erträge der Bundesprogrammförderung. Aus dem Vergleich der Regionen lassen sich darüber hinaus spezifische Aspekte und Funktionen herausarbeiten, die zwar nicht unabhängig von den genannten Einflussfaktoren sind, aber als generelle Erträge betrachtet werden können, die trotz unterschiedlicher Rahmenbedingungen in mehreren Regionen zu beobachten waren.

Folgend werden die komparativ ermittelten Erträge des Bundesprogramms dargestellt, beginnend mit den positiven. An Stellen, an denen sich ein spezifischer Blick auf eine bestimmte Region anbietet, wird auf das entsprechende Portrait Bezug genommen.

⁹⁵ Vermitteln bedeutet hier zum einen, widerstreitende Positionen miteinander in Beziehung zu setzen und einen Konsens oder die Befriedung von Konflikten herbeizuführen, und zum anderen, Perspektiven der Akteur:innen über die Grenzen von Lebens- und Sprachwelten verschiedener Akteur:innengruppen hinweg zu transportieren und in einen Dialog zu bringen.

5.2.1 Positive Aspekte

Sensibilisierung

Die Akteur:innen des Bundesprogramms leisten einen Beitrag dazu, das Bewusstsein regionaler Akteur:innen für relevante Problemlagen zu stärken. Beispielsweise machen es sich die Mitarbeitenden der Pfd in vielen Förderregionen zur Aufgabe, vor Ort für programmrelevante Herausforderungen (z. B. Phänomene des Rechts-extremismus) zu sensibilisieren. Das zeigt sich sowohl in den quantitativen Daten der wissenschaftlichen Begleitung des Handlungsbereichs Kommune (vgl. Becker et al. 2022 sowie Becker et al. 2024) als auch in den vorliegenden Interviews aus mehreren Regionen. Dabei betont eine Reihe von Interviewten, dass alleine schon das Label „DI!“ für eine erhöhte Aufmerksamkeit Sorge (siehe beispielsweise Jakob-kreis, Abschnitt 4.8). Daraus kann geschlossen werden, dass die Wahrnehmung kommunaler Aktivitäten zur Problembearbeitung infolge des Hinweises auf eine Programmförderung zunimmt. Als besonders positiv erweist sich dies dann, wenn dadurch auch ein entsprechendes Commitment von Politik und Verwaltungsspitzen für die Aktivitäten entsteht. Darüber hinaus trägt eine gesteigerte Sensibilisierung auch dazu bei, dass sich lokale Akteur:innen stärker an den Strukturen des Bundesprogramms beteiligen.⁹⁶

Innovation und Unterstützung/Qualifizierung durch Ressourcen

Die Akteur:innen des Bundesprogramms (d. h. die KuF sowie die Federführenden Ämter der Pfd, die Mitarbeitenden der Modellprojekte (MP) sowie – nicht flächen-deckend – die Mitarbeitenden der Kompetenznetzwerke und -zentren (KompNW), Landes-Demokratiezentren (LDZ) und Beratungsstrukturen) stellen fachliche und finanzielle Ressourcen für unterschiedliche Akteur:innen (z. B. Vereine, Initiativen/Bündnisse, Organisationen usw.) in den Regionen zur Verfügung. Von den fachlichen Ressourcen (spezialisiertes Wissen und Können) profitieren die in den Regionen ansässigen Akteur:innen, u. a. im Rahmen von Weiterbildungen und bei der Konzeption und Umsetzung von Maßnahmen. So ermöglicht eine Förderung durch „DI!“ beispielsweise eine Unterstützung und Qualifizierung aktiver zivilge-sellschaftlicher Akteur:innen. In den Portraits wird deutlich, dass dies dann gut funktioniert, wenn die Angebote den Akteur:innen bekannt sowie passfähig sind und wenn Vermittlungsinstanzen, wie „Brücken“-Akteur:innen oder Netzwerke, existieren, die die Angebote der programmgeförderten an die nicht geförderten Ak-teur:innen kommunizieren (siehe z. B. Bettinastadt (Abschnitt 4.7) und Annegret-stadt (Abschnitt 4.5).

Auch die von Maßnahmen adressierten Zielgruppen⁹⁷ ziehen einen Nutzen aus der Unterstützung durch Programmakteur:innen, wenn sich dadurch die inhaltliche und/oder methodische Qualität von Angeboten steigert. Finanzielle Ressourcen aus dem Bundesprogramm erleichtern oder ermöglichen es teilweise erst, geplante Maß-nahmen in den Regionen umzusetzen.

⁹⁶ Becker et al. 2024, S. 99.

⁹⁷ Die Projekte, die im Rahmen des Bundesprogramms umgesetzt werden, adressieren unterschied-lichste Zielgruppen. Diese können hier im Einzelnen nicht aufgezählt werden. Eine Übersicht der von den Pfd im Jahr 2023 im Rahmen der eigenen Arbeit adressierten Zielgruppen findet sich in Kreméti/Sthamer/Winter 2023, S. 54.

Durch Ressourcen aus „DL!“ können (neue) Ideen (weiter-)entwickelt und realisiert sowie die Bearbeitung von Themen angestoßen oder vorangebracht werden. Diese Innovationsfunktion erfüllt ihren Zweck vor allem dann, wenn die fachliche und organisatorische Unterstützung auf die Situation vor Ort passt (Kontextangemessenheit). Mehrfach wurde in Interviews aus verschiedenen Regionen darauf hingewiesen, welche großen Vorteile es hat, wenn materielle Ressourcen rechtzeitig verfügbar und möglichst flexibel einsetzbar sind sowie niedrigschwellig beantragt werden können. Zu Letzterem gehört beispielsweise, dass für Antragsstellende keine besondere Rechtsform (z. B. als Verein) erforderlich ist und Mittel ohne besonderen Verwaltungsaufwand beantragt und abgerechnet werden können (siehe beispielsweise Annegretstadt, Bettinastadt und Jakobkreis (Abschnitt 4.5, 4.7, 4.8). Beides betrachten die in den Regionen Befragten als wesentlich für eine innovative Themenbearbeitung.

Koordination

Ein weiterer positiver Ertrag des Bundesprogramms betrifft die Kooperationsbeziehungen zwischen staatlichen Akteur:innen bzw. der Verwaltung einerseits und Akteur:innen der Zivilgesellschaft andererseits. Die Programmförderung kann eine kooperative Themenbearbeitung anstoßen oder verstetigen und sie dadurch im Sinne der Steigerung von Effektivität und Effizienz verbessern (siehe beispielsweise Bettinastadt, Abschnitt 4.7).

In den Regionen Olastadt, Bettinastadt, Jakobkreis und Hagenfeld wurde besonders deutlich, dass es vorteilhaft ist und für Nachhaltigkeit sorgt, wenn bereits vorhandene Netzwerke und Gremien in „DL!“-Strukturen eingebunden werden bzw. „DL!“-Strukturen und Mitarbeitende sich in die bereits vorhandenen Netzwerke und Gremien integrieren. Diese Einbindung ist jedoch nicht selbstläufig und ihr Gelingen zu einem großen Teil davon abhängig, wie das bearbeitete Thema von deutungsmächtigen Akteur:innen geframt und bei wem eine Umsetzungsverantwortung gesehen wird. Eine Verstetigung der Kooperation zeigte sich dort, wo Merkmale funktionierender Netzwerke gegeben sind, wie z. B. ein bestehender Konsens über den Gegenstand und die Art der Bearbeitung. Die beteiligten Akteur:innen können dabei durchaus heterogen sein und sind es auch in den allermeisten Fällen.

Um die Funktionsfähigkeit von Netzwerken sicherzustellen, ist die Existenz von Koordinationsinstanzen in den Regionen essentiell. Auf regionaler Ebene erfüllen diese Funktion in den von uns betrachteten Regionen meist die durch das Bundesprogramm geförderten KuF der Pfd, auf der Landesebene die Koordinierenden von Landes-Netzwerken und die LDZ. Diese Akteur:innen dienen häufig als Brücke zwischen staatlichen bzw. Verwaltungsakteur:innen und der Zivilgesellschaft und vermitteln sowohl innerhalb der Zivilgesellschaft als auch in der Verwaltung.

Kompensation

Nicht zuletzt kann eine Förderung durch das Bundesprogramm auch dabei helfen, etwaige regional bestehende Leerstellen in der Bearbeitung von Themen auszugleichen. Das funktioniert dann, wenn – wie beispielsweise in Bettinastadt (Abschnitt 4.7) oder im Jakobkreis (Abschnitt 4.8) – das geförderte Projekt zu den kommunalen Strategien oder Vorhaben passt und wenn eine vertrauensvolle Kooperation zwischen den geförderten Akteur:innen und jenen Akteur:innen gegeben ist,

denen Ressourcen zur Themenbearbeitung fehlen (z. B. Kommunalverwaltungen oder zivilgesellschaftliche Initiativen in strukturschwachen Gebieten). Nicht oder nur unzureichend erfüllt wird die Kompensationsfunktion, wenn die Programmaktivitäten als „Überwältigungsversuch“ wahrgenommen werden, d. h., der Eindruck erweckt wird, dass vor Ort als wenig relevant erachtete Themen von außen an eine Region herangetragen werden. In einem solchen Fall besteht sogar die Gefahr, dass auch zukünftige Bemühungen, Problemstellungen in einer Region mit Programmmitteln anzugehen, negativ beeinflusst werden – auch wenn es sich um völlig andere Themen handelt.

5.2.2 Unerwünschte Folgen und Risiken der Programmförderung

Die Förderung durch das Bundesprogramm kann, wie sich in einzelnen der untersuchten Regionen zeigt, auch Risiken und unerwünschte Folgen hervorrufen. Einige sind bereits in den vorherigen Ausführungen angeklungen. Nachfolgend werden die in den Regionen ermittelten problematischen Aspekte der Programmförderung und ihre Risiken cursorisch dargestellt.

Blinde Flecken/Fehlallokation

Die Relevanzen und die Vielfalt von Themen unterscheidet sich nach föderalen Ebenen: Während auf der Bundesebene eine ganze Bandbreite rund um Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und Extremismusprävention relevant gemacht wird, ist in den Regionen auf kommunaler Ebene in der Regel nur ein Teil dieser Themen von (größerer) Bedeutung oder durch Akteur:innen bearbeitbar. Daher ist die adäquate „Top-down“-Vermittlung von Themen entscheidend, um den Bedarf regionaler Kontexte abzudecken. Nur so kann eine Programmförderung die spezialisierte Bearbeitung von Themen ermöglichen, die vor Ort bedeutend sind. Zugleich geht mit der Förderung von der Bundesebene aus in einzelnen Regionen das Risiko einher, dass Ressourcen für die Arbeit auf kommunaler Ebene hinsichtlich Themen und Adressat:innengruppen nicht problemangemessen, kontext- oder adressat:innengerecht zugewiesen werden. Unter bestimmten Umständen können Ressourcen in quantitativer oder qualitativer Hinsicht (Geld, Personal und/oder Aufmerksamkeit von Akteur:innen) in eine Richtung gelenkt werden, die den lokalen Themen oder Akteur:innen nicht entspricht.

Demotivation durch Veränderung

Die Professionalisierung von zivilgesellschaftlichem Engagement kann auch unerwünschte Folgen haben. So ließ sich z. B. in Annegretstadt beobachten, dass die über das Bundesprogramm geförderte „Verberuflichung“ und „Verfachlichung“ (Professionalisierung) von ehemals ehrenamtlich geleisteter Arbeit zivilgesellschaftliche Akteur:innen demotivieren kann, sich weiter in den Themenfeldern von „DI!“ zu engagieren. Unter Umständen geht – zumindest ein Stückweit – ehrenamtliches Engagement verloren, wenn es monetarisiert wird und bezahlte Fachkräfte sukzessive bestimmte Aufgaben in der Zivilgesellschaft übernehmen. Das ist dann besonders problematisch, wenn die Ehrenamtsstruktur in einer Region ohnehin schwach ausgeprägt bzw. „vorgeschiedigt“ ist (siehe beispielsweise Marakreis, Abschnitt 4.6). Die bezahlten Fachkräfte helfen dann zwar bei der Themenbearbeitung und können lokal nicht vorhandenes zivilgesellschaftliches Engagement zumindest temporär

teilweise ausgleichen, die ehrenamtlichen Strukturen für ein dauerhaftes, nachhaltiges Engagement fehlen dennoch weiterhin. Sie sind in einem solchen Fall durch Ressourcen aus „DI!“ auch nur schwer (wieder) herzustellen, es sei denn, ein Projekt zielt ausdrücklich darauf ab.

Demotivation und Überforderung

Demotivation ehrenamtlichen Engagements kann jedoch nicht nur aus Prozessen der Professionalisierung (im Sinne von Verberuflichung) resultieren, sondern auch aus einer Überforderung heraus entstehen.

In diesem Kontext kamen in Interviews in mehreren Regionen die Fördermodalitäten des Bundesprogramms zur Sprache. Aktive scheuen sich beispielsweise vor dem bürokratischen Aufwand, den die Beantragung eines Projekts im Rahmen einer Pfd mit sich bringen kann (z. B. in den Regionen Olstadt oder Jakobkreis). Das betrifft insbesondere Projekte, die Migrant:innen, Geflüchtete oder andere marginalisierte Gruppen bzw. insgesamt kleinere Träger umsetzen könnten. Die Bürokratie im Zusammenhang mit der Förderung aus dem Bundesprogramm kann solche Gruppen besonders herausfordern. In verschiedenen Interviews wurde darüber berichtet, dass die entsprechenden Personen in Fällen „bürokratieinduzierter Überforderung“ auf eine Förderung und damit auf das Engagement zu einem Programmthema vor Ort verzichten oder sich anderen als den durch „DI!“ forcierten Themen zuwenden. Darüber hinaus wirkt sich die Befristung der Fördermittel in „DI!“ und die damit verbundene Unsicherheit bei den Inhaber:innen geförderter Stellen punktuell negativ auf lokale zivilgesellschaftliche Strukturen aus. Besonders in ländlichen und strukturschwachen Räumen kann die geschilderte Unsicherheit dazu führen, dass engagierte Fachkräfte nicht gehalten werden können und in städtische bzw. strukturstärkere Regionen abwandern, die ihnen bessere berufliche Möglichkeiten bieten.

Eine andere Art der Überforderung kann dadurch entstehen, dass Ehrenamtlichen Aufgaben übertragen werden, die ihre Ressourcen überfordern – etwa bei der Aufnahme und Betreuung von Geflüchteten, wie in Hagenfeld (Abschnitt 4.4) – und die ihrem Wesen nach von anderen, dafür qualifizierten und bezahlten staatlichen und nichtstaatlichen Stellen übernommen werden sollten.

Ein Rückzug zivilgesellschaftlicher Akteur:innen und gegebenenfalls auch von Akteur:innen in kommunaler Verwaltung oder Politik führt – egal aus welchen Gründen er erfolgt – zu einem Verlust an Ideen, Perspektiven und an Ressourcen für die Themen- und Problembearbeitung vor Ort. Verlorengehen oder erodieren können in einem solchen Fall Wissen und Können, Innovationskraft, Zielgruppenzugänge und Kooperationsstrukturen. Das wirkt sich letztlich ungünstig auf die Wirksamkeit des Bundesprogramms vor Ort und seine Nachhaltigkeit aus.

Monopolbildung

Prozesse der regionalen Innovationsproduktion können nicht nur – wie geschildert – durch den Verlust von Engagementpersonen beeinträchtigt werden, sondern auch durch eine Art der Förderung, mit der Akteur:innen in der Zivilgesellschaft oder Verwaltung eine Monopolstellung etablieren oder zementieren. Damit einher geht das Risiko, dass zum einen durch solche Akteur:innen einmal eingetretene thematische Pfade kaum mehr verlassen werden und zum anderen Zugänge zu Zielgruppen und bestehenden Strukturen für Akteur:innen, die sich mit den „monopolisierten“ Themen neu befassen wollen, latent erschwert werden. Sehr plastisch ist dies in der Region Marakreis geworden, auch wenn Monopolbildung im Programmkontext sicherlich eher selten ist und eher Oligopole in spezialisierten Themenfeldern entstehen.

Verantwortungsdelegation

Als letzter Risikofaktor der Programmförderung aus „DI!“ soll hier genannt werden, dass mit ihr der Eindruck erweckt werden kann, dass die Verantwortung für die Lösung komplexer gesellschaftlicher Probleme allein bei einzelnen „Zuständigen“ in Verwaltung oder Zivilgesellschaft liegt. Anstatt etwa das Problem der Bekämpfung und Prävention von Rechtsextremismus als Gemeinschaftsaufgabe aller demokratischen Kräfte in der Gesellschaft zu betrachten, kann es dann zur alleinigen Aufgabe für bestimmte Fachdienste erklärt, wie dies in Annegretstadt teilweise zu beobachten ist, und gegebenenfalls die eigene Verantwortung für die Mitwirkung an der Bearbeitung dieses Themas an die „Zuständigen“ „delegiert“ werden. Auch das schmälert letztlich die Ressourcenbasis der Themenbearbeitung und damit die Wirksamkeit der Programmförderung selbst.

6 Zusammenfassung und Fazit

Team der Gesamtevaluation

Die in Abschnitt 2.1 formulierten Fragestellungen der vorliegenden Regionalanalysen lassen sich auf zwei Kernfragen verdichten:

1. Was leistet das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ – im Sinne der Gesamtheit der in einer Region durch das Programm geförderten Träger – in den jeweiligen Regionen in Hinblick auf die Bearbeitung eines bestimmten Problems bzw. Themas?
2. Welche bedeutsamen Faktoren beeinflussen die Kooperation der geförderten Akteur:innen in den Regionen und damit die Themen- bzw. Problembearbeitung vor Ort?

Diese Kernfragen sollen nun zusammenfassend beantwortet werden.

Um trotz begrenzter Untersuchungsressourcen das Themen- und Akteur:innenspektrum im Bundesprogramm angemessen abzubilden, hat sich die Untersuchungsgruppe dafür entschieden, die Untersuchungsregionen anhand eines Most-different-Cases-Ansatzes auszuwählen. Das hat es erlaubt, im Regionenvergleich sowohl regionenspezifische als auch übergreifende Einflussfaktoren auf die Kooperation von Akteur:innen vor Ort und deren Erträge bei der Themen- und Problembearbeitung zu identifizieren. Diese Befunde hat die Gruppe außerdem mit den Ergebnissen der quantitativen Befragung der wB Kommune zu den Kooperationsbeziehungen aller PfD des Bundesprogramms (vgl. Kapitel 3) sowie dem Sozioökonomischen Disparitätenbericht 2023 der Friedrich-Ebert-Stiftung (vgl. Kapitel 4) abgeglichen. Hierbei wurde Folgendes deutlich:

Über alle Regionen hinweg gehen die Programmakteur:innen dann dauerhafte Kooperationsbeziehungen ein, wenn sie zu gemeinsamen Themen arbeiten. Temporäre Zusammenarbeit findet statt, wenn Akteur:innen Unterstützung bei der Durchführung von Veranstaltungen, bei der Bearbeitung virulenter lokaler Problemlagen und beim Zugang zu Adressat:innen suchen oder um Informationen auszutauschen. In den letztgenannten Fällen arbeiten auch Programmakteur:innen unterschiedlicher Ebenen sowie Handlungsbereiche (Kommune, Bund, Modellprojekte, Land) zusammen.

Solche vertikale Kooperation ist in den betrachteten Regionen unterschiedlich ausgeprägt.⁹⁸ Ebenen übergreifend kooperieren Träger bzw. Angebote in den Regionen

⁹⁸ Die quantitative Kooperationsbefragung der wB des HB Kommune ergibt hierzu in Bezug auf einzelne Akteur:innengruppen ein etwas anderes Bild. Insbesondere, was die Zusammenarbeit zwischen PfD und LDZ angeht. Die Diskrepanz zu den Befunden in den untersuchten Regionen führt die Gruppe darauf zurück, dass PfD mindestens im Rahmen der jährlich stattfindenden Demokratiekonferenzen auf der Landesebene auch mit dem LDZ in engeren Kontakt kommen. Zudem sollen die LDZ die PfD bei Bedarf unterstützen. In den betrachteten Regionen war die Bedeutung der LDZ für die alltägliche Arbeit in den PfD dennoch von untergeordneter Bedeutung. Gründe dafür dürften im kommunalen Selbstverwaltungsrecht und der Kompetenz der kommunalen Akteur:innen liegen, ihre eigenen Angelegenheiten/ Themen aus sich heraus zu bearbeiten.

dann dauerhaft, wenn sie vor Ort auch ansässig sind (horizontale Kooperation). Aber auch hierbei ist essentiell, dass sie gemeinsame Themen bearbeiten. Das steht im Einklang zu den Befunden der Erhebung der wB Handlungsbereich Kommune in allen Pfd des Bundesprogramms. Bestehen weder thematische Überschneittmen-gen noch Unterstützungsbedarf, d. h., existiert aus welchem Grund auch immer keine Übereinstimmung von Angebot und Nachfrage, findet keine Zusammenarbeit statt, auch wenn Programmakteur:innen in derselben Region tätig sind.

Die Qualität von Zusammenarbeit hängt von mehreren Faktoren ab. So hat sich u. a. gezeigt, dass die jeweiligen regionalen Gegebenheiten wesentlich beeinflussen, welche Möglichkeiten sich für Akteur:innen ergeben, mithilfe einer Förderung aus dem Bundesprogramm vor Ort Veränderungs- und Weiterentwicklungsprozesse im Themenkreis von „DII“ zu bewirken.⁹⁹ Im Fall Bettinastadt existieren z. B. vergleichsweise günstige Bedingungen für die Arbeit der Akteur:innen bei der Gestaltung von Vielfalt. Der großstädtische Kontext, ein vorhandenes plurales Akteur:innenspektrum, das finanzielle Engagement der Kommune und das Commitment der Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung sowohl auf der kommunalen als auch auf der Landesebene sorgen dafür, dass die Förderung aus dem Bundesprogramm eine Verstärkerfunktion für das regionale Engagement im Themenfeld hat. Ähnliches lässt sich auch für Hagenfeld konstatieren.

Demgegenüber stehen die Akteur:innen in eher ländlich geprägten Regionen, wie dem Jakobkreis, nicht nur vor der Herausforderung mit der verfügbaren Ressourcenausstattung¹⁰⁰ die geografische Ausdehnung der Region als flächenmäßig großer Landkreis zu bewältigen. Ein Lösungsweg kann sein, Kooperationsstrukturen auf kleinräumigere Einheiten auszurichten, beispielsweise indem in einem Flächenkreis mehrere Pfd eingerichtet werden. In solchen Fällen müssen die koordinierenden Akteur:innen dann allerdings damit umgehen, dass sich die Region einerseits als politisch-administrative Einheit präsentiert (Landkreis mit den zugehörigen politischen und Verwaltungsstrukturen), andererseits in der Region mehrere Pfd mit gegebenenfalls unterschiedlicher thematischer Grundausrichtung¹⁰¹ gefördert werden, was mit Blick auf einen dann fehlenden Domänenkonsens eine kreisweite Kooperation erschwert.

Die Region Marakreis wiederum ist nicht nur durch ihren Charakter als ländliche Region geprägt, sondern auch dadurch, dass das Akteur:innenspektrum für die Be-

99 Eine umfassende sozialräumliche Typologisierung der Landkreise und kreisfreien Städte Deutschlands, inklusive Zuordnung zu den Förderregionen der Pfd, erfolgt in Becker et al. 2024.

100 An dieser Stelle ist daran zu erinnern, dass die Förderung aus dem Bundesprogramm für die Arbeit kommunaler Akteur:innen bisher kaum nach infrastrukturellen Voraussetzungen dieser Arbeit differenziert. Becker et al. 2024 geben Hinweise dazu, wie die Förderung aus dem Bundesprogramm zukünftig an bestehenden sozialräumlichen Gegebenheiten von Pfd angepasst werden kann.

101 Eine der Partnerschaften setzt im Bereich der Rechtsextremismusprävention im Kern auf Ansätze der Wissensvermittlung, während die andere über Begegnungsangebote zur Demokratieförderung in die Region hineinwirken möchte.

arbeitung der dort adressierten Themen (Rassismus, Rechtsextremismus und Teilhabeförderung) begrenzt und auf das Engagement vor allem beruflich tätiger Akteur:innen der Zivilgesellschaft angewiesen ist.¹⁰²

In der gerade genannten, aber auch in anderen Regionen wurde in den Analysen deutlich, dass eine funktionierende Basisinfrastruktur von sozialen und Bildungseinrichtungen vor Ort die Effekte der Bundesprogrammförderung verstärkt. Die Förderung über „DII“ kann das Fehlen einer solchen lokalen Infrastruktur jedoch nur teilweise und temporär kompensieren. Gerade Letzteres ist in strukturschwachen Gebieten allerdings bedeutsam, um Prozesse überhaupt anzustoßen, auch wenn nicht immer auszumachen ist, wie nachhaltig das Programmengagement ist.

Einen positiven Effekt auf die Kooperation in den untersuchten Regionen hat außerdem ein spezifisches Selbstverständnis bzw. die Haltung der handelnden Akteur:innen. Hierbei geht es um eine zivilgesellschaftsorientierte Haltung aufseiten staatlicher Akteur:innen und einer verstehenden, nichtantagonistischen Positionierung der zivilgesellschaftlichen Akteur:innen gegenüber Politik und der Exekutive. Im Verhältnis zwischen beruflich und ehrenamtlich tätigen Akteur:innen der Zivilgesellschaft ist außerdem Ehrenamtskompetenz der bezahlten Professionellen für eine gelingende Kooperation unerlässlich. Gemeinsame Grundlage von Zusammenarbeit zu den Themen von „DII“ ist in jedem Fall eine prodemokratische Haltung, d. h. ein demokratischer Grundkonsens, auf den sich in festen Kooperationsstrukturen (Netzwerke, Bündnisse u. Ä.) alle beteiligten Akteur:innen idealerweise auch formal verpflichten. Das kann zudem antidemokratischen Positionierungen entgegenwirken.

In den Regionen, in denen das Bundesprogramm die Arbeit von Akteur:innen fördert, die regionales Netzwerkmanagement betreiben (z. B. Koordinierungs- und Fachstellen oder Modellprojekte), leisten diese einen Beitrag dafür, die Zusammenarbeit und Kommunikation in Netzwerken oder anderen Kooperationsverbänden abzusichern und weiterzuentwickeln.

Die Frage nach den Erträgen der regionalen Kooperation von Programmakteur:innen wurde zunächst in Kapitel 3 auf Basis der Befragung aller Pfd beantwortet und dann in den einzelnen Portraits vertieft. Regionenübergreifend lässt sich – wenig überraschend – festhalten, dass sich eine gute Qualität der Zusammenarbeit auch in entsprechenden Kooperationserträgen niederschlägt.

Über horizontale regionale Kooperationsbeziehungen können Akteur:innen auf kommunaler Ebene materielle und immaterielle Ressourcen austauschen, sie bündeln und darüber Synergieeffekte erzeugen. Bei der Durchführung von Veranstaltungen lassen sich Finanzen und Infrastruktur (z. B. Räume und Arbeitsmaterial) miteinander kombinieren, gegebenenfalls auch Zugänge zu Letztzielgruppen vermitteln und dadurch die Effektivität oder Effizienz des Ressourceneinsatzes erhöhen. Immaterielle Ressourcen wie Informationen, aber auch Legitimation oder Leu-

102 Auch die zum Mara- und Jakobkreis dargestellten Befunde spiegeln sich in den Ergebnissen der quantitativen Befragung aller Pfd wider (vgl. Kapitel 3).

mund, können über Kooperationsverbindungen gezielt vermittelt werden, um Themen vor Ort nicht nur zielgerichteter, sondern auch innovativ, mit neuen Arbeitsansätzen, niedrigschwellig zu bearbeiten.

In Netzwerke eingebundene Akteur:innen der Zivilgesellschaft und Exekutive erhalten erleichterten Zugang zu Informations- und Qualifizierungsangeboten. Programmakteur:innen können gegebenenfalls Zugangsbarrieren zur regionalen Zivilgesellschaft abbauen und sie für die in den Regionen relevanten Anliegen des Bundesprogramms neu interessieren oder sie motivieren, sich für diese Anliegen zu engagieren.¹⁰³

Die wichtigsten Erträge von vertikaler Kooperation zwischen einerseits regional und andererseits überregional tätigen Akteur:innen, die durch das Bundesprogramm durch Fördermittel sowie Programmveranstaltungen abgestützt wird, liegen zum einen in der Qualifizierung und weiteren Professionalisierung von Akteur:innen sowie darin, dass sich deren Handlungsfähigkeit (Wissen und Können) bei der Bewältigung regionaler Problemlagen verbessert. In Ausnahmefällen kann solche Zusammenarbeit temporär auch Leerstellen in der regionalen Akteur:innenlandschaft ausgleichen helfen. Außerdem sind solche Kooperationsarrangements in der Lage, Brücken zwischen Akteur:innen verschiedener Regionen zu schlagen und den Austausch zu überregional geteilten Fragen und Themen zu ermöglichen oder zu erleichtern. Auch das steht im Einklang mit den Befunden der Befragung aller Pfd durch die wB Kommune (vgl. Kapitel 3).

Mit Blick auf die Ausgangsfragen ist zusammenfassend festzuhalten, dass die Erträge aus dem Handeln der im Bundesprogramm geförderten Akteur:innen in einer Region an deren spezifischen Handlungsaufträgen und Handlungsrahmen gebunden sind. Beides ist durch die ebenenspezifischen Eigenheiten sowie Aufgaben und Funktionen der Akteur:innen in den verschiedenen Handlungsbereichen des Bundesprogramms vorbestimmt beziehungsweise gerahmt.

Effekte auf die regionale Themen- bzw. Problembearbeitung erzeugt das Bundesprogramm im Kontext von Kooperationsbeziehungen dadurch, dass es

- eine bereits stattfindende Themen-/Problembearbeitung vor Ort und damit verbundene Kooperationsbeziehungen verstärkt, indem es das Management von Kooperationsbeziehungen/Netzwerken vor Ort ermöglicht oder erleichtert,
- die gegenseitige Unterstützung von Akteur:innen bei der Problembewältigung v. a. über vertikale Kooperation anregt und unterstützt,
- in bestehende regionale (horizontale) Kooperationsbeziehungen eingebundene Akteur:innen für die Befassung mit den Themen des Bundesprogramms aufschließen hilft sowie zu lokalen Innovationen in der Themenbearbeitung anregt sowie
- punktuell und temporär hilft, Leerstellen in der regionalen Akteur:innenlandschaft auszugleichen.

103 Voraussetzung dafür ist, wie geschildert, eine adressat:innenorientierte Ansprache. Ist das nicht gegeben, besteht die Gefahr, dass sich Akteur:innen weiteren Sensibilisierungs- oder Kooperationsversuchen entziehen.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass die Programmförderung aus „DII“ Erträge auf regionaler Ebene weniger im Zusammenhang horizontaler Zusammenarbeit verschiedener Programmakteur:innen zu bestimmten Themen zeitigt (siehe auch die Befunde des Pfd-Monitoring in Kapitel 3), sondern vielmehr darüber, dass deren Handeln vor Ort im Bedarfsfall synergetisch ineinandergreift. Die Programmakteur:innen der Landes- und Bundesebene fungieren hierbei als Unterstützungsstruktur, die auf regionaler Ebene im Bedarfsfall aktiv wird. Dazu müssen keine direkten Kooperationsbeziehungen zu den aus „DII“ geförderten kommunalen koordinierenden

Akteur:innen der Pfd bestehen. Die Erträge, die aus der horizontalen Zusammenarbeit der auf regionaler Ebene tätigen Programmakteur:innen für die Themen bzw. Problembearbeitung vor Ort erwachsen, sind dementsprechend kontingent.

Seinem Wesen als *Bundesprogramm* entsprechend, wird „DII“ auf regionaler Ebene vor allem durch die vor Ort geförderte Arbeit von Pfd, MP oder der Beratungsarbeit als Unterstützungsangebote für das dauerhafte zivilgesellschaftliche Engagement einer im Idealfall vielstimmigen, vernetzten kommunalen Zivilgesellschaft wirksam. Die Existenz Letzterer ist und bleibt eine notwendige Voraussetzung für eine breite Förderung von Demokratie an ihrer Basis als Lebens- und Gesellschaftsform.

7 Empfehlungen aus den Regionalanalysen

Übergreifendes

1. In den Analysen hat sich gezeigt, dass den Fachkräften in den Regelstrukturen auf regionaler Ebene nicht immer bekannt ist, welche Angebote vor Ort zur „Demokratie leben!“-Projektfamilie gehören. Das Wissen um solche Angebote kann aber dazu beitragen zum einen den Wissenstransfer zwischen Programm- und Regelpraxis zu verbessern und zum anderen Kooperation und Verweis-Routinen in der Praxis zu etablieren oder zu stabilisieren.
Neben einem Ausbau und einer stärkeren Bekanntmachung der Angebote der Vielfalt-Mediathek sowie der Website von „Demokratie leben!“ sollten die Kommunen bedarfsorientiert stärker in der Öffentlichkeitsarbeit für das Programm unterstützt werden: Das könnte beispielsweise durch „Beratungs“-Telefone oder gezielte Angebote zur zeitlich begrenzten auch personellen Unterstützung in der Kampagnenarbeit vor Ort durch Spezialist:innen für Öffentlichkeits-/Kampagnenarbeit oder die Bereitstellung entsprechender Mittel für die Beauftragung einer Agentur zu diesem Zweck geschehen.
In dem Zusammenhang könnten auch die Landes-Demokratiezentren (LDZ) – soweit in einzelnen Bundes- v. a. Flächenländern zweckdienlich – noch einmal eine stärker vermittelnde Funktion in der Bekanntmachung von Unterstützungsmöglichkeiten einnehmen. Hierzu sollten den LDZ zusätzliche Ressourcen zur Verfügung stehen (Landes- und/oder Bundesmittel).
2. Unsere Befunde verdeutlichen, dass die Akteur:innen im Bundesprogramm über die föderalen Ebenen und verschiedenen Programm- bzw. Handlungsbereiche nicht kontinuierlich, sondern eher anlassbezogen zusammenarbeiten. Zur Förderung stabiler Netzwerke, die im Bedarfsfall schnell für gemeinsames Handeln oder Unterstützung aktivierbar sind, sollten entsprechende Anlässe, vorzugsweise in Form institutionalisierter, regelmäßig stattfindender überregional ausgerichteter, dezentraler Formate (z. B. Fachtagungen, Workshops, Arbeitsgemeinschaften, Projektmesse) vom Bundesprogramm angeregt und gegebenenfalls unterstützt werden. Hierzu sollten gezielt auch thematisch bzw. fachlich einschlägige Vertreter:innen aus den Regelstrukturen mit eingeladen werden. Dabei sollte programmseitig v. a. die Zusammenarbeit der Träger von Innovationsprojekten, der bundeszentralen Infrastruktur und überregional tätigen Trägern der Regelstrukturen (Landes(fach)verbände) in den Handlungsfeldern des Bundesprogramms sowohl auf der Bundes- als auch auf der Landesebene gestärkt werden.
3. Bei der Anregung zur Beteiligung an der Vernetzung von Programmakteur:innen sollte die Freiwilligkeit im Vordergrund stehen. Von Seiten des Programmgebers könnten zur Förderung der Vernetzung gezielte Vernetzungsanreize für Akteur:innen geschaffen werden (beispielsweise Ausreichen von Projektmitteln für Projekte, die zwingend als Kooperationsprojekte umzusetzen sind, z. B. Themenpartnerschaften).
4. In einigen untersuchten Regionen ist beobachtbar, dass aus dem Programm geförderte Angebote entweder bei einzelnen leistungsfähigen Trägern konzentriert (Monopolisierung/Oligopolisierung) oder zwar bei externen Trägern (beispielsweise externe Koordinierungsstellen) angesiedelt, aber sehr eng an Verwaltungseinheiten gebunden sind. Das widerspricht latent anerkannten Praxis-Prinzipien von Trägerpluralität und Ansatzvielfalt, kann die Auswahlmöglichkeiten der Adressat:innen von Angeboten im Bundesprogramm

(z. B. entsprechend des Wunsch- und Wahlrechts nach §5 SGBVIII) beeinträchtigen und die Innovationskraft vor Ort schwächen, weil Erneuerungsimpulse außerhalb der etablierten Trägerstrukturen nur schwer geeignete „Andockstellen“ finden. Im Programm sollte weiterhin darauf geachtet werden, dass sowohl die Prinzipien der Trägervielfalt und Ansatzpluralität als auch der Trägerautonomie gewahrt werden. Verantwortliche Akteur:innen der Landes- und kommunalen Ebene sollten hierfür entsprechend sensibilisiert sein. Beim Fehlen leistungsfähiger Träger vor Ort, die die Anforderungen zur Umsetzung von Angeboten im Bundesprogramm vollumfänglich erfüllen können, könnte die Förderung von Kooperationsverbünden auf kommunaler bzw. überregionaler Ebene, analog zu den Kompetenznetzwerken auf Bundesebene, ein Weg sein, um die Umsetzung der Prinzipien der Trägervielfalt und Ansatzpluralität programmseitig zu stärken.

5. In ausgewählten Regionen mit schwach ausgeprägten zivilgesellschaftlichen Engagementstrukturen im Bereich der Demokratieförderung und Prävention von demokratie- und menschenfeindlichen Phänomenen können eine spezielle Förderung für (weitere) Modelle zur Aktivierung zivilgesellschaftlichen Engagements auf der kommunalen Ebene, die als Blaupausen oder Beispiele gelingender Praxis innerhalb des Bundesprogramms verbreitet werden können, wie auch der Transfer entsprechender Modelle ausgelobt werden, z. B. aus dem „Demokratie leben!“-Begleitprojekt „Transformationsgestalter*innen“. Gegebenenfalls empfiehlt sich hier eine Zusammenarbeit mit der DSEE und ihrem Mikroförderprogramm „Ehrenamt gewinnen. Engagement binden. Zivilgesellschaft stärken.“ (<https://www.deutsche-stiftung-engagement-und-ehrenamt.de/foerderung/mikrofoerderprogramm/>) sowie einschlägigen Einrichtungen, wie dem Thünen-Institut.
6. Zum Ausbau lokaler Engagementstrukturen und der Vermeidung von Doppelstrukturen, wie sie sich punktuell in einzelnen Regionen gezeigt haben, sollte bei der Förderung/Ausgestaltung von Projekten darauf geachtet werden, auch ehrenamtliche Akteur:innen in die Arbeit hauptamtlich getragener zivilgesellschaftlicher Organisationen einzubeziehen, um sie weiter zur Beteiligung an der Umsetzung von Projekten zu motivieren. Hierdurch kann auch einer Verantwortungsdelegation in der Themen-/Problembearbeitung vom Ehren- hin zum Hauptamt entgegengewirkt werden.
7. Da in den Analysen deutlich wurde, dass haupt-/nebenberuflich tätige Akteur:innen in den Regionen bisweilen Schwierigkeiten haben, den Eigensinn und Eigenwert ehrenamtlichen Engagements angemessen in der Programmumsetzung zu berücksichtigen, könnte die bestehende Expertise von Strukturen der Ehrenamtsförderung, beispielsweise der DSEE (Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt) und BBE (Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement), stärker für entsprechende Weiterbildungs- und Begleitmaßnahmen des Bundesprogramms erschlossen werden. Hierdurch könnten zivilgesellschaftliche und staatliche Akteur:innen beratend dabei unterstützt werden, ihre Regularien (z. B. Förderbedingungen), Angebote und ihr Handeln daraufhin zu überprüfen bzw. zu reflektieren, inwieweit sie durch dieses ehrenamtliches Engagement stärken oder behindern und bei Bedarf gemeinsame Anpassungsstrategien zur Stärkung ehrenamtlichen Engagements erarbeiten.
8. Darüber hinaus legen die empirischen Befunde aus den untersuchten Regionen nahe, dass Verwaltungsakteur:innen und zivilgesellschaftliche Träger in der Zusammenarbeit davon profitieren würden, die jeweiligen Handlungslogiken/-zwänge ihrer Kooperationspartner:innen kennenzulernen und bestehende Kooperationen sowie die eigene Haltung diesen gegenüber kontinuierlich zu reflektieren. Zur Unterstützung dieser Prozesse empfehlen wir die Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen, beispielsweise im Rahmen dezidierter Coachings oder Supervisionsangebote.

9. Die Förderung von Aktivitäten in strukturschwachen Räumen mit vergleichsweise unterentwickelter zivilgesellschaftlicher Akteur:innenlandschaft durch das Bundesprogramm leistet auch einen Beitrag zur Aufrechterhaltung bestehender Angebotsinfrastrukturen vor Ort. Vor diesem Hintergrund sollte bei allen Förderentscheidungen die Frage nach den sozialräumlichen Rahmenbedingungen der Programmumsetzung systematisch und angemessen berücksichtigt und der Programmbeitrag gezielt zur Unterstützung und Stabilisierung prekärer Angebotsinfrastrukturen berücksichtigt werden.

Landes- und kommunale Ebene

1. In den Projekthaushalten sollten bedarfsgerecht zusätzliche Ressourcen für die Gründung und Pflege von Kooperation vor allem auf der kommunalen bzw. regionalen Ebene zur Verfügung gestellt werden. Deren Höhe sollte sich an konkreten zusätzlichen Bedarfen (v. a. Raum- bzw. Infrastruktur, Trägerdichte, Problemlast) ausrichten. Es sollte berücksichtigt werden, dass vor allem in der Kooperationsanbahnung „analoge“ persönliche Kontakte/Begegnungen eine herausragende Bedeutung haben, diese allerdings oftmals einen erhöhten Einsatz zeitlicher und damit personeller Ressourcen erfordern.
2. Die Vermeidung von Doppelstrukturen und die Identifizierung von möglichen Synergien sind wichtige Erträge der Vernetzungsarbeit. Als Ausgangspunkt hierfür haben sich eine umfassende Übersicht über vorhandene lokale Problemlagen und zivilgesellschaftlichen Ressourcen als hilfreich erwiesen.
3. Um Kooperationsprobleme möglichst zu vermeiden, sollten, bevor vor Ort bereits bestehende Strukturen/Angebote in den Regionen/Kommunen in die Themenbearbeitung des Bundesprogramms einbezogen werden, zwischen programminternen und -externen Akteur:innen eine ausführliche Rollen- und Aufgabenklärung erfolgen. Dabei sollte darauf geachtet werden, dass bestehendes ehrenamtlich getragenes Engagement nicht für die Belange des Bundesprogramms verzweckt oder überfordert wird, um Demotivation der Aktiven entgegenzuwirken. Darüber hinaus sollte Flexibilität in der Planung und Durchführung sowie in den Förderregularien bei Maßnahmen gelebt werden, die wesentlich von Ehrenamtlichen getragen werden.
4. Um aktiv demokratiefeindlichen Erscheinungen in Netzwerken und Gremien vorzubeugen, hat es sich bewährt, zu Beginn der Zusammenarbeit bei der Bearbeitung der Programmt Themen von „Demokratie leben!“ Vereinbarungen zum demokratischen Grundkonsens zu treffen. Die Akteur:innen des Bundesprogramms könnten dazu angehalten werden, entsprechende Vereinbarungen bei der Etablierung von Kooperationsbeziehungen zu forcieren. Zur Unterstützung bieten sich programmseitig zur Verfügung gestellte Vorlagen für entsprechende Vereinbarungen an.

8 Literatur

- Bohnsack, Ralf/Nentwig-Gesemann, Iris/Nohl, Arnd-Michael (2013): Die dokumentarische Methode und ihre Forschungspraxis. Grundlagen qualitativer Sozialforschung. 3. aktualisierte Auflage. Wiesbaden
- Deppisch, Larissa (2022): Die AfD und das »Dornröschenschloss« — über die (Be-)Deutung von Peripherisierung für den Rechtspopulismuszuspruch. In: Mullis, Daniel/Miguelbrink, Judith (Hrsg.): Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen. Bielefeld, S. 103–124
- Fuhse, Jan Arendt (2016): Soziale Netzwerke. Konzepte und Forschungsmethoden. Konstanz und München
- Gohla, Vera/Hennicke, Martin (2023): Ungleiches Deutschland. Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2023. Berlin
- Granovetter, Mark S. (1985): Economic Action and Social Structure: The Problem of Embeddedness. In: American Journal of Sociology, 91. Jg., H. 3, S. 481–510
- Heider, Bastian/Scholz, Benjamin/Siedentop, Stefan/Radzyk, Jacqueline/Rönsch Jutta/Weck, Sabine (2023): Ungleiches Deutschland. Sozioökonomische Disparitäten 2023 – Wissenschaftlicher Hintergrundbericht. Wiesbaden
- Heitmeyer, Wilhelm (2013): Vorwort. Der Anlass sozialräumlicher Analysen. In: Grau, Andreas/Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden. Weinheim/Basel, S. 9–10
- Herz, Andreas/Peters, Luisa/Truschkat, Inga (2015): How to do qualitative strukturale Analyse? Die qualitative Interpretation von Netzwerkkarten und erzählgenerierende Interviews. In: FQS, 16. Jg., H. 1, Art. 9
- Holzer, Boris (2010): Vom Graphen zur Gesellschaft. Analyse und Theorie sozialer Netzwerke. In: Gamper, Markus/Reschke, Linda (Hrsg.): Knoten und Kanten: Soziale Netzwerkanalyse in Wirtschafts- und Migrationsforschung (Sozialtheorie). Bielefeld, S. 77–94
- ISS e.V. (Hrsg.) (2019): Umgang mit dem Phänomen der Shrinking Spaces in den Partnerschaften für Demokratie. Handreichung. Frankfurt (Main)
- Jütz, Maren/Kolke, Stefan/König, Frank/Stärck, Alexander/Zierold, Diana/Roscher, Tobias/Greuel, Frank/Milbradt, Björn (2023): Halbezeitbilanz zum Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (2020–2024). Gesamtevaluation. DJI. Halle (Saale)
- Kern, Kristine (2004): Sozialkapital, Netzwerke und Demokratie. In: Klein, Ansgar, Kern, Kristine, Geißel, Brigitte, Berger, Maria (Hrsg.): Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration. Wiesbaden, S. 109–129
- Klärner, Andreas/Gamper, Markus/Keim-Klärner, Sylvia/Moor, Irene/Lippe, Holger von der/Vonneilich, Nico (Hrsg.) (2020): Soziale Netzwerke und gesundheitliche Ungleichheiten. Eine neue Perspektive für die Forschung. Wiesbaden
- Kühn, Manfred/Weck, Sabine (2013): Peripherisierung – ein Erklärungsansatz zur Entstehung von Peripherien. In: Bernt, Matthias/Liebmann, Heike (Hrsg.): Peripherisierung, Stigmatisierung, Abhängigkeit? Deutsche Mittelstädte und ihr Umgang mit Peripherisierungsprozessen. Wiesbaden, S. 24–46
- Massey, Doreen (2005): For Space. London u.a.
- Mayring, Philipp/Frenzl, Thomas (2019): Qualitative Inhaltsanalyse. In: Baur, Nina/Blasius, Jörg (Hrsg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden, S. 543–556
- Mullis, Daniel/Miguelbrink, Judith (Hrsg.) (2022): Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen. Bielefeld
- Stiftung Mitarbeit (Hrsg.) (2020): Exkurs: Ausländische Bürger im deutschen Vereinswesen. <https://www.buergergesellschaft.de/praxishilfen/arbeit-im-verein/rechtsgrundlagen/mitglieder/exkurs-auslaendische-buerger-im-deutschen-vereinswesen> (09.11.2023)
- van Santen, Eric/Seckinger, Mike (2005): Sozialraumorientierung ohne Sozialräume? In: Projekt „Netzwerke im Stadtteil“ (Hrsg.): Grenzen des Sozialraums. Kritik eines Konzepts – Perspektiven für Soziale Arbeit. Opladen, S. 49–71

9 Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abb. 3.1:	Akteur:innen bzw. Organisationen, mit denen seit dem Jahr 2020 bereits zusammengearbeitet wurde oder eine Zusammenarbeit bis Ende des Jahres 2022 geplant war	18
Abb. 3.2:	Akteur:innen bzw. Organisationen, mit denen seit 2020 bereits zusammengearbeitet wurde oder eine Zusammenarbeit bis Ende 2022 geplant war	19
Abb. 3.3:	Erträge der Zusammenarbeit mit anderen Programmakteur:innen	21
Abb. 3.4:	Größte Verbesserungspotenziale hinsichtlich der regionalen Vernetzung der Akteur:innen des Bundesprogramms	23
Abb. 4.5:	Einordnung der Regionen anhand des Sozioökonomischen Disparitätenberichts 2023	26
Abb. 4.6:	Karte der wichtigsten Akteur:innen aus Sicht eines Jugendhilfeträgers im BgA (egozentriert)	50
Abb. 4.7:	Karte der wichtigsten Akteur:innen in Olstadt im Bereich der genannten Themen/Problemlagen aus Sicht eines (semi)-externen Projektträgers (Gesamtblick)	51
Abb. 4.8:	Aufkleber rechtsextremistischer Gruppierungen im Stadtbild von Annegretstadt	66
Abb. 4.9:	Aktion der toleranzunterstützenden Zivilgesellschaft	66
Abb. 4.10:	Reaktion auf (der) Aktion der toleranzunterstützenden Zivilgesellschaft	67
Abb. 4.11:	Karte der wichtigsten Akteur:innen in Annegretstadt im Bereich der benannten zentralen Themen/Problemlagen	71
Abb. 4.12:	Aufkleber im öffentlichen Raum	76
Abb. 4.13:	Karte der wichtigsten Akteur:innen im Marakreis im Bereich der benannten zentralen Themen/Problemlagen	80
Abb. 4.14:	Aktion im öffentlichen Raum zur Förderung von Toleranz und Vielfalt	85
Abb. 4.15:	Schild auf dem Gelände einer Schule	85
Abb. 4.16:	Graffiti, das im Rahmen eines Schulprojekts entstand	86
Abb. 4.17:	Karte der wichtigsten Akteur:innen in Bettinastadt im Bereich der benannten zentralen Themen/Problemlagen (Gesamtnetzwerk)	90
Abb. 4.18:	Schaufenster eines Begegnungstreffs und Büro einer KuF im Jakobkreis	95
Abb. 4.19:	Karte der wichtigsten Akteur:innen im Jakobkreis im Bereich der benannten zentralen Themen/Problemlagen	99
Tab. D 1:	Akteur:innen mit denen seit 2020 bereits zusammengearbeitet wurde oder eine Zusammenarbeit bis Ende 2022 geplant war nach regionaler Verortung der Pfd	127
Tab. D 2:	Gründe für nicht erfolgte Zusammenarbeit nach Akteuren des Bundesprogramms	129
Tab. D 3:	Gründe für nicht erfolgte Zusammenarbeit mit Partnerschaften aus derselben Region nach regionaler Verortung der Pfd	130
Tab. D 4:	Gründe für nicht erfolgte Zusammenarbeit mit Partnerschaften aus anderen Regionen nach regionaler Verortung der Pfd	131
Tab. D 5:	Gründe für nicht erfolgte Zusammenarbeit mit Landeskoordinator:innen der Demokratiezentren nach regionaler Verortung der Pfd	132
Tab. D 6:	Gründe für nicht erfolgte Zusammenarbeit mit Träger von Modellprojekten nach regionaler Verortung der Pfd	133
Tab. D 7:	Gründe für nicht erfolgte Zusammenarbeit mit Kompetenzzentren/-netzwerken nach regionaler Verortung der Pfd	134
Tab. D 8:	Gründe für nicht erfolgte Zusammenarbeit mit anderen Akteuren/Institutionen aus Landesprogrammen nach regionaler Verortung der Pfd	135
Tab. D 9:	Bereiche der Kooperation nach Akteuren des Bundesprogramms	136
Tab. D 10:	Bereiche der Kooperation mit anderen Partnerschaften aus derselben Region nach regionaler Verortung der Pfd	137
Tab. D 11:	Bereiche der Kooperation mit anderen Partnerschaften aus anderen Regionen nach regionaler Verortung der Pfd	138
Tab. D 12:	Bereiche der Kooperation mit Landeskoordinator:innen der Demokratiezentren nach regionaler Verortung der Pfd	139
Tab. D 13:	Bereiche der Kooperation mit Trägern von Modellprojekten nach regionaler Verortung der Pfd ..	140

Tab. D 14:	Bereiche der Kooperation mit Kompetenzzentren/-netzwerken nach regionaler Verortung der Pfd	141
Tab. D 15:	Bereiche der Kooperation mit anderen Akteuren/Institutionen aus Landesprogrammen nach regionaler Verortung der Pfd	142
Tab. D 16:	Erträge der Zusammenarbeit mit anderen Programmakteuren nach regionaler Verortung der Pfd	143
Tab. D 17:	Größte Verbesserungspotenziale hinsichtlich der regionalen Vernetzung der Akteure des Bundesprogramms nach regionaler Verortung der Pfd	144

10 Abkürzungsverzeichnis

ADA	Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit
BAG	Bundesarbeitsgemeinschaft
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BB	Betroffenenberatung
BBE	Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
BgA	Begleitausschuss
BMB	Bundesverband Mobile Beratung
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
DFöG	Demokratiefördergesetz
DF	Demokratieförderung
DI!	„Demokratie leben!“
DSEE	(Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt)
EP	Extremismusprävention
FöG	Fördergrundsätze
GE	Gesamtevaluation
GM	Gender Mainstreaming
GMF	Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
HB	Handlungsbereich
HF	Handlungsfeld
Islex	Islamistischer Extremismus
KJH	Kinder- und Jugendhilfe
KJP	Kinder- und Jugendplan des Bundes
KompNW	Kompetenznetzwerke und -zentren
KuF	Koordinierungs- und Fachstelle
LeX	Linksextremismus
LDZ	Landes-Demokratiezentrum
MB	Mobile Beratung
MP	Modellprojekt
M(S)O	Migrantische (Selbst)Organisation
PfD	Partnerschaften für Demokratie
PB	Programmbereich
SNA	Sozialen Netzwerkanalyse
SV	Strafvollzug
TF	Themenfeld
VG	Vielfaltgestaltung
wB	wissenschaftliche Begleitung

11 Anhang

Tab. D 1: Akteur:innen mit denen seit 2020 bereits zusammengearbeitet wurde oder eine Zusammenarbeit bis Ende 2022 geplant war nach regionaler Verortung der Pfd

		Westkommune (n=129)	Ostkommune (n=46)	Westlandkreis (n=81)	Ostlandkreis (n=61)	Berlin (n=21)	Gesamt (n=338)
Andere Pfd aus derselben Region	absolut	96	40	65	48	21	270
	in %	74	87	80	79	100	80
Andere Pfd über die eigenen Region hinaus	absolut	71	25	54	41	15	206
	in %	55	54	67	67	71	61
Landeskoordinator:in der Demokratiezentren/Beratungsnetzwerke	absolut	82	28	51	41	21	223
	in %	64	61	63	67	100	66
Träger von MP im Bundesprogramm „DI!“	absolut	45	17	23	26	9	120
	n %	35	37	28	43	43	36
Kompetenzzentren und -netzwerke	absolut	39	17	27	26	10	119
	in %	30	37	33	43	48	35
Andere Akteure, Institutionen, Träger aus Landesprogrammen der DF (z.B. NRWeltoffen, Hessen aktiv)	absolut	37	18	27	27	8	117
	in %	29	39	33	44	38	35
Mobile Berater:in	absolut	57	24	43	43	14	181
	in %	44	52	53	70	67	54
Betroffenenberater:in	absolut	24	15	13	20	12	84
	in %	19	33	16	33	57	25
Ausstiegsberater:in	absolut	17	2	10	8	0	37
	in %	13	4	12	13	0	11

		Westkommune (n=129)	Ostkommune (n=46)	Westlandkreis (n=81)	Ostlandkreis (n=61)	Berlin (n=21)	Gesamt (n=338)
Landeszentrale(n) für politische Bildung	absolut	44	21	28	28	9	130
	in %	34	46	35	46	43	38
Bundeszentrale für politische Bildung	absolut	19	4	11	13	1	48
	in %	15	9	14	21	5	14
Mit keinem der genannten Akteure	absolut	1	0	2	2	0	5
	in %	1	0	2	3	0	1
Kann ich nicht beurteilen	absolut	13	0	4	0	0	17
	in %	10	0	5	0	0	5

Quelle: Angaben der KuF 2022 (n = 338). Mehrfachnennungen sind möglich oder „mit keinem der genannten Akteure“ bzw. „kann ich nicht beurteilen“.

Tab. D 2: Gründe für nicht erfolgte Zusammenarbeit nach Akteuren des Bundesprogramms

Eine Zusammenarbeit mit den folgenden Akteuren ist nicht erfolgt, weil...		andere PfD (selbe Region) (n=63)	andere PfD (außerhalb der Region) (n=127)	LDZ/Beratungsnetzwerke (n=110)	Träger Modellprojekte (n=213)	Kompetenzzentren/-netzwerke (n=214)	Akteure aus Landesprogrammen (n=216)
...keine inhaltlichen Schnittpunkte bestehen.	absolut	2	15	5	19	12	12
	in %	3	12	5	9	6	6
...der (administrative etc. Aufwand der Zusammenarbeit zu hoch ist.	absolut	7	32	4	12	10	12
	in %	11	25	4	6	15	6
...die betreffenden Institutionen, Akteure vor Ort nicht angesiedelt/erreichbar sind	absolut	10	15	8	38	28	23
	in %	16	12	7	18	13	11
...die betreffenden Akteure nicht bekannt sind.	absolut	1	8	5	45	25	43
	in %	2	6	5	21	12	20
...kein Interesse bei den betreffenden Akteuren an einer Zusammenarbeit besteht.	absolut	1	4	3	4	3	2
	in %	2	3	3	2	1	1
...sonstiges	absolut	18	31	33	41	48	51
	in %	29	24	30	19	27	24
...kann ich nicht beurteilen	absolut	24	35	55	71	84	87
	in %	38	28	50	33	39	40

Quelle: Angaben der KuF 2022 (n = 333), die mit mindestens einem Akteur zusammenarbeiten/Zusammenarbeit planen und jeweils angegeben haben, mit den entsprechenden Akteuren nicht kooperiert zu haben/Kooperationen nicht zu planen. Mehrfachnennungen sind möglich oder „kann ich nicht beurteilen“.

Tab. D 3: Gründe für nicht erfolgte Zusammenarbeit mit Partnerschaften aus derselben Region nach regionaler Verortung der PfD

Eine Zusammenarbeit ist nicht erfolgt, weil...		Westkommune (n=32)	Ostkommune (n=6)	Westlandkreis (n=14)	Ostlandkreis (n=11)	Berlin (n=0)	Gesamt (n=63)
...keine inhaltlichen Schnittpunkte bestehen	absolut	0	0	0	2	0	2
	in %	0	0	0	18	0	3
...der (administrative etc.) Aufwand der Zusammenarbeit zu hoch ist.	absolut	4	1	2	0	0	7
	in %	13	17	14	0	0	11
...die betreffenden Institutionen, Akteure vor Ort nicht angesiedelt/erreichbar sind.	absolut	4	1	2	3	0	10
	in %	13	17	14	27	0	16
...die betreffenden Akteure nicht bekannt sind.	absolut	0	1	0	0	0	1
	in %	0	14	0	0	0	2
...kein Interesse bei den betreffenden Akteuren an einer Zusammenarbeit besteht.	absolut	0	0	1	0	0	1
	in %	0	0	7	0	0	2
...sonstiges	absolut	8	1	5	4	0	18
	in %	25	17	36	36	0	29
...kann ich nicht beurteilen	absolut	16	2	4	2	0	24
	in %	50	33	29	18	0	38

Quelle: Angaben der KuF 2022, die mit mindestens einem Akteur zusammenarbeiten/Zusammenarbeit planen, aber nicht mit PfD aus derselben Region (n = 63).

Tab. D 4: Gründe für nicht erfolgte Zusammenarbeit mit Partnerschaften aus anderen Regionen nach regionaler Verortung der PfD

Eine Zusammenarbeit ist nicht erfolgt, weil...		Westkommune (n=57)	Ostkommune (n=21)	Westlandkreis (n=25)	Ostlandkreis (n=18)	Berlin (n=6)	Gesamt (n=127)
...keine inhaltlichen Schnittpunkte bestehen	absolut	2	4	4	4	1	15
	in %	4	19	16	22	17	12
...der (administrative etc.) Aufwand der Zusammenarbeit zu hoch ist.	absolut	15	5	2	9	1	32
	in %	26	24	8	50	17	25
...die betreffenden Institutionen, Akteure vor Ort nicht angesiedelt/erreichbar sind.	absolut	2	6	3	2	2	15
	in %	4	29	12	11	33	12
...die betreffenden Akteure nicht bekannt sind.	absolut	0	4	3	1	0	8
	in %	0	19	12	6	0	6
...kein Interesse bei den betreffenden Akteuren an einer Zusammenarbeit besteht.	absolut	3	0	0	1	0	4
	in %	5	0	0	6	0	3
...sonstiges	absolut	9	5	10	5	2	31
	in %	16	24	40	28	33	24
...kann ich nicht beurteilen	absolut	27	1	5	1	1	35
	in %	47	5	20	6	17	28

Quelle: Angaben der KuF 2022, die mit mindestens einem Akteur zusammenarbeiten/Zusammenarbeit planen, aber nicht mit PfD aus anderen Regionen (n = 127).

Tab. D 5: Gründe für nicht erfolgte Zusammenarbeit mit Landeskoordinator:innen der Demokratiezentren nach regionaler Verortung der Pfd

Eine Zusammenarbeit ist nicht erfolgt, weil...		Westkommune (n=46)	Ostkommune (n=18)	Westlandkreis (n=28)	Ostlandkreis (n=18)	Berlin (n=0)	Gesamt (n=110)
...keine inhaltlichen Schnittpunkte bestehen	absolut	2	0	2	1	0	5
	in %	4	0	7	6	0	5
...der (administrative etc.) Aufwand der Zusammenarbeit zu hoch ist.	absolut	1	0	1	2	0	4
	in %	2	0	4	11	0	4
...die betreffenden Institutionen, Akteure vor Ort nicht angesiedelt/erreichbar sind.	absolut	1	4	1	2	0	8
	in %	2	22	4	11	0	7
...die betreffenden Akteure nicht bekannt sind.	absolut	1	2	2	0	0	5
	n %	2	11	7	0	0	5
...kein Interesse bei den betreffenden Akteuren an einer Zusammenarbeit besteht.	absolut	0	1	1	1	0	3
	in %	0	6	4	6	0	3
...sonstiges	absolut	12	4	12	5	0	33
	in %	26	22	43	28	0	30
...kann ich nicht beurteilen	absolut	30	7	9	9	0	55
	in %	65	39	32	50	0	50

Quelle: Angaben der KuF 2022, die mit mindestens einem Akteur zusammenarbeiten/Zusammenarbeit planen, aber nicht mit Landeskoordinator:innen der Demokratiezentren (n = 110).

Tab. D 6: Gründe für nicht erfolgte Zusammenarbeit mit Träger von Modellprojekten nach regionaler Verortung der PfD

Eine Zusammenarbeit ist nicht erfolgt, weil...		Westkommune (n=83)	Ostkommune (n=29)	Westlandkreis (n=56)	Ostlandkreis (n=33)	Berlin (n=12)	Gesamt (n=213)
...keine inhaltlichen Schnittpunkte bestehen	absolut	11	0	3	5	0	19
	in %	13	0	5	15	0	9
...der (administrative etc.) Aufwand der Zusammenarbeit zu hoch ist.	absolut	3	2	5	1	1	12
	in %	4	7	9	3	8	6
...die betreffenden Institutionen, Akteure vor Ort nicht angesiedelt/erreichbar sind.	absolut	12	7	10	8	1	38
	in %	14	24	18	24	8	18
...die betreffenden Akteure nicht bekannt sind.	absolut	14	8	11	10	2	45
	in %	17	28	20	30	17	21
...kein Interesse bei den betreffenden Akteuren an einer Zusammenarbeit besteht.	absolut	3	0	0	1	0	4
	in %	4	0	0	3	0	2
...sonstiges	absolut	11	4	14	7	5	41
	in %	13	14	25	21	42	19
...kann ich nicht beurteilen	absolut	35	11	17	5	3	71
	in %	42	38	30	15	25	33

Quelle: Angaben der KuF 2022, die mit mindestens einem Akteur zusammenarbeiten/Zusammenarbeit planen, aber nicht mit Trägern von MP (n = 213).

Tab. D 7: Gründe für nicht erfolgte Zusammenarbeit mit Kompetenzzentren/-netzwerken nach regionaler Verortung der PfD

Eine Zusammenarbeit ist nicht erfolgt, weil...		Westkommune (n=89)	Ostkommune (n=29)	Westlandkreis (n=52)	Ostlandkreis (n=33)	Berlin (n=11)	Gesamt (n=214)
...keine inhaltlichen Schnittpunkte bestehen	absolut	7	2	1	2	0	12
	in %	8	7	2	6	0	6
...der (administrative etc.) Aufwand der Zusammenarbeit zu hoch ist.	absolut	3	2	4	1	0	10
	in %	3	7	8	3	0	5
...die betreffenden Institutionen, Akteure vor Ort nicht angesiedelt/erreichbar sind.	absolut	8	6	5	8	1	28
	in %	9	21	10	24	9	13
...die betreffenden Akteure nicht bekannt sind.	absolut	8	3	7	6	1	25
	in %	9	10	13	18	9	12
...kein Interesse bei den betreffenden Akteuren an einer Zusammenarbeit besteht.	absolut	2	0	0	1	0	3
	in %	2	0	0	3	0	1
...sonstiges	absolut	17	9	17	10	5	58
	in %	19	31	33	30	45	27
...kann ich nicht beurteilen	absolut	44	8	19	9	4	84
	in %	49	28	37	27	36	39

Quelle: Angaben der KuF 2022, die mit mindestens einem Akteur zusammenarbeiten/Zusammenarbeit planen, aber nicht mit KompNW (n = 214).

Tab. D 8: Gründe für nicht erfolgte Zusammenarbeit mit anderen Akteuren/Institutionen aus Landesprogrammen nach regionaler Verortung der PfD

Eine Zusammenarbeit ist nicht erfolgt, weil...		Westkommune (n=91)	Ostkommune (n=28)	Westlandkreis (n=52)	Ostlandkreis (n=32)	Berlin (n=13)	Gesamt (n=216)
...keine inhaltlichen Schnittpunkte bestehen	absolut	5	2	2	3	0	12
	in %	5	7	4	9	0	6
...der (administrative etc.) Aufwand der Zusammenarbeit zu hoch ist.	absolut	7	1	1	2	1	12
	in %	8	4	2	6	8	6
...die betreffenden Institutionen, Akteure vor Ort nicht angesiedelt/erreichbar sind.	absolut	7	7	4	4	1	23
	in %	8	25	8	13	8	11
...die betreffenden Akteure nicht bekannt sind.	absolut	12	6	15	7	3	43
	n %	13	21	29	22	23	20
...kein Interesse bei den betreffenden Akteuren an einer Zusammenarbeit besteht.	absolut	2	0	0	0	0	2
	in %	2	0	0	0	0	1
...sonstiges	absolut	14	6	17	10	4	51
	in %	15	21	33	31	31	24
...kann ich nicht beurteilen	absolut	47	10	17	9	4	87
	in %	52	36	33	28	31	40

Quelle: Angaben der KuF 2022, die mit mindestens einem Akteur zusammenarbeiten/Zusammenarbeit planen, aber nicht mit anderen Akteuren/Institutionen aus Landesprogrammen (n = 216).

Tab. D 9: Bereiche der Kooperation nach Akteuren des Bundesprogramms

		andere PfD (selbe Region) (n=270)	andere PfD (außerhalb der Region) (n=206)	LDZ/Beratungsnetzwerke (n=223)	Träger Modellprojekte (n=120)	Kompetenzzentren/-netzwerke (n=119)	Akteure aus Landesprogrammen (n=117)
in der inhaltlichen Bearbeitung gemeinsamer Themen	absolut	186	92	81	60	49	53
	in %	69	45	36	50	41	45
in der Analyse der lokalen, regionalen Bedarfe, Problemlagen, Situationen, etc.	absolut	162	68	81	39	33	36
	in %	60	33	36	33	28	31
in der gemeinsamen Durchführung von Veranstaltungen, Projekten oder Maßnahmen	absolut	175	61	65	60	35	51
	in %	65	30	29	50	29	44
in organisatorischen, administrativen Fragen	absolut	169	88	96	20	25	32
	in %	63	43	43	17	21	27
In Fragen der kollegialen bzw. fachlichen Beratung	absolut	215	148	98	32	46	55
	in %	80	72	44	27	39	47
in weiteren Bereichen	absolut	38	28	27	16	13	17
	in %	14	14	12	13	11	15
kann ich nicht beurteilen	absolut	2	6	8	5	6	10
	in %	1	3	4	4	5	9

Quelle: Angaben der KuF 2022 (n = 333), die mit mindestens einem Akteur zusammenarbeiten/Zusammenarbeit planen und jeweils angegeben haben, mit den entsprechenden Akteuren kooperiert zu haben/Kooperationen planen. Mehrfachnennungen sind möglich oder „kann ich nicht beurteilen“.

Tab. D 10: Bereiche der Kooperation mit anderen Partnerschaften aus derselben Region nach regionaler Verortung der PfD

		Westkommune (n=96)	Ostkommune (n=40)	Westlandkreis (n=65)	Ostlandkreis (n=48)	Berlin (n=21)	Gesamt (n=270)
in der inhaltlichen Bearbeitung gemeinsamer Themen	absolut	55	26	46	38	21	186
	in %	57	65	71	79	100	69
in der Analyse der lokalen, regionalen Bedarfe, Problemlagen, Situationen, etc.	absolut	48	23	42	32	17	162
	in %	50	57	65	67	81	60
in der gemeinsamen Durchführung von Veranstaltungen, Projekten oder Maßnahmen	absolut	58	25	43	34	15	175
	in %	60	63	66	71	71	65
in organisatorischen administrativen Fragen	absolut	54	25	46	31	13	169
	in %	56	63	71	65	62	63
in Fragen der kollegialen bzw. fachlichen Beratung	absolut	72	28	55	41	19	215
	in %	75	70	85	85	90	80
in weiteren Bereichen	absolut	8	9	10	10	1	38
	in %	8	23	15	21	5	14
kann ich nicht beurteilen	absolut	1	1	0	0	0	2
	in %	1	3	0	0	0	1

Quelle: Angaben der KuF 2022, die mit anderen Partnerschaften für Demokratie aus derselben Region kooperiert haben/Kooperationen planen (n = 270). Mehrfachnennungen sind möglich oder „kann ich nicht beurteilen“.

Tab. D 11: Bereiche der Kooperation mit anderen Partnerschaften aus anderen Regionen nach regionaler Verortung der PfD

		Westkommune (n=71)	Ostkommune (n=25)	Westlandkreis (n=54)	Ostlandkreis (n=41)	Berlin (n=15)	Gesamt (n=206)
in der inhaltlichen Bearbeitung gemeinsamer Themen	absolut	27	8	23	25	9	92
	in %	38	32	43	61	60	45
in der Analyse der lokalen, regionalen Bedarfe, Problemlagen, Situationen, etc.	absolut	19	5	25	14	5	68
	in %	27	20	46	34	33	33
in der gemeinsamen Durchführung von Veranstaltungen, Projekten oder Maßnahmen	absolut	21	8	9	18	5	61
	in %	30	32	17	44	33	30
in organisatorischen, administrativen Fragen	absolut	34	11	19	21	3	88
	in %	48	44	35	51	20	43
In Fragen der kollegialen bzw. fachlichen Beratung	absolut	49	19	39	32	9	148
	in %	69	76	72	78	60	72
in weiteren Bereichen	absolut	7	3	11	7	0	28
	in %	10	12	20	17	0	14
kann ich nicht beurteilen	absolut	2	1	3	0	0	6
	in %	3	4	6	0	0	3

Quelle: Angaben der KuF 2022, die mit anderen PfD aus anderen Regionen kooperiert haben/Kooperationen planen (n = 206). Mehrfachnennungen sind möglich oder „kann ich nicht beurteilen“.

Tab. D 12: Bereiche der Kooperation mit Landeskoordinator:innen der Demokratiezentren nach regionaler Verortung der PfD

		Westkommune (n=82)	Ostkommune (n=28)	Westlandkreis (n=51)	Ostlandkreis (n=41)	Berlin (n=21)	Gesamt (n=223)
in der inhaltlichen Bearbeitung gemeinsamer Themen	absolut	33	5	14	16	13	81
	in %	40	18	27	39	62	36
in der Analyse der lokalen, regionalen Bedarfe, Problemlagen, Situationen, etc.	absolut	32	13	16	13	7	81
	in %	39	46	31	32	33	36
in der gemeinsamen Durchführung von Veranstaltungen, Projekten oder Maßnahmen	absolut	30	6	15	11	3	65
	in %	37	21	29	27	14	29
in organisatorischen, administrativen Fragen	absolut	26	13	25	20	12	96
	in %	32	46	49	49	57	43
In Fragen der kollegialen bzw. fachlichen Beratung	absolut	37	7	34	14	6	98
	in %	45	25	67	34	29	44
in weiteren Bereichen	absolut	8	5	7	5	2	27
	in %	10	18	14	12	10	12
kann ich nicht beurteilen	absolut	3	1	1	2	1	8
	in %	4	4	2	5	5	4

Quelle: Angaben der KuF 2022, die mit Landeskoordinator:innen der Demokratiezentren kooperiert haben/Kooperationen planen (n = 223). Mehrfachnennungen sind möglich oder „kann ich nicht beurteilen“.

Tab. D 13: Bereiche der Kooperation mit Trägern von Modellprojekten nach regionaler Verortung der PfD

		Westkommune (n=46)	Ostkommune (n=17)	Westlandkreis (n=23)	Ostlandkreis (n=26)	Berlin (n=9)	Gesamt (n=120)
in der inhaltlichen Bearbeitung gemeinsamer Themen	absolut	20	10	10	16	4	60
	in %	44	59	43	62	44	50
in der Analyse der lokalen, regionalen Bedarfe, Problemlagen, Situationen, etc.	absolut	13	5	10	9	2	39
	in %	29	29	43	35	22	33
in der gemeinsamen Durchführung von Veranstaltungen, Projekten oder Maßnahmen	absolut	21	8	9	16	6	60
	in %	47	47	39	62	67	50
in organisatorischen, administrativen Fragen	absolut	5	4	5	5	1	20
	in %	11	24	22	19	11	17
In Fragen der kollegialen bzw. fachlichen Beratung	absolut	13	3	6	6	4	32
	in %	29	18	26	23	44	27
in weiteren Bereichen	absolut	6	1	7	2	0	16
	in %	13	6	30	8	0	13
kann ich nicht beurteilen	absolut	2	1	1	1	0	5
	in %	4	6	4	4	0	4

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022, die mit den Trägern von MP kooperiert haben/Kooperationen planen (n = 120). Mehrfachnennungen sind möglich oder „kann ich nicht beurteilen“.

Tab. D 14: Bereiche der Kooperation mit Kompetenzzentren/-netzwerken nach regionaler Verortung der PfD

		Westkommune (n=39)	Ostkommune (n=17)	Westlandkreis (n=27)	Ostlandkreis (n=26)	Berlin (n=10)	Gesamt (n=119)
in der inhaltlichen Bearbeitung gemeinsamer Themen	absolut	13	8	8	15	5	49
	in %	33	47	30	58	50	41
in der Analyse der lokalen, regionalen Bedarfe, Problemlagen, Situationen, etc.	absolut	10	7	7	6	3	33
	in %	26	41	26	23	30	28
in der gemeinsamen Durchführung von Veranstaltungen, Projekten oder Maßnahmen	absolut	8	6	5	11	5	35
	in %	21	35	19	42	50	29
in organisatorischen, administrativen Fragen	absolut	7	6	9	3	0	25
	in %	18	35	33	12	0	21
In Fragen der kollegialen bzw. fachlichen Beratung	absolut	19	6	9	10	2	46
	in %	49	35	33	38	20	39
in weiteren Bereichen	absolut	4	2	5	2	0	13
	in %	10	12	19	8	0	11
kann ich nicht beurteilen	absolut	3	1	1	1	0	6
	in %	8	6	4	4	0	5

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022, die mit KompNW kooperiert haben/Kooperationen planen (n = 119). Mehrfachnennungen sind möglich oder „kann ich nicht beurteilen“.

Tab. D 15: Bereiche der Kooperation mit anderen Akteuren/Institutionen aus Landesprogrammen nach regionaler Verortung der PfD

		Westkommune (n=37)	Ostkommune (n=18)	Westlandkreis (n=27)	Ostlandkreis (n=27)	Berlin (n=8)	Gesamt (n=117)
in der inhaltlichen Bearbeitung gemeinsamer Themen	absolut	16	9	10	13	5	53
	in %	43	50	37	48	63	45
in der Analyse der lokalen, regionalen Bedarfe, Problemlagen, Situationen, etc.	absolut	10	6	9	8	3	36
	in %	27	33	33	30	38	31
in der gemeinsamen Durchführung von Veranstaltungen, Projekten oder Maßnahmen	absolut	14	9	12	13	3	51
	in %	38	50	44	48	38	44
in organisatorischen, administrativen Fragen	absolut	8	6	12	6	0	32
	in %	22	33	44	22	0	27
in Fragen der kollegialen bzw. fachlichen Beratung	absolut	18	9	12	11	5	56
	in %	49	50	44	41	63	47
in weiteren Bereichen	absolut	6	1	7	2	1	17
	in %	16	6	26	7	13	15
kann ich nicht beurteilen	absolut	6	1	0	3	0	10
	in %	16	6	0	11	0	9

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022, die mit Akteur:innen aus Landesprogrammen kooperiert haben/Kooperationen planen (n = 117). Mehrfachnennungen sind möglich bzw. „kann ich nicht beurteilen“.

Tab. D 16: Erträge der Zusammenarbeit mit anderen Programmakteuren nach regionaler Verortung der PfD

		Westkommune (n=114)	Ostkommune (n=45)	Westlandkreis (n=74)	Ostlandkreis (n=57)	Berlin (n=21)	Gesamt (n=311)
bessere Einsicht in die Problemlagen, Bedarfe und Situation vor Ort	absolut	86	38	62	49	19	254
	in %	75	84	84	86	90	82
Verbesserung der fachlichen Kompetenz in den betreffenden Themengebieten	absolut	96	36	70	55	18	275
	in %	84	80	95	96	86	88
stärkere Vernetzung der lokalen Zivilgesellschaft	absolut	52	24	39	34	12	161
	in %	46	53	53	60	57	52
Erweiterung des eigenen Netzwerks (z. B. von Fachakteuren, Zielgruppen)	absolut	102	37	65	50	18	272
	in %	89	82	88	88	86	87
verbesserte Öffentlichkeitsarbeit der Akteure	absolut	52	19	34	17	11	133
	in %	46	42	46	30	52	43
verbesserte öffentliche Wahrnehmung der adressierten Themen	absolut	52	19	34	17	11	133
	in %	46	42	46	30	52	43
größere Widerstandskraft gegenüber anti-demokratischen Phänomenen	absolut	31	10	35	25	10	111
	in %	27	22	47	44	48	36
keine Erträge der Zusammenarbeit	absolut	0	0	0	0	0	0
	in %	0	0	0	0	0	0
kann ich nicht beurteilen	absolut	3	0	1	0	0	4
	in %	3	0	1	0	0	1

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022, die mit anderen PfD, LDZ, Träger von MP, KompNW und/oder Akteur:innen aus Landesprogrammen kooperiert haben/Kooperationen planen (n = 311). Mehrfachnennungen sind möglich oder „keine Erträge der Zusammenarbeit“ bzw. „kann ich nicht beurteilen“.

Tab. D 17: Größte Verbesserungspotenziale hinsichtlich der regionalen Vernetzung der Akteure des Bundesprogramms nach regionaler Verortung der Pfd

		Westkommune (n=129)	Ostkommune (n=46)	Westlandkreis (n=81)	Ostlandkreis (n=61)	Berlin (n=21)	Gesamt (n=338)
bessere regionale Vernetzung der betreffenden Akteure durch weitere Angebote, Wissensvermittlung, Projektbörsen, etc.	absolut	78	23	50	37	5	193
	in %	60	50	62	61	24	57
Zuwachs an von allen Akteuren gemeinsam nutzbaren Materialien	absolut	77	27	46	27	12	189
	in %	60	59	57	44	57	56
Angebote für gemeinsame, regionalspezifische Situations-, Bedarfs-, und Ressourcenanalysen	absolut	61	23	43	26	12	165
	in %	47	50	53	43	57	49
Stärkung eines regionalen Zugangs (z. B. regionalspezifische Förderkonzepte) in der Bearbeitung entsprechender Themen	absolut	49	22	37	31	8	147
	in %	38	48	46	51	38	43
verstärkte Kooperationsmöglichkeiten hinsichtlich des Umgangs mit antidemokratischen Akteuren	absolut	70	19	47	39	9	184
	in %	54	41	58	64	43	54
kann ich nicht beurteilen	absolut	10	4	8	5	2	29
	in %	8	9	10	8	10	9

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2022 (n = 338). Mehrfachnennungen sind möglich oder „kann ich nicht beurteilen“.